REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 397 · 12.12.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. 25 Jahre ak - wir machen weiter! - ak-Redaktion
2. Von Arbeiterkampf zu analyse & kritik. Kommentierte Chronologie 1971-1976 - ES, Hamburg
3. Die Macht der Straße. Erfolgreicher Streik der französischen LKW-Fahrer - Bernhard Schmid
4. Zirkelschlüsse. Aus der Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Bundes - Michael Steffen
5. Happy Birthday - Cartoon von clara - Michael Hahn
6. Geschichte(n) vom Trüffelschwein. Das Projekt "KB-Geschichte" - Michael Steffen
7. Widersprüche im Apparat ausnutzen ... Interview mit Rechtsanwalt Michael Moos zur Rückkehr von Christoph Seidler
8. Roman Herzog und die Menschenrechte - Js.
9. Erst Antifeministin, dann feministische Sozialistin - Ulla Jelpke
10. Faschisierungs-Diskurs: Bohren am falschen Holz? - Georg Fülberth
11. Von Miami nach Madrid. Castro-Gegner wird politisch und wirtschaftlich in Spanien - Dirk Hempel
12. Kritische Überprüfung von der "Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" (Nachdruck eines Beitrags von F. aus AK 256)
13. Diesseits und jenseits des Weltmarkttangos. APEC-Gipfel im philippinischen Subic Bay - Rainer Werning
14. 6.000 auf Antifa-Demo in Wurzen - Peter Nowak
15. Höhen und Tiefen. Eine Gratulation von Verena Krieger
16. 40.000 DM für ak! - ak-Redaktion
17. Gegen die Staatsgewalt - GenossInnen der Anti-Rep. Zelle
18. Als die Katzen Laila hießen. Überlegungen zur "Nahostpolitik" des KB - Kt.
19. "Der AK gehörte zu den publizistischen Wegbereitern der GRÜNEN." Interview mit Jürgen Trittin, BV-Sprecher Bündnis 90/Die Grünen
20. Der Sieg ist "nicht mehr" gewiß. Die Entwicklung internationalistischer Politik in ak und KB - Al./ef.
21. Grüne, Wahlen, Bündnisqualen. KB-Bündnispolitik und alternative Wahlbewegung - Js.
22. ak aus dem Blickwinkel eines DDR-Lesers - Jochen Weichold
23. Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt - oder: Auf die Arbeiterklasse bauen? - gg.
24. "Das, wofür der KB in den 70er und 80er Jahren gekämpft hat, ist nicht zusammengebrochen" - Gespräch zw. Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin, Teil 1
25. Mao, oder die Hoffnung auf Glück. Die chinesische Geschichte von ak und KB - nyg. und weitere GenossInnen aus Berlin
26. Am Ende war man wieder am Anfang. Überlegungen zum Gründungskonsens und zum Scheitern des KB - Heinrich Eckhoff
27. Eine gute Gelegenheit, mal wieder "Hallo" zu sagen! - Kai Ehlers
28. bonne chance, ak! - Karl Heinz Roth
29. Glückwünsche aus Nicaragua - Brummi
30. Die anderen über uns
31. Mein schönstes Abenteuer bei ak. Aufzeichnungen aus einem Kellerloch - Angela Martin
32. Konspirativ mit Leimtopf und Schere - ge.
33. Die Selbstüberschätzung hielt sich in Grenzen. Interview mit Jürgen Reents, Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe
34. Es herrscht wieder Frieden im Land ... doch dieses Land ist es nicht! - Für Sigurd - Katja Leyrer
35. Quelldatei 31.htm
36. Von Arbeiterkampf zu analyse und kritik
37. Quelldatei ch-73-74.htm
38. Quelldatei ch-75.htm
39. Quelldatei ch-76.htm

40. Quelldatei ch-77-79.htm
41. Quelldatei ch-80-81.htm
42. Quelldatei ch-82-85.htm
43. Quelldatei ch-86-90.htm
44. Quelldatei ch-91-96.htm
45. Quelldatei chronik.htm
46. Internationale Solidarität
47. Quelldatei spende~1.htm

1. 25 Jahre ak - wir machen weiter!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:34

Als im Dezember 1971 die erste Ausgabe des Arbeiterkampf erschien, war völlig klar, um was für eine Art Zeitung es sich hier handelte. "Der AK" war die zentrale Publikation des neu gegründeten Kommunistischen Bundes (KB) - eine klassische Organisationszeitung. Der KB wiederum verstand sich - Lob der Dialektik! - als Zeitungsorganisation. Über den Sinn dieses Wortes schrieb ein langjähriger Redakteur 1992 in einem internen Papier ("Stichworte zur postkabeistischen Publizistik"):

"Der KB war ‚Zeitungsorganisation` in dem Sinn, daß für uns die Zeitung eine unverzichtbare Voraussetzung der politischen Arbeit war. Soll heißen: wer politisch arbeiten will, braucht ein permanentes Kommunikationsmittel, um sich nach außen mitzuteilen. Organisierte Arbeit ohne ein solches Medium ist sinnlos. Praxis, die nicht publizistisch vermittelt und auf diesem Wege multipliziert wird, erreicht jeweils nur eine kleine Zahl von Leuten, von denen sie unmittelbar sinnlich wahrgenommen werden kann. Das kann im Einzelfall gerechtfertigt sein (Beispiel: betriebliche Aktivitäten), ist aber prinzipiell in der Input/Output-Relation sehr ungünstig. Insgesamt betrachtet wollen wir ja so viele Leute wie möglich erreichen. Dementsprechend muß ein erheblicher Teil der geleisteten Arbeit und der verfügbaren Mittel in die Zeitung investiert werden. Klingt ziemlich banal, oder? War aber, als wir 1970/71 die ersten Schritte aufs Eis probierten, in der Linken keineswegs anerkannter Grundsatz."

In diesem Punkt war der KB, die vergleichsweise "undogmatische" K-Gruppe, "orthodox" und garantiert 100% "leninistisch". Der Gedanke von der Bedeutung des Zentralorgans für die politische Arbeit wurde direkt von Lenin übernommen, demzufolge die Rolle der revolutionären Zeitung sich "nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung politischer Bundesgenossen" beschränke. Der AK sollte - ganz im Sinne Lenins - "kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator" werden. Zielgruppe war die Arbeiterklasse. Das drückte sich im Kopf der Zeitung gleich mehrfach aus. Dem bemerkenswert eindeutigen Namen war zusätzlich die Erläuterung beigegeben, es handele sich um die "Arbeiterzeitung" des Kommunistischen Bundes; das Emblem mit dem Schraubenschlüssel in der schwieligen Arbeiterfaust tat ein Übriges. Schließlich wurde den Proleten auch noch Rabatt gewährt: Beim Kauf der Zeitung vor dem Betrieb hatten sie statt 50 nur 30 Pfennige zu zahlen.

Die eindimensionale Orientierung auf "die Arbeiter" (Arbeiterinnen kamen nur selten vor) wirkt heute skurril, erklärt sich aber aus der überraschenden Erfahrung der "wilden" Septemberstreiks von 1969, die fast die gesamte "neue Linke" zu den Proleten hinzog - nachdem die Militanten der Revolte von 1968 die bundesdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter ausschließlich als verbürgerlichte Konsumidioten wahrgenommen hatten. Zu Beginn der 70er Jahre nun grassierte ein Gründungsfieber "proletarischer" Organisationen, alle wollten sich in der Arbeiterklasse "verankern" und die "Arbeitermassen" auf den - mehr oder minder raschen - revolutionären Sturz bürgerlicher Herrschaft organisatorisch und propagandistisch vorbereiten. Einer "Arbeiterzeitung" kam dabei zentraler Stellenwert zu.

Allerdings erwies sich alsbald, daß die alltägliche "revolutionäre" Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften zur Gewinnung der KollegInnen für die Sache des Kommunismus ein äußerst mühseliges Unterfangen war. Nicht allein, daß Betriebsleitungen und Gewerkschaftsführungen mit allen Mitteln die Verankerung revolutionärer Politik zu verhindern suchten (erinnert sei an die bisweilen tatsächlich "massenhaften" Gewerkschaftsausschlüsse von Linken und KommunistInnen), sondern auch die Kolleginnen und Kollegen wollten nur zu oft von ihrem "reformistischen" Bewußtsein und Verhalten nicht lassen, so daß sich die Kommunisten ziemlichem Frust in der Alltagsarbeit ausgesetzt sahen. Frust, Repression und Enttäuschungen ließen die anfangs mit großem Enthusiasmus aufgenommene Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erlahmen und faktisch - wenn auch (noch) nicht theoretisch, vom Anspruch her - zweitrangig werden. Diese Tendenz der Abwendung von Betrieb und Proletariat konnte sich um so eher verstärken, als auf anderen gesellschaftlichen Feldern offensichtlich "mehr los" war und Linke raschere Erfolge erzielen konnten.

So wandten sich auch AK und KB zusehends den "neuen sozialen Bewegungen" zu. Hatten in den Anfangsjahren Berichte aus Betrieben und Branchen die Zeitung gefüllt, so häuften sich jetzt die Aktionsberichte und Artikel mit direktem Nutzwert für die Arbeit in den Basisinitiativen. Die

Zeitungsorganisation KB verstand es, über den AK Aktivitäten zu organisieren und gleichzeitig AktivistInnen für die eigene Organisation zu gewinnen.

Der AK war aber auch theoretisches Organ, in dem grundsätzliche "Ausrichtungsartikel" abgedruckt wurden. Der ideologische Streit mit anderen linken Organisationen nahm breiten Raum ein (und schreckte wegen seiner polemischen Schärfe viele ab). Aber auch interne Meinungsverschiedenheiten wurden im AK von Anfang an ausführlich dokumentiert, so z.B. zur Bewertung des palästinensischen Befreiungskampfs und zum Eingreifen des KB in den Bundestagswahlkampf 1972.

Seine größte Verbreitung erreichte der AK 1977 und 1978, auf dem Höhepunkt der "Kampagnenpolitik". Zeitweilig stieg die Auflage auf über 27.000 Exemplare. Aktivitäten, die sich in der Zeitung niederschlugen, entfaltete der KB damals auf diversen Gebieten: im Kampf gegen Atomkraftwerke, in der Frauenbewegung, bei der (kritischen) Unterstützung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD, im antifaschistischen Kampf, in Betrieben, Schulen und Universitäten, und nicht zuletzt in der Solidarität mit antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und ausländischen linken Organisationen. Ansatzweise wurde Gegenöffentlichkeit geschaffen: Der AK erschien damals zweiwöchentlich, und die taz gab es noch nicht; die anderen Zentralorgane (Roter Morgen, Rote Fahne, Kommunistische Volkszeitung u.a.) hatten als reine Linienblätter wenig Gebrauchswert.

Bei der Erstellung und Verbreitung des AK wurde ein gewaltiger Aufwand betrieben: Es gab eine Vielzahl von Kommissionen und Arbeitsgruppen, groß war der technische Apparat, fast alle KB-Mitglieder verkauften auch den ak - eine Mischung aus Zentralorgan, Chronik, Gebrauchsanweisung für die politische Praxis und populärwissenschaftlichem Taschenbuch.

Einen deutlichen Einbruch gab es 1979/80 mit der Spaltung des KB und der zeitgleich einsetzenden Massenflucht der Linken zu den Grünen. Etliche qualifizierte AK-AutorInnen verließen den KB. Die Auflage fiel auf 4.500 Exemplare im Jahre 1985. Der AK stand zusehends in dem Dilemma, von Herkunft und Anspruch her eine "Organisationszeitung" im oben gekennzeichneten Sinne zu sein, die damit verbundenen Ansprüche aber immer weniger einlösen zu können - und zu wollen. Allmählich entwickelte sich der AK zu einem linken/linksradikalen Journal, das die organisationspolitische Anbindung lockerte und sich bemühte, für bestimmte Positionen Überzeugungsarbeit in einem breiteren linken Spektrum, das z.B. auch die Grünen umfaßte, zu leisten, ohne weiter die Absicht zu verfolgen, die Leute, die man mit der Zeitung ansprach, letztendlich auch im eigenen Verein zu "organisieren". So wurde der AK mehr und mehr zu einer "Organisationszeitung", der die "Organisation" langsam aber sicher abhanden kam.

Dieser Prozeß fand seinen Abschluß mit der zweiten Spaltung und anschließenden Auflösung des KB in den Jahren 1989 bis 1991. Nun mußte sich das Gesicht der Zeitung zwangsläufig verändern. Die Zeiten der Organisationszeitung waren endgültig vorbei. Man mußte sich als linke Zeitschrift unter anderen neu "positionieren", Sinn und Zweck der Zeitungsarbeit neu bestimmen - im Sinne von Information, Aufklärung, Diskussion und - in bescheidenem Maße auch nach wie vor - Anleitung zu politischer Praxis. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir eingestehen, daß dieser Prozeß der Neudefinition und Neupositionierung noch nicht abgeschlossen ist, das sieht man der Zeitung schließlich an. Doch scheint die Leserschaft unser Bemühen und seine Ergebnisse zu akzeptieren. Jedenfalls waren die Einbußen beim Verkauf nach Spaltung und Auflösung des KB gering.

Seit August 1992 erscheint die Zeitung als ak - Neue Folge und nennt sich analyse & kritik mit der ehrgeizigen Produktbeschreibung Zeitung für linke Debatte und Praxis. (Das Kürzel ak wird seitdem ohne bestimmten Artikel verwendet: Es heißt also weder "der" noch "die" ak, sondern einfach ak.)

Heute hat ak eine Auflage von 3.300 Exemplaren - das ist nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten viel zu wenig, sondern vor allem angesichts manches in der Zeitung enthaltenen Glanzstücks eine unverantwortliche Ressourcenverschwendung. Unsere Öffnungsinitiative von Anfang letzten Jahres - bis hin zum Fusionsangebot an andere linke Zeitschriften - blieb ohne große Wirkung. (Ob hierfür "die anderen" verantwortlich sind oder wir selbst zu halbherzig an die Sache herangingen, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden.) Einstweilen machen wir weiter - fast wie bisher. Das heißt aber nicht, daß wir nicht den unbändigen Willen zu Veränderungen und Verbesserungen hätten. Fast ist man versucht zu sagen, daß bei uns die "Selbstverständnisdebatte in Permanenz" die "Revolution in Permanenz" abgelöst hat. Wir werden die

geneigte LeserInnenschaft ab und an mit (Zwischen-)Ergebnissen dieser Debatte behelligen. Einstweilen vollziehen sich positive Veränderungen allerdings eher schleichend.

Viele neue AutorInnen, auch "Profis", konnten gewonnen werden. Eine inhaltliche Schwerpunktsetzung entsteht allerdings häufig eher zufällig; redaktionelle Planung ist kaum möglich, auch weil wir unseren AutorInnen nicht einmal symbolische finanzielle Anreize bieten können. Gleichwohl gelingt uns unserer Meinung nach eine in der Regel interessante Mischung aus kontinuierlich verfolgten und eher sporadisch und ausnahmsweise präsentierten Themen. Und so bietet ak beides: Zuverlässige beständige Berichterstattung zu einer begrenzten politischen Themenpalette einerseits und immer wieder Überraschungen andererseits. Dieser Mix scheint nicht unerheblich zur Attraktivität der Zeitung beizutragen.

Und so blicken wir nicht nur mit Stolz auf die geleistete Arbeit, sondern auch mit gebremstem Optimismus in die Zukunft. Die Arbeit ist zwar häufig zermürbend, macht aber auch sehr viel Spaß. Was uns fehlt, sind Meinungsäußerungen unserer LeserInnen. Also bitte, schreibt mal wieder: Lob (spornt uns an), Kritik (drucken wir unkommentiert ab), Themenvorschläge (sitzen wir notfalls aus)! Als mildernden Umstand bitten wir zu bedenken: Die ak-Redaktion besteht aus sieben Personen (zwei Frauen, fünf Männer; Durchschnittsalter 41,3 Jahre; zweieinhalb Stellen, verteilt auf sechs Personen), ist also mit fast allen größeren Projekten überfordert.

Wen angesichts dieser Misere das Mitleid zu überwältigen droht, muß nicht das Briefpapier mit heißen Tränen benetzen. Es reicht, den beiliegenden Überweisungsträger der unvermeidlichen Spendensammlung auszufüllen. Denn auch das muß an dieser Stelle gesagt werden: Ohne Euch, liebe Leserinnen und Leser, und Eure großzügigen Subventionsleistungen hätte ak niemals 25 Jahre alt werden können.

ak-Redaktion

Auf den folgenden Seiten versuchen wir eine Bilanz von 25 Jahren ak. Ehemalige MitstreiterInnen und befreundete AutorInnen haben uns dabei geholfen. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Natürlich fehlt etliches, was für die Politik des KB wichtig und für ak prägend war. Einige Lücken wollen wir in den nächsten ak-Ausgaben schließen. Diskussionsbeiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Zur Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Bundes Seite 2

Geschichte(n) vom Trüffelschwein Seite 3

Was ist los mit der Faschisierung? Seite 5

Gegen die Staatsgewalt Seite 8

Als die Katzen Laila hießen. Zur "Nahostpolitik" Seite 9

Der Sieg ist nicht mehr gewiß. Unser Internationalismus Seite 11

Bündnispolitik und alternative Wahlbewegung Seite 14

Die Suche nach dem revolutionären Subjekt Seite 17

Gespräch zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin Seite 18

Mao, oder: Die Hoffnung auf Glück Seite 22

Überlegungen zum Gründungskonsens und zum Scheitern des KB Seite 25

Die anderen über uns Seite 28

Aufzeichnungen aus einem Kellerloch Seite 29

Konspirativ mit Leimtopf und Schere Seite 29

Interview mit Jürgen Trittin Seite 10

... und mit Jürgen Reents Seite 30

Außerdem Beiträge, Glückwünsche und Kritiken von:

Ulla Jelpke Seite 4

Georg Fülberth Seite 5

Verena Krieger Seite 7

Kai Ehlers Seite 26

Jochen Weichold Seite 26

Karl Heinz Roth Seite 27

Katja Leyrer Seite 32

2. Von Arbeiterkampf zu analyse & kritik. Kommentierte Chronologie 1971-1976

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:23

Eine AK-Chronologie über 25 Jahre zusammenzustellen, ist keine einfache Aufgabe, wird sie doch auf mehr Ablehnung als Zustimmung stoßen: JedeR, die/der diese Geschichte erlebt - und mitgestaltet - hat, wird sie anders wahrgenommen haben und sich auf eine andere Weise erinnern. All diesen unterschiedlichen Sichtweisen gerecht zu werden, ist daher von vornherein unmöglich. Die hier vorgelegte Chronik ist zudem auf eine Auswahl der Themen, die auf den Titelseiten der mittlerweile annähernd 400 Ausgaben erschienen, beschränkt. Themen, die nie oder nur sehr selten auf die Titelseite gekommen sind, werden daher in dieser Chronologie nur erwähnt, wenn sie von besonderer Bedeutung waren. Eine Geschichte der nationalen und internationalen Entwicklungen der letzten 25 Jahre aus der Sicht des AK (bzw. ak) kann diese Chronologie deshalb nicht liefern, und zwar auch deshalb nicht, weil die Titelseite von der Redaktion nicht unbedingt unter dem Gesichtspunkt der Historiographie gestaltet, sondern von den Überlegungen geleitet wird: Was ist zum Zeitpunkt des Erscheinens der jeweiligen Ausgabe aktuell? Was bleibt bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe aktuell? Und nicht zuletzt: Wie interessieren wir die potentiellen KäuferInnen unserer Zeitung? Veranlaßt diese Chronologie die eine oder den anderen, sich für diesen oder jenen Aspekt unserer 25jährigen Geschichte zu interessieren, ist der Chronist schon recht zufrieden.

Die Titel werden so zitiert: Nach der AK-Nummer werden zuerst der Monat und dann das Jahr des Erscheinens der betreffenden Ausgabe genannt. 13, 12/71 heißt also: AK Nr. 13 vom Dezember 1971.

1971/72: Gründung und Grundlagen

Im Dezember 1971 erschien die erste Ausgabe des ARBEITERKAMPF, der Zeitung des damals gerade gegründeten Kommunistisches Bundes, mit der Nummer 13, womit der AK sich als Fortführung der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ), der Publikation des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ), einer der Gründergruppen des KB, vorstellte. Dementsprechend wurde das Organ des Kommunistischen Arbeiterbunds (KAB), einer anderer Gründergruppe des KB, ebenfalls mit der Nummer 13 als Unser Weg, Theoriezeitschrift des KB, fortgesetzt.

Die Auflage des ersten AK mit 5000 Exemplaren und monatlicher Erscheinungsweise stieg im Lauf des Jahres 1972 auf 17000. Neben Artikeln zu aktuellen Arbeitskämpfen - Metalltarifrunde 71, linke Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit ("Betriebsrätewahlen 72: Die Weichen stellen"), Vorbereitung des 1. Mai ("1. Mai: Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse") - prägten von Anfang an auch Fragen nationaler und internationaler Politik das Gesicht der Zeitung: Die internationale Solidarität ("Vietnam: Das Volk wird siegen"; der Kampf der englischen Dockarbeiter), die Auseinandersetzung mit der Innenpolitik der BRD (Baader-Meinhof-Jagd, Prozesse gegen die RAF, Berufsverbote, Innere Sicherheit). Von besonderer Bedeutung war die Serie "Kampf dem Faschismus" (16, 3/72; 17, 4/72; 18, 5/72), von der ausgehend die Faschisierungsthese des KB entwickelt wurde. Bei der Bundestagswahl 1972 rief der KB nach längerer Debatte auch im Arbeiterkampf zur kritischen Wahl der SPD auf. Der Anschlag auf israelische Sportler bei den olympischen Spielen in München war der Beginn der Beschäftigung des Arbeiterkampf mit dem Problem Israel/Palästina/Zionismus ("Olympischer Frieden - und palästinensischer Krieg?", 22, 9/72). In der Dezember-Ausgabe 1972 erschien die erste Folge einer fünfteiligen Artikelserie zum EG-Imperialismus

1973: Der Putsch in Chile

Diese Serie wurde im Jahr 1973 fortgesetzt, wobei insbesondere die Ölkrise Ende 1973 ("Panikmache ums Öl: Was steckt dahinter?" - 36, 11/73) als Beleg für die besondere Aggressivität des EG-Imperialismus herangezogen wurde. Innenpolitisch befand sich die BRD auf dem Höhepunkt der Berufsverbote, was das Leitende Gremium (LG) des KB zu einer Titelerklärung "Gegen die Kommunistenjagd" (29, 6/73) veranlaßte. Wie im Vorjahr waren der 1. Mai (27, 4/73), die Arbeiterkämpfe in der BRD und die Politik der Linken ("Streiks in der Metallindustrie; Spontaneismus oder kommunistische Propaganda?" - 30, 8/73; "Der Streik bei Klöckner in Bremen" - 31, 8/73) Hauptthemen.

Auf internationaler Ebene waren neben Vietnam, dem Jom-Kippur-Krieg ("Wieder Krieg in Nahost - Die Schwäche des Zionismus wird deutlich" - 34, 10/73) und dem Faschismus in Griechenland vor allem der faschistische Putsch in Chile von Bedeutung, stand hier doch die Möglichkeit des "friedlichen Übergangs zum Sozialismus" auf dem Prüfstand ("Chile: Friedlicher Übergang auf dem Sterbebett" - 32, 9/73; "Militärputsch in Chile: US-Imperialisten und chilenische Reaktion stürzen Regierung der Volkseinheit" - 33, 10/73). In der Folge entwickelten KB und AK eine langjährige Solidarität mit der chilenischen Linken, insbesondere mit dem MIR (Movimiento Izquierda Socialista - Bewegung der revolutionären Linken).

In Artikeln zum "Zirkelwesen" grenzte sich der KB von den "Superlinken" (KPD/AO, KPD/ML) und dem sich formierenden KBW ab und kritisierte die blinde Chinahörigkeit dieser Gruppen in einem ersten Artikel zur "Außenpolitik der VR China".

Im Herbst 1973 wurde die Erscheinungsweise verändert: Statt wie bisher vierwöchentlich erschien der AK nun alle drei Wochen; die Seitenzahl blieb vorerst bei ca. 28 Seiten.

1974: Schmidt wird Kanzler - Strauß' Sonthofener Rede

1974 sank die Auflage von 17.000 im Mai 1973 bei vierwöchentlichem Erscheinen auf 12.000 bei dreiwöchentlichem Erscheinen, der Umfang wurde auf 32 Seiten angehoben. Die Schwerpunkte der Berichterstattung blieben ähnlich: Der Kampf in den Betrieben ("Genscher heißt er, uns bescheißt er", zur Tarifrunde bei Post, Bahn und ÖTV - 40, 3/74; "Bremer Metaller sagen in der zweiten Urabstimmung: NEIN zu diesem Schwindel" - 42, 4/74), und die internationale Solidarität bestimmten den AK. In Chile war es insbesondere der Kampf gegen die Junta, über den berichtet wurde ("Miguel Enriquez im Kampf gefallen" - 51, 10/74). In Griechenland wurden die Faschisten gezwungen abzutreten; in Portugal war General Spinoza von demokratischen Offizieren verjagt worden - hier entwickelte der AK in den Folgejahren eine rege Berichterstattung.

In AK 53 vom Dezember 74 wurde zum ersten Mal über den Kampf gegen das AKW Wyhl in Südbaden berichtet; in Nr. 43 (Mai 74) wurde der Kampf gegen den §218 zum ersten Mal Gegenstand der Berichterstattung.

Innenpolitisch wurde die Ablösung Brandts durch Helmut Schmidt zum Beleg für eine Verschärfung des Klimas genommen. Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, die Ausschlüsse der Verteidiger in mehreren RAF-Prozessen usw. wurden als Beleg für die fortschreitende Faschisierung angesehen. Ebenfalls 1974 wurden im AK die ersten Berichte über faschistische Umtriebe veröffentlicht (Wehrsportgruppe Hoffmann in Nürnberg und Wikingjugend in Schleswig-Holstein). Ein Extra-AK wurde anläßlich der Sonthofener Rede von Franz-Josef Strauß unter dem Titel: "Ein Demagoge wie Hitler und Goebbels" verbreitet. In dieser Rede hatte Strauß angekündigt, im Falle seiner Machtübernahme "so aufzuräumen, daß von denen (Linken und anderen Gesellschaftskritikern - Anm. d. Red.) bis zum Ende des Jahrhunderts keiner mehr wagt, das Maul aufzumachen".

1975: 1. Mai - Saigon ist frei!

Die negative Auflagenentwicklung des vergangenen Jahres konnte gestoppt werden. Sie stabilisierte sich im Verlauf des Jahres bei etwa 18.500 bei nach wie vor dreiwöchentlichem Erscheinen. Wesentlichen Anteil an der Auflagensteigerung hatte dabei die qualifizierte Berichterstattung über die verschiedenen Befreiungsbewegungen, die im Jahr 1975 Erfolge erzielen konnten: "1. Mai - Saigon ist frei" war die meistgerufene Parole auf der Mai-Demonstration, der Mai-AK stand unter dem Titel "Ho Tschi Minhs Testament verwirklicht". Die Entwicklung in Angola, Mosambik, Guinea-Bissao (ehemalige Kolonien Portugals, die nun unabhängig wurden) und in Vietnam, Laos und Kambodscha, der Kampf in der Westsahara (Frente Polisario), im südlichen Afrika; die Frage der Franco-Nachfolge in Spanien: All dies führte dazu, daß der Schwerpunkt des AK im Jahr 1975 eindeutig im internationalen Bereich lag. Beispielhaft sei hier die Ausgabe 67 vom 2.10.75 erwähnt, in der bei insgesamt 48 Seiten 38 internationale Themen behandelten und sich nur fünf auf den Bereich "Betrieb und Gewerkschaft" bezogen. Dennoch bestand dieser Bereich fort; im Dezember 75 fand eine Veranstaltung mit linken Betriebsräten vor über 3.000 Teilnehmern in Hamburg statt.

In der innerlinken Diskussion bezog der AK Position gegen KPD/AO, KPD/ML und insbesondere den KBW, der die chinesische Position, daß die Sowjetunion mittlerweile die gefährlichere, da aufsteigende Supermacht

geworden sei, propagierte. Die 1974 begonnene Berichterstattung zum §218 führte zur Gründung einer AG Frauen; aus der antifaschistischen und Antirepressions-Berichterstattung entstand die Antifa-Kommission. Der "Umweltschutz" wurde als neue Rubrik eingeführt.

1976: Alle zwei Wochen AK

1976 wurde der Ak auf 14tägiges Erscheinen umgestellt, bei einer Auflage von bis zu 20.000 Exemplaren und erschien mit einem Umfang von 48-60 Seiten. An Erstellung und Verkauf der Zeitung war fast die gesamte Organisation des KB beteiligt.

Wesentliche innenpolitische Themen des AK waren 1976 die Bundestagswahlen, bei denen Strauß für die CSU/CDU gegen Helmut Schmidt kandidierte, der Tod von Ulrike Meinhof, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse, neue Polizeigesetze etc. Diese Entwicklungen veranlaßten KB und AK-Redaktion, Ende des Jahres die Bemühungen um das Zustandekommen eines Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD zu unterstützen. "Wir bauen weiter am Modell Deutschland" - das war die SPD-Parole im Wahlkampf gewesen, die vom KB als chauvinistisch und antidemokratisch empfunden wurde. Helmut Schmidt wurde als "Oberlehrer und Feldwebel Europas" gesehen (85, 7/76). Ein KB-Plakat zum Wahlkampf, in dem diese SPD-Parole in Zusammenhang mit Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten gebracht wurde (so wurde das "Modell Deutschland" vom demokratischen Westeuropa aufgefaßt) wurde verboten.

Für manche im KB überraschend war die Reaktion des AK auf den Beschluß der CSU, sich nach den verlorenen Bundestagswahlen bundesweit auszudehnen, wie Strauß es auf einer Klausurtagung in Wildbad/Kreuth gefordert hatte. Während für viele im KB diese Absichtserklärung schon das Signal für eine aktuell drohende Rechtsverschiebung bis hin zur Akzeptierung offen faschistischer Positionen darstellte, kam der AK mit der Schlagzeile "Strauß läuft Amok" heraus (94, 11/76). Im Dezember 76 wurde ein Sammelband "Droht ein neuer Faschismus" veröffentlicht, der die entsprechenden Artikel aus mehreren Jahren AK zusammenstellte. Bei sehr genauem Hinsehen konnte schon damals deutlich werden, daß die Auswahl der Artikel für diesen Band eine gewisse Selbstkorrektur darstellte: Die Artikel, die den Faschismus in der BRD quasi schon als unmittelbar vor der Tür stehend darstellten, waren in den Sammelband nicht aufgenommen worden.

In einem Nachruf auf den Tod Mao Tse-Tungs im Sommer 1976 wurde der Verstorbene als Revolutionär und "unser Lehrer" und die Kulturrevolution als im wesentlichen gerechtfertigte Etappe des Klassenkampfs im Sozialismus gewertet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rechtsentwicklung der chinesischen Politik dargestellt. Ein "5. Band" der Werke Mao Tse-Tungs erschient im AK-Verlag.

1977: Anti-AKW

und "Deutscher Herbst"

Im Herbst 1976 hatten KB und AK die ersten Demonstrationen an der Baustelle des AKW-Brokdorf als Organisation verschlafen. Erst nachträglich - "Kein KKW in Brokdorf: Polizeiterror gegen Demonstranten" (92, 11/76) - waren diese Aktionen zur Schlagzeile geworden (obwohl innerhalb des KB zur Atomenergie insbesondere auch unter dem Aspekt der Atombombe, gearbeitet worden war). Dieses Versäumnis wurde 1977 wettgemacht. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß der AK für alle AKW-Gegner im gesamten Jahr 1977 zu einer der wichtigsten Informationsquellen wurde. Brokdorf II und Wyhl im Februar 1977, Grohnde im März, Malville (Frankreich) im Juli und schließlich Kalkar im Oktober: Alle diese Manifestationen der Anti-AKW-Bewegung wurden vom AK massiv unterstützt.

Die Polizeieinsätze gegen die Anti-AKW-Demonstrationen und insbesondere das Bürgerkriegsmanöver gegen die Demonstration in Kalkar sah der AK im Zusammenhang mit der Diskussion um das Verbot von kommunistischen Gruppen: "CDU will K-Gruppen verbieten" (114, 9/77); Polizeiaktionen gegen den Göttinger AStA: "Polizeiüberfall auf Göttinger AStA" (105, 5/77); Propaganda gegen das geplante Russell-Tribunal, die Verabschiedung besonderer "Sofortmaßnahmen zur Anti-Terrorismus-Bekämpfung", "SPD/FDP beschließt ‚Anti-Terror-Paket`" (106, 6/77). Das Jahr 1977 kulminierte im Deutschen Herbst, als der von der RAF entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer ermordet aufgefunden wurde und in derselben Nacht sowohl die Lufthansa-Maschine "Landshut" in Mogadischu von der GSG9 gestürmt als auch drei der vier

RAF-Gefangenen in Stammheim tot aufgefunden wurden. "Wir glauben nicht an Selbstmord" war die Reaktion des AK (116, 10/77), der diese Auffassung auch in den folgenden Nummern (als einzige deutschsprachige Zeitung) durchhielt ("Weitere ‚Selbstmorde` in Vorbereitung" - 117, 11/77).

1978: Bunte Liste in Hamburg - Beginn der alternativen Wahlbewegung

Das Russell-Tribunal ("Russell-Tribunal soll verboten werden" - 120, 1/78; "III. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD" - 126, 4/78) sowie die Prozesse gegen AKW-Gegner ("Grohnde-Prozesse; angeklagt: wir alle" - 121, 1/78; "Terrorurteile gegen Grohnde-Angeklagte" - 128, 4/78) waren Schwerpunkte des ersten Halbjahrs 1978 im AK. Das zarte Pflänzchen der ersten grünen Wahlerfolge ("Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Erfolge für die Grünen" - 124, 3/78; "Hamburger Basisbündnis: Jetzt beginnt ein bunter Wahlkampf" - 125, 4/78) wurde im Verlauf des Jahres und insbesondere nach dem Erfolg der Hamburger "Bunten Liste" im Juni 1978 wohlwollend beobachtet: "Grüne und Bunte verändern die politische Landschaft" (131, 6/78); "Hessen-Wahl: Für Umweltschutz und Demokratie" (139, 10/78), auch wenn nicht alle Träume wahr wurden: "Hessenwahl dämpft Erwartungen der grünen und bunten Listen" (140, 10/78). 1978 war auch das Jahr, in dem im AK der antifaschistische Kampf gegen Alt- und Neonazis ein größeres Gewicht bekam: "Rechtsstaat in Aktion: NPD verfassungskonform" (127, 4/78); "Filbinger muß zurücktreten" (129, 5/78); "Blutige Saalschlacht zwischen Nazis und Polizei" (134, 7/78); "Amnestie für Nazi-Mörder" (137, 9/78). Der AK versuchte, ein Bündnis aus allen oppositionellen Strömungen zu propagieren, in das neben den reinen Umweltschützern und AKW-Gegnern auch andere oppositionelle Bewegungen einbezogen werden sollten.

1979: Wie weiter

mit der Wahlbewegung?

Schon im Vorjahr war die Auflage des AK von maximal 27.500 im Jahr 1978 auf zuletzt 13.000 gefallen. Dieser Prozeß setzte sich im Jahr 1979 fort, wenn auch nicht ganz so schnell. Am Ende des Jahres waren es nur noch 10.000 Exemplare, wobei an der 14tägigen Erscheinungsweise festgehalten wurde.

Das ganze Jahr war beherrscht von der Debatte um die Gründung einer alternativen Partei, KB und AK gaben eindeutig der "bunten" Wahlbewegung gegenüber einer rein "grünen" Partei den Vorzug: "Westberlin: 3,7% - Großer Erfolg für Alternative Liste" (150, 3/79); "Tolle Erfolge bei NRW-Wahlen für bunte und grüne Listen" (163, 10/74), "Bunte und Grüne - 1980 getrennt verlieren" (164, 10/79); "Beratungskongreß der Bunten/Alternativen findet in Frankfurt statt" (166, 11/79). Über die Massenaktionen in Hannover (151, 4/79) und Bonn (164, 10/79) gegen den "Atomstaat" wurde ausführlich berichtet.

International waren u.a. folgende Themen auf der Titelseite: der Sturz des Schah und die Machtübernahme durch Khomeini ("Schahmatt" - 146, 1/79; "Was bringt die ‚Islamische Republik`" - 148, 2/79; "Khomeini plant Völkermord an Kurden" - 160, 6/79), Nikaragua ("Sieg im Volkskrieg" - 158, 7/79), und auch der Überfall Chinas auf Vietnam ("China pokert mit dem Weltkrieg" - 148, 2/79; "China raus aus Vietnam" - 149, 3/79).

Des weiteren bildete die Verfolgung der RAF ("Stammheim-Prozeß eingestellt! Neue Nahrung für Zweifel an der Selbstmordversion" - 152, 4/79; "Elisabeth van Dyck erschossen; Wir glauben nicht an Notwehr" - 153, 5/79; "Fahndungspanne beim BKA; Rolf Heißler überlebt Kopfschuß" - 155, 5/70; "Lebensgefahr für Irmgard Möller und andere politische Gefangene" - 156, 6/79) einen Schwerpunkt, wie auch der antifaschistische Kampf, der in der Demonstration in Frankfurt im Juni 79 gegen die NPD seinen Höhepunkt hatte ("Rock gegen Rechts" - 155, 6/79; aber auch: "Bombenanschläge der Nazis" - anläßlich der Holocaust-Sendung - 146, 1/79; "Majdanek-Prozeß; 4 Nazimörder freigesprochen" - 152, 4/79; "Strauß darf nicht durchkommen" - 157, 7/79).

1980: Spaltung des KB an der Frage der Stellung zur Grünen Partei

Anfang 1980 war es dann soweit: "Grüne gründen Bundespartei" (169, 1/80). Obwohl damit die Bunt-Alternativen Vorstellungen einen Dämpfer erhalten hatten, blieben für den AK diese Gruppen "... weiter auf dem Plan" (2. Beratungskongreß in Karlsruhe - 171, 1/80). Im weiteren Verlauf wurde die Existenz der Grünen für AK und KB zur Zerreißprobe. Hinter der Überschrift "ZL-Gruppe spaltet Bunte Liste Hamburg" stand ein innerorganisatorischer Konflikt im KB (und damit auch im AK) um die Frage, wie in der Wahlbewegung weitergearbeitet werden solle. Ein relevanter Teil des KB (Gruppe Z) verließ in der Folge den KB, um innerhalb der Bunten Liste zu arbeiten. (Die bekanntesten Vertreter dieser Kräfte sind Trampert und

Ebermann). Zusammen mit der ein Jahr zuvor ausgetretenen "Kritik-Fraktion" war damit der KB als Organisation erheblich geschrumpft. Dies schlug sich auch im AK nieder, da diese Kräfte sowohl einen Teil der aufwendigen Kampagnenarbeit der vergangenen Jahre (Internationalismus, Anti-AKW etc.) getragen als auch Teile der dementsprechenden Berichterstattung geleistet hatten. Ein Ansatz, neben der Grünen Partei mit den "Demokratischen Sozialisten" politisch Boden zu gewinnen ("Sozialistische Konferenz - Ein erster wichtiger Schritt" - 176, 5/80), verebbte bald. Beherrschendes innenpolitisches Thema war der Wahlkampf gegen den CSU-Vorsitzenden Strauß, dessen Rolle sowohl in einer größeren Artikelserie als auch in einem Buch, in großer Auflage, propagandistisch gewürdigt wurde. Zur Wahl selbst titelte der AK: "Am 5.10. alternativ wählen", nachdem die vormals so bekämpften rechten Grünen die Grüne Partei verlassen hatten ("Grüne Partei: Rechte springen ab" - 180, 6/90).

Die Nazi-Bomben auf das Münchner Oktoberfest ("Wir glauben nicht an Einzeltäter" - 186, 10/80), neue Zweifel an der offiziellen Stammheim-Version ("Nach Stern-Enthüllung: Wieder Zweifel an den Stammheimer Selbstmorden" - 188, 11/80) waren daneben ebenso Themen wie die aufkommende antimilitaristische Bewegung ("Öffentliche Gelöbnisse: Blamage für die Militaristen" - 189, 11/80; "Gedient wird nicht; Frauen zum Bund - Nein Danke" - 190, 12/80), die Arbeiteraufstände in Polen ("Streiks in Polen: Arbeiter erfolgreich?" - 183, 8/80 und "Droht Polen ‚brüderliche Hilfe`?" - 191, 12/80). Das zweite "Rock gegen Rechts"-Festival in Frankfurt im Juni 1990 war - da die NPD den Versammlungsort gewechselt hatte - schon nicht mehr ein Ereignis der ganzen Linken; das Konzert in Eschwege und die Verhinderung des NPD-Treffens in Philippsthal an der DDR-Grenze war noch einmal ein Erfolg des KB und des radikalen Teils der Antifa-Bewegung (181, 7/80).

Die Auflage sank im Verlauf des Jahres von 9.500 auf 7.500. Zum ersten Mal wurde in diesem Herbst zu der erst Jahre später permanenten Weihnachtsspende für den AK aufgerufen. Für den AK begann das Computerzeitalter mit anfangs teilweise selbstgebauten Geräten.

1981: Nato-Doppelbeschluß und Perspektivdiskussion

Der Rückgang der AK-Auflage setzte sich auch 1981 fort. Am Ende des Jahres waren es nur noch 6000 Exemplare, die jedoch alle 14 Tage - außer während der Sommerpause - herausgegeben wurden. Politisch war 1981 das Jahr des Protests gegen den Nato-Doppelbeschluß und die Verschärfung des internationalen Klimas, wie sie vor allem durch die Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten signalisiert wurde. "‚Es gibt wichtigeres als Frieden`; Bewaffneter Terrorist: Ronald Reagan, 69, US-Präsident" - so eröffnete der AK das Jahr 1981 (193, 1/81). Der Kirchentag im Juni in Hamburg wurde mit einer Friedensdemonstration zu einem zentralen Ereignis ("Kirchentag 20. Juni, Aufruf zu einer Friedensdemonstration" - 202, 5/81) und den alles krönenden Höhepunkt des Jahres bildete unbestritten die Demonstration in Bonn: "300.000 fordern für Millionen; Nie wieder Krieg!" (210, 10/81). Neben der Verschärfung der Blockkonfrontation war die Lage in Polen ein weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung. "Polen: Die Letzte Kraftprobe?" (198, 3/81) und "Polen: ‚Freibrief für einen sowjetischen Einmarsch`" (202, 6/81). Die Gefahr eines erneuten Einmarschs in ein sozialistisches "Bruderland" war vorhanden. Dementsprechend war die Diskussion um die Ereignisse in der CSSR 1968 und die Frage, wie eine demokratische Opposition im "realen Sozialismus" aussehen könne, eines der zentralen Diskussionsthemen im AK.

In der Wahlbewegung unterstützte der AK die verschienen Ansätze einer bunt-grün-alternativen Wahlbewegung, wie u.a. in Westberlin ("Westberlin: Am 10. Mai AL wählen - was denn sonst" - 199, 4/81; "Kommunalwahlen in Niedersachsen - Grüne und Alternative im Aufwind" - 209, 9/81). Mit dem TUWAT-Kongreß in Berlin ("Tuwat für Tuwat: Spektakel in Bärlin ab 25.8." - 206, 8/81) und verschiedenen, teils militanten Äußerungen des Widerstands (Brokdorf; Freiburg; Westberlin) wurden immer wieder Hoffnungen transportiert, eine autonome, nach links offene Bewegung könne die Grüne Partei doch noch zu einem Sammelbecken aller sozialen Bewegungen machen.

Ende 1981 war aber klar, daß die bisherige Form der Kampagnenpolitik mit der nach der Spaltung geringeren Kraft des KB nicht aufrechterhalten werden konnte. In den "Thesen zur Perspektive des AK" (215, 12/81) trug das Leitende Gremium des KB eine neue mögliche Perspektive für die Zeitung (und damit den KB) vor, die als "Leitantrag" für den KB-Kongreß im Januar 82 formuliert worden war. In diesem Leitantrag und seinem Vorwort wurde festgestellt, daß sich der AK zu einem "aktuellen Nachrichten- und Meinungsblatt der linken Bewegung" entwickelt habe. Diese Rolle wolle und könne der KB mit seiner Zeitung nicht mehr wahrnehmen. Angesichts

der Herausbildung einer explizit nicht sozialistischen Reformpartei halte der KB an wesentlichen Prinzipien fest: "Im Gegensatz zur Strömung des ‚Modernen Sozialismus` und allgemein zur Sozialdemokratie behauptet der KB die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen ‚Zerschlagung` dieses Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen ‚Absterben des Staates` beinhaltet; die absolute Ablehnung der Verteidigung des imperialistischen ‚Vaterlands`; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen ... (Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit). Aus diesen Differenzen ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der ‚Neuen Sozialdemokratie` aufgehen zu lassen. Die Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt, und für die eine möglichst große Verbreitung angestrebt wird, ist das zentrale Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen."

Leitmotiv des AK solle es sein, "am massenhaften Bewußtsein (bzw. ‚Gefühl`) der aktuell existentiellen Gefahr und Verunsicherung anzusetzen, dieses Bewußtsein (bzw. ‚Gefühl`) mit Argumenten und Fakten zu versorgen, und es zuzuspitzen auf die Frage gesellschaftlicher Veränderungen und Alternativen. Die Zeitung sollte durch die Breite der behandelten Themen, durch ihre Konzentration auf aktuell relevante Vorgänge und Debatten, durch einen erheblichen Anteil von Dokumentationen und Fremdbeiträgen einen Leserkreis ansprechen, der erheblich über das ‚KB-Umfeld` im weitesten Sinn des Wortes hinausgeht. Sie muß für alle, die linke Politik machen wollen, zu einem wichtigen Informationsmittel und ‚Denkanstoß`-Geber werden. Sie soll aber zugleich Instrument der spezifischen Politik des KB sein. An diesem Punkt finden Überlegungen über einen breiteren Trägerkreis für die Zeitung vorerst ihre Schranken." (215, 12/82)

1982: Nachrüstung und Palästinakonflikt

Mit Beginn des Jahres 82 erschien der AK wieder nur noch alle vier Wochen. Die Leserschaft wurde in der Nummer 217 vom 25.1.1982 über die Ergebnise des KB-Kongresses informiert. Die bisherige Unterzeile "Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" wurde abgeändert in "Zeitung des Kommunistischen Bundes". Diese Änderung war verbunden mit der Überzeugung, daß "die revolutionäre Linke Abschied zu nehmen hat von überkommenen Vorstellungen der Arbeit im Proletariat, wie sie in den Anfängen auch in unserer Organisation vorgeherrscht haben. Sie hat, wenn sie sich von den damaligen Illusionen löst, keinen Grund, vom Proletariat Abschied zu nehmen; denn gescheitert sind die eigenen Vorstellungen von dem, was Arbeiterklasse sein soll." (217, 1/82).

Polen, Israel/Palästina und der Falkland-Krieg waren die großen außenpolitischen Themen des Jahres; innenpolitisch war es die Stationierung der Atomraketen und die weitere Entwicklung der linken Oppositionsbewegung, die die Titelseiten des AK beherrschten. Nach der Spaltung wurde auch die Frage diskutiert, die Zeitung umzubenennen. Der einzige Vorschlag, der aber aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der damit transportierten politischen Aussage abgelehnt wurde, war "5 vor 12". Im Nachhinein gesehen war die im Titel enthaltene Aussage dennoch für die Berichterstattung im AK richtungweisend.

Die Bombardierung der palästinensischen Lager im Libanon war mehrfach Thema der Titelseite: "Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser" (222, 6/82), "Beirut ... und die arabische Reaktion sieht ruhig zu" (223, 7/82), "Die PLO verläßt Beirut - aber kein Frieden im Nahen Osten" (224, 8/82) und: "Massaker und Vertreibung - Die Endlösung der Palästinenserfrage" (225, 9/82). Die Arbeiteraufstände in Polen und die damit verbundene Unsicherheit (eventueller Einmarsch der SU; Haltung der Nato hierzu etc.) wurden unter dem Titel "Am Beispiel Polen: Der Imperialismus als Herr der Welt" (216, 1/82) behandelt und in den darauffolgenden Nummern differenziert auf jeweils mehreren Seiten dargestellt (bis 219). Der Falklandkrieg wurde unter der Schlagzeile: "Falkland-Inseln/Malvinen: Eine Weltkrise wird gemacht" (220, 4/82) und "Falkland-Inseln/Malvinen: Der 3. Weltkrieg wird geprobt" (221, 5/82) behandelt. Unter dem Titel "Die EG an der Seite Großbritanniens" (222, 6/82) wird der Falkland-Krieg als praktische Erprobung der "Out-of-area"-Einsätze der Nato interpretiert.

Über die drohende Stationierung der Mittelstreckenraketen und weitere militärische Aufrüstungspläne wurde mehrfach im AK berichtet: "Jetzt chemische Nachrüstung" (218, 2/82); "Reagan-Besuch wird zur Kraftprobe" (219, 3/82); "Alles bereit für Reagans Empfang" (220, 4/82); "Reagans ‚Radikalkur für den Frieden`" (221,

5/82); ",Nachrüstung` - Bauarbeiten für die Stationierung beginnen jetzt" (225, 9/82); "Stationierung der Atomraketen, Wie, wann wo?" (226, 10/82); "Skandal um US-Hauptquartier: Die Ratten verlassen das Schiff" (228, 12/82).

In den "Demokratischen Sozialisten" wurde eine eventuelle Alternative zu den Grünen gesehen: "Links-SPD im Aufbau: Spät kommt Ihr, doch ihr kommt" (217, 1/82); "Demokratische Sozialisten haben mit der Bildung einer Partei begonnen" (219, 3/822). Bei Wahlen rief der AK aber auf, der jeweiligen grünen Alternative die Stimme zu geben: "Wählt Grün-Alternative Liste" (Hamburger Bürgerschaftswahl - 221, 5/82) und "KB-Aufruf zur Hessenwahl" (225, 9/82). Ein rot-grünes Bündnis wird vom AK skeptisch beurteilt: "SPD-Grüne - Nicht mehr als ein Bluff" (223, 7/82).

"Die SPD ist am Ende" (224, 8/82) - so wurde der Sturz des SPD-Kanzlers Schmidt angekündigt (224, 8/82), der Regierungswechsel kommentiert mit "Das ‚kleinere Übel` verabschiedet sich, jetzt kommt das größere" (225, 9/82), und unter der Überschrift "Die CDU/CSU verspricht ‚Blut, Schweiß und Tränen`" (226, 10/82) eine scharfe Rechtswendung der Politik unter Kohl prognostiziert. Speziell der Rassismus, der mit dem "Heidelberger Manifest" organisiert an die Öffentlichkeit trat ("Deutschland erwacht - Die rassistische Welle rollt!" (219, 3/82), wurde als wesentliches Element der neuen Regierung gesehen: "Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher: Massenaustreibung wird vorbereitet" (228, 12/82).

1983: Nachrüstung, Volkszählung, Bundestagswahl und 35-Stunden-Woche

"Ein grünes Kreuz für die weiße Taube" (229, 1/83) - so rief der AK gleich Anfang des Jahres zur Bundestagswahl auf. "Die Grünen in den Bundestag" (230, 2/83). Das Ergebnis allerdings, obwohl erfreulich für die Grünen, wurde insgesamt eher als Rechtswendung auf Massenebene interpretiert: "Klare Mehrheit für neue Atomraketen, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ausländerhetze" (231, 3/83).

Eindeutiger Schwerpunkt war auch in diesem Jahr der Antimilitarismus: Sowohl als Kampf gegen die Nachrüstung wie auch in der allgemeinen Propaganda zur Rolle der Nato: "1983: Jahr des Kampfes gegen Raketen-Stationierung" (229, 1/83); "Keine Chance für den Andropow-Plan" (Rüstungsbegrenzung auf Initiative der SU - 230, 2/83) und weitere Artikel nahmen das Thema des letzten Jahres erneut auf ("Blockaden und Ostermärsche 1983: Großer Auftakt im Raketenjahr" - 232, 4/83; "Volksentscheid gegen Nachrüstung", Kölner Konferenz - 233, 5/83; "Im Dezember kommen die ersten Raketen" - 235, 6/73). Kritisch kommentierte der AK die Debatte, die innerhalb der Friedensbewegung um Pazifismus und Gewaltfreiheit geführt wurde ("Gewaltfrei ... in den dritten Weltkrieg" - 236, 8/83). Auch der staatliche Versuch der Deeskalation ("Loccumer Gespräche") wurde vom AK kritisiert: "Von Itzehoe nach Loccum - Die Verstaatlichung der Friedensbewegung" (237, 9/83); Itzehoe war bei Brokdorf II im Februar 1977 der staatlich gewünschte und von nicht wenigen gewählte Demonstrationsort.

Die Volkszählung, die von der Linken und weit über sie hinaus boykottiert worden war ("Gezählt wird nicht! Die Volkszählung wird zum Fiasko!" - 231, 3/83), wurde schließlich in dieser Form von Bundesverfassungsgericht abgeschmettert ("Volkszählungsurteil: Wenn alle zufrieden sind ist einer der Angeschmierte" - 241, 12/83).

Das Jahr endete mit einem neuen Thema: Die 35-Stunden-Woche ("Gewerkschaften vor dem Durchbruch?" - 241, 12/83).

Die Debatte über die Einschätzung des israelischen Vorgehens im Libanon gegen die PLO im Jahr zuvor führte zu einer umfangreichen Serie über die Geschichte des Antisemitismus (13 Folgen, beginnend mit 231, 3/83). Wie schon im Jahr zuvor, wurde auch im AK mehr Wert auf den Bereich der Kultur gelegt. Artikel zu Spinoza, zu Sartre, zur Musik, zur Exilliteratur erschlossen dem AK-Leser Bereiche, die der AK in seinem ersten Jahrzehnt vernachlässigt hatte.

Die Auflage sank 1983 von 6.000 auf 5.000.

1984: Raus aus der NATO

"Warum nicht: Raus aus der Nato?" (245, 4/84) war eine der Fragen der Friedensbewegung. Die Perspektive, daß das Fulda Gap bei jedem entwickelten militärischen Szenario der Block-Konfrontation zum Zentrum der Vernichtung werden würde, wurde in mehreren AK-Artikeln erörtert ("Grüne Hessen gehn voran: Nachtflug-Verbot für Pershing II" - 242, 1/84; "Wieder im Gespräch: Deutsche Atomwaffen" - 243, 2/84); "BRD

entwickelt eigene cruise missiles" - 244, 3/84; "Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt" - 245, 4/84; "Friedensbewegung beschließt: Störmanöver im Herbst" - 248, 7/84).

In einer "Bilanz der Wende" wurde ausgeführt, daß die mit dem Amtsantritt Kohls verbundenen Horrorszenarien von Sozialabbau, Militarisierung, Repression etc. ausgeblieben seien (250, 9/84).

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche führte im AK dazu, daß wieder breiter über die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung berichtet wurde: "35-Stunden-Woche: Kommt es zum großen Knall?" und "Arbeitszeit-‚Flexibilisierung`: Strategie gegen die 35-Stunden-Woche" (244, 3/84), "Betriebsrätewahlen 1984" (245, 3/84); "35-Stunden-Woche: Aussperrung gegen Streikrecht und kampfstarke Gewerkschaften" (47, 6/84) und zum Schluß: "Nach 50 Tagen Streik: Weder Sieger noch Besiegte" (248, 7/84).

In AK 246, 5/84 begann die Veröffentlichung einer großangelegten Serie "Zwischen den Weltkriegen" mit insgesamt sieben Folgen. Ausgangspunkt der Serie waren die von verschiedenen Militärs vorgestellten Szenarien eines dritten Weltkriegs, die Diskussion um die Möglichkeit, angesichts der Atombombe überhaupt Kriege führen zu können. Die Serie wurde zu einer grundlegenden Untersuchung der Entwicklung vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der militärischen und bündnispolitischen Aspekte.

International gab es "Die große Hoffnung Nicaragua" (249, 8/84); das Thema kam noch mehrfach auf die Titelseite: "Das Wirken der SI gegen Nikaragua" (251, 10/84). Unter dem Titel "Vor neuer Kuba-Krise?" (252, 11/84) wurde vor gegen die Insel gerichteten Plänen der USA gewarnt.

"Ohne Schadenfreude: Abschied von der MOZ" - unter diesem Titel wird in 250, 9/84), das Ende der Zeitschrift "Moderne Zeiten" kommentiert. (Die MOZ war das Zeitungsprojekt derjenigen, die 1980 als Gruppe Z den KB verlassen und in der Orientierung auf die Grüne Partei als dort agierender sozialistischer, linker Flügel gewirkt hatten.)

Die Auflage des AK sank 1984 um weitere 500 auf nun 4500.

1985: Ende der Faschisierungsthese? Reagan und Kohl in Bitburg

"Todesfabrik Auschwitz" und "8. Mai: Lauter Streit um leise Töne" (254, 1/85) - so eröffnete der AK das Jahr, in dem sich die Befreiung vom Faschismus zum 40. Mal jährte. Bundespräsident von Weizsäcker trat damals mit einer Rede hervor, die den einen als gemäßigt und akzeptabel erschien, den anderen aber als gefährlich, weil in ihr die Absichten des Imperialismus unter schönen Worten verborgen seien ("Richard von Weizsäcker: Das gute Gewissen gesamtdeutscher Aufträge" - 260, 7/85). Kurz zuvor hatte Reagan bei seinem Besuch in der BRD auch den Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch einige SS-Angehörige liegen, besucht: "Bitburg: Im Westen nichts Neues - Über allen Gräbern ist Ruh" (258, 5/85).

Die RAF-Prozesse gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt in Stuttgart-Stammheim (258, 5/85), die Versuche der Justiz, gegen die radikal vorzugehen, die Ansätze zur Abschaffung des Asylrechts, Gentechnologie etc. waren weitere Themen des Jahres.

International wurde Südafrika zum Zentrum der Berichterstattung: "Südafrika: Monolog der Waffen" (257, 4/85) und "Nelson Mandela: Wir wollen nicht nur Reformen, wir Schwarzen wollen die Macht" (261, 8/85).

In AK 256, 3/85 begann eine kritische Aufarbeitung der Faschisierungsthese, die über drei Ausgaben (bis 258) fortgesetzt wurde. Eine Diskussion im AK gab es mit Ausnahme eines kritischen Leserbriefs dazu nicht. Für den an der Geschichte des KB interessierten Leser stellen diese drei Artikel den einzigen veröffentlichten Abriß der für den KB zumindest in seiner "klassischen Zeit" so wichtigen Faschisiserungsthese dar, wenn auch aus der Sicht eines einzigen Genossen. Kein Thema für die Titelseite war übrigens die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU.

Am Ende des Jahres war die Auflage um weitere 500 auf 4000 Exemplare gesunken.

1986: Rassismus, Terrorismus und innerlinke Debatte

1986 konnte der Rückgang der Auflage erst einmal gestoppt werden. Am Ende des Jahres waren es wieder 4.800 Exemplare geworden.

Das Jahr begann für den AK mit der großen Hamburger Demonstration gegen Rassismus: "Freundschaft statt Feindschaft - 15.000 in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" (266, 1/86); das Thema wurde im August wieder aufgegriffen ("Boatpeople made in Germany" (273, 8/86) und fortgesetzt: "Hygienischer Rassismus für anständige Deutsche" (274, 9/86). Die Dezember-Ausgabe thematisierte dann die Debatte um "Offene Grenzen": "Flucht 1933, Flucht 1986 - Politik der offenen Grenze als Pflicht gegenüber den NS-Opfern" (277, 12/86).

"Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe ..." (266, 1/86), "US-Überfall auf Libyen - der Vorwand" (270, 5/86) und "Syrien - das neue Zentrum des Terrorismus" (276, 11/86) markieren die Auseinandersetzung mit dem "Antiterrorismus" insbesondere der USA.

Im Bereich der Innenpolitik waren die Rezeption des Stammheim-Filmes von Richard Hauff und die RAF mehrfach Titelthema. Dem ersten Aufmacher "Meinhof: gut; Prinzing: ausreichend; Baader: ungenügend; War das Stammheim?" (267, 2/86) folgten: "Stammheim: Gespräche und Interviews mit Christiane Ensslin, Jürgen Flimm und Reinhard Hauff" (268, 3/86) und "Stammheim: ‚Ich zweifle, also bin ich`" (269, 4/86).

1986 war im KB aber auch ein Jahr der Debatte, die nur teilweise auf der Titelseite ausgetragen wurde. Ob der 27. Parteitag der KPDSU ("Parteitag der KPdSU: Abschied vom Sozialismus" - 268, 3/86) ursächlich hierzu beigetragen hat, ist unklar, jedenfalls wurde der Streit innerhalb der Linken in einer für den AK ungewohnt offenen Form geführt: "Hurra, wir denken noch! Eine Polemik wieder den Aktionismus" (273, 8/86) eröffnete die Debatte - die Gewaltfrage sei in einigen Sektoren der Linken zum "Ersatz für politische Inhalte" geworden. In AK 274 wurde diese Polemik weitergeführt, auf gut sechs Seiten - zusammen mit einer Diskussion der Faschisierungsthese - weitergeführt. Eine Verteidigung der Faschisierungsthese findet sich dann wenig später in AK 276, 11/86.

Neben Wackersdorf ("Das andere Bayern: 80.000 in Wackersdorf" - 269, 4/86) und Hunsrück ("Großdemonstration am 11. Oktober im Hunsrück - Frieden braucht Bewegung" - 274, 9/86), kritischen Artikeln zu den Grünen ("Dem Staate dienen; grüner Abschied von der APO" - 272, 6/86) und den Aktionen gegen die Atomfabriken in Hanau, soll auch die einzige frauenbezogene Titelschlagzeile des Jahres genannt werden: "Alice Schwarzer fordert Parteien: Verfassungsklage über §218" (275, 10/86).

1987: Glasnost und Perestroika - Gorbi Superstar

Das Jahr 1987 war das Jahr von Glasnost und Perestroika. Weit mehr als die Titelschlagzeilen vermuten lassen, beschäftigte sich der AK während des ganzen Jahres mit der Entwicklung in der UdSSR, dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution u.ä. Parallel zur AK-Arbeit begann im KB eine Gruppe, sich mit der Geschichte der SU auseinanderzusetzen. Ein erstes Seminar fand im Herbst 87 statt (Roter Oktober 1917), ein zweites (Von Lenin zu Stalin) folgte erst 1989.

Daneben waren die Volkszählung (2. Anlauf) Thema ("Thesen zur Volkszählung" - 280, 3/87) und der 10. Jahrestag von Stammheim ("10 Jahre Stammheim: Wunder des Journalismus" - 286, 9/87). Beachtung fanden die PLO und die zarten Ansätze einer politischen Lösung in Palästina ("Friedensdiplomatie der PLO und syrische Großmachtpolitik" - 280, 3/87; "Bewegung in Nahost" - 282, 4/87; "PLO wiedervereint - Weg zur Eigenständigkeit?" - 282, 5/87).

1988: Intifada - Perestroika - Vom AK zum ak

Sechs Jahre nach dem Beschluß, den Titel der Zeitung zu ändern, konnten sich die Herausgeber dazu durchringen, den Arbeiterkampf umzubenennen. Der neue Name war der, der längst schon im Gebrauch war ak. Vorerst blieb der Untertitel: Arbeiterkampf - Zeitung des Kommunistischen Bundes. In der Ankündigung zur Umbenennung (292, 3/88), hieß es dann: "Obwohl schon lange bekannt, nehmen wir damit auch Abschied vom Bild des Arbeiters aus Gerhard Hauptmanns ‚Weber`, des gebeugten, geknechteten Arbeiters. Aber wir nehmen nicht Abschied vom Proletariat, nicht Abschied von der Idee, daß allein die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen menschenwürdige und demokratische Zustände herbeiführen kann. Solange ein Mensch aufgrund des Besitzes von Produktionsmitteln über die Arbeitskraft anderer bestimmen kann, wird es keine demokratische Gesellschaft geben. ‚ak` wird insofern auch nur eine Übergangslösung sein, weil das Alte nicht mehr stimmt, aber ein wirklich Neues noch nicht gefunden wurde."

Das Alte, das nicht mehr stimmt, wurde an der Entwicklung in der Sowjetunion deutlich: "Wohin geht das ‚Neue Denken`" (294, 5/88); "Ende des Antiimperialismus? Umbau der sowjetischen Außenpolitik" (296, 6/88); "Das Jahr der weißen Taube" (Zum Gipfel in Reikjavik, 297, 8/88). Daneben war die Intifada in Palästina von herausragender Bedeutung: "Palästinas Jugend im Aufbruch" (290, 1/88); "Israel prügelt sich den Widerstand herbei" (291, 2/88); "Kein Friede mit Palästina" (295, 5/88); "Der weite Weg nach Palästina" (297, 8/88) und schließlich: "Palästina: Ein Volk gründet seinen Staat" (301, 12/88).

1989: "Denk ich an Deutschland in der Nacht"

Der 3. KB-Kongreß im Januar 1989 (303, 2/89) zeigte, daß in fast keiner Frage mehr eine einheitliche Position des KB erzielt werden konnte. Weder in der Frage der Kriegsgefahr noch in der Frage der Faschisierung konnte ein Ergebnis erreicht werden.

Die Intifada ("PLO: USA will Dialog! Wann folgt Israel?" - 302, 1/89; "Die Intifada ist eine Lebensweise" - 306, 5/89) und die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China ("Etwas Perestroika & Kulturrevolution" - 307, 5/89; "Ohne Demokratie kein Sozialismus. Erklärung zur militärischen Zerschlagung der Pekinger Rebellion", Sondernummer vom 12.6.89; "China: Die Diktatur der Deng-Clique" - 308, 6/89) waren die beherrschenden internationalen Themen außerhalb der rasanten Veränderungen im RGW.

Innenpolitisch beherrschte der Hungerstreik der RAF-Gefangenen die Titelseiten: "Jetzt lassen wir nicht mehr los - RAF-Gefangene im Hungerstreik" (303, 2/89); "Hungerstreik: Zeit zum Handeln" (304, 3/89); "Hungerstreik und Solidarität" (305, 4/89); "Zusammenlegung: Der Kampf muß weitergehen" (306, 5/89).

Erst im Oktober 89 (ak 311) war zu lesen: "Die Perestroika erreicht die DDR". Wie ein Vorbote kommender Ereignisse können im Nachhinein die Berichte über den Zerfall der DKP (ak 310, 9/89) oder die Ereignisse in Polen ("Wenn die Gewerkschaft die Regierung übernimmt. Polen: Erstes RGW-Land ohne KP-Regierung" - 310, 9/89) gewertet werden. Die beiden Leitartikel in ak 311, 10/89 ("Die Perestroika erreicht die DDR" und "Kein Bedarf an der ‚deutschen Frage`") erscheinen heute und nachträglich wie der Ausgangspunkt des Streits, der eineinhalb Jahre später zur Auflösung des KB führte. Den Artikeln "DDR im Wandel - BRD-Aktien steigen" und "Das Tor ist auf" (AK 312, 11/89) folgte in 313, 12/89 die Erklärung des LG: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht". Zum ersten Mal - so jedenfalls die Erinnerung des Chronisten - trat das LG nach außen nicht mehr einheitlich auf; die Erklärung wurde mit 18 Zustimmungen, drei ablehnenden Voten und zwei Enthaltungen verabschiedet.

1990: Deutschland vereint - KB kaputt

"Die Marktwirtschaft erobert Osteuropa" und "DDR-Wirtschaft: Eine Krise ist noch kein Boykott" (314, 1/90) - so begann das Jahr der Währungs- und schließlich der "Wiedervereinigung" für den ak. Mit einem Sonder-ak ("DDR muß bleiben", Januar 1990) wurde versucht, insbesondere in der DDR für die Zeitung zu werben. Andere Themen, wie z.B. Südafrika ("Die Zukunft Südafrikas ist schwarz" - 315, 2/90), der §218 ("Weg mit dem §218. Demonstration am 16. Juni in Bonn" - 319, 5/90), Palästina (‚Dialog` USA-PLO abgebrochen" - 320, 6/90) waren eher die Ausnahme auf der Titelseite. Neben den Artikeln zum Anschluß der DDR war der drohende Krieg um Kuwait häufiges Titelthema ("Nato auf Kriegskurs" - 320, 8/90; "Deutschland wieder im Krieg" - 322, 9/90; "Golf: Wo ist der Ausweg?" - 323, 10/90; "Krieg bis Januar verschoben" - 324, 11/90; "Fröhliche Weihnachten - Aktionen gegen den Golfkrieg"- 325, 10/90).

Die Konflikte im KB verschärften sich: Auf der einen Seite die Vertreter einer Linie, die vielleicht mit "Nie wieder Deutschland" gekennzeichnet werden kann, auf der anderen Seite diejenigen, die in diesem Prozeß die Rolle der Linken politisch anders als in einer reinen Verweigerungshaltung definieren wollten, und die, nur partiell zutreffend, als PDS-Option bezeichnet wurde. Auf der Mitgliederversammlung im März 1990 (317, 4/90) waren aus den unterschiedlichen Linien Fraktionen (Mehrheit und Minderheit) geworden. Die Auseinandersetzung um diese beiden Positionen prägte den ak: "PDS - Sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung?" (318, 4/90), "BRD diktiert Anschlußbedingungen - Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages beginnt das Ende der DDR-Souveränität" (319, 5/90), "Kongreß der Radikalen Linken: ... ein neuer Anfang?" (320, 6/90). Zu nahezu allen Themen wurden im AK fast parallel gegensätzliche Positionen publiziert, so z.B: im Vorfeld der Bundestagswahl, wo sowohl die "Arbeitsgrundlage des LG zu DDR, PDS und Wahlen" der Mehrheit als auch das Gegenpapier der Minderheit: "Hoffnungsträger gesamtdeutsche Reichstagswahlen - Argumente gegen die PDS -Orientierung der Mehrheit im KB-LG" (320, 6/90) veröffentlicht wurden. Konsequenterweise

erschien ak 324, 11/90 dann mit zwei Aufrufen zur Bundestagswahl: Unter dem gemeinsamen Dach "Die Linke vor der Wahl" wurde sowohl zur Wahl "PDS/Linke Liste: Was sonst" als auch zum Boykott - "Reichtagswahlen: Ohne uns" - aufgerufen.

1991: KB aufgelöst - ak erscheint als gemeinsames Projekt von Mehrheit und Minderheit

Im April 1991 war es so weit: der KB löste sich auf seinem 4. Kongreß auf. Übrig blieben die sog. Mehrheit und Minderheit; die Frankfurter Ortsgruppe hatte zuvor ihren Austritt erklärt (u.a. wegen unterschiedlicher Ansichten zum Golfkrieg, speziell in der Frage der Raketenlieferungen an Israel). Damit war nach knapp 20 Jahren der Kommunistische Bund als Herausgeber der Zeitung nicht mehr existent. Kurz und knapp hieß der Beschluß: "Der Kommunistische Bund (KB) ist aufgelöst. Im 20. Jahr seines Bestehens ist der KB in zwei Strömungen zerfallen. Als ein nach außen handelndes Kollektiv auf gemeinsamer theoretischer und praktischer Grundlage besteht der KB nicht mehr". ak 330, 5/91 erschien schon ohne die bisherige Unterzeile (Zeitung des Kommunistischen Bundes); als Herausgeber firmierte aber immer noch die "Hamburger Satz- und Verlagskooperative". Dies änderte sich erst mit ak 331, 6/91, als im Impressum als Herausgeber die Nachfolgegruppen des KB (Mehrheit/Minderheit) benannt wurden.

Das Frühjahr 1991 stand ganz im Zeichen des Golfkriegs: "Die neue Weltordnung", "Bündnisfall heißt Krieg" und "Bewilligung der Kriegsbomberentsendung: Auf die SPD ist Verlaß" so lauteten die Schlagzeilen eines ak-Extra vom Januar 92. Die Februarnummer (327, 2/91) setzte dies fort: "Deutschland als Kriegspartei", "Die Spaltung der arabischen Welt" und - für die Linke besonders brisant - "Israel, Golfkrieg und die deutsche Linke". Der Nahe Osten war bis zum Jahresende immer wieder Thema, zum Golfkrieg kamen hinzu die Konflikte um Kurdistan und Palästina.

Ab ak 334, 9/91 war dann auch wieder Deutschland auf der Titelseite, und zwar die im neuen Deutschland offen auftretenden rechten, rassistischen und revanchistischen Strömungen: "Triumph des völkischen Prinzips" (333, 9/91), "Deutschland im Zeichen rassistischen Terrors" (335, 10/91- zu "Hoyerswerda"), "Vom Staat und Rassisten verfolgt: Flüchtlinge organisieren Widerstand" (336, 11/91) und: "Flüchtlinge in Deutschland" (337, 12/91).

1992: Dach-ak gescheitert - Ex-Mehrheit gibt "ak - Neue Folge" heraus - Rostocker Pogrom

Nach einem Jahr war die Konstruktion des "Dach-ak" von Mehrheit und Minderheit gescheitert. In ak 343, 6/92 zog die Gruppe K (die ehemalige Minderheit) Bilanz des Dach-ak. Die Mehrheit hatte schon zum Erscheinen von ak 343 und in Kenntnis des "Bilanz-Artikels" die weitere Zusammenarbeit im Dach-ak aufgekündigt. In ak 344, 7/92 wurden die gegensätzlichen Positionen noch einmal veröffentlicht und die Trennung bekanntgegeben. ak 345, 8/92, erschien nach der Sommerpause als ak - Neue Folge - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis. Entgegen anderslautenden Drohungen aus der "Gruppe K", die Weiterverwendung des Namenskürzels ak zu verbieten, konnte das Projekt unter dem traditionellen Kürzel weitergeführt werden.

Das Jahr begann mit der Debatte um den Bürgerkrieg in Jugoslawien: "Jugoslawien: Die Linke und das Selbstbestimmungsrecht" (338, 1/82). Diese Debatte wurde in 340, 3/92 und unter dem Titel "Krieg um Sarajewo" in 342, 5/92 sowie in 343, 6/92 als "Kroatische Aggression und deutsche Interessen" auf der Titelseite fortgesetzt. Weitere Schwerpunkte des ersten Halbjahres waren die "Stasidiskussion: Jeder Ossi ein IM?" (338, 1/92) und "Stasidebatte: Die Geschichte wird verdreht" (341, 4/94), sowie eine Diskussion um den Antisemitismus (anläßlich der Ereignisse um die geplante Bebauung eines Hamburger jüdischen Friedhofs): "Die Verfolgung der Juden war kein Selbstzweck" (338, 1/92), "In der Kritik: Moishe Postone - Antisemitismus" (344, 7/92).

Zudem erschienen die Artikel "Frauen im Beruf" (339, 2/92), "Frauen auf der Flucht" (340, 3/92) und "Frauen in Nikaragua" (341, 4/92) als Titelthema.

Das beherrschende Thema der zweiten Jahreshälfte aber war die Abschaffung des Asylrechtes und der Rassismus der Straße. Begonnen hatte es schon im vorherigen Jahr. In ak 341, 2/92 wurde gefragt: "Asyl - kein Recht?"; ak 344, 7/92 berichtete über "Mannheim-Schönau: Rassistischer Mob und deutsche Polizei - Hand in Hand". Ab ak 345, 8/92; "Das nützliche Pogrom" (Rostock-Lichtenhagen) wurde nicht nur über Ausgaben hinweg jeder (vermutlich) rassistische Vorfall penibel registriert (in Zusammenarbeit mit dem Büro

von Ulla Jelpke), sondern das Thema fand in verschiedensten Variationen den Weg in die Zeitung: "Die Saat geht auf" und "Eberswalde, der Prozeß und die Normalität" (346, 9/92); "SPD-Parteitag beschließt: Weg frei für GG-Änderung!" und "Mit dem starken Staat gegen Rechts?" (348, 11/92); schließlich: "Bonn liquidiert Asylrecht" (349, 12/92).

1993: Rechtsextremismus und Rassismus -

Das "neue" Deutschland

Rassismus und Rechtsradikalismus, Jugoslawien, die Sowjetunion und die RAF waren eindeutig Schwerpunkte des Jahres. "Der große Knall von Weiterstadt" (353, 4/93), "Mord inbegriffen? Killfahndung nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern" (356, 7/93) und die "Briefe der RAF" (360, 11/93) - so fand sich die RAF auf der Titelseite. Der Jugoslawien-Konflikt wurde Mitte des Jahres wieder in den Vordergrund gerückt: "Muslime am Ende" (355, 6/93) und "Schwerpunktthema Jugoslawien" (356, 7/93). Die zerfallende Sowjetunion wurde mehrfach auf die Titelseite gebracht: "Schwerpunktthema: Ex-Sowjetunion" (353, 4/93), "Zentralasien: Umbruch einer Region" (354, 5/93), "Rußland nach dem Sturm - vor dem Sturm" (360, 11/93) und "Wahl in Rußland: Zeichen an der Wand" (361, 12/93).

Drei Artikel zur Situation von Frauen sind zu erwähnen: "Krieg gegen Frauen" (350, 1/93), "Massenvergewaltigungen als Kriegs- und Propagandawaffe"(352, 3/93) und "Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie" (353, 4/93).

Den meisten Raum nahm die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rassismus ein: "Mit diesem Staat gegen Rechts?" (350, 1/93), "Asylrecht - ohne uns" (351, 2/93), "Rechtswende ohne linke Alternative" (352, 3/93), "Der Neorassismus der Neuen Rechten" (354, 5/93), das Attentat von Solingen ("Der Attentäter: Seine Mutter, sein Freund, sein Trainer" - 355, 6/93), der "Anwalt des Normalbürgers" (358, 9/93 zur - mißglückten - Kandidatur Heitmanns als Bundespräsident), "Rechtsextremismus in Deutschland" (361, 12/93).

Neben der aktuellen Berichterstattung bekommen in diesem Jahr verstärkt Artikel Gewicht, die sich mit der Geschichte des Faschismus auseinandersetzen: "Ingrid Strobl: 50 Jahre Aufstand im Warschauer Ghetto" (353, 4/93), "Die Ordnung des Terrors im KZ" (354, 5/93) und "Deutsches Gedenken: Erinnern zum Zwecke des Vergessens" (360, 11/93).

1994: Das Superwahljahr

Es war ein europäisches Superwahljahr, das sich dementsprechend auch auf der Titelseite widerspiegelte: "Start ins Wahljahr" (364, 3/94), "Grüne und PDS treiben die SPD" (368, 7/94), "Kohl ablösen! Und was dann? Die ‚Linksfront` und die Diskussion in der PDS" (369, 8/94), "16. Oktober: Eine Entscheidungswahl?" (370, 9/94) "Kohl leicht abgespeckt"(371, 10/94) und: "Es gärt bei den Rechten" (372, 11/94) - das waren die inländischen Aufmacher zum Thema. Dazu kam die Europawahl: "Europa und Wahl" (367, 6/94) und "Europawahlen" (Ergebnisse, 368, 7/84). Italien mit Berlusconi: "Berlusconi Superstar" (365, 4/94) und - prophetisch- "Berlusconi stürzt im Januar"(373, 12/94), Österreich mit "Haider bald Kanzler" (371, 10/94).

Die diversen Selbstbloßstellungen der deutschen Justiz waren gleich mehrfach vertreten: "Geistige Brandstifter und deutsche Richter" (Prozeß gegen Deckert - 365, 4/94), "Antisemitismus im Namen des Volkes" (369, 8/94) und "Günther Deckert - brandgefährlich" (370, 9/94).

Als Teil der historischen Erinnerung wurde "Der Völkermord an Ungarns Juden" (365, 4/94; 366, 5/94) behandelt sowie über die "Gedenkstätte Auschwitz" (373, 12/94) berichtet.

Der Wahlsieg des ANC ("ANC vor neuen Aufgaben" - 366, 5/94) beendet das Apartheid-Regime in Südafrika, in Mexiko macht die Bewegung der Zapatisten auf sich aufmerksam ("Zapatistische Bilder" - 364, 3/94), das Massaker von Hebron lenkt die Aufmerksamkeit auf den widersprüchlichen Prozeß in Palästina: "Israel: Massaker und Friedensverhandlungen" (364, 3/94). In Kairo findet die Weltbevölkerungskonferenz statt ("Bevölkerungspolitik - Politik gegen Frauen" - 370, 11/94).

1995: 50 Jahre Befreiung vom Faschismus - Deutschland erneut Großmacht

Das ganze erste Halbjahr stand für den AK unter dem Thema "Kapitulation und Befreiung" mit einer Tag-für-Tag-Chronologie, Interviews mit Überlebenden etc.: "50 Jahre nach Auschwitz" (374, 1/95), "Jalta"

(375, 2/95), "Eine Großmacht feiert Befreiung" (378, 5/95). Dieses Thema wurde fortgeführt unter den Titeln "Sag Nein zum Kriegseinsatz" (379, 6/95), "Die Modernität des Revanchismus", "Gedenkjahr 95" und "Deutschland wieder auf dem ‚Feld der Ehre`" (380, 7/95), "Fünf Jahre Deutschland: Großmacht mit Ambitionen" (382, 9/95). Andere Themen waren "Der Umbau des Sozialstaats: Der Anfang vom Ende" (374, 1/95), "Tabubruch oder Denkanstoß? Die IG Metall begeht neue Wege" (384, 11/95), das Schengener Abkommen, "Grenzen dicht und abweisen" (383, 10/85), der Staatsterrorismus in Nigeria: "Ken Saro-Wiwa ermordet" (384, 11/95)..

Die Artikel "Kaukasus in Flammen" (374, 1/95), "Mit Krieg und Terror gegen Kurdistan" (377, 4/95), "Balkankrieg ohne Ende" (381, 8/95) markieren die Kriegsherde des Jahres. "Ende des Bürgerkriegs in Jugoslawien? ‚Frieden` unter Nato-Waffen" - so beschloß ak das Jahr (385, 12/95) "Das Scheitern der Vereinten Nationen" in den diversen Einsätzen (u.a. Somalia) wird in ak 384, 11/85 konstatiert. Im Zusammenhang mit der Kampagne "Rettet das Leben von Abu Jamal!" (380, 7/95) stand der Artikel zur Todesstrafe in den USA ("Zu Tode strafen: In den USA sitzen dreitausend Gefangene in den Todeszellen" - 383, 10/95).

Die Themen "Die Ware Mensch: Frauen als Rohstoff - Lieferantinnen der Medizin" (375, 2/95) und "Frauenquoten, Quotenfrauen" (381, 8/95) erschienen ebenfalls auf der Titelseite.

1996: 25 Jahre AK/ak

Das laufende Jahr in eine Chronologie der letzten 25 Jahre mit einzubeziehen erscheint überflüssig. Aber sei's drum: "Warten auf den Führer. 1996 - Wendejahr für die deutschen Rechten?" (386, 1/96) so wurde 1996 eingeleitet und mit "Nach den Landtagswahlen; RECHTSKURS ohne Kompromisse" (389, 4/96) fortgesetzt. Der Angriff auf die Lebensbedingungen wurde mehrfach herausgestellt: "‚Bündnis für Arbeit` - ein Bündnis für Kohl" (387, 2/96), "Der heiße Sommer des DGB: Drohgebärden reichen nicht!" (391, 6/96).

International war - nach dem Attentat auf Rabin und dem Machtantritt Netanjahus - das Thema Israel/Palästina bedeutsam: "Palästinas erste Wahl" (387, 2/96); "Israels Stellvertreterkrieg im Libanon" (390, 5/96); "Kriegserklärung an Palästina?" (392, 7/96).

Unter der Überschrift: "Existenzsichernde Arbeitsplätze sind Mangelware. Die Armut ist weiblich" erschien im März 96 eine erste gemeinsame Beilage in ak und SoZ.

ES, Hamburg

Internationale Solidarität

Im Jahr 1976 war der Schwerpunkt der politischen Arbeit für KB und AK die internationale Solidarität, insbesondere mit Befreiungsbewegungen in Afrika. Neben Veranstaltungen des KB mit VertreterInnen dieser Bewegungen, ausführlicher Berichterstattung in AK und die internationale sowie mehreren Sonderbroschüren wurden Spendensammlungen durchgeführt. Das jeweils aktuelle Spendenergebnis wurde in jeder AK-Ausgabe veröffentlicht. Ende 1976 war etwa der folgende Stand erreicht (gerechnet ab Beginn der Sammlungen, also nicht allein im Jahr 1976):

, MIR Chile/Bewegung der revolutionären Linken, 284.472 DM,

, PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), 117.395 DM,

, Frente Polisario (Westsahara), 26.135 DM,

, SWAPO (Namibia), 4.689 DM,

, MES (Bewegung der linken Sozialisten,, Portugal), 76.658 DM,

, PAIGC (Capverden), 8.841 DM,

, EPLF (Eritreische Volksfront), 8.248 DM,

Rebell

"Letzten Endes kann man all die Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Rebellion ist gerechtfertigt!" (Mao Tse-Tung). Unter diesem Motto erschien der Rebell, die Jugendzeitung des KB. Die erste

Ausgabe kam als Beilage zum AK 67 im September 74 heraus und dann neben dem AK als ein weiteres Organ des KB. Der Rebell erreichte insgesamt 29 Ausgaben mit einer Auflage von bis zu 8.000 Exemplaren. Die Zeitung wurde im Sommer 1978 eingestellt. Schwerpunkte des Rebell waren Jugendthemen: Schule, Berufsausbildung, Bundeswehr, Freizeitkultur (Jugendzentrumsbewegung), Antifa (insbesondere gegen Junge Union und weiter rechts stehende Gruppen gerichtet und auch gegen die Jungnazis um Michael Kühnen, die damals als "Hansabande" an die Öffentlichkeit traten). Das "Jahr der Frau" (1975) wurde im Rebell zum Jahr des Mädchens (Nr. 11, November 75). Die letzte Ausgabe, Rebell 29, erschien mit dem Schwerpunkt "Homosexualität". Die Rubrik Rebellchen war für unsere ganz jungen Sympathisanten bestimmt. Der vermutlich jüngste Genosse des KB, seinerzeit sechs Jahre alt, meldete sich in Rebell 10 zu Wort.

die internationale

Von Dezember 1973 bis 1975 als Zeitung, 1976 bis Mitte 1977 als regelmäßig erscheinendes Magazin publizierte der KB - zusätzlich zum AK - die internationale als Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus. Im Zeitungsformat (Nr. 1, 12/73 - 18, 12/75) erschien sie in einem Abstand von sechs Wochen in einem Umfang von 12-24 Seiten und mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Veröffentlicht wurden - und darin bestand ihr besonderer Zweck - zumeist Texte von oppositionellen Gruppierungen, Widerstandsorganisationen und Befreiungsbewegungen aus etlichen Teilen der Welt. In der Erklärung zur Gründung der Zeitung hieß es programmatisch: "Bei der Auswahl der Texte ausländischer Organisationen und Gruppen für den Abdruck in dieser Zeitung werden wir keine Anerkennungspolitik betreiben, d.h. wir werden nicht ausschließlich die Texte bestimmter Gruppen abdrucken, mit denen wir uns ‚identifizieren`. Vielmehr wollen wir versuchen, nach Möglichkeit etwas von der politisch-theoretischen Vielfalt widerzuspiegeln, die natürlich auch in anderen Ländern die noch uneinheitliche Linke kennzeichnet."

An Titelthemen präsentierte die internationale ein relativ weites Spektrum: Die Situation in Irland/Nordirland und die Differenzen zwischen IRA-Official und IRA-Provisional, die Situation in Italien und die dortige Gefahr des Faschismus (Scheidungsreferendum, Massaker von Brescia, Die "Loge" P2 etc.), die Entwicklung in Portugal nach dem geglückten Sturz des Faschismus am 25.4.1974, die Situation in Spanien, Japan, Informationen über den Widerstand in Chile, die Lage der Palästinenser und die Politik der verschiedenen Organisationen des palästinensischen Widerstands (insbesondere PFLP). In den Jahren 1976 und 1977 erschien die internationale als Magazin (Nr. 19-26/27) mit jeweils einem Schwerpunkt (Zur Lage der Frauen, Äthiopien, Griechenland, Soldatenbewegung in Westeuropa etc.). Das letzte Heft erschien unter dem Titel "Blutmai in Istanbul" im Sommer 1977.

USTA - Unsere Stadt

Eine relativ kurzes Leben hatte die Stadtzeitung für Hamburg des KB. (Ansätze zu Stadtzeitungen gab es auch in anderen Städten wie z.B. Westberlin.) Unsere Stadt erschien zum ersten Mal als Beilage zu den in Hamburg verkauften Exemplaren des AK 47 im Juni 1974 und brachte es auf insgesamt elf Ausgaben. Die letzte Nummer erschien im Oktober 1975. Die Auflage erreichte 4.000 Exemplare. Neben einer allgemeinen politischen Berichterstattung und Propagierung des KB und seiner zentralen Presse richtete sich die USTA an die diversen Initiativen und Bewegungen in den Hamburger Stadtteilen; Artikel zu Hamburger Themen wurden meist von GenossInnen der Hamburger Bezirksorganisation des KB verfaßt. Die Herausgabe von USTA stand im Zusammenhang mit den Bemühungen um die "Aktionseinheit gegen die Sparpolitik des Hamburger Senats", der sich viele Initiativen (Mieter, Schüler, Kinder, Eltern etc.) anschlossen.

3. Die Macht der Straße. Erfolgreicher Streik der französischen LKW-Fahrer

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:25

Am 30. November ging nach zwölf Tagen die größte Streikbewegung im privaten Wirtschaftssektor Frankreichs seit den 80er Jahren zu Ende. Vorausgegangene Bewegungen, wie insbesondere die große Streikwelle im Herbst 1995, hatten das Phänomen des "Stellvertreterstreiks" hervorgebracht: Der soziale Konflikt beschränkte sich damals weitgehend auf den öffentlichen Sektor und insbesondere die öffentlichen Dienste (Post, Bahn, Metro, teilweise Schulen). Die öffentliche Meinung unterstützte - trotz gewisser Unannehmlichkeiten wie stillstehender öffentlicher Transportmittel - die soziale Bewegung. Das geschah in dem Bewußtsein, daß im öffentlichen Sektor "für alle" gestreikt wurde, etwa gegen den Juppé-Sparplan zur "Reform" des Sozialversicherungssystems.

In der zweiten Novemberhälfte durchbrachen nun die LKW-Fahrer die bleierne Ruhe in einem Teil des privaten Sektors - und auch ihnen war die Unterstützung der öffentlichen Meinung sicher. Diese Streikbewegung war um so bemerkenswerter, als in dieser Branche die Beschäftigten lange Zeit als Manövriermasse für "Bewegungen der Unternehmerschaft" herhalten mußten - so mit den politisch motivierten Streiks gegen den KP-Transportminister Fiterman 1984 und gegen die Kraftstoffsteuern.

In der letzten Novemberwoche machten sich die Auswirkungen des Fahrerstreiks in zunehmendem Ausmaß bemerkbar: In 49 von 96 Départements mußten Maßnahmen zur Benzinrationierung getroffen werden. Zahlreiche Benzindepots im ganzen Land, insbesondere aber im Süden und Südwesten Frankreichs, waren blockiert, während bis zu 250 Straßensperren den Verkehr auf Frankreichs Autobahnen blockierten. Bei zahlreichen Firmen ging die Produktion aufgrund mangelnden Nachschubs an Einzelteilen zurück - so bei Peugeot oder bei Citroen. Hier machte sich die totale Abhängigkeit vom Straßentransport bemerkbar, in welche große Teile der Industrie sich durch eine Politik der totalen Priorität des Straßen- vor dem Schienentransport begeben haben. Der Grund ist die extreme Mobilität der Waren über die Straße, die Möglichkeit eines sofortigen Aufeinanderabstimmens von Angebot und Nachfrage, verbunden mit dem steigenden Bedürfnis nach Mobilität durch den europäischen Binnenmarkt und die wachsende Internationalisierung der Warenproduktion.

64,8% der Waren werden in Frankreich über die Straße transportiert (und nur 28,4% über die Schiene) - die sozialen und ökologischen Kosten in Form von Unfällen, Lärm, Umweltverschmutzung werden selbstverständlich auf die Gesellschaft abgewälzt. Ein LKW von 35 bis 40 Tonnen Gewicht verbraucht zweieinhalb mal so viel Energie wie ein kompletter Zug, um eine Tonne Waren einen Kilometer zu transportieren. Dennoch hat der französische Staat dem Straßentransport zu absoluter Priorität verholfen: 60 % der öffentlichen Investitionen der letzten 15 Jahre gingen in den Ausbau des Straßennetzes. Der Güterverkehr über die Schiene hat seit 1985 um 13,5% abgenommen.

Im Sektor des LKW-Transports steht extrem billige Arbeitskraft zur Verfügung. Zwei Berichte staatlicher Kommissionen kamen jüngst zu dem Schluß, daß die Kosten des Straßentransports um 20% höher lägen, wenn nur die geltenden Arbeitsgesetze und Sicherheitsbestimmungen eingehalten würden. Die Arbeitszeiten der Fahrer sind meist extrem lang, denn ihnen wird nur die effektive Fahrzeit am Steuer ausbezahlt, nicht aber die Zeit, die sie mit dem Warten an Raststätten, beim Be- und Entladen der LKWs usw. verbringen. Dies führt zu einer gefährlichen Arbeitshetze mit der Tendenz zu möglichst kurzen Pausen und Ruhezeiten - und damit zu vermehrten schweren Unfällen.

Die streikenden LKW-Fahrer hatten daher ihre Forderungen in zehn Punkten festgeschrieben. Zunächst forderten sie Bezahlung ihrer vollen Arbeitszeit und nicht nur der Zeit am Steuer. Sodann forderten sie pauschal einen Lohn von 10.000 Francs (3.000 DM) für 200 Arbeitsstunden.Das entspricht einer Lohnerhöhung um durchschnittlich 23% und zeigt, wie niedrig das Lohnniveau in der Branche tatsächlich ist. Ferner forderten sie die Rente ab 55 Jahren, entsprechend der Rentenregelung, die für die Eisenbahner (aufgrund historisch ähnlich harter Arbeitsbedingungen) gilt, und die Aufhebung der zahlreichen Ausnahmen für das Fahrverbot am Sonntag.

Die öffentliche Meinung stand hinter den Streikenden: 74% der Franzosen fühlten sich laut einer IPSOS-Umfrage solidarisch mit dem Streik der LKW-Fahrer, 87% fanden ihre Forderungen gerechtfertigt, und 59 % unterstützten auch die Aktionsformen (Blockaden von Straßen und Benzindepots). Auch die Gewerkschaften der Eisenbahner solidarisierten sich mit den LKW-Fahrern - in dem Bewußtsein, daß die Erhöhung sozialer Mindestnormen auf den Straßen auch dem Schienenverkehr zu neuem Spielraum verhelfen wird.

Bei den Eisenbahnern ist seit einigen Wochen die Kampfkraft mit lokalen Streikbewegungen auf recht hohem Niveau aufrechterhalten worden, da das neue Budget der Bahngesellschaft SNCF erneut die Vernichtung von 4.500 Arbeitsplätzen vorsieht. (Nach den Streiks vom Herbst 1995 hatte ein sechsmonatiges "Moratorium" Stellenstreichungen untersagt). Während der letzten Novemberwoche riefen die Eisenbahnergewerkschaften CGFT, CFDT und SUD zu einem "Aktionstag" der Solidarität mit den streikenden Fernfahrern am Mittwoch auf. In Sotteville bei Rouen - bereits im November/Dezember 95 eine der Hochburgen der Streikbewegung - stimmten die Bahner in einer Vollversammlung für einen Streik und legten am Mittwoch den Bahnverkehr zwischen Paris, Rouen und Le Havre lahm. In Nantes besetzten Eisenbahner am selben Tag die Weichenstellanlage und brachten dadurch den Verkehr zum Stillstand.

Der Streik der LKW-Fahrer ging am 30. November nach zwölftägiger Dauer zu Ende. Voraus ging die Unterzeichnung von fünf Abkommen zwischen Transportunternehmern und Gewerkschaften. Keine der gewerkschaftlichen Organisationen, mit Ausnahme der christlichen CFTC, rief indes zur Wiederaufnahme der Arbeit auf; die Entscheidung sollte "der Basis überlassen werden". Für die LKW-Fahrer, die seit über einer Woche in ihren Fahrerkabinen übernachteten und ihre Tage an den Straßensperren verbrachten, begann die Lage bei einsetzendem Schneefall schwer erträglich zu werden, so daß sie ihre Sperren nach Bekanntwerden der Verhandlungsergebnisse in den meisten Fällen rasch abbrachen.

Als Ergebnis der Verhandlungen wurde festgeschrieben: die Rente ab 55 Jahren (bisher: 60), was von den Gewerkschaften als wichtigster Erfolg betrachtet wird; die Zahl von fünf (unbezahlten) "Karenztagen" bei Krankheit statt bisher zehn; die Anerkennung des Rechts auf Gewerkschaftsbildung und die Ausweitung des Sonntagsfahrverbots. Das sechste Abkommen wurde allein von den Unternehmern unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich, sich mit Gewerkschaften und Regierung so rasch wie möglich auf den Text eines Dekretes zu einigen, das die volle Bezahlung der tatsächlichen Arbeitszeit regelt. Nach Angaben der KP-Tageszeitung L'Humanité beträgt die reale wöchentliche Arbeitszeit eines LKW-Fahrers, der täglich zum Ausgangsort zurückfährt, 48,6 Stunden gegenüber 29,2 Stunden Lenkzeit; bleibt der Fahrer während einer oder mehrerer Nächte unterwegs, vergrößert sich die Differenz noch. Die Unternehmerorganisationen sprechen von 6 bis 8% Anstieg der Löhne durch die Neuberechnung der Arbeitszeit, die Gewerkschaften von 14% - die Auseinandersetzung um die tatsächliche Bedeutung der Vereinbarung dürfte also noch ausstehen.

Bernhard Schmid, Paris

4. Zirkelschlüsse. Aus der Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Bundes

Autor: Michael Steffen · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:13

Ab Mitte 1969 begann der von weiten Teilen der 68er-Bewegung vollzogene Paradigmenwechsel - weg von den Konzeptionen eines Antiautoritarismus hin zu denen eines maoistisch vermittelten "Marxismus-Leninismus" (ML) - in der Bundesrepublik und Westberlin auf breiterer Basis organisatorische Gestalt anzunehmen.

Hatten sich die ersten Zusammenschlüsse dieser Art noch in relativer Unabhängigkeit von den Transformationsprozessen der Neuen Linken herausgebildet, so löste das zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Studenten- und Lehrlingsbewegung weithin akzeptierte Postulat nach einer "Überwindung der antiautoritären Phase" einen regelrechten Gründungsboom "proletarischer" Gruppen aus.

Von der antiautoritären Revolte ...

In fast allen Regionen und Städten der Bundesrepublik und in Westberlin entstanden nun ML-Gruppen und -Grüppchen, die zunächst alle lokal beschränkt blieben und oft nur weniger als ein Dutzend Personen umfaßten. Anfang der 70er Jahre existierten so diverse "Kommunistische Bünde/ML", "Kommunistische Arbeiterbünde", "Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentren", "Kommunistische Gruppen", "Arbeiterbasisgruppen" sowie zahlreiche weitere Gruppen unterschiedlichen Namens, die sich alle (an Selbstbewußtsein herrschte innerhalb der Bewegung kein Mangel) - in der Begrifflichkeit Lenins und in Analogie zur Situation im Rußland der Jahrhundertwende - als "Zirkel", d.h. als Keimformen einer aufzubauenden Kommunistischen Partei, begriffen. Aus der "Überwindung des Zirkelwesens" sollte - so die innerhalb der ML-Bewegung allgemein akzeptierte Perspektive - eine national relevante revolutionäre KP in der Tradition der Komintern der 20er Jahre entstehen. Die im September 1968 "neukonstituierte" DKP wurde demgegenüber als "revisionistisch" bekämpft, ihr Anspruch, legitime Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen historischen KPD zu sein, bestritten.

... zur proletarischen Revolution

Die erste ML-Gruppe, die die Phase des Zirkelwesens in Bezug auf sich selbst für abgeschlossen erklärte und glaubte, auf der Basis der eigenen Ressourcen an die Tradition der Weimarer KPD anschließen zu können, war die bereits im Dezember 1968 vom KPD-Altkader Ernst Aust in Hamburg gegründete Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML). Schon bald erhob die im Februar 1970 aus den Westberliner Roten Zellen - zunächst als "Aufbauorganisation" (AO) - konstituierte Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) denselben Anspruch. Beide Parteien konnten sich eine weitere Integration der ML-Bewegung nur in der Form eines Anschlusses an ihre jeweiligen Organisationen vorstellen, was von den übrigen Zirkeln unisono als "größenwahnsinnig" abgelehnt wurde. Das verbleibende, zwischen "ultralinken" ML-Parteien und "rechtsopportunistischer" DKP positionierte ML-Spektrum konnte seinen Anspruch auf eine "Überwindung des Zirkelwesens" im folgenden ebensowenig realisieren. Aus den hier unternommenen Versuchen organisatorischer Zentralisierung entstanden lediglich vier weitere Gruppen von bundesweiter Relevanz, die allerdings dadurch charakterisiert waren, daß sie sich - im Gegensatz zu den ML-Parteien - als Bünde verstanden und den Aufbau der proletarischen Avantgardepartei damit nur als Fernziel begriffen: Im Oktober 1971 gründete sich in Hamburg der Kommunistische Bund (KB), im August 1972 der württembergische Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD), im Mai 1973 in Regensburg der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) und schließlich im Juni 1973 in Bremen der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW). Alle diese einzelnen Parteien und Bünde, die sogenannten "K-Gruppen" (Kommunistischen Gruppen), entwickelten sich in ihren jeweiligen regionalen Hochburgen im Zuge der "relativ ungebrochenen Integrierung" der durch die antiautoritäre Bewegung politisierten Schichten (1), wobei der KB seine Basis in der Hamburger Lehrlingsbewegung hatte.

SALZ

Einer der beiden direkten Vorläuferzirkel des KB, das Hamburger Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ), war im April 1970 aus den Überresten einer zu diesem Zeitpunkt nahezu verfallenen Gruppe gleichen Namens reorganisiert worden. Das "neue" SALZ war (im Vergleich zu anderen damals existierenden Zirkeln) eine quantitativ bedeutende Organisation, deren Kader zudem in zahlreichen Hamburger Betrieben verankert waren und über gute Kontakte zu anderen ML-Gruppen im norddeutschen Raum verfügten. Der damalige Leiter des Hamburger "Landesamtes für Verfassungsschutz" merkte in einem 1971 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung gehaltenen Referat an, daß das SALZ eigenen Angaben zufolge 400 Mitglieder habe und zu 60 bis 70% aus "Arbeitern" und "jungen Lehrlingen" bestehe, die zudem eine "gute Schulungsdisziplin" an den Tag legten und bereit seien, sich zweimal in der Woche mit "Marx usw." (2) zu beschäftigen. Als lokaler Zirkel ergriff das SALZ Initiativen zur Zentralisierung der ML-Bewegung, zunächst auf Hamburger Ebene, wo es immer wieder gelang, autonom bestehende Gruppen in den eigenen Organisationszusammenhang einzubinden (so ging z.B. im Juni 1971 das Bergedorfer Arbeiter- und Lehrlingszentrum, BALZ, im Hamburger SALZ auf). Die gesamte Politik der Gruppe war dem unmittelbaren Ziel untergeordnet, sich in einer betrieblichen Basis zu verankern. Wichtigstes Praxisfeld war daher die Betriebsarbeit, wo das SALZ darum bemüht war, "Teewasserpolitik" (Lenin) zu betreiben: Die politische Agitation sollte stets in Anknüpfung an "unmittelbare Bedürfnisse und Interessen" der Arbeiterklasse erfolgen. Die von anderen Gruppen praktizierte "linke Phrasendrescherei", die sich oftmals in der Propagierung des Endzieles ("Für die Diktatur des Proletariats!") erschöpfte und den Kampf um soziale und demokratische Reformen als "reformistisch" ablehnte, wurde als falsch kritisiert. Das SALZ gab, dieser Linie folgend, zu Agitationszwecken eine Palette unterschiedlicher Periodika heraus, darunter die ab Februar 1971 erscheinende, als "Massenblatt" konzipierte Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ). Die Betriebsarbeit sollte von einer nach Branchen und Betrieben differenzierten Betriebspresse unterstützt werden. Frühestes vom SALZ herausgegebenes Periodikum dieser Art war die seit dem April 1970 in Hamburg auf der Werft Blohm & Voss erscheinende Arbeiterzeitung. Auf dem Titelblatt der ersten Nummer dieser Zeitung war eine Schwarzweißzeichnung zu sehen, die zum politischen Logo des SALZ und später auch des KB wurde: Vor dem Hintergrund einer strahlend aufgehenden Sonne war eine senkrecht von unten ins Bild ragende Faust abgebildet, die einen Schraubenschlüssel (ca. 28 Zoll) umklammert hält (bis 1988 zierte dieses Symbol auch den ak). Einen praktischen Erfolg erzielte das SALZ mit seiner zum 1. Mai 1971 in Hamburg organisierten Demonstration, an der sich mehrere tausend Personen beteiligten und womit es gelang, dem Hamburger DGB-Kreisvorstand, der die Mai-Proteste auf eine am Vorabend des "Tages der Arbeit" durchgeführte Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle beschränken wollte, die Schau zu stehlen. Das SALZ bezeichnete sich im Herbst 1970 völlig zu Recht als "stärksten lokalen marxistisch-leninistischen Zirkel im proletarischen Bereich in Westdeutschland" (3), bemängelte aber gleichzeitig die eigene "politische Rückständigkeit" in theoretisch-ideologischen Fragen (4). Tatsächlich soll die "Theorielosigkeit" des SALZ in der damaligen Bewegung "sprichwörtlich" gewesen sein (5).

KAB

Da kam eine Gruppe wie der Ende Mai 1970 in Hamburg gegründete Kommunistische Arbeiterbund (KAB) wie gerufen. Dieser war zwar laut Eigenangaben ein quantitativ völlig unbedeutender, "etwa ein Dutzend Leute" umfassender Zirkel, der zudem - bittere Selbsterkenntnis in Zeiten des Proletkults: - zu "2/3 aus Studenten" bestand (6). Andererseits zeichneten sich die hier organisierten GenossInnen aber dadurch aus, daß einzelne von ihnen (wiederum im Vergleich zu den Potentialen anderer damals existierender Gruppen) über gute theoretische Kenntnisse und journalistische Fähigkeiten verfügten. In der etwa im Oktober 1970 beginnenden einjährigen Zusammenarbeit von SALZ und KAB, die "lange von Mißtrauen und falschen Ansprüchen durchzogen" (7) war, entwickelte sich der Kommunistische Arbeiterbund zur "intellektuellen Führungsgruppe des SALZ" (8). Wesentliches Medium war hierbei das Theorieorgan des KAB, die ab November 1970 erscheinende KAB-Arbeiterzeitung (KAB-AZ), worin die Gruppe u.a. ihre Positionen zur "Faschisierung" (Behauptung eines linearen, "von oben" forcierten Prozesses hin zu offen faschistischen Herrschaftsformen in der BRD), zur Gewerkschaftsfrage (für die Mitarbeit in den Gewerkschaften, Operationalisierung einer entristischen Taktik, strategisches Ziel der Abspaltung der "trade-unionistischen" Gewerkschaftsbasis von ihrer "reaktionären" Führung) und zur Einschätzung der Sozialdemokratie (eine "bürgerliche", jedoch nicht "sozialfaschistische" Arbeiterpartei) konzipierte (wie sie auch später im KB ihre Gültigkeit behielten). Diese vom KAB vorgenommene politische Positionierung fiel deshalb im SALZ auf fruchtbaren Boden, weil sie den praktischen Erfahrungen der Gruppe entsprach.

Metall-AE

Der Durchbruch zur Gründung des KB ergab sich aus der Zusammenarbeit von SALZ und KAB im Rahmen der "Metall-Aktionseinheit" (Metall-AE), ein von Juli bis September 1971 bestehendes Kampagnenbündnis zahlreicher ML-Zirkel aus der ganzen Bundesrepublik und Westberlin zur Unterstützung der Metallarbeiterschaft in den Tarifverhandlungen 1971. Die auf den zwei "Hamburger Konferenzen" (25.7. u. 25./26.9.1971) der Metall-AE versammelten Gruppen (9), die sich in Abgrenzung zu den beiden zu diesem Zeitpunkt schon bestehenden "ultralinken" ML-Parteien definierten, wollten die Bündniskooperation zu einer weitergehenden programmatischen und organisatorischen Vereinheitlichung nutzen. Das Scheitern dieser Konzeption (vorgeblich an taktischen und ideologischen Streitfragen) erklärt sich letztlich daraus, daß einzelne der hier beteiligten Gruppen entgegen aller Rhetorik faktisch nicht dazu bereit waren, ihre jeweils schon regional errungene Hegemonie über die ML-Bewegung und deren Peripherie zugunsten des Führungsanspruchs konkurrierender Gruppen aufzugeben (10). Die eigentlich zu Kooperationszwecken gegründete Metall-AE endete so in einer mehrfachen Fraktionierung, die direkt in die Gründung des KB (als Zusammenschluß der Hamburger Zirkel SALZ und KAB) überleitete und auch die weitere organisatorische Ausdifferenzierung der ML-Bewegung vorstrukturierte (11).

KB-Gründung

Noch vor der Veröffentlichung der KB-Gründungserklärung und eines Statuts im November 1971 (12) hatten sich dem Bund vier weitere, eher marginale norddeutsche Zirkel, die zuvor ebenfalls an der Metall-AE beteiligt gewesen waren (KB/ML Flensburg, SALZ Bremerhaven, KB/ML Eutin, KAG Oldenburg) und eine völlig unbedeutende hessische Gruppe (SALZ Frankfurt) angeschlossen (13). Mit dem Erscheinen der ersten Ausgabe des "Massenblatts" Arbeiterkampf im Dezember 1971 (Nr.13, in anknüpfender Numerierung an die nun eingestellte KAZ) und des Theorieorgans Unser Weg (ebenfalls Nr.13, anknüpfend an die damit ersetzte KAB-AZ) gaben alle dem Bund angeschlossenen Gruppen ihre alten Organisationsnamen auf und traten nun auch offiziell als Ortsgruppen des KB auf (wobei SALZ und KAB teilweise schon ab Oktober 1971 unter dem Namen "Kommunistischer Bund, Gruppe Hamburg", firmiert hatten (14)). Der KB, der seine Konstituierung als einen, wenn auch bescheidenen Beitrag zur Überwindung des Zirkelwesens verstand, begriff sich laut Gründungserklärung "als Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung, wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei übergegangen wird" (15). Was diese Perspektive betraf, wollte er sich allerdings keinerlei Illusionen hingeben: Der KB umfasse "nur sehr wenige Zirkel" und sei "weitgehend auf Norddeutschland beschränkt". Auch wenn sich möglicherweise "weitere Gruppen" anschließen sollten, sei die "Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung" nicht als "Zusammenschluß im Kommunistischen Bund" zu erwarten. Die "Mehrheit der Zirkel, und hierunter gerade die bedeutendsten", würden dem KB "wahrscheinlich nicht beitreten." (16) Diese Anfang 1972 in Unser Weg geäußerte Vermutung erwies sich im folgenden als völlig zutreffend: Der Versuch der Zentralisierung der zahlreichen lokal bestehenden Zirkel hatte letztlich nur zum organisatorischen Neben- und Gegeneinander der bis 1973 recht heterogenen ML-Bewegung in sechs K-Gruppen überregionalen Anspruchs geführt. Diese Parteien und Bünde rangen während der gesamten 70er Jahre in scharfer Konkurrenz zueinander um Einfluß auf eine gegen Ende des Jahrzehnts ohnehin immer schmaler werdende linke Basis (wobei gerade der ideologische Kampf zwischen KB und KBW, der zwischen deren jeweiligen Vorgängerzirkeln in der Metall-AE seinen Anfang genommen hatte, bestimmend war).

Der KB - was seine Mitgliederzahl angeht, Mitte der 70er Jahre nach dem KBW die zweitgrößte dieser Gruppen (KBW: 2.500, KB: 1.500) - agierte dabei in der Tradition seiner beiden Gründerzirkel als homogene, praxisorientierte, programmatisch gefestigte, dabei aber eher flexible und pragmatische, in einer breiten (bis Mitte der 70er Jahre auch proletarischen) Basis verankerte Organisation, die allerdings im wesentlichen stets auf ihre Hamburger Hochburg beschränkt blieb (wenngleich es dem KB unter anderem mittels gezielter Arbeiterkampf-Verkaufsaktionen und "Kaderverschickungen" bis 1976 gelungen war, in allen Bundesländern kleinere Orts- bzw. Sympathisantengruppen zu initiieren).

Michael Steffen

Anmerkungen

(1) Schröder, Jürgen 1990: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der "K-Gruppen". In: Berliner Arbeitshefte u. Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr.40, Berlin. S. 63.

(2) Zit. n. "Bericht über einen Vortrag von Dr. Horchem", anonym abgefaßtes, größtenteils in indirekter Rede gehaltenes Protokoll, o.O., o.J. [1971], o.P. (KB-Archiv).

(3) Einleitung. In: SALZ Schulungsmaterial, Intensivschulung, Nr.1, Hamburg, o.J., S. 1f, hier S. 1.

(4) "3. Gespräch zwischen KAB und SALZ Hamburg, 14.11.1970", Protokoll, S. 3 (KB-Archiv).

(5) Der KB. In: ISZ-Materialien 2, hrsg. vom Sozialistischen Büro, Hamburg 1976, S. 2.

(6) "Zur Entstehung der ‚Gruppe KAB Hamburg`", Artikelvorlage, o.O., o.J., o.P. (KB-Archiv).

(7) Ebd.

(8) "Studentenbewegung, Leninismus und der Mythos vom Wiederaufbau der KPD", Geschichte der revolutionären Linken in der BRD 1969-1973, 2 Bde., hektographiertes Manuskript des Autorenkollektivs der ehemaligen "Marxistischen Aufbauorganisation", o.O., o.J., S. 16 (Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung).

(9) U.a. SALZ und KAB Hamburg, Kommunistischer Bund Bremen (KBB), Kommunistischer Bund Göttingen (KBG), Arbeiterbasisgruppen (ABG) München, Kommunistische Gruppe/Neues Rotes Forum (KG/NRF) Mannheim/Heidelberg.

(10) Vgl. Schröder 1990, S. 22, 63.

(11) Eine hier erstmals gemeinsam auftretende Fraktion aus KBB und KG/NRF, der auch der KBG angehörte, gründete 1973 den KBW; aus den ABG entstand der AB.

(12) Vgl. Kommunistischer Bund gegründet. Gemeinsame Erklärung von SALZ und KAB Hamburg. In: KAB-Arbeiterzeitung, Hamburg, 2. Jg. (1971), Nr.11/12, S. 1f. Vgl. a. Statut des Kommunistischen Bundes. In: Ebd., S. 2-4.

(13) "KB/ML" bedeutet Kommunistischer Bund/Marxisten-Leninisten, "KAG" steht für Kommunistische Arbeitergruppe, SALZ heißt auch hier "Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum".

(14) Vgl. u.a. einen mit dieser Absenderangabe versehenen, vom 28.10.1971 datierenden Brief an die "Betriebsprojektgruppe" (BPG) Göttingen (KB-Archiv).

(15) Kommunistischer Bund gegründet, a.a.O., S.1.

(16) Was bedeutet die Gründung des Kommunistischen Bundes? In: Unser Weg, Hamburg, 2. Jg. (1972), Nr.14, S. 20-24, hier S. 21.

5. Happy Birthday - Cartoon von clara

USA: Gewerkschaften solidarisch mit Textilarbeiterinnen in El Salvador

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Arbeiterbewegung international; Internationale Solidarität; USA; El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:04

Das Thema Kinderarbeit in Weltmarktfabriken hat inzwischen sogar den Wirtschaftsteil der FAZ erreicht. Die Forderung nach Sozialstandards im Welthandel ist allerdings nicht immer unproblematisch. Manchmal ist sie nur ein Mittel, um unliebsame Konkurrenz in der "Dritten Welt" auszuschalten. Aber es geht auch anders. Ein Beispiel aus den USA zeigt, wie US-Gewerkschaften sich für Investitionen in El Salvador einsetzen, anstatt salvadorenische Textilarbeiterinnen als Billiglohn-Konkurrenz zu verteufeln. So konnte nach langen Auseinandersetzungen das US-Modehaus GAP dazu gebracht werden, sich für bessere Arbeitsbedingungen in einem salvadorenischen Sweatshop einzusetzten. Zentraler Punkt bei Sozialstandards müssen gewerkschaftliche Rechte sein.

Die "GAP-Story" ist typisch für den Alltag in den unzähligen sogenannten freien Produktionszonen der "Dritten Welt", in denen multinationale Konzerne für den Weltmarkt produzieren lassen. Ihre Vorteile: Steuer- und Zollfreiheit, keine lästigen Gewerkschaften und nur wenige oder gar keine arbeits- oder umweltrechtlichen Vorschriften. In solchen Zonen findet heute ein Großteil der weltweiten Textilproduktion statt. In Mexiko und Zentralamerika werden die freien Produktionszonen als "Maquilas" bezeichnet; die dortigen Fabriken heißen "Maquiladoras".

Im vorliegenden Fall handelt es sich um die taiwanesische Textilfirma "Mandarin International" in der freien Produktionszone "San Marcos" in El Salvador. Die Zone befindet sich im Besitz des früheren Oberst der salvadorenischen Armee, Mario Guerrero. Das Geld für die Infrastruktur kam aus den Entwicklungshilfe-Töpfen der U.S. Agency for International Development (A.I.D.). Im befriedeten El Salvador boomt die "Maquila"-Produktion. Dort schuften über 50.000 salvadorenische ArbeiterInnen für den US-amerikanischen Markt.

Bei Mandarin nähen rund 850 (vor allem weibliche) Beschäftigte Klamotten für den US-amerikanischen Markt zusammen. Die Abnehmer sind angesehene Markenfirmen und Versandhäuser: GAP, J.C. Penny und Eddie Bauer. Die Arbeitsbedingungen bei Mandarin schreien zum Himmel: Schichtarbeit bis zu 21 (einundzwanzig!) Stunden am Stück, niedrigste Stücklöhne (1), Kinderarbeit, kaum Pausen, maximal zwei Toiletten-Besuche in 12 Stunden, überhitzte Werkhallen, kein Trinkwasser, keine Gespräche während der Arbeit, etc.

Solche Arbeitsbedingungen lassen sich nur mit terroristischen Methoden durchsetzen: Der Werkschutz aus ehemaligen Militärangehörigen schüchterte die Beschäftigten ein, teilweise mit offener Gewalt. Die "gelbe" Betriebsgewerkschaft (Associacion Solidarista) war nur ein Feigenblatt des Mandarin-Managements.

Schließlich hatten die Mandarin-Beschäftigten die Schnauze voll. Die politische Liberalisierung in Folge des "Friedensabkommens" zwischen der salvadorenischen Regierung und der linken Befreiungsbewegung FMLN (siehe ak 303) schien Raum für eine gewerkschaftliche Organisanierung zu bieten. So schlossen sich 1994 trotz angedrohter Repressalien rund 350 Beschäftigte einer neugegründeten Betriebsgewerkschaft an. Die SETMI ("Gewerkschaft der Beschäftigten von Mandarin International") war der erste Versuch, in einer salvadorenischen "Maquila" eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen.

SETMI ließ sich beim Arbeitsministerium registrieren. Davon erhofften sich die Mandarin-Arbeiterinnen einen gewissen Schutz vor Repressionen. So ist es gesetzlich verboten, Beschäftigte wegen gewerkschaftlicher Betätigung zu entlassen. Mandarin scherte dies freilich wenig. In den folgenden Monaten wurden in mehreren Wellen über 300 Beschäftigte gefeuert, darunter die gesamte SETMI-Führung. Mehrmals wurde die ganze Belegschaft vorübergehend ausgesperrt. Die aktivsten Gewerkschaftsmitglieder erhielten Morddrohungen. Auch etwa zwei Dutzend schwangere Arbeiterinnen wurden entlassen, was ebenfalls gegen salvadorenisches Gesetz verstößt.

Solidarität in den USA

Anfang 1995 schaltete sich das New Yorker National Labor Committee (NLC) in den Konflikt ein. Dieses Institut ist aus den gewerkschaftlichen Zentralamerika-Solidaritätskomitees der 80er Jahre hervorgegangen

und wird von den wichtigsten US-Einzelgewerkschaften getragen. Das NLC organisierte mehrere hundert Protestbriefe und Resolutionen von gewerkschaftlichen, religiösen und Menschenrechts-Gruppen in den USA, die beim Mandarin-Management und beim salvadorenischen Arbeitsministeriums gegen die Repressialien protestierten. Die Solidaritätsaufrufe wurden als bezahlte Annoncen in salvadorenischen Zeitungen verbreitet. In seiner Öffentlichkeitsarbeit in den USA stellte das NLC heraus, wie US-amerikanische Textilfirmen von den Sweatshop-Bedinungen bei Mandarin profitieren.

Der "prominenteste" Abnehmer in den USA war die Firma GAP, eine Textilkette, die in vielen Städten eigene Geschäfte mit "jugendlichen" Klamotten betreibt. Jahresumsatz 1994: umgerechnet fast sechs Milliarden Mark. Das National Labor Committee forderte das GAP-Management auf, bei Mandarin zu intervenieren und auf die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Mindeststandards zu pochen. Die konkreten Forderungen: Eine unabhängige Untersuchung von Menschenrechtsverstößen bei Mandarin, Entmilitarisierung des Betriebs, Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder und der Schwangeren, Verhandlungen mit SETMI.

Als Reaktion auf die NLC-Proteste veröffentlichte GAP einen eigenen schriftlichen "Verhaltenskodex", der angeblich bei allen ca. 500 Sub-Unternehmen in 50 Ländern verbindlich eingehalten werde. Die betroffenen ArbeiterInnen wurden freilich nie über diesen Verhaltenskodex informiert. Erst auf Druck des NLC ließ GAP das Schriftstück ins Spanische übersetzen. Im Mai 1995 besuchte GAPs Vize-Chef höchstpersönlich die Mandarin-Filiale in San Marcos und ließ sich von den Beschäftigten bestätigen, daß alles in Butter sei und keinerlei Rechtsverstöße vorlägen.

Allerdings ist unter den gegebenen Bedingungen kaum zu erwarten, daß die Arbeiterinnen einem plötzlich auftauchenden Gringo-Boß offene Auskünfte erteilen können. Deswegen stellten mehrere salvadorenische Menschenrechts-Organisationen die Schlußfolgerung der GAP-"Untersuchung" öffentlich in Frage. Die MenschenrechtlerInnen (darunter Parlamentsabgeordnete, RechtsanwältInnen, GewerkschafterInnen, Vertreter der Jesuiten-Universität und der UN-Arbeitsorganisation ILO) verlangten von GAP eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe gegen Mandarin. In einer Stellungnahme heißt es: "Ohne Zweifel gab es bei Mandarin schwere Verletzungen von Frauen- und ArbeiterInnen-Rechten."

Auf Einladung des NLC reisten im Sommer 1995 zwei junge Maquila-Arbeiterinnen (eine von Mandarin und eine aus Honduras) zwei Monate lang durch die USA. Sie sprachen auf gewerkschaftlichen Solidaritäts-Kundgebungen, konferierten mit christlichen und jüdischen AmtsträgerInnen und redeten mit mehreren US-Kongreßabgeordneten. In vielen Städten berichteten Presse und Fernsehen über die Rundreise.

GAP und andere Mode-Häuser verteidigten sich formal: Die Maquiladoras seien selbständige Unternehmen. Die US-Firmen könnten sich nicht in deren Geschäfte einmischen. Man sei für die bedauernswerten Zustände in El Salvador nicht verantwortlich.

Die professionell koordinierte NLC-Kampagne rief dabei nicht zu einem Boykott der Mandarin-Waren auf. Vielmehr appellierte man an die US-Öffentlichkeit, als (potentielle) KundInnen beim GAP-Management gegen die Arbeitsbedingungen in dem salvadorenischen Zulieferbetrieb zu protestieren. Als Großkunde sei die US-Firma durchaus mitverantwortlich für die Arbeitsbedingungen in den Nähfabriken.

Das NLC schickte eigene Beobachter-Innen nach El Salvador. Durch ausführliche Interviews mit entlassenen Gewerkschafterinnen und durch Fotos konnten die Lügen und Beschönigungen des GAP-Managements widerlegt werden. (Beispielsweise behauptete GAP, der berüchtigte Werkschutz-Chef sei entlassen worden. Die NLC-BeobachterInnen fotografierten den Oberst, wie er gerade den Hintereingang zur Mandarin-Werkhalle bewachte.)

Daraufhin warf GAP das Handtuch. Im November 1995 kündigte die Textilkette an, künftig keine Ware mehr von Mandarin zu beziehen. Ein zwiespältiger Erfolg der NLC-Kampagne: Die Forderung nach sozialen und menschenrechtlichen Mindeststandards hatte nur dazu geführt, daß die betroffenen Arbeiterinnen ihre Jobs verloren.

"Stay in El Salvador"

Anstatt sich damit zufrieden zu geben, daß die US-Firma einem ihrer Sweatshops den Laufpaß gab, eskalierte nun die Solidaritätskampagne. Zu Beginn des Weihnachtsgeschäfts organisierten das NLC und die

US-Textilgewerkschaft UNITE Protestkundgebungen vor GAP-Geschäften in mehreren US-Großstädten. "Auf der Suche nach der billigsten und willfährigsten Arbeitskraft will GAP seine Aufträge nur in ein anderes verzweifelt armes Land verlagern. Aber es ist keine Lösung, sich (von Mandarin, M.H.) zurückzuziehen. Dies schafft nur noch mehr Schaden und Elend für die Frauen, die bereits genug gelitten haben. Diese Frauen wollen ihre Jobs, aber nur, wenn sie diese Jobs auch mit Würde haben können," heißt es in einer NLC-Erklärung.

Die neuen Proteste hatten Erfolg: Am 15. Dezember 1995 unterzeichneten GAP und das NLC eine Vereinbarung, die folgende drei Hauptpunkte enthielt:

- Mandarin wird Verhandlungen mit der Gewerkschaft aufnehmen. An den Gesprächen nehmen Vertreter des salvadorenischen Arbeitsministeriums und des unabhängigen Menschenrechts-Büros teil. Die entlassenen Gewerkschafterinnen werden wieder eingestellt.

- Dieses Menschenrechts-Büro (das ein Ergebnis des salvadorenischen "Friedensabkommens" ist) wird überwachen, ob der GAP-"Verhaltenskodex" tatsächlich vor Ort umgesetzt wird - das erste Mal, daß ein Konzern eine regelmäßige unabhängige Kontrolle zugestanden hat.

- GAP wird Mandarin neue Aufträge erteilen, wenn "humane" Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Eine weitere Bedingung: Die salvadorenische Regierung muß zeigen, daß sie "fähig ist, Arbeitskonflikte effektiv, gerecht und schnell zu lösen". Dadurch will man verhindern, daß aktive Mandarin-Gewerkschafterinnen jetzt durch "außerbetrieblichen" Terror zum Schweigen gebracht werden.

Noch kein Happy End

Dieses bisher beispiellose Abkommen ist allerdings immer noch nicht vollständig umgesetzt worden (Stand: September 1996). Mandarin weigert sich, alle Vorgaben von GAP zu erfüllen. So sind sechs Gewerkschafterinnen bisher nicht wieder eingestellt worden. Die sechs stehen auf einer "schwarzen Liste" und konnten bisher auch in keiner anderen Maquiladora Arbeit finden. Immerhin scheint aber der bisherige Werkschutz-Chef tatsächlich entlassen worden zu sein. Es gibt keine physischen Repressionen in dem Betrieb mehr.

Seit den Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr haben weitere US-Abnehmer von Mandarin-Kleidung keine neuen Aufträge mehr erteilt. Es ist anzunehmen, daß dies zu Entlassungen bei Mandarin geführt hat. Sobald die Gewerkschafterinnen wieder eingestellt sind, will das Solidaritätsbüro die US-Ketten auffordern, Mandarin mit neuen Aufträgen zu "belohnen".

Das New Yorker NLC wertet das Verhalten der anderen US-Kaufhäuser als bewußte Sabotage des Abkommens: Die großen Handelsketten wollen keine "positiven" Präzedenzfälle schaffen, damit sie nicht selbst bald Vereinbarungen über unabhängige Menschenrechts-Überprüfungen abschließen müssen. Laut einem Bericht des US-Arbeitsministeriums vom Oktober 1996 sind US-Großfirmen allerdings bei ihrer Suche nach billigen Weltmarktfabriken in Zentralamerika inzwischen wesentlich vorsichtiger geworden. Der Grund: Die US-Ketten fürchten GAP-ähnliche Protestkampagnen.

Michael Hahn

Anmerkung:

(1) Nach Angaben des National Labor Committee (NLC), New York, verdienen Mandarin-Näherinnen pro T-Shirt 19 US-Cents. Der Endverkaufspreis in den USA beträgt 12 Dollar. Die Stundenlöhne entsprechen umgerechnet weniger als einer Mark.

Quellen:

New York Times (versch. Ausgaben), The Progressive (Okt. 96), FAZ 25.10.96, sowie National Labor Committee, 275 Seventh Ave., 16th Floor, New York, NY 10001, USA.

6. Geschichte(n) vom Trüffelschwein. Das Projekt "KB-Geschichte"

Autor: Michael Steffen · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:12

Ein "linkes Trüffelschwein" nannte Georg Fülberth den Kommunistischen Bund 1991 in einem Nachruf (konkret, 1991/1, S.52-54) und bescheinigte der in den 70er Jahren "relativ erfolgreichsten kommunistischen Organisation der BRD" einen ausgezeichneten Riecher bei der Auswahl und der Operationalisierung gerade solcher politischen Themen, mit denen die Traditionslinke (insbesondere die DKP) schon aus rein ideologischen Gründen nichts zu tun haben wollte (z.B. Geschlechterfrage, Problematik neuer Technologien). Die Geschichte des KB, die zu schreiben Fülberth sich aus "Absicht künftiger Faulheit" weigerte, wird seit 1993 von Michael Steffen, einem Marburger Politologen, im Rahmen einer mittlerweile mit einem Stipendium der Grünen-nahen Stiftung buntstift (Göttingen) geförderten Dissertation erforscht und voraussichtlich 1998 in Buchform vorliegen. ak-Redaktion

Die Zielsetzung der Studie mit dem Titel "Organisation und Politik des KB 1971 bis 1991" besteht darin, die zwanzigjährige Geschichte dieser Gruppe im Kontext der Entwicklungslinien der Neuen Linken nach 1968/70 zu analysieren. Besonderes Gewicht soll auf den Anteil des KB an Entstehung und Entwicklung der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) in den 70er Jahren sowie der Grünen nach 1978 gelegt werden.

Der KB wurde im November 1971 als eine Organisation marxistisch-leninistischen Selbstverständnisses in Hamburg gegründet. Er verkörperte damit eine Option der Neuen Linken der Periode nach 1968/70, mit der die "Transformation der antiautoritären in eine proletarische Bewegung" (1) organisatorisch bewerkstelligt werden sollte: die der K-Gruppe ("Kommunistische Gruppe"). Hierbei handelte es sich um Parteien und Bünde, die sich in Orientierung am chinesischen Bezugssystem (Internationalismus, Kulturrevolution, Maoismus) und in Abgrenzung zum sowjetischen Modell ("Revisionismus"-Vorwurf) um die Operationalisierung eines "authentischen" Leninismus bemühten (2). Die K-Gruppen fungierten als organisatorische und ideologische Zentren der marxistisch-leninistischen Bewegung ("ML-Bewegung"), einer Massenbewegung, die in den 70er Jahren bis zu 100.000 AktivistInnen umfaßte und innerhalb der Neuen Linken hegemonial war.

Ab Mitte der 70er Jahre begann - parallel zur Herausbildung der NSB - der Niedergang der ML-Bewegung, der in der Folge zum Zerfall der K-Gruppen führte. Während die meisten dieser Gruppen den NSB entweder total ablehnend gegenüberstanden oder aber aufgrund ihrer strategischen Vorgaben (ML-Orientierung) hier ohne größeren Einfluß blieben, fungierte der pragmatischer agierende KB bereits ab Mitte der 70er Jahre als fester organisatorischer Kern der heterogenen, sich erst ausdifferenzierenden Anti-AKW-Bewegung im norddeutschen Raum (und spielte auch innerhalb der neuen Frauenbewegung eine gewisse Rolle). Der KB versuchte, von dieser Basis ausgehend, die nach 1978 entstehende grün-alternative Bewegung (aus der 1980 die Partei Die Grünen hervorging) auf ökosozialistische Positionen festzulegen, mußte aber 1979 im Spagat zwischen marxistisch-leninistischer Bestimmung seiner Politik und alternativer Bewegung eine Spaltung hinnehmen: Die ökosozialistische Gruppe Z ging als geschlossene Fraktion in die Grünen ein (und mit ihr Politiker, die in den Grünen in der ersten Hälfte der 80er eine wichtige Rolle spielten: u.a. Rainer Trampert, Thomas Ebermann).

Der Rest-KB begriff sich nicht mehr als ML-Gruppe und war in den 80er Jahren auf vielen Felder der NSB präsent, ehe er sich 1991 - in der nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus die gesamte Linke erfassenden Krise - in die PDS-nahe KB-Mehrheit und die fundamental antideutsche Gruppe K spaltete.

Hier endet die Studie zur "Geschichte des KB", die auf der Auswertung der umfangreichen schriftlichen Quellen wie auch auf zahlreichen Mitte der 90er Jahre geführten (und noch zu führenden) Interviews mit ehemaligen AktivistInnen fußt. Es ist evident, daß die Gruppe in Bezug auf ihre Anfang der 70er Jahre formulierten Prognosen gesellschaftlicher Entwicklung (Faschismus in der BRD) falsch lag und bei der Realisierung ihrer Ziele (Aufbau einer KP in Tradition der Weimarer KPD, Revolutionierung der Arbeiterklasse) wirkungslos blieb. Trotzdem kann festgestellt werden, daß der KB eine weit über sein unmittelbares Umfeld hinausgehende Bedeutung gehabt hat, da die Gruppe ab Mitte der 70er Jahre als wichtiges "Bindeglied" (4) zwischen antiautoritärer und grün-alternativer Bewegung fungierte. Daß diese Protestbewegung im weiteren fast vollständig in einer Partei aufgegangen ist, die sich heute - mehrheitlich ihrem gewichtigen

Fraktionsvorsitzenden folgend - vom "subkulturellen Abschnitt in ihrem politischen Leben" distanziert und als "Gestaltungspartei" (5) danach strebt, den "rheinischen Kapitalismus" (6) zu modernisieren, kann als Pointe dieser Geschichte bezeichnet werden.

Michael Steffen, Marburg

Anmerkungen

(1) Hartung, Klaus: Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen. In: Kursbuch, Berlin, (1977), Nr.48, S.14-43, hier S.33.

(2) Bock, Hans Manfred: Geschichte des "linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976. S.269.

(3) Staadt, Jochen: Der Versuch, sich an der Glatze aus dem Sumpf zu ziehen. Die K-Gruppen. In: Klamm, Heimlich & Freunde, Die siebziger Jahre, Berlin 1987, S.74-76, hier S.76.

(4) Schröder, Jürgen: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der "K-Gruppen". In: Berliner Arbeitshefte u. Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr.40, Berlin 1990, S.3.

(5) Fischer, Joschka: "Die rot-grünen Karten sind gegenwärtig schlecht gemischt." In: FR, 22.9.95, S.12.

(6) "Da würde ich lieber in Alaska Ananas züchten." Interview mit Joschka Fischer. In: taz, 11.10.96, S.18f, hier S.19.

7. Widersprüche im Apparat ausnutzen ... Interview mit Rechtsanwalt Michael Moos zur Rückkehr von Christoph Seidler

Interview mit Anwalt Michel Moos zur Rückkehr von Christoph Seidler

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:37

Christoph Seidler war jahrelang als einer der meistgesuchten Terroristen auf allen Fahndungsplakaten abgebildet. Seidler stellte sich den Ermittlungsbehörden. Mit Hilfe der vom Verfassungschutzmitarbeiter Benz recherchierten Informationen wurde der Haftbefehl vorerst ausgesetzt. Ralf Streck befragte Rechtsanwalt Michael Moos über die bisherige Entwicklung.

Ist Christoph Seidler auf Herrn Benz vom VS zugegangen oder ist es andersherum gelaufen?

Erstmal finde ich es wichtig zu sagen, daß der Christoph hier nicht auf der Anklagebank sitzt, in einem Gerichtsverfahren, wo die Linke darüber urteilt, ob der Weg von Christoph in die Legalität nun der korrekte war oder nicht. Sondern wir müssen sehen, daß er sich sehr lange in einer sehr schwierigen Lage befand. Angefangen mit der Entscheidung, aus Deutschland wegzugehen, weil er hier mit der Situation nicht mehr zurechtkam und - wie er selbst sagte - hier keine politische Heimat mehr hatte und schon gar nicht bei der RAF finden konnte. Er brach die Zelte hier ab und ging in ein Land der Dritten Welt in den Libanon, wo er von 1987 bis 1992 unter sehr harten Bedingungen bei der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) gelebt und gearbeitet hat. Er war sehr nah an der Front als Fahrer tätig. Das härteste war, daß er keine Möglichkeit hatte, irgendwie auf die Gerüchte und Behauptungen, die die Bundesanwaltschaft oder das Bundeskriminalamt über ihn in die Welt gesetzt hatten, einzugehen. Er hätte damit offenbaren müssen, wo er ist und die Gefahr wäre sehr groß gewesen, aufgedeckt zu werden. Es war auch eine Bedingung seiner Gastgeber, daß er alle Zelte hinter sich abbricht und dort mit einer neuen Identität lebt - nicht mehr als Christoph sondern als Ali. Die Situation wurde für ihn noch unerträglicher, als hier seine Beteiligung am Herrhausen Attentat behauptet wurde. Nun wurde er nicht nur wegen der unzutreffenden Behauptung der Mitgliedschaft gesucht, sonder auch noch als einer der großen Attentäter. Auch da war es für ihn sehr schwierig, einen Weg zu finden, die Sache klarzustellen. Es war nicht einfach sich vorzustellen, daß man die Wahrheit würde beweisen können. Wir wissen, daß in politischen Verfahren die Wahrheit oft nicht durchdringt, wenn man sich gegenüber der Staatsmacht bewähren und der gesamten Gewalt aussetzen muß.

Er hat sich dann nach langem Hin und Her letztendlich entschieden, diesen Weg zu gehen und hat vor über einem Jahr erstmals bei seiner Familie und danach bei mir Kontakt aufgenommen. Sein erstes Anliegen war, nach Karlsruhe zu marschieren und zu sagen, ich war nie Mitglied, war nie in der Gruppe und habe mit Herrhausen nichts zu tun. Seine Vorstellung war, daß das im wesentlichen ausreichen würde. Natürlich nicht in der scharfen illusionären Form, aber es war ungefähr der Weg, den er sich vorstellte.

Wollte er das auch belegen oder einfach nur behaupten?

Das genau war auch meine Frage, wie kannst du überhaupt belegen, was du in der Zeit gemacht hast. Dabei stellte sich heraus, daß Christoph nichts, aber auch gar nichts, an Papieren dabei hatte. Als er den Libanon verließ, hatte er alles zurückgelassen, was überhaupt noch vorhanden war. Dazu muß man wissen, daß die Palästinenser 1991 Angriffen der libanesischen Armee ausgesetzt waren, ihre Stützpunkte rund um Beirut verlassen mußten und eine Menge Materialien dabei vernichtet wurden. Ganz zu schweigen von der heutigen Situation, wo nur noch Reste der Organisation im Libanon sind. Christoph hatte also nichts dabei, noch nicht mal einen Ausweis über seine damalige Zugehörigkeit zur PFLP. In dieser Zeit war über seine Familie bekannt, daß Herr Benz vom Verfassungsschutz seit langer Zeit mit ihr in Kontakt stand und angeboten hatte, wenn es notwendig sein sollte Christoph die Rückkehr in die Normalität zu erleichtern. Wir haben dann mit Herrn Benz gesprochen. Sein Angebot war grob zusammengefaßt, uns mitzuteilen, was gegen Christoph vorliegt, ob es erhärtet oder nicht erhärtet ist - gegebenenfalls Beweise zu erheben, dort wo er war, nämlich im Libanon. Das haben wir dann so überlegt und so kam der Kontakt zustande.

War das auch für Dich als Anwalt die einzige Möglichkeit, real herauszufinden was gegen Christoph Seidler vorliegt? Hast Du Akteneinsicht?

Ich bekam vor einigen Monaten Akteneinsicht, wobei man von einer vollständigen Akteneinsicht nicht reden kann. Nach wie vor werden entscheidende Teile aus der Akte zurückgehalten. Vor allem die Teile über die Kontakte von Nonne zum hessischen Verfassungsschutz. Ich bin gerade dabei, darum zu kämpfen, daß die Akte komplettiert wird, damit ich einen Überblick bekomme. Nur ein Beispiel: Das Glaubwürdigkeitsgutachten von Prof. Undeutsch über Nonne ist nach wie vor als geheim eingestuft und war nicht Gegenstand der Akte, weil dieses Gutachten auch Aussagen von hessischen Verfassungsschützern enthält, die mit Nonne Kontakt hatten.

Und Herr Benz hat sich dann wirklich konkret gekümmert? Es wird berichtet, daß er selbst im Libanon war, um die Sache zu erhärten.

Wir hatten am Anfang ja praktisch nur die eine Beweismöglichkeit über einen Freund von Christoph, Thomas Simon, der etwa zur gleichen Zeit im Libanon war und dann auch früher als Christoph in die Normalität zurückkehren konnte. Der Haftbefehl gegen ihn wurde aufgehoben. Dessen Erfahrungen konnten wir uns auch zu nutze machen. Im diesem Fall war es so, daß seine Lebensgefährtin, die in Deutschland lebte, im fraglichen Zeitraum oft mit ihm Kontakt hatte. Sie konnte sehr klare Angaben zu seiner Anwesenheit im Libanon machen. Außerdem ging es "nur" um Mitgliedschaft.

Christoph dagegen wurde vorgeworfen, am Herrhausen Attentat führend beteiligt gewesen zu sein, und er war und ist für das BKA in gewisser Weise eine der zentralen Figuren des bewaffneten Widerstands. Wir mußten also knallharte und handfeste Beweise vorlegen können. Ein Freund, der mit ihm im Libanon gelebt hatte, würde der BAW und dem BKA nicht ausreichen. So kam es, daß Herr Benz zweimal mit einem Foto von Christoph in den Libanon fuhr. Er sprach mit verschiedenen Leuten in Aitat, die Christoph auch sofort wiedererkannten und bestätigen konnten, daß Christoph im Libanon gewesen war.

Herr Benz versucht jetzt, die Beweise für Christoph Seidlers Anwesenheit im Libanon zu erhärten. Wie schätzt du ein, was der VS und/oder Herr Benz daran für ein Interesse haben?

Das Interesse ist eigentlich klar, da halten die auch nicht mit hinterm Berg, es geht um eine Befriedung und einen Ausgleich der Widersprüche. Den Leuten, um die es geht, soll eine Rückkehr aus dem Untergrund ermöglicht werden. Der VS hat die Einschätzung, daß der bewaffnete Widerstand ohnehin nicht mehr existent ist und daß es jetzt darum geht, die Leute, die noch gesucht werden, soweit nicht Vorwürfe ganz schwerwiegender Art im Raum stehen, zurückzubringen. Benz sagt, erklärtes Ziel von ihm sei nicht, Kronzeugen zu gewinnen, Angaben über Dritte oder Einschätzungen zu bekommen. Ich kann nur von dem reden, was konkret ablief in den Kontakten, und da hat er nie versucht, Christoph zu instrumentalisieren. Was natürlich nichts darüber aussagt, wie er sich verhalten würde, wenn er auf andere trifft.

Die Situation jetzt ist, daß der VS-Mitarbeiter Nonne die "Beweise" gegen Christoph Seidler liefert und ein anderer Verfassungsschützer versucht, die Gegenbeweise zu erhärten.

Es ist noch verrückter. Man kann schon ins Grübeln kommen, wenn ein Mitarbeiter des VS sein Telefon gegen Abhörmaßnahmen des BKA absichert und alle möglichen Dinge organisiert, um sicher zu stellen, daß er nicht verfolgt wird. Zunächst mal kann man sich gar nicht vorstellen, daß es im Staatsapparat solche Widersprüche gibt. Sie lösen sich allerdings wieder auf, wenn man das Ziel im Auge hat, das alle verfolgen: Politischen Widerstand gegen die herrschende Ordnung entweder zu brechen oder soweit zu integrieren, daß er nicht mehr gefährlich ist. Das muß man sehen und daran überprüfen, was machbar ist und was nicht. Im Falle von Christoph war und ist mein Anliegen, seinen Interessen auf eine Rückkehr aus der Illegalität weitestgehend zu entsprechen, dafür die Dienste des Herrn Benz zu funktionalisieren und einzusetzen. Herr Benz wurde schon zweimal vor der BAW vernommen und die Diskrepanzen zum BKA - die ja auch immer Anwesende sind - waren unübersehbar. Man muß dann schauen, ob das ausreicht oder was man sonst noch machen kann, und da ist die Situation im Moment sehr offen.

Bisher mußte Christoph Seidler dem VS nichts liefern und du glaubst, daß es auch so bleibt. Durch die Erklärung von Birgit Hogefeld und der RAF, den bewaffneten Kampf zurückzunehmen, ist seit 1992 eine

Situation entstanden, die das eher möglich macht. Die Linie des VS ist ja schon seit spätestens 1989, durch Zusammenlegung der Gefangenen eine Befriedung zu erreichen. Aber ist das wirklich das einzige?

Ich wundere mich über die Formulierung muß. Wieso muß eine souveräne Person, die ihre Entscheidungen trifft, irgendwas müssen? Christoph hat einen eigenen Kopf und eigene Entscheidungsmöglichkeiten, und davon hat er bisher Gebrauch gemacht. Er muß überhaupt nix. Wenn er nach anderen Leuten gefragt wird, auch unter Umständen, um denen zu helfen, darüber rede ich nicht - und genau das hat er auch gemacht bisher.

In so einem Spiel haben in der Regel beide Seiten etwas zu liefern. Der VS ist ja nicht neutral sondern hat sein Interesse. Man läßt sich ja auch ein, will zurückkehren. Das wissen die auch und haben damit einen Ansatzpunkt, immer wieder ein bißchen zu drücken. Die andere Ebene kann auch sein, daß sie Christoph Seidlers Fall dazu benutzen, sich als VS glaubhaft darzustellen.

Genau, Benz hat ein anderes Interesse. Der will nicht Christoph als späteren Spitzel des VS. Er will, daß es einen Erfolg gibt, zurückzukommen ohne nach Stammheim zu müssen, um anderen Leuten, die in einer ähnlichen Situation sind zu signalisieren, daß er oder das Programm, für das er steht, eine reelle Sache ist. Wo niemand reingelegt wird, wo Abmachungen eingehalten werden. Er ist dann eine gute Adresse für Leute, die im Untergrund leben und wissen wollen, wie ihre Chancen sind. Das ist eigentlich sein Ziel, so schätze ich es ein.

Die Ergebnisse aus den letzten Verfahren - wie zum Beispiel gegen Birgit Hogefeld - zeigen, daß Fakten eigentlich keine Rolle spielen oder die BAW und das Gericht denen wenig Beachtung schenkte. Woher nehmt ihr das Vertrauen in diese Institutionen?

Es reicht nicht zu sagen: Christoph war im Libanon. Sondern: Er war ununterbrochen dort und vor allem auch im Spätherbst 1989, als das Attentat auf Herrhausen verübt wurde. Das ist der Punkt an dem BAW und BKA einen Erfolg erzielen wollen. Sie sagen, das mag ja stimmen, daß Christoph im Libanon war, aber bisher hat uns niemand hundertprozentig versichern können, daß Christoph am 30.11. nicht hier war sondern im Libanon. Eine völlig irre Geschichte, wenn man sich vorstellt, daß Christoph gerade wegging, weil er nicht in der RAF im Untergrund tätig sein wollte. Er war natürlich, wie viele andere auch, mit ihnen in der Diskussion, und was die Ziele der RAF betrifft, hat er sicher mit vielem übereingestimmt, aber den Weg in den bewaffneten Widerstand hat er nie beschritten. Er soll also auf Abruf hierhergekommen sein, um in drei Wochen ein Attentat auf Herrhausen vorzubereiten. Das ist die letzte Rückzugsebene des BKA, was den Vorwurf Herrhausen angeht.

Die wissen aber doch auch, daß das absurd ist.

Ich weiß nicht, was die wissen oder nicht wissen. Ich weiß nur, um nochmal auf den Unterschied zu Birgit Hogefeld zurückzukommen, daß der VS natürlich seine Einschätzungen hat. Die Einschätzung bei Birgit Hogefeld war, daß sie dem bewaffneten Widerstand der RAF angehörte, bis Bad Kleinen, was sie selbst nie bestritt, und deshalb eine mögliche Beteiligung an den Anschlägen in den Jahren bis zur Festnahme nicht aus der Welt ist. Bei Christoph geht der VS offensichtlich davon aus, daß dies nicht der Fall ist. Also eine grundsätzlich andere Lagebeurteilung, deshalb auch in gewisser Weise die unterschiedliche Behandlung. Das hat alles nichts mit Illusionen über den VS derart zu tun, zu denken, die wären jetzt plötzlich auf der Seite des Widerstands oder der politischen Gefangenen.

Im Verfahren von Christoph sieht man, mit welcher Rollenteilung der VS operiert. Der hessische VS hat den Nonne mit dem gefüttert, was er dann im Juli 91 von sich gab - die Äußerungen vom angeblichen Besuch von Andrea Klump, Christoph und zwei weiteren Unbekannten bei ihm. Der hessische VS hat die Informationen lange Zeit zurückgehalten, bis er dann in der zweiten Jahreshälfte 1991, also zwei Jahre nach dem Anschlag, damit zur Polizei und zum BAW ging. Der hessische VS ist nach wie vor die Behörde, die im Grunde genommen weiß, daß der Nonne ein Konstrukt von sich gegeben hat, das nicht allein auf seinem Mist gewachsen ist. Aber der hessische VS ist auch die Behörde, die nach wie vor mauert, die Unterlagen nicht rausrückt, oder wenn, dann nur teilweise als Geheimsache an die BAW. So sieht man, wie unter dem großen Dach des VS sehr unterschiedliche Dinge ablaufen. Bekannt ist auch aus dem Verfahren gegen Monika Haas, wie der VS über die angebliche Reisetätigkeit ihrer Familie mit Unterlagen herauskam. Das muß man alles auch sehen, aber weil wir das wissen, glaube ich, daß wir im Umgang mit Herrn Benz keine Fehler gemacht und uns auf eine Ebene eingelassen haben, die für Christoph jetzt oder später ein Problem werden könnte.

8. Roman Herzog und die Menschenrechte

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:16

Nach der Hälfte seiner Amtszeit als deutscher Bundespräsident hat Roman Herzog den Gipfel seiner Popularität erreicht. Sieben von zehn BundesbürgerInnen halten ihn für "vertrauenswürdig" und loben seine "unmißverständliche Ausdrucksweise". In den vergangenen Wochen hat Herzog auch in der Linken neue Bewunderer gefunden. Die taz widmete ihm in ihrer Ausgabe vom 21.11. nicht nur die Tagesthemen-Seite und einen längeren Kommentar, sondern auch den Aufmacher auf der Titelseite. "Herzog stört den himmlischen Frieden", lautete die Schlagzeile. Mutig habe er "die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seines ersten Chinaaufenthalts" gestellt - im Gegensatz zu Kohl und Kinkel, denen es bei ihren Besuchen in China nur um profitable Wirtschaftsbeziehungen mit der kommenden Weltmacht gegangen sei. Anders als diese Feiglinge habe Herzog "seine Mutprobe bestanden".

Anderen Blättern scheint die Sensation - wenn es denn eine war - entgangen zu sein. Die FAZ fand die Kommunalwahlen in Brasilien wichtiger und verbannte Herzogs Pekinger Menschenrechtsdemonstration auf Seite 8 - ein Akt der Zensur? Oder berechtigte Gelassenheit nach dem Motto "Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter" - die der deutschen Unternehmer und Wirtschaftspolitiker nämlich, die etwaige Verstimmungen ihrer chinesischen Partner durch materielle Wiedergutmachung lindern werden?

Daß der Bundespräsident laut Verfassung allein fürs Repräsentieren (d.h. für Sonntagsreden) zuständig ist und von der praktischen Politik die Finger lassen muß, ist dabei nur ein schwaches Argument. Auch symbolische Politik ist Politik - genau deshalb ist die Wahl des Bundespräsidenten stets eine Kraftprobe ersten Ranges. Bekanntlich ist Roman Herzog als Ersatzmann für den Rechtspopulisten Steffen Heitmann Präsident geworden, weil Heitmann, immerhin Kohls Favorit, wegen massiver Proteste zurückgezogen werden mußte.

Herzogs Beitrag zur nationalen Selbstfindung

Herzog hat denn auch frühzeitig auf die Kandidatur für eine zweite Amtszeit verzichtet - um "jeden Anschein von Abhängigkeit zu zerstören". Das klingt ein bißchen renitent, muß die konservative Regierungsmehrheit aber nicht beunruhigen: Herzog hält sich an die Spielregeln. Seine außenpolitischen Interventionen sind mit "den deutschen Interessen" durchaus kompatibel. Zu diesen zählt er selbst "Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand", aber auch die "weltweite Freiheit des Handels", für deren Verteidigung notfalls auch "militärische Macht einzusetzen" sei.

Die zitierten Formulierungen stammen aus dem vergangenen Jahr. Zur Vorbereitung seiner China-Reise hat Herzog einen Grundsatzartikel in der Zeit (6.9.1996) publiziert, den er selbst als Beitrag zum "nationalen Selbstfindungsprozeß" versteht. Den Deutschen fehle "ein weltweites außenpolitisches Bewußtsein"; da könnten die "Diskussionen um die Menschenrechte" hilfreich sein - wenn sie richtig geführt werden. Herzog warnt vor "kurzschlüssigen Alternativen"; das Eintreten für die Menschenrechte schließe wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Staaten nicht aus, in denen Menschenrechte verletzt werden. Anders gesagt: "Realismus und Idealismus, Interessenpolitik und Verantwortungspolitik schließen sich gegenseitig nicht aus." Beim Verkehr mit den asiatischen Staaten sei es daher völlig legitim, neben den Menschenrechten auch den "Erhalt deutscher Arbeitsplätze" im Auge zu haben.

Da kaum jemand ernsthaft ein deutsches Handelsembargo gegen China oder den Iran fordert, könnten Herzogs Bekenntnisse als überflüssiges Gerede abgetan werden. Sie sind dennoch politisch bedeutsam, vor allem im Hinblick auf das noch zu schaffende "weltweite außenpolitische Bewußtsein" der Deutschen. Denn Herzog redet die real existierenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der BRD schön, indem er das Prinzip "Wandel durch Annäherung" der sozialliberalen "neuen Ostpolitik" für weltweit gültig erklärt. Demnach könnte engste Nähe zwischen Deutschland bzw. der EU und der Türkei nur Gutes bewirken: Unzweifelhaft gehört die Türkei zu jenen Ländern, die den "Anschluß an solche internationalen Gemeinschaften suchen, die sich der freiheitlichen Demokratie verschrieben haben (Nato, Europäische Union und so weiter)" und für die durch die Kombination von Annäherung und Ermahnung "ein weiterer Anreiz (entstehe), den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen". So naiv kann auch kein Bundespräsident sein, daß er an dieses Rezept glauben würde.

Nicht etwa diesen Zynismus attackiert Christian Semler in seinem taz-Kommentar. Der ehemalige KPD/AO-Vorsitzende und Verkünder eines völlig unkritischen China-Kults findet Herzogs Menschenrechtsinitiative halbherzig. An dem programmatischen Artikel in der Zeit stört ihn vor allem, daß Herzog "Menschenrechte hierarchisiert" - für Semler ein "schwerwiegender Fehler". Herzog trenne "einen Kern der Menschenrechte, wo er nicht mit sich reden lassen will, von einem weiteren Kreis von Rechten, deren Realisierung Zeit brauche, die abhängig seien vom Entwicklungsstand der Gesellschaft." Spätestens hier ist ein Exkurs notwendig, um zu klären, was Menschenrechte eigentlich sind.

Die Deklaration der Menschenrechte ...

Die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" wurde am 10.12.1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ohne Gegenstimmen verabschiedet. Sie enthält in den Artikeln 1 bis 16 die "traditionellen liberalen Grundrechte" (Paech/Stuby: 515), darunter das Recht auf Leben und Freiheit, das Verbot der Sklaverei und der Folter, das Recht auf Freizügigkeit (Auswanderungsfreiheit inbegriffen), das Asylrecht. Hinzu kommt in den Artikeln 17 bis 21 der "harte Kern der in bürgerlicher Tradition stehenden Freiheitsrechte" (Paech/Stuby), allen voran das Recht auf Privateigentum, aber auch Gewissens- und Religionsfreiheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, allgemeines und gleiches Wahlrecht.

Wenig bekannt ist, daß im zweiten Teil der Erklärung eine Reihe wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte aufgeführt sind, darunter das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn, das Recht auf angemessenen Lebensstandard sowie auf Freizeit und Erholung, um nur einige zu nennen.

Sowohl die zivilen als auch die sozialen Rechte wurden 1966 in zwei Menschenrechtspakten bekräftigt. Im Sozialpakt steht das Recht auf Arbeit an erster Stelle, gefolgt von den Rechten auf gerechte Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, ausreichende Ernährung, Bekleidung und Wohnung und staatliche Gesundheitsfürsorge, ferner dem Recht auf Bildung und auf Teilnahme am kulturellen Leben. Die BRD hat beide Pakte 1973 ratifiziert. Sie hat sich damit verpflichtet, "die in diesem Pakt anerkannten Rechte zu achten und sie allen in seinem Gebiet befindlichen und seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen zu gewährleisten" (Artikel 2).

... und die deutsche Wirklichkeit

Wer eine beliebige Tageszeitung aufschlägt, erkennt, daß diese Rechte auch in der BRD nicht verwirklicht sind. Vielmehr gibt es auch in dem von Roman Herzog repräsentierten Gemeinwesen vielfältige Diskriminierungen nach Geschlecht, Alter, Abstammung und Herkunft, Hautfarbe, Staatsangehörigkeit etc. In einigen Bereichen hat sich die Menschenrechtssituation sogar dramatisch verschlechtert - man denke nur an die Abschaffung des Asylrechts und die Sparpolitik zu Lasten der Armen.

Herzog verfährt mit den Menschenrechten nach dem Motto, das er der deutschen Bildungspolitik verordnen möchte: mit "Mut zur Lücke". (Spiegel-Interview vom 18.11.1996) Neben den "fundamentalen Freiheiten" liegen ihm vor allem die wirtschaftlichen Rechte am Herzen: "Alle diese Menschenrechte sind eigentlich nichts anderes als die Grundlagen der Marktwirtschaft", schreibt er in der Zeit. Ihre Respektierung garantiere, daß "die Aktivität, Kreativität und Schaffensfreude der Menschen freigesetzt" wird - sofern es sich um Unternehmer handelt. Für diese Botschaft wird Herzog in China offene Ohren gefunden haben.

Der vielzitierte Sinnspruch "Menschenrechte sind unteilbar" provoziert nur deshalb so selten schallendes Gelächter, weil kaum jemand diese Menschenrechte kennt. Immerhin Christian Semler, der es vermutlich besser weiß als die meisten, glaubt an die Unteilbarkeit der Menschenrechte und drängt auf ihre ungeteilte Verwirklichung - in China (hinter der Mauer). Den reiselustigen Präsidenten auf die Zustände im eigenen Lande verweisen mag er nicht.

Aber mit der Haltung zur Menschenrechtssituation vor der eigenen Haustür steht und fällt die Glaubwürdigkeit jeder feierlichen Ermahnung an andere. Roman Herzog ist - neben Kohl und Kinkel - einer der letzten, die dazu ermuntert werden sollten, anderswo das Maul aufzureißen. Gerade Herzog hat in seinem Zeit-Artikel den Kontext deutlich gemacht, den das Menschenrechtsgerede der Herrschenden auch hat. Im ersten Satz lesen wir "Menschenrechte" und genau 15 Zeilen weiter "Intervention".

Js.

Zitierte Quellen:

Roman Herzog: Die Rechte des Menschen (Die Zeit, 6.9.1996)

"Mehr Mut zur Lücke" (Spiegel-Gespräch mit Roman Herzog, 18.11.1996)

Christian Semler: Der Maulwurf wühlt weiter (taz, 21.11.1996)

Norman Paech, Gerhard Stuby: Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden (Nomos) 1994

9. Erst Antifeministin, dann feministische Sozialistin

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: KB und AK; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:22

1968 bewegte ich mich in einer Randgruppe unserer Gesellschaft: ich war ein Mädchen aus einem sogenannten "Mädchen- und Lehrlingswohnheim". Wir waren damals eine beliebte Zielgruppe der antiautoritären Bewegung, später der radikalen Linken, bis hin zur RAF. Beliebte Zielgruppe, weil damals in diversen Heimen der Aufstand tobte und die knastartigen Lebensbedingungen der Jugendlichen angeprangert wurden. Die Proteste richteten sich gegen unsere "ErzieherInnen", PolitikerInnen und Behörden. So manches Heim wurde angezündet, um die Öffentlichkeit auf die katastrophalen Zustände aufmerksam zu machen.

1968 war ich schwanger und betrachtete die Proteste gegen Springer & Co mehr als Randfigur - aber mit großer Sympathie. Ich machte eine Ausbildung als Friseurin und schloß mich den Jour-Fixe-Initiativen der jungen Lehrlingsbewegung in den Gewerkschaften an. In dieser Zeit fiel mir ein Schulungsheft des "Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum" (SALZ) über die Profit- und Mehrwertentstehung in die Hände. Ich fand auch einen Artikel über die Ausbeutung von einer Friseurin. Das motivierte mich besonders, in meinem Lehrbetrieb meine KollegInnen zu agitieren. Ich wurde damals heftig belächelt, aber man versuchte nicht, mich zu behindern.

1970 überlegten einige meiner FreundInnen und ich, uns zu organisieren. In der Gewerkschaftsjugend gab es große Machtkämpfe um die Kassen - aber vor allem, wer von den Gewerkschaftsbossen die meiste Akzeptanz erfuhr. Wir hatten damals dazu wenig Lust und waren überzeugt, wir brauchen eine linke Opposition in den Gewerkschaften, die organisiert arbeitet. Wir gingen zum Buchladen der Hamburger Uni, "Spartakus", weil wir wußten, daß die Leute dort vom SALZ waren. Was wir nicht wußten - in diesen Tagen hatten sich gerade einige Leute vom SALZ abgespalten. Mit den Worten, "gut, daß Ihr zu uns gekommen seid", wurden wir dort empfangen.

So einfach wollten wir es uns allerdings nicht machen. Wir verschoben unseren Eintritt in das SALZ, weil wir verunsichert waren. Schließlich waren wir doch alle Lehrlinge und wollten nicht bei irgendwelchen Intellektuellen landen. Man gab uns Flugblätter, in welchen beide Seiten begründeten, warum die jeweils anderen "ökonomistisch" und "opportunistisch" waren - und die falsche Linie vertraten. Die Flugblätter klangen sehr ähnlich.

Wir beschlossen dort hinzugehen, wo die Mehrheit der ArbeiterInnen und Lehrlinge organisiert war. Wir wurden in eine "SympathisantInnen-Gruppe" des SALZ aufgenommen, die sich "Auffangzelle" nannte. "Auffang" deswegen, weil es zwar Branchen, wie Hafen, Metall, Druck etc. gab, aber für FriseurInnen und manch andere Berufe (wie z. B. KünstlerInnen) gab es keine Zellen, denen wir zugeordnet werden konnten. Außerdem wurde strikt darauf geachtet, daß die proletarischen Werktätigen und Angestellten bzw. diejenigen, die Mehrwert produzieren und diejenigen, die "bloß" entfremdete Arbeit leisteten, sich getrennt organisieren.

Die Intellektuellen waren im "Kommunistischen Hochschulbund" (KHB) organisiert. In der "Auffangzelle" fand ich mich zwischen KünstlerInnen und FreiberuflerInnen sowie Leuten wieder, die hauptamtlich für das SALZ arbeiteten.

Huch: ein LGler!

Meine erste Schulung "Über die Praxis" von Mao - behandelte einen extrem abgehobenen Text, dessen Sinn ich bis heute nicht verstanden habe. Aber wir wurden verpflichtet, das Gelernte in Protokollen zu Hause zusammen zu schreiben. Diese Art der Schulung hätte fast dazu geführt, daß ich das SALZ wieder verlassen hätte - wäre da nicht meine Gesellenprüfung gewesen und damit das "Nimmer-Wiedersehen" mit meinem Beruf als Friseurin.

Im SALZ war damals sehr hohe Konspiration angesagt, d. h. man kannte die nächst höhere Ebene, geschweige denn die Leitung, nicht. Viele Leute hatten Decknamen. Dennoch gab es eine Reihe von offenen Strukturen, so z. B. eine Hilfstruppe für Umzüge, bis hin zum Verantwortlichen für Betriebseinsätze. Den Letztgenannten sollte ich kennenlernen, denn ich suchte einen Job in einem Betrieb. Er sollte den Überblick haben, wo, in welchen Betrieben "Einsätze" wichtig waren. Zudem munkelte man, er sein "ein LGler", also Mitglied des "Leitenden Gremiums" im SALZ. Ich war damals ziemlich aufgeregt - nicht weil ich ahnte, daß

dieser Mensch später für 13 Jahre mein "Lebensabschnittsgefährte" werden würde (und bis heute ein guter Freund ist). Vielmehr kam die Aufgeregtheit zustande, weil mit dem Berufswechsel auch meine Umorganisierung im SALZ anstand. Zudem hatten LGler in meiner Vorstellung etwas monsterhaftes an sich. Für uns waren das Leute, die Tag und Nacht arbeiteten, kein Privatleben hatten und superklug sein mußten - also hohe Respektspersonen: da war schon Spannung angesagt.

Als ich in die WG kam, in der ich meinen Betriebseinsatzleiter treffen sollte, lag ein riesiger Dreckhaufen vor seiner Tür. Daran hin ein Zettel, auf dem stand: "Mach Deinen Dreck gefälligst selber weg!". Das Treffen war eher ein Reinfall. Als ich ging, hatte ich das Gefühl, es ist ganz egal, in welchem Betrieb ich einen Job finde.

Exotin aus dem Proletariat

In dieser Zeit wohnte ich das erste Mal nach meinem Heimaufenthalt in einer Studenten-WG. Alle waren im KHB organisiert. Mein damaliger Freund und ich fanden dort so etwas wie eine Notaufnahme. Wir mußten deshalb mit der Küchenkammer Vorlieb nehmen, während die anderen in wunderschönen Altbauzimmern wohnten.

Wir waren für die WG so etwas wie proletarische Exoten. Mein Freund war Druckerlehrling und ich hatte gerade meinen ersten Job in der Fabrik. Es war grausam: es war eine stinkende Siebdruckerei, in der Plastikgläser bunt bedruckt oder Joghurtbecher mit Wachs ausgespritzt wurden. Wir mußten um 4.30 Uhr aufstehen. Mit mir waren überwiegend Ausländerinnen dort (ca. 300 Frauen) beschäftigt. Die Fließbänder liefen schnell. Daher flogen viele Becher auf den Boden. Besonders den AusländerInnen warf man das Plastikgeschirr hinterher, um sie zur Arbeit "anzufeuern". Wer nicht fix arbeitete, wurde an die Wachs-Spritzmaschine gestellt. Wenn die Joghurtbecher nicht schnell genug ausgespritzt wurden, spritzte einem das verdammte Zeug voll ins Gesicht. Am Nachmittag waren meine Augen, Nase und Haare oftmals verklebt.

Zuhause in meiner WG waren die Erwartungen sehr groß, Neues aus der Welt des Proletariats zu hören. Ich kann nicht verleugnen, daß mich in dieser Zeit so etwas wie Intellektuellenfeindlichkeit beschlich - oder einfach nur Neid auf das ach so lockere Studentenleben. Jedenfalls hatte ich mir unter Betriebsarbeit etwas ganz anderes vorgestellt. Als ich eines Morgens zu spät kam, wurde ich wieder an meine Lieblingsmaschine gestellt - mit noch höherer Geschwindigkeit, als sonst. Total verklebt erklärte ich meinen Job für beendet.

Mai-Komitee majorisiert

Kurz vor dem 1. Mai 1971 wollten alle meine männlichen WG-Mitglieder von mir ihre langen Haare abschneiden lassen. Meinen erstaunten Fragen wurde ausgewichen. Am Tag, für den das SALZ dazu aufgerufen hatte, in diversen Hamburger Stadtteilen Mai-Komitees zur gründen, machten sich meine WG-Männer mit Anzug und Krawatte stadtfein.

Am Abend ging ich mit einigen meiner GewerkschaftskollegInnen zum 1. Mai-Komitee im Bezirk, in dem unser Betrieb war. Ich traute meinen Augen nicht: da saßen meine aufgeputzten WGler, einzeln und verstreut an den Tischen. Ich mußte lachen. Aber man gab mir zu verstehen, daß wir uns nicht kennen dürften. Im Laufe des Abends kamen noch andere Leute, die ich vom SALZ oder vom SHB her kannte. Ihr Verhalten war höchst konspirativ. Mein Gewerkschaftskollege fragte irgendwann laut: "Gibt es hier eigentlich jemanden, der zum SALZ gehört?" Betretenes Schweigen war die Antwort.

Frauenpolitik des KB-Nord

Der sogenannte KB-Nord war bekannt für seinen - im Verhältnis zu anderen linken Organisationen - hohen Anteil von organisierten Frauen bzw. für seine emanzipatorische Frauenpolitik. Im Vergleich zu anderen K-Gruppen diskutierten wir schon sehr früh über Frauenstrukturen - sprich: Frauengruppen im KB.

Wir stritten offen über Genossen, die Genossinnen unterdrückten und teilweise sogar schlugen. In Büchern (z.B. "Das höchste Glück auf Erden" und "Frauen in linken Organisationen") verbreiteten wir die Auffassung, daß die Unterdrückung von Frauen vor den Toren linker Vereine nicht halt mache. In der Abtreibungsfrage war sehr schnell klar: "Kinder ja oder nein muß Sache der Frauen sein!" Auf Gewalt gegen Frauen und Vergewaltigungen wurde mit kampagnenartigen Aktionen in der Öffentlichkeit geantwortet: vom Notruf über Frauentaxis bis hin zur Denunziation derjenigen Anwälte, die Vergewaltiger verteidigten.

Innerorganisatorisch stritten wir Frauen um Fragen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Es galt: "Das Private ist politisch!"

Ich machte damals gerade meine Ausbildung bei Blohm & Voß als Kontoristin, als wir Frauen auf der Werft beschlossen, eine Frauenbetriebszeitung "Die rote Anna" herauszugeben. Genüßlich schrieben wir in unserem Leitartikel über männliche Chauvis ("Wenn eine Frau über die Werft geht ..."). "Die rote Anna" sollte es leider nur einmal geben. Die AG-Frauen des KB intervenierte gegen unsere Zeitung. Ich glaube, es war damals eine Konkurrenzkiste, die wir Frauen untereinander austrugen.

Unsere KB-Frauenpolitik in den ersten Jahren bezog sich sehr stark auf die kommunistischen und sozialistischen Frauen-Klassikerinnen, wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg (sowie Bebel und Engels).

Ich selbst gehörte der klassischen antifeministischen Richtung an. Zwar gab es für mich und andere KB-Frauen immer die doppelte Unterdrückung, nämlich die der Bosse und Herrschenden sowie der Männer und Freunde. Antifeministin waren wir erklärtermaßen, weil Feminismus ausschließlich mit Geschlechterkampf in Verbindung gebracht wurde und zeitweilig so auch in Erscheinung trat.

Verrissen wurden im Arbeiterkampf Bücher wie "Der kleine Unterschied" von Alice Schwarzer, Firestone und die sogenannten Öko-Frauen (die später bei den "Grünen" ihren Platz fanden). Die Frauenseiten im AK wuchsen heran und waren viele Jahre ein wichtiger Bestandteil dieser Zeitung.

Die Zeiten brachten viel Literatur von und über Frauen. So füllten wir die AK-Frauenseiten auch mit viel beachteten Rezensionen über Frauenbücher. Die Besprechung von "Die Scham ist vorbei" im AK wird mir ewig in Erinnerung bleiben: Die Autorin beschreibt ihre Geschichte in einer holländischen K-Gruppe und rechnet mit dieser Phase ab, um sich der feministischen Bewegung anzuschließen. Die Rezension im AK war Anlaß für große Teile des KBs, die sogenannten Grauzonen des Feminismus in der KB-Frauenpolitik zu entdecken.

In seitenlangen Polemiken sollten wir auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückgeführt werden. In einer Replik schrieb ich damals: "Bücher wie ‚Die Scham ist vorbei' sind für unsere GenossInnen so etwas wie Bettlektüre." Damit hatte ich dem Faß den Boden ausgeschlagen. Über 20 LeserInnenbriefe von GenossInnen wiesen empört den Begriff der "Bettlektüre" zurück. Überhaupt hätte ich entpolitisiert und damit feministische Tendenzen unterstützt. Ein Teil der Frauen, wie ich, machten uns über die Kritiken lustig: wir zogen graue Klamotten an und bastelten Plaketten "Ich bin eine Grauzone".

In dieser Zeit wandelte ich mich zur feministischen Sozialistin, die ich bis heute geblieben bin. Unsere KritikerInnen zogen auch aus vielen anderen Differenzen heraus die Konsequenzen. Sie ließen es zu, daß der KB sich spaltete.

Ulla Jelpke

10. Faschisierungs-Diskurs: Bohren am falschen Holz?

Autor: Georg Fülberth · Rubrik: KB und AK; Diskussion zur Faschisierung / Wende · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:03

Georg Fülberth

1. 1972-1976: Staats-Verkennung

Wer in die Geschichte der Bundesrepublik zurückblickt, wird das Jahr 1972 nicht als eine Zeit besonders finsterer Reaktion wahrnehmen. Gewiß: Am 28. Januar hatten Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder ihren Beschluß über die sogenannten verfassungsfeindlichen Kräfte im Öffentlichen Dienst gefaßt. Aber drei Monate später scheiterte Barzels Versuch, durch ein Konstruktives Mißtrauensvotum Kanzler zu werden. Im November wurde die SPD bei der Bundestagswahl stärkste Partei. Im Mai sind die "Ostverträge" mit der UdSSR und Polen im Bundestag verabschiedet worden, im Dezember wurde der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD paraphiert. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes garantierte den Gewerkschaften einen Zugang zu den Betrieben und erweiterte die Mitbestimmung. Ebenfalls 1972 führte eine Rentenreform die flexible Altersgrenze ein.

Während es auf der großen Bühne also da und dort gemäßigt progressiv zuging, wurde im "Kommunistischen Bund" die Auffassung diskutiert und doch wohl auch mehrheitlich akzeptiert, es gebe in der Bundesrepublik eine Tendenz zur Faschisierung. Den Anlaß hierfür boten unter anderem einige Rückwirkungen der Ostpolitik: rechte Mobilisierungen zum Beispiel in einer faschistoiden "Aktion Widerstand", das Ausgreifen der CDU/ CSU stark nach rechts. In den folgenden Jahren wurden weitere Indizien genannt: neben den Berufsverboten u.a. Gewerkschaftsausschlüsse.

Die "Faschisierungsthese" (1) stützte sich aber nicht nur auf Handlungen und (vermutete) Absichten der herrschenden Klassen, sondern auch auf Annahmen bezüglich der aktuellen oder zu erwartenden eigenen Stärke. Der KB sagte einen Aufschwung der Klassenkämpfe und eine damit verbundene Verschärfung der innenpolitischen Polarisierung voraus. In der internationalen Arena gerate der Imperialismus in die Defensive, vor allem gegenüber den Befreiungsbewegungen. Faschisierung erschien als ein naheliegendes Mittel, das die Bourgeoisie anwenden werde, um Herrin der Lage zu bleiben.

Mit solchen Überlegungen stand der KB nicht allein. Die "Rote Armee-Fraktion" ging insofern weiter, als sie Faschismus oder Revolutionierung als unmittelbar aktuelle Alternative sah. Und der eher gemäßigte Verfasser der hier vorgelegten bescheidenen Zeilen schrieb 1971: "Diese Trends," - Abbau von Demokratie in der Bundesrepublik, ihre Erweiterung in der Deutschen Demokratischen Republik - "in denen einerseits die Entfernung der BRD von den Normen bürgerlicher Demokratie, andererseits die zunehmende Erfüllung des Anspruchs sozialistischer Demokratie in der DDR sichtbar wird, zeigen, daß das gesellschaftliche System der DDR sich der Realisierung seines Selbstanspruchs nähert, während die BRD sich selbst von den Normen bürgerlicher Demokratie immer mehr entfernt." (2)

Der Eindruck, daß die BRD sich entdemokratisiere, mochte zunächst vor allem für die Mitglieder der 1956 verbotenen KPD naheliegen. Mit der Reduzierung der parlamentarischen Opposition auf fünfzig Abgeordnete der FDP in der Zeit der Großen Koalition (1966-1968) und den Notstandsgesetzen 1968 verallgemeinerte er sich in der dadurch ja gerade auch an Breite gewinnenden APO. Die Berufsverbote in Hamburg und Bremen schon 1971 und ihre weitere Proklamierung und Praxis seit 1972 waren eine Realität, Brandts Worte 1969: "Wir wollen mehr Demokratie wagen" erschienen als Phrase.

Aus alledem mußte aber nicht zwingend eine Tendenz zur Faschisierung geschlossen werden. Wenn dies - wie im KB - dennoch geschah, so beruhte es auf zwei theoretischen Schwächen:

Die erste bestand in einer ungenügenden Wahrnehmung dessen, was Faschismus war, und - daraus resultierend - seiner Verwechselung mit der Einschränkung von Demokratie.

Der zweite Defekt war die Verkennung des Wesens eines jeden Staates. Dieses ist der durch die öffentliche Gewalt ausgeübte Zwang im Interesse der herrschenden Klasse. Bei Lenin hätte nachgelesen werden können, daß bürgerliche Demokratie auf Gefängnisse und bewaffnete Formationen im Dienst des Kapitals nicht verzichten kann und dennoch nicht aufhört, Demokratie zu sein.

Der Faschisierungs-Alarm rührte zum Teil daher, daß man, was das Gewaltpotential des sogenannten demokratischen Verfassungsstaats anging, in der BRD nicht viel gewöhnt war. Dies wiederum hatte seine Ursache darin, daß der Bundesrepublik zunächst einige Merkmale von Staatlichkeit - und hier gerade der repressiven - gefehlt hatten. Sie wurden zwischen 1949 und 1968 erst allmählich nachgefertigt.

Der neue Staat hatte zunächst keine Armee und keine Regelung für den Ausnahmezustand. Insofern war er nur eine Art Halbstaat: Ihm fehlte, was einen ordentlichen Staat erst ausmacht. Wehrverfassung (1956) und Notstandsverfassung (1968) komplettierten ihn und hatten insofern mit Faschismus nichts zu tun. Einige Kritiker verwiesen auf die Rolle des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung in der Vorbereitung der Machtübertragung an Hitler und auf die Dienste, die diesem die Wehrmacht bis 1945 leistete. Ob daraus eine Wiederholungswahrscheinlichkeit geschlossen werden mußte, ergab sich nicht aus der Notstandsverfassung und aus der Gründung der Bundeswehr, sondern aus dem gesellschaftlichen Gesamtzustand der BRD.

Was diesen anging, so verwechselten die Verfechter(innen) der Faschisierungsthese häufig ihre aufmerksame und lobenswerte Wahrnehmung rechter Interessentenwünsche mit plausiblen Prognosen. Es gab Forderungen von Unternehmern nach Einschränkung sogenannter Gewerkschaftsmacht. Doch gehörte schon ein zusätzlicher Interpretationswille dazu, um daraus die Vorbereitung eines neuen 2. Mai 1933 zu machen. Daß Unternehmer häufig lieber ohne Gewerkschaften wirtschaften, entspricht ihren Interessen ebenso wie der Wunsch manchen Betriebsrats, es wäre besser, die Kapitalisten hätten nicht so viel zu sagen. Damit sind erstere ebensowenig Faschisten wie letztere Sozialisten.

In seiner Entstehungsperiode war der Kapitalismus tatsächlich gewerkschaftsfrei - zum Beispiel in Großbritannien um 1800. (Da waren Trade Unions verboten.) Die Wiederholung desselben Zustands in einer hochindustriellen bürgerlichen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts ist (anders als im konservativ-liberalen England zur Zeit David Ricardos) tatsächlich nur in einem Faschismus möglich.

Wohin die Reise statt dessen wirklich ging, zeigten seit 1979 Margaret Thatcher und seit 1981 Ronald Reagan: marktradikale bürgerliches Regimes, die keinen Hitler nötig hatten. Sozialpolitisch steht die BRD unter Kohl sozusagen links davon.

2. 1976-1985:

Einsicht und Blockade

Zwischen 1976 und 1985 hat es mehrere Versuche im KB gegeben, die Faschisierungsthese entsprechend der tatsächlichen Entwicklung zu korrigieren - bis hin zum Vorschlag, sie durch eine Definition der BRD als eines "präventiven Sicherheitsstaats" (eine Tautologie - denn dies ist exakt das Wesen jeden Staats) zu ersetzen. Es ist zu fragen, weshalb es dafür keine Mehrheit gab.

Einige Diskussionsbeiträge der damaligen Zeit geben darauf eine ziemlich unverblümte Antwort: Die Faschisierungsthese mache die "Identität" des KB aus.

Dies ist weniger Nostalgie als das Eingeständnis, kein angemessenes Instrument zur Kritik der BRD-Gesellschaft zu haben. Opposition gegen diese begründete sich durch die Faschisierungs-Prognose. Was man gegen einen "präventiven Sicherheitsstaat" und einen Kapitalismus ohne NSDAP-Herrschaft haben sollte, wußte man offenbar nicht so recht. Gab man die Faschisierungsthese auf, blieb, weil man nichts anderes gelernt hatte, nur noch Identifikation mit der jetzt plötzlich entdeckten "Zivilgesellschaft" übrig. Wer das aus ästhetischen oder moralischen Gründen nicht wollte, blieb lieber auf der alten Position.

3. Mildernde Umstände

Sieht man die Sache von dem Ende her an, das mittlerweile eingetreten ist, hätte die Faschisierungsthese das historische Verdienst gehabt, bei einer - wenngleich kleinen - Gruppe von offensichtlich intelligenten und charakterstarken Menschen die Anpassung an kapitalistische Verhältnisse hinausgezögert, bei einigen von ihnen sogar verhindert zu haben.

4. Und statt dessen?

Von einem Fetisch kann man nichts lernen. Wer Opposition gegen das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik und gegen die internationale Ordnung, in der sie agiert, anders begründen will als durch die Faschisierungsthese, hat eine reizvolle, schwierige, aber keineswegs unlösbare Aufgabe.

1) AK-Autor "F." hat 1985 darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine irgendwann beschlossene und programmatisch verankerte "These" handele, sondern lediglich um ein Diskussions-Thema. Dieses enthielt aber immerhin eine Prognose und eine Tendenz-Beschreibung mit ziemlich klarem Inhalt.

2) Georg Fülberth, Helge Knüppel: Bürgerliche und sozialistische Demokratie. In: Anne Hartmann u.a.: BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971, S. 206-247. Hier: S. 247.

11. Von Miami nach Madrid. Castro-Gegner wird politisch und wirtschaftlich in Spanien

Castro-Gegner wird wirtschaftlich und politisch in Spanien aktiv

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:27

Anfang Juni dieses Jahres in der Innenstadt Madrids: Die Gewerkschaft Comisiones Obreras demonstriert in Kooperation mit Betriebsrat und dem Linksbündnis Izquierda Unida (IU) vor der Zentrale des Telekommunikationsunternehmens Sintel. Dieses gehört neuerdings zur Firmengruppe MasTec, Inc. - ein Unternehmen des in Miami wohnenden Exilkubaners Jorge Mas Canosa.

Am 1.4.1996 hat der radikale Castro-Gegner den Kaufvertrag mit der teilstaatlichen spanischen Telefongesellschaft Telefónica, bis dahin 100%ige Eigentümerin der Sintel, unterzeichnet. Der Betriebsrat verkündete in einer Pressemitteilung die Ablehnung des Transfers und meinte, "der Einstieg Mas Canosas in den europäischen Markt" sei "mehr ein politisches Manöver als eine unternehmerische Investition".

Schnäppchen für Canosa

Von einem "Geschenk" der Telefónica und des spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar - damals noch Oppositionsführer - an den rechten Exilkubaner ist die Rede. Denn nicht nur die Firma mit ihren 4.137 Beschäftigten, drei Niederlassungen in Spanien und vier in Lateinamerika (in Argentinien, Peru, Chile und Venezuela) geht an Mas Canosa: Subventionen in Höhe von 4,5 Mrd. Pesetas (umgerechnet ca. 53,6 Mio. Mark) sowie Telefónica-Aufträge mit einem Volumen von mindestens 75 Mrd. Pesetas (etwa 893 Mio. Mark) werden dem neuen Eigentümer garantiert. Für all das sieht der Vertrag 4,9 Mrd. Pesetas als Kaufpreis vor - ein Zehntel dessen, was Sintel im Geschäftsjahr 1995 umsetzte - zahlbar erst am 31.12.1998.

Knapp sieben Monate später folgt der politische Einstieg Mas Canosas auf der iberischen Halbinsel: Ende Oktober wurde die Fundación Hispano Cubano, die Spanisch-Kubanische Stiftung mit Sitz in Madrid ins Leben gerufen. Das Projekt gilt als Filiale der 1981 gegründeten Amerikanisch-Kubanischen Nationalstiftung in Miami, die sich als Lobby der rechten Exilkubaner in den USA versteht. Jorge Mas Canosa, der 1960 die heimatliche Karibikinsel verließ, der sich 1961 an der sogenannten Schweinebucht-Invasion beteiligte und sich später in terroristischen Organisationen wie "Brigade 2506" oder "Alfa 66" engagierte, hat es in den Vereinigten Staaten zu Einfluß gebracht: Er soll ausgezeichnete Beziehungen zu Theodore Shackley, früherer Chef der CIA-Abteilung für verdeckte Aktionen, unterhalten haben. Zu den Regierungen Ronald Reagans und George Bushs pflegte er guten Kontakt.

Sein Name wird außerdem mit den Brüdern Guillermo und Ignacio Novo Samper in Verbindung gebracht. Die beiden hatten in Washington den chilenischen Minister Orlando Letelier und dessen Sekretärin umgebracht. Für Orlando Bosh und Luis Posada Carriles, beide wegen eines Attentats auf ein kubanisches Flugzeug verurteilt, bei dem 73 Menschen ums Leben kamen, organisierte Mas Canosa eine Solidaritätskampagne. Auch im Rahmen der Iran-Affäre fiel mehrmals der Name des prominenten Exilkubaners.

Seine jetzige Betätigung in Spanien kommt keineswegs zufällig. José Maria Aznar und der US-Bürger Jorge Mas Canosa gelten als Freunde: Am letzten Parteitag von Aznars Volkspartei Partido Popular (PP) durfte der Castro-Gegner als Gast teilnehmen. Als der heutige spanische Ministerpräsident im November 1995 eine Polit-Reise durch Zentralamerika unternehmen wollte, stellte Mas Canosa sein Privatflugzeug dafür zur Verfügung. Castro behauptete Ende November gar, Aznar habe "von der terroristischen Mafia in Miami (...) viel Geld für seinen Wahlkampf erhalten".

Castro = Franco?

Es paßt zu dem veränderten politischen Klima in Spanien, daß sich Ende Oktober eine antikubanische Lobbyorganisation gegründet hat. Zu den Mitbegründern zählen neben Mas Canosa der peruanische Schriftsteller Vargas Llosa und der PP-Abgeordnete Guillermo Gortázar, der zum Generalsekretär der neuen Fundación Hispano Cubana gewählt worden ist. Gortázar vergleicht die Stiftung mit der spanischen Platajunta, einer Organisation, in der sich Anfang der Siebziger ein breites Spektrum an Franco-Gegnern sammelte. Die Gegenüberstellung Franco-Castro benutzt auch Mas Canosa, der sich immer öfter in Spanien aufhält, gern.

Dem privaten TV-Sender Antena 3 sagte er am 11.11.: "Auf Kuba ist ein demokratischer Wandel notwendig, so wie er hier in Spanien stattgefunden hat". Wenige Tage später verglich er in Barcelona den kubanischen Staatschef mit Adolf Hitler.

Die Stiftungsgründer sind sehr darauf bedacht, die Pluralität der Mitglieder zu betonen. Keinesfalls handele es sich um eine Initiative Mas Canosas, vielmehr seien Kubaner verschiedener politischer Ausrichtung mit von der Partie: Carlos Alberto Montaner bespielsweise, ein Liberaler, der sich wie Vargas Llosa und Gortázar für das Helms-Burton-Gesetz (HBG, vgl. ak 394) stark macht. Die auf Kuba lebenden Elizardo Sanchez und Gustavo Arcos werden als erhoffte Beitrittskandidaten genannt, doch derzeit beschränkt sich das "breite Spektrum" auf Mas Canosa und Montaner. Eloy Gutierrez-Menoyo, Vorsitzender der auf Kuba ansässigen oppositionellen Gruppierung Cambio Cubano, lehnt eine Beteiligung an dem Projekt strikt ab.

Finanzieren soll sich die Stiftung über Mitgliedsbeiträge. Bis zu 100.000 Pesetas (etwas mehr als 1.000 Mark) müssen pro Jahr gezahlt werden. Angesprochen sind insbesondere Firmen. Zu den ersten Mitgliedern gehört Juan Abelló vom Vorstand des privaten Mobilfunkbetreibers Airtel. In Zeiten des HBG und des tatsächlichen oder vermeintlichen Einflusses Mas Canosas auf eventuelle US-Sanktionen könnte die Stiftung zu einer Art Rückversicherung werden. Immerhin haben iberische Unternehmen von Januar bis September dieses Jahres insgesamt 1,43 Mrd. Pesetas (knapp 17 Mio. Mark) auf Kuba investiert, mehr als 2,5 mal soviel wie im selben Zeitraum des Vorjahres. Allerdings wird man abwarten müssen, ob die großen Investoren, wie die Hotelkette Sol Melía, tatsächlich Mitglied werden oder ob sie sich im Sinne weiterer guter Geschäftsbeziehungen lieber an ihre kubanischen Partner halten. Anders könnte es bei denen aussehen, die noch nicht auf Kuba aktiv sind. Die FAZ stellt in ihrer Ausgabe vom 25.10. fest, einige spanische Firmenchefs würden "offensichtlich damit rechnen, daß Mas Canosa nach Abtreten oder Sturz Castros der neue Präsident Kubas sein wird, und sich schon jetzt gute Ausgangspositionen für Geschäfte ihrer Unternehmen auf der karibischen Insel schaffen wollen."

Gezielte Verschlechterung der Beziehungen

So überrascht es kaum, daß sich seit Amtsantritt der Regierung Aznar im Mai dieses Jahres das spanisch-kubanische Verhältnis deutlich verschlechtert hat. Adolfo Suárez und Felipe González, die beiden Vorgänger Aznars, zeigten sich noch Arm in Arm mit dem kubanischen Staatschef, der sich immer um einen guten Kontakt zu Spanien bemüht. Aznar aber geht auf Distanz. Hatte selbst Manuel Fraga, Ehrenvorsitzender der PP und zu Francos Zeiten Innenminister, Fidel Castro im Juli 1992 im nordwestspanischen Galizien - der Heimatprovinz seines Vaters - empfangen, wird der Comandante heutzutage wesentlich kühler behandelt: Als Kubas "Nummer eins" Mitte Juni dieses Jahres auf dem Rückweg von der Weltsiedlungskonferenz in Istanbul auf den kanarischen Inseln, dem Herkunftsort der Familie seiner Mutter, Station machte, untersagte Spaniens Zentralregierung den regionalen Autoritäten, ihm einen Empfang zu bereiten.

Bald darauf empfing der spanische Außenminister Abel Matutes dafür einen anderen Gast - und zwar ganz offiziell: Jorge Mas Canosa. Für den 11.7. war der Castro-Gegner im Zusammenhang mit dem HBG nach Madrid geladen worden. Als Mit-Initiator und Unterstützer des Gesetzes versprach er, sich in Washington für spanische Unternehmen einzusetzen, falls diese sich zu einem langfristigen Rückzug aus Kuba bereit erklärten. Zuvor hatte er eine 36 iberische Firmen umfassende "schwarze Liste" zusammengestellt und diese der US-Administration übergeben.

Aznars Kabinett läßt keinen Zweifel daran, wie es zu Kuba steht. Eine von den Sozialdemokraten eingebrachte und von der IU unterstützte Parlamentsresolution zur Verurteilung des HBG wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt. Im Interview mit der Tageszeitung El Pais machte sich Fernando Villalonga, Staatssekretär für Lateinamerika, am 21.7. zum Fürsprecher Mas Canosas: "Schluß jetzt mit der Verteufelung der Exilkubaner in den USA!". Mas Canosa sei keineswegs ein Gangster "wie einige Sozialisten es behaupten, denn in den USA sitzen Gangster im Gefängnis".

Aznar selbst verkündete am 30.8. gegenüber der mexikanischen Tageszeitung Excelsior, er wolle ein "Regime, das bis heute keinen Willen zur Öffnung zeigt", nicht mit Finanzhilfen unterstützen. Noch 1995 hatte Spanien Projekte auf der Karibikinsel mit insgesamt 869 Mio. Pesetas (rund 10 Mio. Mark) gefördert. Auf dem 6. Iberoamerikanischen Gipfel im chilenischen Viña del Mar (9.-11.11.1996) betonte Aznar nach einer

Unterredung mit Castro: "Ich bin ein Freund Kubas, aber niemand kann von mir verlangen, Kommunist zu werden". Deshalb werde es keine Hilfen mehr geben, solange sich auf Kuba nichts ändere.

Wie ernst es Aznar mit einer Zuspitzung der Auseinandersetzung ist, zeigt sich daran, daß er den Versuch unternommen hat, die bereits heute keineswegs guten Beziehungen zwischen der EU und Kuba weiter zu verschlechtern. Er ließ der EU am 14.11. einen Vorschlag für den zukünftigen Umgang mit Kuba vorlegen, der nahezu identisch ist mit einem Papier, das der amerikanische Sonderbeauftragte Eizenstat den europäischen Regierungen vergeblich schmackhaft zu machen versuchte. In dem spanischen Antrag wird gefordert, daß die europäischen Einzelstaaten, die bis auf wenige Ausnahmen Kooperationsvereinbarungen mit Kuba geschlossen haben, ihre nationale Politik mit den EU-Richtlinien in Einklang bringen müssen: Keine Kreditvergabe, keine Wirtschaftskooperation, Dialog mit der kubanischen Opposition. Der Antrag wurde am 21.11. vom Außenministerrat der Union an Irland, das zur Zeit die EU-Präsidentschaft innehat, zur Überarbeitung übergeben. Am 6.12. beschloß der Außenministerrat die geänderte Fassung, in der eine Wirtschaftsblockade deutlich abgelehnt, ansonsten aber die bekannten Positionen bekräftigt werden: Unterstützung der Demokratisierung, ohne die es keinen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen geben werde, Intensivierung des Dialogs "mit den kubanischen Autoritäten und allen Sektoren der Opposition".

Kuba lehnt neuen Botschafter ab

Bisheriger Höhepunkt der Verstimmung zwischen Kuba und seiner ehemaligen Kolonialmacht ist die Zurückweisung des neuen spanischen Botschafters in Havanna. Die Aznar-Regierung hat weltweit nahezu alle Botschafter durch eigene Leute ersetzt. Im August dieses Jahres wurde dem bisherigen Vertreter in Havanna, Miralpeix, angekündigt, daß er zum 5.12. abgelöst werde. Der neue Mann, José Coderch Planas, erhielt zunächst ein Diplomatenvisa. Am 30.10. kündigte er jedoch in einem Interview mit der konservativen Tageszeitung ABC an, die spanische Vertretung werde ihre "Tore weit öffnen für alle Dissidenten". Dies wurde von der kubanischen Administration am 26.11. zum Anlaß genommen, die Akkreditierung des Diplomaten abzulehnen. Als dann exilkubanische Radiosender von Miami aus fälschlicherweise verkündeten, die spanische Vertretung werde jetzt alle Visawünsche erfüllen, zogen Hunderte Mitglieder der "Brigaden der schnellen Antwort" vor der Botschaft in Havanna auf.

Obwohl angesichts der abenteuerlichen Politik der Aznar-Regierung eine weitere Eskalation nicht ausgeschlossen werden kann, gibt es jedoch auch positive Anzeichen. Die kubanische Botschafterin in Madrid soll nicht ausgewiesen werden. Außerdem wird selbst von Verbündeten der PP die ungeschickte Kubapolitik kritisiert (z.B. von der katalanischen Partei CIU). Weit über Spaniens Grenzen hinaus gibt es Befürchtungen, daß die undiplomatische Holzhammerpolitik Aznars den guten Ruf verspielen könnte, den Spanien bisher in den Ländern Lateinamerikas genossen hat. An einer Belastung der Beziehungen zu dem transatlantischen Kontinent besteht in Europa wahrlich kein Interesse.

Dirk Hempel

12. Kritische Überprüfung von der "Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" (Nachdruck eines Beitrags von F. aus AK 256)

Kritische Überprüfung der These von der "Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft"

Rubrik: KB und AK; Diskussion zur Faschisierung / Wende · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:10

Die Faschisierungsthese hat die KB-Politik von Anfang an mitbestimmt. Um das Entstehen und die Entwicklung in Erinnerung zu rufen, veröffentlichen wir Auszüge aus einem Beitrag von F., der in ak 256 (11.3.1985) erschienen ist.

1971, vier Jahre nach Eintritt der SPD in die "Große Koalition" mit der CDU/CDU, zwei Jahre nach Übernahme der Regierungsmacht durch eine SPD/FDP-Koalition, trat der KB mit der "These" der drohenden "schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" und der daraus folgenden Parole "Kampf der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" in die strategische Auseinandersetzung der Nach-APO-Zeit ein. Es ging um die Frage "Was kommt auf uns zu?" und "Welche Strategie soll die Linke einschlagen?"

Der KB vertrat die Auffassung, das BRD-Kapital befinde sich angesichts seiner eigenen und der sich weltweit unaufhaltsam verschärfenden Krise des Imperialismus in der Offensive für die präventive Einführung eines neuen Faschismus in der BRD. Kernpunkt dieser Einschätzung war die Erwartung eines bevorstehenden großen Aufschwungs revolutionärer Klassenkämpfe auf der Grundlage einer sich durch die Krise zukünftig entwickelnden Massenverelendung. Gegen diese Offensive propagierte der KB die antifaschistisch-antikapitalistische Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung einer neu aufzubauenden kommunistischen Partei. Es gelte, auf der Grundlage der Organisation einer Abwehrfront alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, das Bewußtsein und die Organisationskraft der Arbeiterklasse so zu entwickeln, daß sie die zukünftigen Kämpfe bestehen könne.

Der KB war keineswegs die einzige Gruppierung der sog. Neuen Linken Europas wie auch der BRD, die mit einer solchen oder verwandten Einschätzungen auftrat, wohl aber vermutlich diejenige, die auf dieser Grundlage die konsequenteste und in Maßen auch eine erfolgreiche Politik entwickelt hat. Trotz ihrer mit anderen Linken der Zeit durchaus übereinstimmenden Erwartung einer schnellen Zuspitzung der "kommenden Kämpfe" - wie der KB-Terminus hieß - war die Einschätzung doch Ausdruck einer relativen Skepsis gegenüber den Chancen der revolutionären Kräfte, den befürchteten Amoklauf des Imperialismus, damals konkret der sich um F. J. Strauß formierenden Rechten der BRD, zu stoppen oder gar auf leichtem Wege zum Sozialismus zu kommen. Die aus der Einschätzung resultierenden Handlungsanleitungen unterschieden sich in der Praxis deutlich von Illusionsmachern aller Art - dem Rrrrrrevolutionarismus der ML-Linken à la "KPD", KPD/ML, KBW u.ä.. auf der einen, der Abwiegelei und Grundgesetzhuberei der linken Sozialdemokraten und der DKP auf der anderen Seite. (...)

Um es vorweg zu sagen: ich werde im Zuge der Überprüfung zu der These kommen, daß die von uns prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat und auch z.Zt. nicht stattfindet - wenn wir von dem Begriff der "Faschisierung" ausgehen, wie er von uns bei der Vorstellung der Thesen verstanden wurde, nämlich nicht nur als allgemeine "Tendenz" des Imperialismus zur Reaktion, sondern als "akute" Offensive zur "unmittelbaren" Einrichtung faschistischer Herrschaftsverhältnisse, d.h. der terroristischen Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. (...)

Entstehung nicht

am grünen Tisch Grund 1: die Formierung der Rechten

Selbstverständlich ist die These von der "schrittweisen Faschisierung" nicht am grünen Tisch entstanden. Ihr aktueller historischer Hintergrund war das Wüten der Kräfte des "Kalten Krieges", die durch den Regierungswechsel 1968 von CDU/CSU auf SPD/FDP aus der Regierungsmacht gedrängt worden waren. Sie konnten oder wollten die mit dem Taktikwechsel von CDU/CSU auf SPD/FDP verbundene relative außen- wie

innenpolitische Öffnung, mit der die weitsichtigeren Kräfte des Kapitals auf die weltweite Erschütterung des imperialistischen Systems, insbesondere auf die erste große Krise des BRD-Imperialismus und der damit verbundenen politischen Unruhen reagierten, nicht akzeptieren. Diese Kräfte mobilisierten daher auf allen Kanälen für ein "roll back" zu Formen und Inhalten der Politik der Adenauer-Ära, als die BRD noch der antikommunistische Stoßkeil eines weltweit geführten "Kalten Krieges" war.

Schon die Bildung der "Großen Koalition", dieser erste zaghafte Versuch der Herrschenden, einerseits den notwendigen außenpolitischen Umschwung einzuleiten und andererseits, nach innen die sich abzeichnende Entstehung einer außerparlamentarischen Bewegung aufzufangen, hatte zu einem enormen Anschwellen einer "nationalen Rechten", insbesondere zu geradezu schwindelerregenden Wahlerfolgen der NPD geführt. 1967 konnte sie in sechs Landtage einziehen. In Baden-Württemberg erhielt sie 9,8% der Stimmen. Ende 1968 war sie mit 60 Abgeordneten in Länderparlamenten vertreten. 1969 scheiterte sie bei der Bundestagswahl nur knapp an der 5% Hürde.

Die NPD hatte ihre Wahlerfolge vor allem ihrer Kritik an der CDU/CSU zu verdanken, der sie wegen des Zusammengehens mit der SPD in der großen Koalition "Verrat" vorwarf. Nachdem die CDU/CSU 1969 aus der Regierung verdrängt worden war, setzte sie sich selbst an die Spitze dieser rechten Sammlungsbewegung. Der Einleitung einer "Neuen Ostpolitik" durch die SPD/FDP-Regierung unter der Parole "Wandel durch Handel" in der Außenpolitik, sowie der angekündigten Durchführung einer Liberalisierung nach innen unter der Parole "Mehr Demokratie wagen" schwappte auf diese Weise eine Welle "nationalen Widerstands" gegen den "Ausverkauf Deutschlands" und die Demagogie für ein innenpolitisches "Aufräumen bis zum Rest des Jahrhunderts" entgegen - wie es 1974 in der berüchtigten Rede von F. J. Strauß in Sonthofen noch nachklang. Als Rechtsaußen der CDU/CSU, Protagonist des offenen Revanchismus und Großmachtchauvinismus der BRD und militanter Verfechter des Antikommunismus brachte F. J. Strauß sich seit Regierungsantritt der SPD selbst öffentlich "als Führer des Rechtskartells in Empfehlung".

Die Kampagne lief erfolgreich an: in verschiedenen Landtagswahlen konnte die CDU/CSU ab 1970 - z.T. auf Kosten, z.T. durch offene Unterstützung der NPD - erheblichen Stimmenzuwachs verbuchen, in Bayern und in Baden-Württemberg kam sie z.B. auf über 50% der Stimmen.

Auch außerparlamentarisch formierten sich die Rechten: Im Oktober 1970 wurde die "Aktion Widerstand" als Aktionseinheit von mehr als zwanzig neofaschistischen Gruppierungen gegen die "Neue Ostpolitik" der Brandt-Regierung gegründet. Ihr für Dezember angesetzter Sternmarsch auf Bonn wurde mit bloß 1.000 Teilnehmern zwar ein Mißerfolg; reichlich Erfolge aber gab es dort, wo "Nationale Rechte", rechte Subkultur und CDU/CDU gemeinsam auftraten. So am 18.1.71, als sich in mehreren westdeutschen Städten die Rechte von CDU/CSU bis "Aktion Widerstand" einhellig unter der Parole "Hundert Jahre deutsches Reich" versammelte. Bei einer entsprechenden Versammlung in Hannover z.B. wurde vom Festredner zum Sturz der Brandt-Regierung aufgerufen.

Grund 2:

Rechtskurs der SPD

Die andere Seite war eine SPD/FDP-Regierung, die den Rechten nicht nur nichts entgegenzusetzen schien, sondern die ihrerseits nur zwei Jahre nach ihrem Regierungsantritt bereits begonnen hatte, ihre ohnehin halbherzigen Reformversprechen und -ansätze zu vergessen, einzuschränken und mehr noch: demokratische Freiheiten schrittweise abzubauen.

Bereits den Eintritt in die "Große Koalition" hatte die SPD mit der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen erkauft. Zwar wurde 1968, noch während der "Großen Koalition", die DKP zugelassen ebenso wie die Bildung von ML-Zirkeln geduldet, aber das KPD-Verbot aufrechterhalten. Zwar wurden 1969 die "Demonstrationstäter" von 67/68 amnestiert, zugleich aber mit der Regierungserklärung von 1969 ein "Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung", d.h. ein umfangreiches polizeiliches und militärisches Aufrüstungsprogramm verkündet und Schritt für Schritt durchgeführt. Die Kampagne gegen die "Baader-Meinhof-Gruppe" als "Staatsfeind Nr. 1" ab Ende 1970 produzierte ein Klima der konkreten Repression gegen die radikale Linke, das durch die Hetze der rechten Sammlungsbewegung und speziell die CDU/CSU unerträglich gesteigert wurde. Fortschrittliche Intellektuelle bis hin zu Mitgliedern der SPD wurden zu Helfern und Helferinnen der RAF erklärt. Das Wort "Sympathisant" bekam damals den Inhalt, den es heute noch hat.

Ein paar Stichworte zu den besonderen Leistungen der SPD in jener Zeit mögen genügen:

- Politik der "konzertierten Aktion" und der "Lohnleitlinien", Polizeieinsatz gegen Streikende in der "Chemietarifrunde" `71;

- weitere Einengung der Möglichkeiten zur politischen Betätigung im Betrieb durch Reform des Betriebsverfassungsgesetzes: Einführung von "Friedenspflicht" und "Schweigepflicht" für die Betriebsräte;

- Einführung des "Radikalenerlasses" durch die Innenminister der Länder und Beginn der "Säuberungen" in den Gewerkschaften, die 1973 zu den "Unvereinbarkeitsbeschlüssen" gegenüber kommunistischen Gruppen, mit Ausnahme der DKP, führten;

- Aufrüstung der Polizei: Umrüstung des BGS zur Bürgerkriegstruppe, Zentralisierung und Ausbau des BKA, Einrichtung der GSG 9 und anderer geheimpolizeilicher Sondertruppen, Verabschiedung neuer Gesetze, die BKA, VS und BGS neue Kompetenzen zusprachen u.a.m.

Ab Mai `72 steigerte sich die staatliche RAF-Jagd, auf deren Konto bis dahin schon drei öffentliche Erschießungen gingen, nach einer Serie von Anschlägen der RAF zu einer allgemeinen Kriminalisierung der Linken und der "Sympathisantenszene". Die CDU heizte das Klima durch Forderungen nach dem Verbot kommunistischer Organisationen noch weiter auf. Die Situation führte zu akuten und massiven Illegalisierungserwartungen innerhalb der Linken, keineswegs nur im KB. Diese Erwartungen schlugen sich neben politischen Protesten u.a. auch in hektischen Konspirationsübungen und Versuchen, sich politisch, organisatorisch und persönlich auf die befürchtete Illegalität vorzubereiten, nieder.

Noch durch die von persönlichen Gefühlen üblicherweise gereinigten "Erklärungen" und "Aufrufe" jener Zeit hindurch ist dieses Klima spürbar: So schrieb der KB nach den Fahndungsaktionen des Sommers `72, von denen auch KB-Wohnungen in Hamburg und anderen Städten betroffen waren: "Nachdem der sog. ‚Harte Kern` der ‚Baader-Meinhof-Gruppe` in den letzten Wochen verhaftet wurde ... bläst der Staat jetzt zur ‚Austrocknung des linken Sumpfes` ... Die propagandistische Vorbereitung zur Illegalisierung kommunistischer Gruppen ist zu einem großen Teil gelaufen. Es beginnen die ‚konkreten Maßnahmen` ... Die kommenden Monate werden uns zwingen, ein besseres politisches und organisatorisches Rüstzeug anzulegen ..." (1) Schon unter dem Eindruck von Petra Schelms Tod hatte der KB darauf hingewiesen, "daß die Kapitalistenklasse uns ... nicht mehr viel Zeit lassen wird." (2)

Konfrontation:

Das "Mißtrauensvotum"

Höhepunkt des Konfrontationsklimas in der BRD und zugleich unmittelbarer Geburtshelfer der Thesen wurde dann das sog. konstruktive Mißtrauensvotum vom April '72, mit dem die CDU/CSU den Kanzler Brandt stürzen und durch ihren Kandidaten R. Barzel ersetzen wollte. Barzel scheiterte daran, daß die erhofften Überläufer aus der FDP nicht zu gewinnen waren. Ihm fehlten zwei Stimmen für die notwendige Mehrheit. Am nächsten Tag erlitt die SPD bei den Haushaltsberatungen allerdings ihre erste parlamentarische Niederlage: es gab ein Stimmenpatt von 147:147. Damit wurde deutlich, daß weder die SPD/FDP-Regierung noch die CDU/CSU-Opposition über eine regierungsfähige Mehrheit im Bundestag verfügten. Es stellte sich zwingend die Alternative: Neuwahl oder Rückkehr zu einer "Großen Koalition" wie 1966 - 69.

In der Situation dieses Patts befaßte sich der Bundestag kurz nach dem "Mißtrauensvotum" mit der Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge. Die CDU/CSU ermöglichte durch Stimmenthaltung die Ratifizierung nur auf der Grundlage, daß vorher in einer All-Parteien-Resolution der Inhalt der Verträge faktisch entwertet wurde, indem festgestellt wurde, daß die BRD die Verträge nur "im eigenen Namen" geschlossen habe. Durch die Verträge werde eine endgültige Regelung der Grenzfragen durch einen Friedensvertrag nicht vorweggenommen.

Nichtsdestoweniger steigerte sich die Propaganda der Rechten nun zu schrillen Tönen: Im Juni wurde zur Mobilisierung gegen die "Ostpolitik" Brandts eigens noch die "Deutsche Union" gegründet, ein Sammelbecken am rechten Rand der CDU/CSU, mit dem sich auch die Braunzone zwischen CDU/CSU und "Nationaler Rechter"/NPD, sowie dem rechtsradikalen Untergrund identifizieren konnte. Auf dem CDU-"Mittelstandstag" im September `72 bezeichnete Ex-Kanzler und Altnazi Kiesinger den Sturz der Brandt-Regierung als wichtigste

Aufgabe. F. J. Strauß ließ in der Bild ein Interview unter der Überschrift "Willy Brandts Politik führt zum Umsturz" verbreiten. Fünf Tage später wurde Brandt auf der Straße von einem rechtsradikalen Studenten aus München geohrfeigt.

Es charakterisiert die Situation, wie sie sich dem KB darstellte, daß er im Arbeiterkampf das "konstruktive Mißtrauensvotum" als "versuchte Machtergreifung" bezeichnete und kommentierte: "Heute zeichnet sich bereits deutlich ab, daß eine solche Etappe (des Krisenmanagements durch die SPD - F.) wieder einmal ihrem Ende entgegengeht. Das Großkapital hat einige Jahre lang die SPD als Regierungspartei eingesetzt, um die Politik der Faschisierung und der ‚Neuen Ostpolitik` besser getarnt durchzusetzen. Nunmehr aber geht es darum, eine schärfere Gangart einzuschlagen, die Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung und eine noch direktere Regierungsführung durch das Großkapital selbst vorzubereiten." (3)

Die "Faschisierungsthese" entstand in diesem gesellschaftlichen Klima als Produkt der Auseinandersetzung der Nach-APO-Linken um die Einschätzung des rechten Formierungs- und "roll back"-Versuchs sowie der Frage, was dagegen zu tun sei. (...)

Einschätzung der KB-Vorläuferorganisationen

Im Januar `71, parallel zu den überbordenden "Reichsgründungsfeiern" der Rechten, trat der Kommunistische Arbeiterbund (KAB) ... in seiner Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAB-AZ) mit einem ersten etwas differenzierteren Versuch (einer Antwort, Red.) hervor: Unter der Titelzeile "Kampf dem Faschismus - vor neuen Kraftproben zwischen Arbeit und Kapital" schrieb die KAB-AZ im ersten Satz ihrer zweiten Ausgabe: "Unübersehbar formiert sich eine rechtsradikale Front, deren Kern die CSU des Franz Josef Strauß ist. Diese Front fordert den Sturz der SPD/FDP-Regierung. Diese Front lehnt die Verträge mit der Sowjetunion und der VR Polen ab und beharrt auf Veränderung der Grenzen in Europa. ..."

Gegen diese Entwicklung sei eine "Aktionseinheit dringend erforderlich". Diese Aktionseinheit müsse einerseits die "Verteidigung demokratisch-bürgerlicher Freiheiten ... und wirtschaftlicher und sozialer Interessen" der Arbeiter zum Inhalt haben. Andererseits müsse aber klar sein, daß "auch der antifaschistische Kampf unter den Gesichtspunkt der Überwindung des kapitalistischen Systems gestellt werden" müsse, weil bürgerliche Demokratie generell immer zugleich auch Diktatur sei und die Kapitalisten immer wieder in Bürgerkrieg und Terror ihre Zuflucht suchen würden, wenn sie ihre Macht und ihren Besitz gefährdet sähen.

Einen Monat später fand sich dieselbe Einschätzung aus demselben unmittelbaren Anlaß der "Reichsgründungsfeier" der Rechten in der Nr. 1 der Kommunistischen Arbeiterzeitung des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ) ... in etwas einfacherer Sprache wieder. Unter der Frage "Warum jetzt Faschisten?" hieß es dort u.a.: "Das Kapital hat ein Interesse daran, daß die Faschisten die Macht im Staat übernehmen. Dies war bisher nicht so ... Erst in der Krise 66/67 zeigte der Kapitalismus sein wahres Gesicht ..."

Dagegen müsse die "Aktionseinheit aller gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichteten Kräfte" hergestellt werden. "Diese Aktionseinheit kann jedoch nur durch den entschlossensten Teil, die Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, hergestellt werden." Als Kampfparolen wurden ausgegeben: "Stärkung der Gewerkschaften, Schaffung der kommunistischen Partei - das ist der Kampf gegen die Faschisten." (...)

Die von dem neugegründeten KB dann im Frühjahr `72 vorgelegten Thesen zur "schrittweisen Faschisierung" wurden von da ab zum ideologischen Kristallisationspunkt, zur Handlungsanleitung und damit auch zum organisierenden Element des wachsenden KB. (...)

Zur theoretischen Abstützung wurde G. Dimitrov: "Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus" geschult. (...)

"Schrittweise Faschisierung"

Systematisch zusammengefaßt und als Thesen vorgetragen wurde die Einschätzung des KB von der "Gefahr einer schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" erstmalig in drei aufeinanderfolgenden Artikeln des Arbeiterkampf im März/April/Mai `72. (...)

Kommen wir zunächst zum Grundbeweis des KB für seine Einschätzung, nämlich warum "das Vorgehen der Kapitalisten heute und in Zukunft eine neue Stufe gegenüber der Kommunistenverfolgung der 50er Jahre" sei, "so daß wir die Bezeichnung ‚Faschisierung` dafür verwenden".

Dazu hieß es am Ende der Artikelserie zusammenfassend:

"Die Kommunistenverfolgung der 50er Jahre hatte bestimmte innere und äußere Voraussetzungen, nämlich die relativ leichte Isolierbarkeit der Kommunisten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, gewisser Rückschläge in den sozialistischen Staaten (...) und einen beständig erscheinenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Heute dagegen verschärfen sich die wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus im Weltmaßstab, der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Mächten. Die langfristige wirtschaftliche und politische Perspektive des Kapitalismus ist viel schlechter als sie noch Ende der 50er Jahre scheinen mochte. Der französische Mai `68 - und teilweise auch der ‚heiße Herbst` in Italien 1969 - haben bewiesen, daß es trotz der klassenverräterischen Politik der Gewerkschaftsführung und der Spitzen der ‚Arbeiterparteien` zu spontanen Ausbrüchen des Klassenkampfes kommen kann, die mit großer Schnelligkeit massenhaften Charakter gewinnen können. Das sind Klassenkämpfe, wie der Imperialismus Westeuropas sie seit den 30er Jahren nicht mehr erlebt hat, und die zum Teil sogar über diese historischen Erfahrungen schon hinausgegangen sind. Durch das Verbot der einen oder anderen ‚ML`-Partei (die in der Arbeiterbewegung ohnehin kaum eine Rolle spielen) vermag die Kapitalistenklasse die Entwicklung zunehmender Bewußtheit in der Arbeiterklasse nicht aufzuhalten. Was ihr notwendig erscheint und was sie anstrebt, ist eine Zurückdrängung der Arbeiterbewegung insgesamt durch eine Kombination von gezieltem Terror und Durchsetzung einer bürgerlichen Ideologie in Teilen der Arbeiterklasse." (...)

"Das spricht aber nach unserer Einschätzung nicht gegen die Gefahr faschistischer Lösungsversuche der Kapitalistenklasse. Die Besonderheit der Politik der Kapitalistenklasse besteht ja heute gerade darin, daß sie Maßnahmen durchführt, die in keinem realen Verhältnis zum aktuellen Stand der Klassenkämpfe stehen und die eindeutig vorbeugenden Charakter haben. Erinnert sei nur an die Notstandsgesetze und an den polizeitechnischen Zirkus um die ‚Baader-Meinhof-Gruppe`. Die Kapitalisten haben mit den ‚Notstands`gesetzen nicht gewartet, bis sie solche Gesetze tatsächlich brauchten. Sie haben mit der Verstärkung des Polizeiapparats und dem Ausbau des ‚Bundesgrenzschutzes` zur Bürgerkriegsarmee nicht gewartet, bis die tatsächlichen Klassenkämpfe solche Maßnahmen im Interesse des Kapitals erfordert hätten. Insgesamt wird klar, daß die Kapitalisten mit ihren Maßnahmen keineswegs bis zur ‚letzten Minute` warten, sondern daß sie ihre Vorbereitungen zu einer Zeit zu treffen versuchen, wo ihnen die gesellschaftliche Situation einen ausreichenden Spielraum läßt. ... Das Verbot kommunistischer Organisationen wird vorbereitet. Besteht die Gefahr eines neuen Faschismus? Das ist eine Frage von besonderer Wichtigkeit, denn sie entscheidet über unsere Strategie und Taktik in den kommenden Kämpfen."

(An dieser Stelle folgt in der vollständigen Fassung ein längerer Abschnitt, in dem u.a. die Bedeutung der Bundestagswahl von 1972 analysiert wird.)

Die "essentials" der "Thesen"

Zusammenfassend, systematisiert und auf den Kern gebracht waren zu diesem Zeitpunkt (nach der Bundestagswahl 1972, Red.) folgende die Grundbestandteile der These:

- Die Erwartung einer schnellen Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus bis hin zu seinem nicht allzufernen Zusammenbruch;

- die Erwartung einer Offensive des BRD-Imperialismus im Zuge dieser globalen Krisenentwicklung für eine Neuordnung der Welt zu seinen Gunsten, insbesondere eine aggressive Politik gegenüber den Ländern des "realen Sozialismus"; (...)

- die Erwartung einer reaktionären bis faschistischen Formierung der Rechten und Ideologisierung der Bevölkerung über die sozialdemokratischen Krisenlösungsversuche hinaus für das "offene Gegenprogramm gegen den Sozialismus";

- die Propagierung einer antifaschistisch-antikapitalistischen Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte als Abwehrfront zur Verteidigung des sozialen Lebensniveaus und der politischen Rechte der Bevölkerung unter Führung einer neu aufzubauenden kommunistischen Partei;

- die Ableitung der empirischen Einschätzung aus der Definition des Faschismus als "extremster Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion" in der Form der "offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", und aus der Definition der "Faschisierung" als "akuter Angriff", der über eine Reihe von Vorbereitungsetappen "unmittelbar" den Machtantritt des Faschismus fördert.

Zur theoretischen "Ableitung" gehört ebenfalls die These von der "besonderen Aggressivität des BRD-Imperialismus", obwohl sie in der KB-Presse nirgendwo ausdrücklich als These oder gar Theorie begründet wurde.

Ähnliches gilt im Grunde für die gesamte "Faschisierungsthese". Überblickt mensch die Entstehungsgeschichte der "These" seit etwa 1970, so wird deutlich, daß es eine "These" im strengen Sinne oder gar eine Theorie zur "Faschisierung" gar nicht gibt. Was es gibt, ist ein mehr als zweijähriger Untersuchungs- und Diskussionsprozeß um die Frage: "Was kommt auf uns zu?", der seinen Höhepunkt in der vorläufigen Zusammenfassung in der Arbeiterkampf-Serie vom Frühjahr '72 und den nach der Wahl '72 nachgeschobenen Polemiken zur Frage der Defensive und der Offensive hat.

So gesehen waren die "Thesen" einerseits nicht mehr als ein Diskussionsansatz, in dem sich die politischen Bedingungen und Unklarheiten ihrer Entstehungsgeschichte durchaus noch unmittelbar widerspiegeln. Insbesondere waren die "Thesen" Ausdruck des ziemlich starken Widerspruchs zwischen der Erwartung, genauer eigentlich Hoffnung auf einen absehbaren Aufschwung der revolutionären Klassenkämpfe, wie sie die größten Teile der damaligen Linken teilte, auf der einen und einer wenig optimistischen Beurteilung der konkreten Kräftekonstellation, Kampfbereitschaft, wie auch Kampffähigkeit des Proletariats und seiner Verbündeten auf der anderen Seite. (...)

Im Gegensatz zu den großartigen "offensiven" Programmentwürfen der diversen ML-Parteien wie auch der DKP stellte der KB seine "Thesen" ja auch in ihrem ganzen Entwicklungsprozeß immer als Aufforderung zur Diskussion vor, die die Entwicklung eines zukünftigen Programms einer neu zu schaffenden kommunistischen Partei, die ihre Führungsqualitäten in den kommenden Abwehrkämpfen überhaupt erst herausbilden und erweisen müßte. (...)

Tatsächlich allerdings erstarrte der Untersuchungs- und Diskussionsprozeß zur Frage einer drohenden Faschisierung mit der Veröffentlichung der Artikelserie zur "schrittweisen Faschisierung" im Frühjahr 1972 aufgrund ihres tendenziell programmatischen Anspruchs dann doch nicht nur zur "These", sondern geradezu zur zitierten, kopierten, geschulten und in der Praxis "angewandten" Doktrin, die die theoretische Weiterentwicklung tendenziell einfror.

F.

Anmerkungen:

1) siehe AK 20.

2) KAB-AZ, Nr. 9, "Petra Schelm - Opfer einer Notstandsübung".

3) AK 19, "Krise in Bonn".

13. Diesseits und jenseits des Weltmarkttangos. APEC-Gipfel im philippinischen Subic Bay

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:32

Globalisierung, Handelsliberalisierung, ungehinderter Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien, Deregulierung, Erweiterung der Welthandelsorganisation (WTO), Öffnung der (Kapital-)Märkte, Schaffung neuer Freihandelszonen - das waren die Grundakkorde des Weltmarkttangos, der Ende November mit dem diesjährigen Gipfeltreffen der Asiatisch Pazifischen Wirtschaftskooperation (Apec) einige Tage im philippinischen Subic Bay spielte. Die angereisten Staats- und Regierungschefs dieser bislang 18 Mitglieder zählenden erlauchten Runde kamen aus Südost- und Ostasien, Australien sowie aus Nord- und Südamerika, einer Region, die heute das weltweit dynamischste Wirtschaftszentrum bildet. Ziel des Gipfels war, einen Aktionsplan zur Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2020 zu verabschieden. Anläßlich des Vorbereitungstreffens hatten die Außen- und Handelsminister der Apec bereits einen Drei-Punkte-Plan zur Öffnung der Märkte (u.a. Vereinbarungen über gemeinsame Normen, vereinfachte Zollabwicklungen und Visaerteilungen für Geschäftsleute) beschlossen und sich außerdem prinzipiell auf die Aufnahme neuer Mitglieder - zu den zahlreichen Beitrittskandidaten zählen unter anderem Peru, Vietnam und Rußland - im Jahr 1998 verständigt.

Die Aufnahmekriterien sollen während des nächsten Apec-Gipfels im kommenden Jahr im kanadischen Vancouver festgelegt werden. Von Anfang an umstritten und noch nicht vollumfänglich realisierbar war in Subic Bay die Unterstützung der Apec für die von den USA angestrebte Liberalisierung der Märkte für Informationstechnologie bis zum Jahr 2000.

Umstritten blieb und bleibt überdies die Menschenrechtspolitik in zahlreichen Apec-Ländern und das Gebaren der gastgebenden Regierung. Bereits am 22. November, drei Tage vor dem offiziellen Gipfelbeginn, war es in der philippinischen Hauptstadt Manila zu antiamerikanischen Protesten und Drohungen gegen US-Delegierte gekommen. Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch kritisierten vor allem die allmähliche Aufhebung des internationalen Drucks auf die VR China, das der WTO alsbald beitreten möchte. "Clinton scheint die Menschenrechte zu verscherbeln, sobald er einen US-chinesischen Gipfel ankündigen muß", sagte der Vorsitzende von Human Rights Watch, Mike Jendrzejczyk, nachdem US-Präsident Bill Clinton und der chinesische Präsident Jiang Zemin gegenseitige Besuche innerhalb der nächsten beiden Jahre vereinbart hatten.

Apec-Gipfel als Ramos-Show

"Für uns Filipinos", erklärte Präsident Fidel V. Ramos vollmundig, "wird Apec zum Apex". Apec als Gipfel, Höhe- und Scheitelpunkt? Für wen? Selbstredend dachte der Ex-General und Zögling des Diktators Marcos zuvörderst an eine Big Show für sich und den ehrgeizigen Plan Philippines 2000 seiner Regierung. Dieser Plan sieht immerhin vor, den Inselstaat langsam an die Erfolgsökonomien der Region - wie Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea - anzudocken, seinen BewohnerInnen bis zur Jahrtausendwende wenigstens ein jährliches Prokopfeinkommen von umgerechnet 1000 US-Dollar zu garantieren und die grassierende Armut im Lande signifikant einzudämmen. Und Subic Bay ist für Ramos das idealtypische Sinnbild "des neuen Filipino und der neuen Philippinen".

In den vergangenen Wochen und Monaten sind denn seitens der Regierungsplaner sämtliche Hebel in Bewegung gesetzt worden, um eben diesem Sinnbild eine materielle Basis zu verschaffen. Der neue Subic Bay International Airport wurde kürzlich eingeweiht, ein neuer Highway verkürzt nunmehr die Reisezeit zwischen Manila und Subic um etwa eine halbe Stunde, und eine neueingerichtete Fährverbindung, die Eagle Ferry, macht beide Punkte binnen zwei Stunden erreichbar. Vier neue Luxushotels sind nebst einem Villenkomplex aus dem Boden gestampft worden. Letzterer stand hochkarätigen Apec-Gästen für wenige Tage oder Stunden zur Verfügung und soll jetzt potenten Kaufinteressenten - Geschäftsleuten und Bankiers - für schlappe 1-1,5 Mio. $ je Wohneinheit feilgeboten werden. Glaubt man dem von Ramos zum Subic-Zaren eingesetzten Vorsitzenden der Subic Bay Metropolitan Authority, Richard ("Dick") Gordon, so stehen die Kunden bereits Schlange, um, wie er gern betont, "am größten Wunder in Asien" zu partizipieren. Unter

Wunder versteht Gordon, der auch langjährig Bürgermeister der nahe Subic gelegenen, einst als wilder Rest & Recreation-Hort für Gls verschrieenen Olongapo City war, die rasante Umwandlung des ihm anvertrauten Areals vom einstigen Militärstützpunkt in eine boomende Zone des Big Business. Etwa 220 Firmen aus dem In- wie Ausland haben bereits in Subic investiert, wo - laut offiziellen Schätzungen - bis 1998 Exportgüter in Höhe von umgerechnet 2 Mrd. $ umgeschlagen werden sollen - der Löwenanteil davon allein aus dem eigens geschaffenen Subic Bay Industrial Park. "Philippines 2000", verkündete Gordon marktschreierisch, "ist hier bereits heute schon Realität, nicht erst morgen oder gar im Jahr 2000!"

Vor vier Jahren wurde in eben diesem Subic Bay zum letzten Mal die US-amerikanische Flagge eingeholt und der vormals größte Marinestützpunkt außerhalb des nordamerikanischen Kontinents geschlossen. Subic hatte den Amerikanern lange Jahre als Hauptstützpunkt ihrer bis zum Roten Meer operierenden 7. US-Flotte gedient und bildete zusammen mit dem Clark Air Field in der nahegelegenen Stadt Angeles City den nebst den Militärbasen in Thailand wichtigsten logistischen Dreh- und Angelpunkt ihrer Kriegsführung in Indochina.

Pikanterweise war damals eine Naturkatastrophe - der Ausbruch des Vulkans Pinatubo - mitverantwortlich dafür, daß die Gls die mit einer dicken Lavaschicht überzogenen Basen rascher denn erwartet räumten. Seitdem ist das Gespann Gordon/Ramos von der Vision besessen, Subic nach dem Abzug der Briten aus Hongkong im Sommer nächsten Jahres in ein zweites Hongkong zu verwandeln.

Säuberungen und Repression

Bereits im Vorfeld des Apec-Gipfels war die Ramos-Regierung tunlichst auf entsprechende Imagepflege bedacht. Sie zog sämtliche Propagandaregister und besann sich dabei auf Methoden, von denen ihr Chef noch immer viel versteht. Um den ordnungsgemäßen Ablauf des publicityträchtigen Gipfelspektakels zu gewährleisten, reaktivierten Ramos und sein Sicherheitsberater General José Almonte die bereits totgeglaubte "Nationale Sicherheitsdoktrin". Diese ominöse Doktrin diente einst zahlreichen (Militär-)Despoten im Trikont zur eigenen Herrschaftssicherung in vermeintlicher Abwehr "kommunistischer Subversion". Insgesamt 50.000 Sicherheitskräfte boten Ramos & Co. zum Schutz der Apec-Gäste auf. Dabei wurde jeder zehnte Soldat oder Polizist inquisitorisch nach linken Flecken in seiner Vita durchleuchtet.

Wie zu Marcos-Zeiten besann man sich auch auf Sanitäres: Im Zuge "städtischer Verschönerungsprogramme" mußten etliche Slums samt ihren BewohnerInnen den Blicken der ausländischen Besucherschar entzogen werden. Das hieß, Wohnviertel wurden kurzerhand von angerückten Bulldozern plattgewalzt, ohne daß den Betroffenen angemessene Ersatzunterkünfte gestellt wurden. Nach Schätzungen von Sozialeinrichtungen der katholischen Kirche im Lande waren von solchen "demolitions" allein in der Hauptstadt Manila 16.000 Familien - insgesamt ca. 100.000 Menschen - betroffen. Ein Drittel der Bevölkerung dieses 9 Millionen Einwohner zählenden Molochs lebt ohnehin unterhalb der Armutsgrenze als "squatters" in riesigen Slums.

Die angeblich schöne neue Weltordnung im Sog des Apec-Gipfels, die die Ramos-Regierung ihren Landsleuten in aufwendigen Werbespots im Fernsehen wie in den Printmedien vorgaukelte, führte in der Umgebung des Tagungsortes Subic - in den Provinzen Zambales, Bataan und Pampanga - zur massiven Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Straßen- und teilweise Ausgangssperren wurden errichtet bzw. verhängt, und selbst vor verordnetem unbezahltem Zwangsurlaub für militante (landwirtschaftliche) Arbeiter und Gewerkschafter schreckten die Behörden nicht zurück. "Es ist höchste Zeit, die genaue Zahl der Personen zu ermitteln, die unter den Apec-Willkommensteppich gekehrt wurden", kommentierte Bonifacio Gillego, Vorsitzender des philippinischen Kongreßausschusses für zivile, politische und Menschenrechte, diese Vorgänge.

Um sicher zu gehen, daß Regimekritik unterdrückt wurde und nur begrenzt internationale Beachtung erhielt, hatte Ramos eine Schwarze Liste mit etwa 100 Namen unerwünschter Personen erstellen lassen, denen die Einreise ins Land und somit die Teilnahme am alternativen Manila People's Forum in- wie ausländischer Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) verweigert worden war. Als "unerwünscht" galten u.a. Danielle Mitterrand, die Witwe des früheren französischen Präsidenten, sowie die beiden Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu aus Südafrika und José Ramos-Horta aus Osttimor. Letzterer war dem Regime ein besonderer Dorn im diplomatischen Auge. Ramos war und ist um enge Beziehungen zu seinem Generalskumpanen, dem indonesischen Präsidenten Suharto, bemüht, unter dessen Schirmherrschaft vor

wenigen Wochen eine Friedensvereinbarung zwischen Manila und der Moro Nationalen Befreiungsfront (vgl. ak 394 u. 395) im Süden des Landes zustande gekommen war.

Bleibt als Fazit, dem philippinischen Außenminister Domingo Siazon zuzustimmen: Anläßlich der Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens zwischen Manila und Bonn im Rahmen seines kürzlichen Deutschlandbesuchs zitierte ihn das Handelsblatt (19.8.96) mit den Worten, Europa solle in Fragen der Menschenrechte nicht so ungeduldig sein; in Asien brauche man Zeit für die Demokratisierung. Wenn das keine Drohung war ...

Rainer Werning

14. 6.000 auf Antifa-Demo in Wurzen

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:36

Die Hochzeit der antifaschistischen Bewegung ist vorüber. Das betonen auch deren AktivistInnen immer wieder. Daß es trotzdem noch möglich ist, erfolgreiche Aktionen durchzuführen, zeigte die bundesweite Demonstration von über 6.000 AntifaschistInnen in der sächsischen Kleinstadt Wurzen am 16.11.1996, zu der das Leipziger "Bündnis gegen Rechts" unter dem Motto: "Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen" aufgerufen hatte.

Im Aufruf, der von 75 Gruppen, Parteien und Organisationen unterzeichnet worden war, wurde klar gestellt, daß mit den rechten Zentren nicht irgendein von Neonazis besetztes Haus sondern der gesamte Muldentalkreis gemeint sei. "Ein gesamter Landkreis steht faktisch unter ihrer militanten Kontrolle", heißt es dort.

Neonazi-Zentrum Wurzen

Die Kleinstadt Wurzen (17.000 Einwohner) liegt ca. 30 km von Leipzig entfernt im Muldentalkreis. Im Spätherbst 1990 bildeten sich dort faschistische Strukturen heraus. Einige Wurzener Neonazis ließen sich 1990 von ihren westdeutschen Kameraden der Nationalistischen Front (NF) ausbilden. Ideologisch gestählt machten sie sich nach ihrer Rückkehr an die nationale Aufbauarbeit. Anders als in anderen Gegenden trafen sie im Muldentalkreis auf keinen Widerstand. Vielmehr stießen ihre nationalrevolutionären Thesen bei den "VerliererInnen der Einheit" auf mehr oder weniger offene Zustimmung.

Über 90 rassistische Übergriffe waren in den vergangenen Jahren hier zu beklagen. Fast ein Jahr lang hielten die Neonazis in Wurzen eine leerstehende Fabrik besetzt, die sie zur Festung und zum Propagandazentrum ausgebauten. Auch nach deren Räumung im August 1996 fehlt es der örtlichen Neonaziszene keineswegs an Räumen. Unter dem Motto der "akzeptierenden Jugendarbeit" gelang es ihnen, sich als "Sprecher der Wurzener Jugend" darzustellen. Das hat zur Folge, daß die Rechten das Monopol in Jugendzentrum, Kultureinrichtungen und Klubs besitzen. Sie präsentieren sich dort nicht als prügelnde, randalierende Stiefelnazis, sondern als nationalbewußte, ausländerInnenfeindliche Jungdeutsche.

Damit haben sie nicht nur bei der Bevölkerung, sondern ebenso bei PolitikerInnen und Polizei Erfolg. Nicht sie, sondern die "Bunten", wie die Sammelbezeichnung für alle antifaschistischen Menschen dort lautet, würden der Polizei Ärger machen, erklärte ein Polizeisprecher. Auch der Wurzener Bürgermeister Anton Pausch (CDU), der gegenüber der Frankfurter Rundschau die NPD schon mal als demokratische Partei bezeichnete, nimmt die Jungdeutschen in Schutz: "Hier ist im Moment keine rechtsradikale Entwicklung zu beobachten", behauptete er am 15.11.96 in einem Interview mit der jungen Welt. Anderslautende Meldungen seien Erfindungen "der Damen und Herren von der Presse". Auf den Vorhalt des jW-Reporters, daß selbst der sächsische Verfassungsschutz und der CDU-Innenminister Klaus Hardraht den Muldentalkreis als Zentrum des Rechtsradikalismus bezeichnen, entgegnete Pausch: "Haben Sie noch Fragen, oder wollen Sie argumentieren?"

Uneinigkeit bei der PDS

Unterstützung bekam der Bürgermeister von der Vorsitzenden der Dresdner PDS, Christine Ostrowsky. Sie sprach sich in einem offenen Brief gegen die Teilnahme der PDS an der Demonstration aus: "Ich kann die Losung ‚Keinen rechten Konsens - Toleranz hat Grenzen! Wurzen und Umland nicht in Nazihand! Keinen Fußbreit den Faschisten!` nicht akzeptieren. Sie ist mir a) generell zu undifferenziert, b) halte ich es für irrelevant, den Eindruck zu erwecken, Wurzen und Umland wären in Bälde in Nazihand, c) setzt ‚Kein Fußbreit den Faschisten!` voraus, daß es Faschisten und Faschismus gibt; was ich nicht so sehe, jedenfalls nicht als allgemeine Erscheinung."

In der Wurzener PDS gab es bereits 1995 Streit über den Umgang mit einer antifaschistischen Demonstration. Eine Gesamtmitgliederversammlung der PDS-Muldentalkreis distanzierte sich von der angeblichen "Förderung konfrontativ-militanter Auseinandersetzungen, wie sie in den Aufrufen zur Demonstration deutlich gemacht wurden." In diesem Jahr gehörte die örtliche PDS zu guter Letzt doch noch zu den Unterzeichnern des

Aufrufes. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky stellte sich in Interviews mit dem Neuen Deutschland und der jW hinter die Ziele der Demonstration und rief zur Teilnahme auf. Ca. 600 Menschen umfaßte dann der PDS-Block, in dem auch Angela Marquardt und der sächsische Parteivorsitzende Reinhard Lauter gingen. In einer kurzen Rede erklärte Bisky, daß im Kampf gegen Rechts alle zusammenstehen müssen.

Der Demo-Verlauf

Die Polizei war mit umfangreichen Vorkontrollen an den Zufahrtsstraßen nach Wurzen präsent. Während der dreistündigen Umzugs versuchte sie mehrmals, TeilnehmerInnen festzunehmen. Das besonnene Verhalten der DemonstrantInnen ließ die Provokationen ins Leere laufen. Dafür hatten die VeranstalterInnen schon im Vorfeld gesorgt. Alkohol sowie unüberlegte Aktionen einzelner TeilnehmerInnen wurden ausgeschlossen. Als dann eine Filiale der Dresdner Bank gemäß der Parole "Hinter dem Faschismus steht das Kapital" entglast wurde, löste diese Aktion allgemeine Zustimmung aus. Allerdings nicht bei großen Teilen der Wurzener Bevölkerung. Die beteiligte sich kaum an der Demonstration, sondern zog es vor, vom Fenster aus das Geschehen zu beobachten. Die ablehnende Haltung wurde auch dadurch deutlich, daß im Ort weder eine Imbißbude noch ein Restaurant oder Café während der Dauer der Demonstration geöffnet hatte. Sogar die Bahnhofstoiletten blieben den Anreisenden verschlossen. Entlang der Route wurde der Strom für die Straßenlaternen abgestellt, so daß der Demonstrationszug streckenweise im Dunkeln gehen mußte.

Bei der Abfahrt machte die Polizei dann noch einmal Ärger. So wurden auf der B 6 alle Busse mit Hamburger Kennzeichen zwischen 19.15 und 23.15 Uhr in der Nähe der Autobahnauffahrt festgehalten. Mit der Begründung, daß aus dem Hamburger Block Steine geworfen worden sein sollen, verlangte die Polizei eine Durchsuchung der Busse und die Personalienfeststellung der Insassen. Während des stundenlangen Hin und Hers kam es auch zu einer innerpolizeilichen Rangelei. Nur mit Mühe konnten Leipziger BereitschaftsbeamtInnen den Sturm der Busse durch bayerische Spezialeinheiten (USK) verhindern.

Erste Einschätzung

Das "Bündnis gegen Rechts" (BgR) bescheinigte der PDS in einer ersten Stellungnahme nach der Demo solidarisches Verhalten: "Die Beobachtung vom 16. November, wie der PDS-Block gemeinsam mit Autonomen die kurdischen DemonstrantInnen in die Mitte nahm, um sie vor einem eingriffsbereitem Polizeispalier zu schützen, nötigte vielen Antifas mit eher skeptischem Verhältnis zur PDS Respekt ab" (jW, 21.11.96). Weiter hieß es, daß die Demonstration in Bezug auf TeilnehmerInnenzahl und Medienresonanz ein Erfolg war. Kritisiert wurde, daß es nicht gelungen ist, neben autonomen und antifaschistischen Gruppen auch sozialdemokratische, kirchliche, gewerkschaftliche und bürgerliche Kreise anzusprechen. So blieben Autonome, Antifaschisten und PDS weitgehend unter sich.

Wichtig ist jetzt, ob die durch die Demonstration und die gute Vorbereitung erreichte öffentliche Aufmerksamkeit weiterhin für antifaschistische Arbeit genutzt werden kann. Das Bündnis erinnert daran, daß das Ziel der Mobilisierung, nämlich die politische und jugendkulturelle Hegemonie der Neonazis in Wurzen zu brechen, noch nicht erreicht ist: "Für das BgR könnten sich hier neue Schwierigkeiten auftun. Geht es doch jetzt darum, auf anderen Ebenen Antifa-Arbeit zu leisten. Es wird sich nicht umgehen lassen, jugendkulturelle und sozialarbeiterische Aspekte zu thematisieren" (jW 21.11.96).

Die Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), nutzt ihre Stellungnahme eine Woche später (ebenfalls in der jW) zur Eigenwerbung. Zwar wird die Demonstration auch dort als punktueller Erfolg bewertet. Doch dann heißt es: "Der vom Bündnis gegen Rechts (BgR) betriebene Arbeitsaufwand wäre durch das Bestehen einer Organisation wesentlich verringert worden." Die AAB sieht im "Aufbau arbeitsfähiger Strukturen, die ein schnelles und effektives Handeln garantieren", die beste Chance den Motivationsschub der Demonstration zu nutzen. Ob die Perspektive der antifaschistischen Arbeit nach der Wurzen-Demo eher in sozialarbeiterischen Elementen oder im Aufbau bundesweiter antifaschistischer Strukturen liegt oder ob es gar eine Synthese zwischen beiden Strategien geben wird, wurde auf einem Nachbereitungstreffen am 7.12. in Leipzig beraten.

Peter Nowak

Auch nach der Demo noch lesenswert: Broschüre: "Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen." (108 S., 5 Mark, ab 20 Stück je 4 Mark) Bezugsadresse: Bündnis gegen Rechts c/o VL, Postfach 54, 04251 Leipzig

15. Höhen und Tiefen. Eine Gratulation von Verena Krieger

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:07

Meine erste Begegnung mit dem AK - damals noch Arbeiterkampf, und auch damals schon in der politischen und redaktionellen Praxis vom Titel weit entfernt - fand zu Beginn der achtziger Jahre statt. Ich hatte gerade die Grünen mitgegründet und war noch ganz im Aufbau-Elan begriffen. Da war für mich diese linke Zeitung schlicht ärgerlich, weil sie sich prinzipiell kritisch und dabei in meinen Augen häufig unqualifiziert über die Partei äußerte. Am meisten ärgerte ich mich darüber, wie die Linken innerhalb der Grünen behandelt wurden: entweder entlarvte man sie der Anpassung oder man überschüttete uns mit Häme ob irgendeiner Niederlage. Zwar fand ich auch den einen oder anderen interessanten Artikel, doch überwiegend fand ich, daß jenseits einer allgemeinen linken Solidarität (die mich schon damals veranlaßte, AK zu abonnieren) mit dem Blatt nichts anzufangen sei.

Ein paar Jahre später kam es dann zu einer ersten persönlichen Begegnung, als eine Eurer Redakteurinnen mit mir ein umfangreiches Interview zum frisch eskalierten Streit um das "Müttermanifest" machte. Ich kann mich noch genau an die merkwürdige Atmosphäre dieses Gesprächs erinnern: Die Interviewerin schien hin- und hergerissen, ob sie mich als linksfeministische Kronzeugin gegen reaktionäre Frauenpolitik in den Grünen behandeln oder lieber versuchen sollte, mich ob irgendeiner winzigen Rechtsabweichung zu entlarven. Obwohl ihr letzteres nicht gelang, wurden wir nicht so richtig warm miteinander. Auch in den folgenden Jahren blieben die AK-Autorinnen der frauenpolitischen Seiten stets bemüht, wenigstens in Nuancen ihre Abgrenzung zu den linken Feministinnen in den Grünen zu wahren, ganz gleich, ob dies sachlich begründet war oder nicht. Mich hat das irgendwann nicht mehr geärgert; es schien mir hauptsächlich ein Identitätsproblem des AK.

Zugleich gewann der AK (oder war es zu diesem Zeitpunkt schon die ak - analyse & kritik? Anm. ak) für mich als Zeitung an Bedeutung, weil ich nun auch die (wenngleich wechselhafte) Qualität der Berichterstattung zu schätzen begann. Die Zeitung erwies sich einfach immer wieder als nützliche Quelle für Hintergrundinformationen vor allem über internationale Themen. Dabei lernte ich auch die Redlichkeit und Verläßlichkeit schätzen, mit der versucht wurde, relativ kontinuierlich und gründlich recherchiert Informationen bereitzustellen. Zwar waren gewisse Schwächen und Mängel (wie z.B. fehlendes theoretisches Niveau und eine gewisse Fixierung aufs tagespolitische Geschehen) offenkundig, aber ak hat zweifellos einen Gebrauchswert. Das ist, wie alle wissen, auch der entscheidende Grund, weshalb er immer noch existiert.

Grund zum Schmunzeln bei der ak-Lektüre fand ich erstmals nach der Gründung der PDS und dem Zerfall des KB. Denn nun fand ich - gerade aus den Grünen ausgetreten - in Eurer Zeitung Artikel, die weit parteibornierter und parlamentsfixierter waren, als linke Grüne es (zumindest in den Anfangsjahren) jemals gewagt hätten sich zu äußern. Wegen dieser dummplatten Parteihubereien erwog ich kurze Zeit ernsthaft, ak abzubestellen. Ich zog es dann vor, sie einfach zu ignorieren.

In den letzten Jahren gab es dann, soweit ich beobachten konnte, zugleich mit der Namensänderung einige Ansätze, theoretische Debatten in der Zeitung anzuleiern und das Themenspektrum auszuweiten. Ein wenig habe ich mich ja auch als Autorin daran beteiligt. Zum wirklich "organischen" Bestandteil des Blattes sind die eher kulturell, historisch oder diskursanalytisch orientierten Texte allerdings nicht geworden. Seine Qualität bezieht ak nach wie vor aus seinem tagespolitischen Nutzen als Lieferant von aktualisierenden Zusammenfassungen und Hintergrundberichten. Und das ist schon etwas. Offen gesagt, bin ich schon lange nicht mehr besonders anspruchsvoll gegenüber linker Presse (wie denn auch?). Ich bin zufrieden, wenn ich in einer Ausgabe ein bis drei Artikel finde, aus denen ich irgendeinen Erkenntnisgewinn ziehe. Solange dies der Fall ist, kann ak auf meine Solidarität als Abonnentin und Leserin (und ab und zu auch als Autorin) zählen. Das ist nicht viel - weder für die Redaktion noch für die Leserin - aber es ist realistisch.

ak und seinen Macherinnen und Machern Dank, Aufmunterung und herzliche Grüße!

16. 40.000 DM für ak!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:40

Hier ist sie also - unsere Jubiläumsausgabe. Wir haben viel Arbeit hineingesteckt und sind überzeugt, Euch ein kleines Juwel zu bieten. Bei unseren älteren WeggefährtInnen werden manche Artikel mit Sicherheit Erinnerungen auslösen - nachdenkliche bestimmt, wehmütige vielleicht. Den jüngeren unter unseren LeserInnen bieten wir die Möglichkeit, die wechselhafte Geschichte - zumindest der wichtigsten Etappen - unserer Zeitung und der herausgebenden Organisation nachzuvollziehen, ohne monatelang in alten Jahresbänden blättern zu müssen. In einem werden Jung- wie AltleserInnen - so hoffen wir - nach dem Lesen übereinstimmen: "Es ist schön, daß es diese Zeitung gibt!" Ob das in 25 Jahren auch noch so sein wird? Vorerst müssen wir aber realistischerweise an das nächste Jahr denken. Und dazu brauchen wir, liebe Leserinnen und Leser, Euch bzw. - Ihr ahnt es schon! - Euer Geld. In den letzten Jahren hieß es zur Jahreswende: 50.000 DM für ak! Und wir haben dieses Spendenziel jedesmal erreicht. Diesmal können wir nach Lage unserer Finanzen etwas bescheidener sein und setzen das Ziel: 40.000 DM für ak!

Wir wissen, daß die soziale Situation allgemein wahrlich nicht besser geworden ist. Wenn wir früher an dieser Stelle eine sinnvolle Verwendung des 13. Monatsgehalts in Form einer ak-Spende angeregt haben, so wissen wir, daß heute zahlreiche unserer LeserInnen ein solches gar nicht mehr bekommen, weil sie arbeitslos sind oder von Sozialhilfe leben müssen. Bei uns mehren sich Abo-Kündigungen mit der Begründung: Arbeitslosigkeit. Um so dringlicher ist der Appell an die (noch-) Verdienenden, via "sozialistischer Umverteilung" auch jenen ak-LeserInnen mit wenig Geld den Kauf der Zeitung zu einem leidlich erschwinglichen Preis weiterhin möglich zu machen. Eine Zeitung wie ak läßt sich nicht kostendeckend produzieren. Auf jedes für 7,50 DM verkaufte Exemplar müssen wir noch einmal rund 3,50 DM drauflegen. Einen Teil dieses Geldes versuchen wir durch die Jahresendspende hereinzuholen. Wir selber bemühen uns, Kosten zu sparen, wo es nur irgend geht.

Leider sinkt die Zahl der verkauften Zeitungen in den Buchläden - auch weil immer wieder kleine linke Läden schließen müssen -, und die Anzahl unserer AbonnentInnen bleibt auf gleichem Niveau. Das soll nicht schlicht durch das Sammeln von Spendengeldern aufgefangen werden, wir bemühen uns weiterhin um eine Steigerung der Verkaufszahlen. Und kleine Erfolge werden immer wieder erreicht: Beim Handverkauf auf Demonstrationen, Veranstaltungen und in Kneipen zeichnen sich maßvoll erfreuliche Entwicklungen ab. Ab dieser Ausgabe gibt es ak im süddeutschen Raum auch an einigen Bahnhofskiosken (siehe Seite 2).

Aber wir haben auch so viel Vertrauen in unsere Arbeit, daß wir überzeugt sind: Auf dem Felde der Druckerzeugnisse spielt ak eine wichtige Rolle, ist diese Zeitung doch ein durchaus nützliches Instrument zur Erkenntnis der Wahrheit und bietet - mit ihrer oft überraschenden Themenauswahl - den LeserInnen immer wieder eine interessante Zeitung. Ob das mit den nächsten 25 Jahren etwas wird? Zuviel Optimismus? Zugegeben - die Aussichten sind nicht allzu rot. Aber vielleicht existiert ak im Jahre 2021 ja immer noch - in anderer Form, aber noch immer nicht angepaßt an den Zeitgeist. Vielleicht als: "ak. Argumente gegen Kohl. Zeitschrift gegen einen Enkel, der nicht abtreten will", oder: "ak. Abseits und Kopfstoß. Fanzine des europäischen Fußballmeisters FC St. Pauli". Und Du, liebe(r) LeserIn, hättest mit Deiner Spende zur Jahreswende 1996/97 dazu beigetragen. Das ist doch ein erhebendes Gefühl, oder?

ak-Redaktion

Spenden-Konto: Robert Gatermann

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20 Konto: 464584204

Am einfachsten: den beiliegenden Überweisungsträger verwenden!

Wir danken allen SpenderInnen für den großzügigen Auftakt und wünschen uns viele NachahmerInnen.

17. Gegen die Staatsgewalt

Autor: GenossInnen der Anti-Rep. Zelle · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; KB und AK; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:29

Unter der Rubrik "Klassenjustiz" begann im August 1972 im AK die Berichterstattung über Verfahren, die die Justiz gegen Linke führte. Die am Beispiel der RAF durchgesetzten Verschärfungen sahen wir als Vorwegnahme dessen, was gegen alle radikalen Linken in der BRD eingesetzt werden sollte. Die exzessive Fahndung im Zusammenhang mit der Entführung von "Buback" und "Schleyer" sowie die uferlose Ausweitung des § 129a schienen uns darin recht zu geben. Auch aus diesem Grund hat der AK die jeweiligen Prozesse gegen RAF oder Menschen aus dem Widerstand durch die ganzen Jahre begleitet. Über die Dokumentation von Prozeßerklärungen etc. hat er trotz Kriminalisierungsdruck versucht, den Gefangenen eine Stimme in der Öffentlichkeit zu geben. Die kontinuierliche Berichterstattung sollte ein Gegengewicht zur bürgerlichen Presse zu schaffen, die ohnehin nur sensationslüstern auf Höhepunkte, Skandale und Urteile wartete.

Dazu parallel wurde immer wieder auf die Haftsituation der politischen Gefangenen eingegangen und deren Sonderhaftbedingungen angeprangert. Aber auch die Knastverhältnisse für "normale" Gefangene und vor allem deren Widerstand dagegen wurden im AK aufgegriffen. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Berichterstattung war die Behinderung von linken Anwälten und die Beschneidung der Verteidigerrechte generell.

Versuche zur Beschneidung der Meinungsfreiheit waren ein weiteres zentrales Thema der AK-Arbeit: Verfahren gegen Flugblattverteiler und Presseverantwortliche, Veranstaltungsverbote, die Verabschiedung und Anwendung der Maulkorbparagraphen 88a und 130a. Dabei ging es - und das war Prinzip der gesamten Anti-Rep-Arbeit - nicht darum, ob die/der Angeklagte wegen der "korrekten" politischen Linie vor Gericht gezerrt wurde: die Solidarität gehörte allen von der Klassenjustiz Betroffenen.

Neben den Veröffentlichungen im AK wurde das Thema Arbeitsrecht/Arbeitsgerichtsprozesse auch vom Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) bearbeitet. Besonders 1975/76 erschienen mehrere Broschüren zu diesen Themen, in denen auch konkrete Fälle betrieblicher wie gerichtlicher Verfolgung von KollegInnen und Betriebsräten behandelt wurden. Erwähnenswert ist die Arbeit des IKAH auch im Knastbereich, zum Presse- und zum Mietrecht.

Mit den großen Anti-AKW-Demonstrationen stellte sich bald ein weiterer Arbeitsschwerpunkt im Anti-Rep-Bereich ein: das Demonstrationsrecht. Publizistisch waren die zahllosen Verfahren wegen Landfriedensbruch, Nötigung (bei Sitzblockaden der Friedensbewegung) und die Diskussion um eine Verschärfung des Demorechts aufzuarbeiten. Über die Mitarbeit in Ermittlungsausschüssen tat sich ein konkret-praktisches Arbeitsfeld auf. Auch hier galt wieder das Prinzip, unabhängig von der Form des Widerstands das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu verteidigen und die Solidarität mit den von der Repression Betroffenen zu organisieren. Beim "Hamburger Kessel" 1986 gelang das mustergültig und gipfelte im Rücktritt eines Innensenators.

Zunächst geleitet von der These von der Faschisierung insbesondere der staatlichen Apparate in der BRD nahm die Berichterstattung über täglichen Polizeiterror und den quantitativen und strukturellen Ausbau der Sicherheitsapparate im AK breiten Raum ein. Das von der SPD stolz präsentierte "Modell Deutschland" wurde als die Ermächtigung zum polizeilichen Todesschuß, die schrittweise Verschmelzung von polizeilichen und geheimdienstlichen Aufgaben, die Aufrüstung mit Kampfgasen und Gummigeschossen, der Aufbau de facto extralegaler polizeilicher Sonderkommandos und - vor allem nach der Schleyerentführung 1977 - die zeitweise politische Machtübergabe an völlig unkontrollierbare "Krisenstäbe" kenntlich gemacht. Die Mitarbeit in bzw. der Aufbau von Initiativen "gegen politische Unterdrückung" bzw. später "Bürger beobachten die Polizei" war ein Versuch, diesen Entwicklungen praktisch etwas entgegenzusetzen.

Das Hauptaktionsfeld aber blieb das der Publikationen: Sehr umfang- und detailreiche Untersuchungsarbeiten fanden über die Zeitung hinaus ihren Niederschlag auch in zwei Büchern der "Antifaschistischen Russell-Reihe": einer Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse in der BRD seit 1971 unter dem Titel "Jeder kann der nächste sein" und einer Dokumentation "zum Wiederaufbau einer GeStaPo in Westdeutschland": "Nach Schleyer: ‚Sonderpolizei` in der BRD".

Anlaß der Herausgabe war die Vorbereitung eines Internationalen Russell-Tribunals (1978) gegen die politische Repression in der BRD. Hinter der breiten Unterstützung im AK Stand die Hoffnung, mit der Teilnahme prominenter demokratischer Persönlichkeiten aus dem europäischen Ausland die Öffentlichkeit dort auf die bedrohliche Entwicklung in BRD aufmerksam zu machen. Stellvertretend für die schwach ausgeprägte (und häufig, wenn es drauf ankam, auf die SPD-Wahlunterstützung eingeschworene) demokratische Öffentlichkeit in der BRD sollte auf diese Weise Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden. Anfang 1978 dokumentierte der AK auf der Titelseite ein Geheimpapier des Verfassungsschutzes, in dem ein Verbot des Tribunals nahegelegt wurde. Tatsächlich konnte es stattfinden, und es gelang auch, über die Berufsverbote hinaus Themen wie Gewerkschaftsausschlüsse und politische Gefangene/Isolationshaft zum Thema zu machen.

Ende der 70er und in den 80er Jahren rückte das Thema "Überwachungsstaat" in den Mittelpunkt der Anti-Repressions-Berichterstattung. Höhepunkte waren das "Orwell-Jahr" 1984 und die Volkszählungsboykottkampagnen. "Sicherheitsgesetze" und "maschinenlesbarer Personalausweis" wurden im Ak in Zusammenhang gebracht mit dem Ausbau der Datennetze von Polizei und Geheimdiensten und deren "Schnittstellen" z.B. zur CIA, aber auch den "Europol"-Bestrebungen der BRD.

In den 90er Jahren ging es immer häufiger um den Rassismus der "Sicherheitsorgane": Die amtlichen Kriminalstatistiken wurden als ausländerfeindliche Konstruktionen sichtbar gemacht. Die Polizeiskandale in Hamburg und Berlin wurden ebenso ausführlich dokumentiert wie die (ansonsten in der BRD weitgehend totgeschwiegenen) besorgten Erklärungen von anmesty international.

Besondere Bedeutung hatte die AK-Berichterstattung bei Ereignissen, deren quasi-amtliche Darstellung in den bürgerlichen Medien weitgehend akzeptiert wurde: Von Stammheim ("Wir glauben nicht an Selbstmord" - was dem AK mehrere Strafprozesse einbrachte) über hinrichtungsartige Festnahmeaktionen wie bei Elisabeth van Dyck oder Wolfgang Grams ("Die Helden von Bad Kleinen"), Prozeßfarcen wie im "Schmücker-Prozeß" gegen Ilse Schwipper bis hin zum Brand im Lübecker Flüchtlingsheim: Hier hat der AK immer wieder den Finger auf Wunden gelegt, die von anderen geflissentlich übersehen wurden. Durch detaillierte Auswertung amtlicher Stellungnahmen und bürgerlicher Presseberichte wurden Widersprüche sichtbar gemacht und offene Fragen herausgestellt, um Zweifel an der Mainstream-Version zu verbreiten und mit Fakten zu untermauern.

GenossInnen der Anti-Rep. Zelle

18. Als die Katzen Laila hießen. Überlegungen zur "Nahostpolitik" des KB

Autor: Kt. · Rubrik: KB und AK; Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:28

Die Siamkatze, die wir uns Anfang der 70er Jahre ins Haus holten, nannten wir Laila. Das ist das gemeinsame hebräische und arabische Wort für Nacht. Vor allem aber war es der Name der Palästinenserin Laila Khaled, die um 1968 an mehreren spektakulären Flugzeug-Entführungen beteiligt war. Bei einem anderen Genossen lebte der schwarze Kater Ghassan, so benannt nach dem Vornamen des palästinensischen Schriftstellers und PFLP-Politikers Kanafani. Der israelische Geheimdienst hatte ihn, zusammen mit seiner Nichte, einige Zeit zuvor durch einen Bombenanschlag getötet.

Die Flugzeug-Entführungen machten anfangs innerhalb der radikalen Linken einen unglaublich großen Eindruck. Ich erinnere mich, daß bei einer frühen Veranstaltung des KB ein Film über die Aktionen des Jahres 1968 gezeigt und enthusiastisch beklatscht wurde - vor allem die Szene, in der ein (selbstverständlich leeres) Flugzeug am Boden gesprengt wird. Nun ja, gerade die ersten Entführungen dieser Art verliefen zum Glück ganz unblutig.

Unsere ersten Zweifel, die sich bald anmeldeten, waren politisch-taktischer Natur. Wer seinen Lenin gelesen hat, weiß ja, daß Kommunisten den Terror als Kampfform nicht unbedingt ablehnen, aber daß dessen Verabsolutierung zum Terrorismus ein Phänomen des Kleinbürgertums, der vom proletarischen Klassenkampf isolierten Intellektuellen usw. ist. Wir hatten folglich keine Mühe, die palästinensischen Terroraktionen recht bald als Ergebnis der besonders negativen Voraussetzungen zu erklären, unter denen dieser Befreiungskampf geführt werden mußte, insbesondere natürlich wegen des Fehlens einer richtigen Arbeiterklasse. Wohlgemerkt, wir kritisierten diese Aktionen - vorsichtig, behutsam - schon seit 1972, aber wir verurteilten sie nicht. So, wie wir ja auch die RAF zwar kritisierten, aber niemals verurteilten, wie es speziell die DKP tat, sondern (nach dem Tod von Petra Schelm 1971) den Grundsatz formulierten, die Genossinnen und Genossen der RAF kämpften mit uns auf der gleichen Seite der Barrikade.

Ein wesentlicher Grund für unsere Zurückhaltung in der Kritik an Terrorakten palästinensischer Gruppen und überhaupt prägend für unsere Einstellung zum palästinensisch-israelischen Konflikt war unsere entschiedene Abneigung, mit den Wölfen zu heulen. Die bundesdeutschen Medien und die Hauptparteien waren in den 60er und frühen 70er Jahren in einer Weise pro-israelisch und anti-palästinensisch, die man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Es sei daran erinnert, daß SPD und Gewerkschaften zu Beginn des Juni-Kriegs 1967 noch zu Solidaritätskundgebungen für das angeblich von den Arabern überfallene, in seiner Existenz bedrohte Israel aufgerufen hatten - eine Stimmung, die damals sogar bis in den SDS hineinreichte.

Juden und Araber in einem gemeinsamen Staat

Vor allem in der Springerpresse wurde jeder "Vergeltungsangriff" Israels gegen Flüchtlingslager der Palästinenser im Libanon emphatisch bejubelt. Neben dem Antikommunismus und der Vernichtung der DDR gehörte die bedingungslose Unterstützung Israels zu den Maximen, auf die Springer seine Leute explizit eingeschworen hatte. Die Geiselnahme israelischer Sportler während der Olympischen Spiele in München 1972 bot dem Staat Gelegenheit zu Repressionsmaßnahmen gegen die in der BRD lebenden Palästinenser und ihre Organisationen. Die erste "Ölkrise" 1973/74 löste eine antiarabische Hetzkampagne in den bundesdeutschen Medien aus, die sich in Wort und Karikatur klassischer rassistischer Klischees bediente.

Nach unserer damaligen Auffassung war der Israel/Palästina-Konflikt nur durch die Bildung eines sozialistischen und demokratischen Staates zu lösen, in dem Juden und Araber mit gleichen Rechten zusammenleben würden. Dieses Ziel war, wie wir im Unterschied zur offiziellen PLO-Linie betonten, nicht etwa gegen, sondern nur gemeinsam mit den jüdischen "Massen" zu erreichen. Es setzte außerdem sozialrevolutionäre Veränderungen im gesamten arabischen Raum voraus, das bedeutete letzten Endes den Sturz der reaktionären Regimes.

Die Erfolgsaussichten der von uns propagierten Option haben wir zeitweise maßlos überschätzt. Tatsächlich glaubten wir 1973 "einschätzen" zu können, daß sich in Israel sehr schnell eine zu einem solchen Bündnis bereite Bewegung entwickeln würde.

Die holzschnittartige Denk- und Darstellungsweise unserer damaligen Positionen ist offensichtlich. Was dennoch für unsere damalige Schlußfolgerung eines binationalen Staates sprach und spricht, ist dies: Erstens lebt im eigentlichen Israel eine arabische Minderheit, die heute einen Anteil von etwa 18 Prozent an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Zweitens begann Israel sofort nach dem Juni-Krieg 1967 in den besetzten Gebieten mit strategisch angelegten bevölkerungspolitischen Maßnahmen (Siedlungspolitik), die einen vollständigen Rückzug - als Voraussetzung palästinensischer Eigenstaatlichkeit - kaum noch zulassen. Das hängt bereits nicht mehr vom guten oder schlechteren Willen der einen oder anderen israelischen Regierungskonstellation ab. Ein Palästinenserstaat, bestehend aus mehreren kleinen Enklaven, ist wirtschaftlich und politisch irreal. Insgesamt haben die besetzten Gebiete übrigens nicht viel mehr als ein Zehntel der Fläche von Bosnien-Hercegovina.

Israels Dilemma ist nicht von den heute regierenden Rechten, sondern schon von der sozialdemokratischen Arbeitspartei verursacht worden. Als Schlußfolgerung bleibt dann aber letzten Endes nur, sofern man eine neuerliche Vertreibung der Palästinenser als inhuman ausschließen will, daß sie als Bürger mit gleichen Rechten in eine gemeinsame Gesellschaft integriert werden. Das impliziert in der Tat auch das Risiko, daß die Juden zur Minderheit in dem gemeinsamen Staatswesen werden.

Anfang der 70er Jahre hatten wir eine Zeit lang politische Beziehungen zur PFLP, die wir offenbar für die linkeste unter den palästinensischen Organisationen hielten. Auch das bedarf zur Erklärung eines historischen Rückgriffs. Im Herbst 1970 gab es den "Schwarzen September", die gewaltsame Vertreibung aller Träger von autonomen palästinensischen Strukturen durch die jordanische Armee, verbunden mit blutigen Angriffen auf die Flüchtlingslager in Jordanien. Als führend im militärischen Abwehrkampf erschienen damals die PFLP und auch die FPDLP. Beiden wurde nachgesagt, sie seien sozialistisch, träten für ein Rätesystem ein - das war schon mal sehr gut! - und sie würden ein gleichberechtigtes Zusammenleben zwischen arabischer und jüdischer Bevölkerung Israels in einem gemeinsamen Staat befürworten.

Richtig war: Die FPDLP spielte in erster Linie Sprachrohr der KPdSU und befürwortete Mitte der 70er Jahre folgerichtig auch die Anerkennung des Staates Israel. Die PFLP meinte es mit ihrem Bekenntnis zu einem binationalen Staat offenbar nicht ernst; vielleicht hatten wir sie auch nur falsch verstanden. Ihr Radikalismus drückte sich vor allem im entrüsteten Verratsgeschrei über jeden Schritt der Fatah und des PLO-Mainstreams in Richtung auf eine Verhandlungslösung mit Israel aus. Dieser Konflikt spitzte sich nach dem Oktoberkrieg von 1973 rasch zu. 1974 kam es zum Rückzug der PFLP aus den Führungsgremien der PLO und zu einer jahrelang anhaltenden Spaltung. Ein zentraler Streitpunkt war damals der sogenannte Ministaat, das heißt die Bereitschaft von Teilen der PLO, eine Lösung weit unterhalb der propagierten "Befreiung ganz Palästinas" praktisch mitzugestalten und de facto zu akzeptieren.

Wer den AK daraufhin durchsieht, wird vermutlich finden, daß wir dort noch bis in die erste Hälfte der 80er Jahre hinein die Auseinandersetzungen um die Strategie der Palästinenser überwiegend und insgesamt zu unkritisch aus Sicht der PFLP kommentiert haben, auch wenn wir keineswegs alle ihre Positionen übernahmen. Es war ja auch nicht so, daß die Beschreibungen und Argumente der PFLP durchweg falsch waren: Gewiß vertrat der PLO-Mainstream die Interessen und Ansichten der palästinensischen Bourgeoisie bzw. der vorkapitalistischen Herrschaftsgruppen. Es traf auch zu, daß Arafat nicht auf demokratische Entscheidungsprozesse setzte, sondern sich oft autokratisch und manchmal auch scheinbar völlig unberechenbar gebärdete. Als Milderungsgrund würde ich ihm heute jedoch zugute halten, daß es in der palästinensischen Gesellschaft bis weit in die 80er Jahre hinein tatsächlich unmöglich war, Probleme der Politik gegenüber Israel sachlich und offen zu diskutieren.

Die Idee der gegenseitigen Anerkennung

Das Jahr 1982 brachte eine grundlegende Wende der Dinge. Im Sommer marschierte die israelische Armee in den Libanon ein, mit der direkt erklärten Absicht, alle palästinensischen Strukturen militärisch zu zerschlagen und die PLO definitiv zu vernichten. Es folgte die wochenlange Belagerung der palästinensischen Kämpfer in Beirut, die schließlich mit deren freiem Abzug unter dem Schutz der westlichen Großmächte endete.

Noch während der anhaltenden Kämpfe, als Begin den in Beirut eingeschlossenen Arafat mit Hitler während der letzten Tage im Führerbunker verglich, machten jüdische Politiker, unter ihnen der damals schon fast 90jährige Nahum Goldmann, den Vorschlag einer gegenseitigen Anerkennung zwischen PLO und Israel. Diese Idee brach auf verblüffend einfache Weise das Problem auf, das die Palästinenser - meiner Ansicht nach begründet und zu recht - mit Israels einseitiger, keinerlei Gegenleistung einschließender Forderung nach Anerkennung seiner staatlichen Existenz gehabt hatten. Arafat stimmte dem Vorschlag sofort zu, aber leider (aufgrund der inneren Situation der PLO wohl gezwungenermaßen) in einer verklausulierten Weise, die den israelischen Regierungen noch jahrelang die Behauptung ermöglichte, die Palästinenser hätten wieder einmal Nein gesagt.

Im AK 232 (Mai 1983) deutete sich mit der Würdigung des von der Abu-Nidal-Bande ermordeten PLO-Diplomaten Issam Sartawi erstmals auch bei uns ein Umdenken zum Thema Verhandlungslösung an: Er habe "seit Jahren für einen palästinensisch-israelischen Dialog, für Frieden und Verständigung zwischen den beiden Völkern gekämpft. Daß der Dialog inzwischen - wenn auch auf beiden Seiten heiß umstritten - mit ersten kleinen Schritten begonnen hat, ist in hohem Maß dem direkten Engagement Sartawis zu verdanken. In seiner Person sollte diese Politik getroffen werden."

Insgesamt dauerte es allerdings noch bis etwa 1985, bis sich im AK eine verständnisvolle Haltung gegenüber der außerordentlich intelligenten, über alle taktischen Wendungen hin konsequenten und mutigen Friedenspolitik der Gruppe um Arafat herausgebildet und durchgesetzt hatte. Im AK 280 (März 1987) begannen wir eine dreiteilige Artikelserie unter der Überschrift "Palästinensisch-israelischer Dialog - Das Leichte, das schwer zu machen ist", bestehend aus Übersetzungen palästinensischer Texte und einem Interview mit dem damals namhaftesten der israelischen Verhandlungsbefürworter, Uri Avnery. Der erste der von uns dokumentierten Texte war eine, auch heute wohl noch lesenswerte, Zusammenfassung der Entwicklung der PLO-Politik seit ihren Anfängen.

In der Einleitung zu dieser Serie hieß es: "Politik muß an Erfolgen gemessen werden. Es könnte sich die naheliegende, wenn auch falsche Schlußfolgerung aufdrängen, daß Arafats Friedensdiplomatie außer einer schwere Schäden und Verletzungen verursachenden Spaltung der palästinensischen Nationalbewegung nichts bewirkt hat. Man könnte aber auch umgekehrt argumentieren, daß Arafats im Prinzip richtige, weil praktisch einzig mögliche Politik nicht vorankommen wird, solange sie nicht mit einem Höchstmaß an Offenheit und Genauigkeit dem Urteil der palästinensischen Öffentlichkeit gestellt wird, solange also nicht offen und ehrlich für diese Politik geworben wird."

Im Dezember 1987 begann die Intifada, der Aufstand in den besetzten Gebieten. Vordergründig bedeutete das eine ungeheure Radikalisierung, gesteigert durch Erbitterung über die von Israel angewendeten Formen der Repression. Der später als Friedenspolitiker ermordete Rabin rief damals dazu auf, den Palästinensern "die Knochen zu brechen". Das war offenbar wörtlich gemeint und wurde so auch praktiziert. Die verhandlungsbereiten palästinensischen Kräfte hatten es zunächst einmal schwerer, Akzeptanz im eigenen Lager zu finden. Es zeigte sich jedoch bald, daß der Zuwachs der Palästinenser an Selbstvertrauen und Handlungsmöglichkeiten sie auch souveräner im Umgang mit der Perspektive einer Verhandlungslösung machte.

Im Januar 1988 weigerte sich der KB, an einer Solidaritätsdemonstration verschiedener Gruppen in Hamburg teilzunehmen und gab dazu eine politische Stellungnahme ab. Daraus entwickelte sich über mehrere Ausgaben des ak hin eine heftige Debatte, die vollständig in dem Buch "Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina" dokumentiert wurde. Die Positionen, die auf der Gegenseite vertreten wurden, entsprachen im Wesentlichen denen der PFLP: Generelle Ablehnung von Verhandlungen mit dem "zionistischen Feind", Bestreitung des Selbstbestimmungsrechts der jüdischen Bevölkerung Israels, eisernes Hochhalten der auf den Nahost-Konflikt überhaupt nicht anwendbaren Parole vom "Sieg im Volkskrieg".

Dieser Streit hatte, abgesehen vom Thema, auch einen organisationspolitischen Aspekt: Jahrelang war der KB zumeist nur noch hinter aktivistischen, einer perspektivlosen Radikalität huldigenden Gruppen hinterhergetrottet, statt grundlegende eigene Standpunkte zu entwickeln und öffentlich vorzubringen. Viel bewirkt hat diese Debatte aber nicht mehr. Die Auflösung des KB war schon zu weit vorangeschritten; die inneren Meinungsverschiedenheiten, die 1989 mit dem Umbruch in Osteuropa zu polemischer Schärfe entbrannten, waren offenbar schon nicht mehr überwindbar.

Kt.

19. "Der AK gehörte zu den publizistischen Wegbereitern der GRÜNEN." Interview mit Jürgen Trittin, BV-Sprecher Bündnis 90/Die Grünen

Interview mit Jürgen Trittin, Bundesvorstands- sprecher von Bündnis 90/Die Grünen

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:38

Interview mit Jürgen Trittin, Bundesvorstands-

sprecher von Bündnis 90/Die Grünen

Welche Rolle hat der AK in der grün/alternativen Wahlbewegung und später bei den Grünen gespielt?

Für die Orientierung der außerparlamentarischen Bewegung, insbesondere der Anti-AKW-Bewegung, hin auf das, was man damals Wahlbewegung nannte, hatte der AK eine ganz zentrale Bedeutung. Später, nach der Spaltung des KB, nachdem ein Teil in die Grünen gegangen ist, folgte eine Phase distanzierender, ätzender Kritik - etwas, was davor eher kritisiert worden war. Danach war der AK neben anderen Zeitungen ein Forum, auf das sich linke Grüne immer wieder bezogen haben. Aber die Bedeutung, wie in der Anfangsphase, in der der AK zu den publizistischen Wegbereitern der grünen Partei gehörte - auch wenn er das heute vielleicht nicht so gerne hört - hatte er in den 80er Jahren als Bezugspunkt für linke Grüne nicht mehr.

Sind die Linken, die damals in die Grünen gegangen sind - gemessen an ihren Erwartungen - gescheitert?

Die Linken haben sich verändert. Ihre Erwartungen sind nicht eingetreten. Das ist so. Wenn ich mir aber ihre inhaltlichen Ansatzpunkte ansehe, wenn ich mir den Verlauf der Debatten bei den Grünen und später Bündnis 90/Die Grünen anhand verschiedener Themen vergegenwärtige, kann ich nur sagen: In zentralen Bereichen ist die grüne Partei in eine Richtung gegangen, wie es die Linke gewollt hat.

Ich erinnere nur an die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß, als es zu einer breiten Verankerung der Forderung nach einseitiger Abrüstung in der grünen Partei kam. Ich erinnere daran, daß es bei jeder Programmdebatte bis weit in die 80er Jahre hinein Auseinandersetzungen gegeben hat, ob die Streichung des § 218 mit Positionen des "Lebensschutzes" vereinbar sei. Heute ist die Position dazu in der Partei völlig klar: Wir sind für die Streichung des § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Auch hat es einen langen Streit darum gegeben, ob Gewerkschaften - egal ob nun linke oder rechte - ein Bezugspunkt für die Grünen sein könnten. Gerade in der aktuellen Auseinandersetzung zeigt sich aber, daß sich hier sehr viel getan hat. Und das beschränkt sich nicht nur auf symbolische Aktionen, wie etwa daß der ÖTV-Vorsitzende auf dem Strategie-Kongreß spricht oder der DGB-Vorsitzende den Parteitag miteröffnet. Auch inhaltlich hat sich einiges getan. Die Grünen haben bestimmte gewerkschaftliche Forderungen teilweise mitformuliert oder haben sie übernommen, wie in der Debatte um Arbeitszeitverkürzung. Und in den jüngsten Auseinandersetzungen um das Sparpaket haben die Grünen sich in einem sehr engen Schulterschluß mit den Gewerkschaften befunden.

Du bist einer der wenigen aus der Gruppe Z, der heute noch in führender Position bei den Grünen ist. Viele andere haben die Partei verlassen. Wo lagen da die Bruchpunkte? Weswegen haben sich eure Wege getrennt?

Das kann ich nur für mich beantworten. Ein Punkt war sicherlich, daß ich schon sehr frühzeitig Bauchschmerzen hatte, als man in den späten 80er Jahren von einem rational begründeten linken Politikansatz aus gemeint hat, ein Bündnis mit Menschen in der Partei suchen zu müssen, deren Engagement und Linkssein sehr stark moralisch begründet war - also das Bündnis zwischen den Ökosozialisten um Ebermann und den Radikalökologen um Ditfurth. Für mich war das ein Bruch in der Bündnispolitik. Ich hatte in meiner Vergangenheit im KB gelernt, daß man Bündnisse möglichst mit "rechts" und nicht mit "links" macht.

Die Handlungsunfähigkeit der Partei durch die Polarisierung zwischen Fundis, die ich eher Bauchlinke nennen würde, und Ökolibertären wie Bernd Ulrich und Antje Vollmer, war ein anderer Punkt. Diese Polarisierung hat

1990 sicherlich auch zum Rauswurf der Grünen aus dem Bundestag beigetragen. Für mich war klar, daß der Ansatz des Linken Forum in dieser Situation richtig war, auch den Bruch mit den Fundis zu suchen. In diesem Zusammenhang haben Thomas Ebermann und andere den Weg in eine andere Richtung gesucht. Wo der geendet ist, dazu äußere ich mich jetzt höflichkeitshalber nicht.

Für einen Fehler habe ich auch immer die traditionalistische Hoffnung auf eine linkssozialdemokratische Partei gehalten, die einige aus den Grünen, im übrigen ja auch aus dem KB, bewogen hat, die PDS zu stärken. Für mich ist das ein Rückschritt, gemessen an dem, was man selber mal geschrieben, gedacht und gemacht hat. In einer Situation, wo alle von der Krise der Sozialdemokratie sprechen - was ja beileibe nicht nur eine Behauptung der Rechten ist, sondern auch schon lange im marxistischen Diskurs analysiert wurde - auf eine nur der Fassade nach linkssozialdemokratische Partei zu setzen, empfinde ich nach wie vor als Fehler.

Droht nicht die Gefahr, daß Bündnis 90/Die Grünen zu einem bürgerrechtsliberalen und ökologischen Korrektiv neoliberaler Politik werden?

Die Beschlüsse, die wir jüngst auf dem Parteitag gefaßt haben, sind durch einen eisernen Willen zur Umverteilung geprägt. Erhöhung der Erbschaftssteuer, Sondersteuer für Besitzer großer Vermögen, im Gegenzug steuerliche Entlastung gerade bei den Beziehern kleiner Einkommen, der Versuch, eine neue Form der sozialen Absicherung zu schaffen, all dies sind klassische linke Themen, die von den Grünen besetzt werden. Insofern ist es eine deutliche Absage an ein Konzept der Öko-FDP.

Das Gerede von der Öko-FDP und ähnliche Überlegungen kommen aus ganz anderer Motivlage. Jahrelang hat die etablierte Öffentlichkeit in den Grünen ein Vehikel zur Reformierung der SPD gesehen. Was aber immer ein Mißverständnis war, denn mit den Grünen begann im Grunde genommen ein Prozeß der Abnabelung und der eigenständigen Positionsfindung. Heute erwartet man von den Grünen - weil man von der SPD nichts mehr erwartet -, daß sie zum Korrektiv für die CDU werden. Dies wird allerdings den realen Widersprüchen zwischen CDU und Grünen nicht gerecht. Eine solche Rolle kann man den Grünen nur zuschreiben, wenn man die Politik der CDU schönredet.

Die größte Gefahr zur Zeit ist, daß in einem sehr weit definierten linken Spektrum nicht gesehen wird, was die CDU programmatisch vertritt und umsetzt: nämlich die Herausbildung einer Außenpolitik, die multilateral, aber militärisch gestützt, eigene nationale Interessen durchsetzten will und die Herausbildung eines Überwachungsstaates nach innen. In den letzten Jahren mußten wir einen richtigen Schub von Unterdrückung nach innen erleben. Gleichzeitig war das Abräumen traditioneller christdemokratischer Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beobachten, d.h. die Entwicklung der CDU hin zu einer marktradikalen Partei. In meinen Augen wird das alles in der Linken fahrlässig verharmlost.

Das bezieht sich auch auf Linke außerhalb deiner Partei?

Das beziehe ich auch auf Linke außerhalb meiner Partei, aber nicht auf alle. Vor allem bezieht es sich auf eine bestimmte Form des grün-alternativen Diskurses und auf Leute in der eigenen Partei. Die Strömungsauseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Grünen sind stark davon geprägt, wie man den politischen Gegner eigentlich einschätzt. Und bei manchen ist es leider so, daß sie sich von der Vorstellung verabschiedet haben, man habe überhaupt politische Gegner.

Interview mb.

20. Der Sieg ist "nicht mehr" gewiß. Die Entwicklung internationalistischer Politik in ak und KB

Autor: Al./ef. · Rubrik: KB und AK; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:17

Nachfolgend soll die Internationalismus-Arbeit von Ak und KB am Beispiel einiger exemplarischer Konflikte bzw. unter Bezugnahme auf einige Befreiungsbewegungen und Kampagnen skizziert werden.

Das Verhältnis zu Palästina/Israel wird in einem eigenen Beitrag abgehandelt. Die Debatten um den 2. Golfkrieg , sowie um die Kriege im ehemaligen Jugoslawien werden in diesem Übersichtsartikel nicht aufgedröselt, weil deren notwendigerweise detailliertere Darstellung auf eine Wiederholung diverser ak-Artikel hinauslaufen würde. Um der besseren Überschaubarkeit willen teilen wir das Thema in unterschiedliche Phasen auf, die durch jeweils spezifische "Großwetterlagen" charakterisiert sind.

Phase 1: 1968-1976 Revolutionärer Subjektivismus

Die antikolonialen Befreiungskämpfe in Afrika, die Guerilla-Gruppen in Lateinamerika und der Widerstand des Vietcong gegen die US-Kriegsmaschine boten in den 60er Jahren politische und ideologische Bezugspunkte für diejenigen Strömungen, die auch in den Metropolen "die Revolution" wieder auf die Tagesordnung setzen wollten. Daß es im internationalen Maßstab relevante Kräfte gab, die den Kurs der "friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus ablehnten, der von der KPdSU auf dem XX. Parteitag 1956 ausgegeben und weltweit von den pro-sowjetischen KPs übernommen wurde, bewies, daß eine radikale BRD-Linke, die eigene Wege jenseits des Klassenkompromisses der DKP suchte, potentielle Bündnispartner hatte. Mit anderen Worten: Die politische und ideologische Bezugnahme auf diese Bewegungen wies gegenüber der DKP die Existenzberechtigung als eigenständige kommunistische und revolutionäre Strömung nach und ordnete sie in einen internationalen Zusammenhang ein.

Die kommunistische Linke verstand sich als Teil einer weltweiten Front gegen den Imperialismus. Die eigene Bedeutung resultierte dabei aus der Tatsache, daß sie im Herzen der Bestie agierte. Die Hauptlast des Kampfes hatten jedoch die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu tragen. Im übertragenen Sinne stellten sie, wie Lin Biao in seiner breit rezipierten Schrift "Es lebe der Sieg im Volkskrieg" darlegte, die "Dörfer" dar, welche die imperialistischen Zentren, die "Städte", einkreisen und so die Revolution vom Lande ausgehend die Macht erringen sollte. Lin Biao: "Die Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind." Anknüpfend an diese Thesen wurden im "Arbeiterkampf" verschiedene Erfolge antikolonialer Befreiungskämpfe bis etwa 1976 als allgemeine Entwicklungsrichtung interpretiert, die den (US)-Imperialismus stark geschwächt und zu einem Aufschwung der revolutionären Kräfte geführt habe. Der beherrschende Widerspruch auf Weltebene sei zwischen Imperialismus und der "3. Welt" verlaufen und Mitte der 70er Jahre bis "in das schwächste Glied des imperialistischen Systems, das alte Europa" vorgedrungen, vor allem nach Südeuropa (Die Internationale Nr. 20, 1976, S. 3). Die dortigen Prozesse seien das "beste Beispiel für die Tendenz zum Wiederauftauchen der sozialistischen Revolution" auf der Tagesordnung Europas. Aus dieser Analyse ergab sich zwingend die hohe Bedeutung des Internationalismus.

Weil eine Hauptdifferenz zur DKP die Kontroverse um die Frage "friedlicher Übergang" bzw. Notwendigkeit "revolutionärer Gewalt" war, standen Organisationen im Mittelpunkt des Interesses, die erfolgreiche Befreiungskämpfe ausfochten. Spätestens seit dem Vietnam-Kongreß im Februar 1968 lauteten die Parolen der radikalen Linken "Waffen für den Vietcong" bzw. "Für den Sieg der vietnamesischen Revolution". Diese Zuspitzung fungierte als politische und ideologische Wasserscheide zwischen Revisionisten/Reformisten einerseits, die lediglich die Verwirklichung der Pariser Friedensverträge (1) forderten, und den revolutionären Strömungen andererseits.

Mit Grundsatzargumenten, die denen anderer ML-Gruppen ähnelten, veranschaulichte der KB am Beispiel des Putsches in Chile seine Position zur Gewaltfrage: "Der Sturz der Allende-Regierung hat die alte Erfahrung bekräftigt, daß keine herrschende Klasse freiwillig und widerstandslos abtritt, sondern daß sich die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus im schärfsten Klassenkampf vollzieht, der im allgemeinen die Form

des bewaffneten revolutionären Aufstandes (oder konterrevolutionären Putschs!) annimmt. Es gibt dafür auf der ganzen Welt kein Gegenbeispiel. Alle sozialistischen Staaten beruhten bzw. beruhen auf bewaffneten Aufständen der unterdrückten Klassen und Bürgerkrieg." (Unser Weg Nr. 6, 1974, S. 3)

Chile und der friedliche Übergang zum Sozialismus

Am Beispiel Chiles diskutierten die unterschiedlichen Strömungen der Linken über Grundfragen des Selbstverständnisses, die nach dem Niedergang des SDS allen auf den Nägeln brannten. Zwischen 1972 und 1974 wurde über die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, über die Funktion des Faschismus, die Rolle des bewaffneten Kampfes und der Gewalt in der Geschichte gestritten. Während für die Reformisten sowie für die DKP die Regierung Allende das Musterbeispiel eines weltweit möglichen "friedlichen Übergangs" war, stand Chile in der revolutionären Linken - vor allem nach dem Putsch - für das "Verspielen revolutionärer Hoffnungen".

Die Sympathien sowie die praktische Unterstützung des KB galten der "Bewegung der revolutionären Linken" (MIR). Dieser mißtraute aufgrund seiner Gesellschaftsanalyse schon lange vor dem Putsch der Armee, forderte die Bewaffnung der Massen und unternahm selbst Anstrengungen, um Guerillagruppen aufzubauen. Der MIR nahm unter der Regierung Allende verschiedene Anläufe, um beispielsweise mittels Landbesetzungen den Reformprozeß zu radikalisieren. Diese Versuche wurden von der "Unidad popular", teils mit Polizeieinsätzen, abgewürgt. Nach dem Putsch versuchte der MIR, der von der chilenischen KP als objektiver Handlanger der Rechten diffamiert wurde, illegale Strukturen aufzubauen. Diese Ansätze konnte die Diktatur jedoch bis auf geringe Reste recht schnell und sehr blutig zerschlagen.

Das Pinochet-Regime wurde mit dem Begriff "Faschismus" mehr etikettiert als analysiert. Der KB überschätzte jahrelang - nicht zuletzt aufgrund hoffnungsvoller Berichte der MIR-Genossen, aber auch anderer linker Kräfte - die Kampfstärke der chilenischen Linken. So hieß es beispielsweise in der "Internationale" Nr. 20 (1976), daß "der aufopfernde Kampf der Arbeiterklasse und der Völker der lateinamerikanischen Länder" in "beispielhafter Weise die sozialistische Revolution als einzigen konsequenten Ausweg des antiimperialistischen Kampfes" zeige. Diese Sätze waren revolutionärer Subjektivismus pur. Sie nahmen keinerlei konkrete Analyse einer konkreten Situation vor. Vielmehr bildeten Verlautbarungen von Gruppen, die in ihren Ländern selbst kaum noch handlungsfähig waren, das Maß der Dinge. Die Stärke der Militärregimes, die zu diesem Zeitpunkt nahezu den gesamten Cono Sur Lateinamerikas (alle Staaten südlich von Panama) beherrschten, sowie die katastrophale Niederlage der revolutionären und reformistischen Linken waren noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Nach dem Putsch in Argentinien (1976) kehrte Ernüchterung ein. Erst nach mehrjähriger Friedhofsruhe waren antidiktatorische Aktionen von gewisser Relevanz zu registrieren. Von Kämpfen mit sozialistischer Perspektive war aber weit und breit nichts mehr zu sehen.

Dank der Anti-Repressions-Kampagnen der internationalen Chile-Solidarität gelang es, die Pinochet-Diktatur als Musterbeispiel einer gewalttätigen Militärjunta ins politische Abseits zu drängen. Eine Folge dieser Antirepressions- und Solidaritätsarbeit ist, daß Pinochet bis heute als Inbegriff eines blutigen Herrschers gilt. Dieses Bewußtsein ist auch in Bevölkerungskreisen verbreitet, die sich nicht mit Lateinamerika befassen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die derzeitigen Regierungen etwa in Peru oder Kolumbien in vielerlei Hinsicht deutlich mehr Opfer auf dem Gewissen haben als Pinochet, dies aber außer kleinen Kreisen Eingeweihter niemand im Kopf hat, so können wir in etwa den Effekt der Chile-Solidaritätsarbeit abschätzen.

Afrika versprach mehr

Die kontroversen Einschätzungen des chilenischen Prozesses hatten, wie gesagt, nicht nur unterschiedliche praktische Schwerpunktsetzungen für die Solidaritätsarbeit (pro KP/Sozialistische Partei vs. pro MIR) zur Folge, sondern dienten mindestens ebensosehr zur Begründung und Abgrenzung des eigenen politischen Ansatzes. Ähnlich verhielt es sich mit den widersprüchlichen Einschätzungen der Kräfte in Angola oder Zimbabwe. Dabei ging es immer um weit mehr als den Beweis, daß diese oder jene These die Realität des betreffenden Land richtig erfasse. Der Streit hatte Brisanz, weil damit immer auch die eigene Einschätzung übergeordneter Fragen wie nach der chinesischen und sowjetischen Außenpolitik, dem Hauptfeind der revolutionären Linken, der richtigen Bündnispolitik etc. verbunden war. So bot die Kontroverse um die Einschätzung der Vorgänge in Angola oder Zimbabwe den willkommenen Anlaß, Breitseiten gegen den KBW,

die KPD/ML und KPD abzufeuern. Dafür steht beispielhaft die Broschüre "Angola war nur der Anfang. KBW offen auf seiten der Konterrevolution" (3/1976).

Mehr als Lateinamerika, das mit Ausnahme Kubas und Chiles zwischen 1970-73 unter der Kuratel der USA stand, versprachen die Rückschläge für den Imperialismus in Südost-Asien und in Afrika das weltweite Kräfteverhältnis zu wenden. "Der Sieg ist gewiß" lautete die Parole, unter der im "Arbeiterkampf" für die materielle und politische Unterstützung afrikanischer Befreiungsbewegungen geworben wurde. Wenn wir uns die heutige Lage Afrikas vor Augen führen, wirkt der darin zum Ausdruck kommende Optimismus befremdlich. Bis zu einem gewissen Grad erlagen Arbeiterkampf und KB, ebenso wie andere Tendenzen und Organisationen der radikalen Linken, ideologischen Trugbildern. Darin kam eine Kinderkrankheit der sich neu konstituierenden kommunistischen Organisation KB und ihrer Zeitung zum Ausdruck. Dennoch war der Optimismus nicht aus der Luft gegriffen. Er widerspiegelte vielmehr internationale Kräfteverhältnisse und historische Prozesse, die nur wenige Jahre später in die entgegengesetzte Entwicklungstendenz umschlugen.

Der KB unterschied sich von anderen K-Gruppen dadurch, daß er versuchte "ein möglichst allseitiges und authentisches Bild des afrikanischen Befreiungskampfes zu vermitteln". Dazu sollten "die tatsächlichen Auffassungen der afrikanischen Genossen so breit wie möglich bekannt gemacht werden" (Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution, 5/1976). Dieser Anspruch, der nur zum Teil eingelöst wurde, beinhaltete auch die "Darstellung und Kritik einander teilweise widersprechender Informationen", was Vertretern einiger Befreiungsbewegungen, mit denen eng zusammengearbeitet wurde, ebenso mißfiel wie einem Großteil der Afrika-Solidaritätsbewegung. Sie tendierten dazu, Widersprüche unter den Tisch zu kehren.

Der KB begründete seine Herangehensweise, die am Beispiel der Differenzen um die Einschätzung von ZANU-ZIPA-ZAPU-Patriotische Union (Simbabwe) én Detail nachzuvollziehen sind, mit der alten "Erkenntnis, daß kritische Analyse das Fundament - nicht Hemmschuh - langfristiger ehrlicher Solidarität ist." (AK 96, 1977). Dieses Herangehen, das Widersprüche nicht ausblendete, sondern im Gegenteil aufgriff und zu verstehen versuchte, ermöglichte dem KB zumindest, diejenigen Kräfte zu identifizieren, die linkes und emanzipatorisches Gedankengut vertraten.

Es zeigte sich, daß die KB-Analyse der Afrikapolitik der USA, der UdSSR und Chinas die jeweiligen Haupttendenzen im wesentlichen traf. Im Kontrast dazu leisteten sich diejenigen schwerwiegende politische Fehleinschätzungen auch in Hauptfragen (z.B. wer ist Freund/wer ist Feind; Bündnis mit UNITA/Mobutu-Regime oder Kampf gegen UNITA/Mobutu-Regime), die, wie der KBW, auf Grundlage der von China übernommenen Supermachttheorie operierten, bzw. die schwankende chinesische Außenpolitik nachvollzogen.

Wenn KB/Arbeiterkampf auch in der politischen Bewertung der jeweiligen Befreiungsbewegungen Afrikas akzeptables leisteten, so ist doch nicht zu übersehen, daß die innere Dynamik der revolutionären Prozesse selbst nur sehr oberflächlich analysiert wurde. Mit Begriffen wie "Volk", "Massen" und "Einheit" wurde recht holzschnitthaft hantiert. Vielfach fehlende Tiefenstrukturanalyse der zur Debatte stehenden Länder, die Fragen wie die Produktionsweise, ideologische/religiöse Traditionen, ethnisches Selbstverständnis usw. unbearbeitet ließ, führte dazu, daß die Widersprüchlichkeit der Entwicklungen bzw. die gesellschaftliche Schwäche der politisch dominanten Befreiungsbewegungen vollkommen unterschätzt wurden.

Diese Schwäche teilten wir mit weiten Teilen der Solidaritätsbewegung, und so führte sie auch bei uns dazu, daß eine klare Vorstellung davon fehlte, was es konkret bedeutete, "den Sozialismus" in den gesprengten Kettengliedern des imperialistischen Systems aufzubauen. Denn die These vom "schwächsten Kettenglied" bedeutet zwar einerseits, daß die revolutionäre Linke dort am ehesten siegen kann, die Kehrseite der Medaille ist jedoch, daß gleichzeitig die ökonomischen Voraussetzungen am schlechtesten sind, um ein neues Gesellschaftssystem aufzubauen. Über diese Ambivalenz, die alle revolutionären Prozesse im Trikont kennzeichnet, ist sich die Linke nie hinreichend klargeworden. Wäre es anders, hätte die Übertragung der eigenen, auf Basis der metropolitanen Verhältnisse entwickelten Sozialismus-Vorstellungen auf x-beliebige Revolutionen der "3. Welt" nie stattgefunden. Die notwendigerweise folgende Enttäuschung und deren Ausdruck in Abschwörerwellen wäre der Linken erspart geblieben.

Was die real existierende produktive Basis betrifft, gab und gibt es nämlich in keinem einzigen Fall eine Grundlage für die Annahme, daß "Sozialismus" in der "3. Welt" - auch auf längere Sicht hin gesehen - mehr

bedeuten könnte, als "nachholende Entwicklung" und die Befriedigung der Grundbedürfnisse für alle. Wenngleich bis Mitte der 70er Jahre die weltweiten Rahmenbedingungen noch günstiger aussahen, so galt dies auch schon für jene Zeit.

Für das Scheitern der sozialistischen Projekte machte der KB neben der ererbten ungünstigen Ausgangslage im wesentlichen äußere Faktoren verantwortlich, vor allem den Krieg, mit dem Angola und Mosambik von Südafrika aus überzogen wurden. Die schwierige Frage, inwieweit der Avantgarde-Anspruch von MPLA bzw. FRELIMO und die Selbstdefinition der neuen Staaten als Gemeinwesen, die auf dem Marxismus-Leninismus fußen, geeignet war, einen breiten innenpolitischen Konsens gegen diese Angriffe herzustellen - oder eben auch nicht - blieb unterbelichtet. Eine kritische Debatte um die Tauglichkeit der ursprünglich eingeschlagenen Entwicklungsstrategie, die sich eng an die nachholende Industrialisierung Osteuropas anlehnte, fehlt ebenso. Man blieb bei der notwendigen und berechtigten Kritik des konterrevolutionären Terrors stehen (Siehe KB-Broschüre: Südafrika. Innen- und Frontstaatenpolitik, 11/1985).

Phase II: 1977-1980 Optimismus ...

Die Entwicklungen in Südvietnam, Kambodscha und Laos schienen die KB-These eines "weltweiten Anwachsens der revolutionären Kräfte und der Festigung der revolutionären Errungenschaften der Völker im Kampf gegen den Imperialismus" zu bestätigen. In der 1. Mai Plattform des KB aus dem Jahre 1976 hieß es: "Insbesondere in Ländern der sogenannten ‚Dritten Welt` konnten die Völker dem Imperialismus schwere Schläge versetzen und glänzende Siege im Kampf um Unabhängigkeit und nationale Befreiung erringen. Wir erleben heute auf Weltebene eine für den Imperialismus insgesamt ungünstige Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der um ihre Befreiung ringenden Völker."

Doch schon bald drehte sich der Wind. Der nationale Befreiungskampf und mit ihm der "revolutionäre Optimismus" der hiesigen Westlinken kamen ins Stottern. Spätestens 1978 mit der bewaffneten Intervention mehrerer NATO-Staaten und ihrer afrikanischen Verbündeten in Zaire wurde klar, daß der Imperialismus keinen weiteren Machtverlust mehr dulden wollte.

Aber auch die Ereignisse in Südostasien waren nicht gerade dazu angetan, das Vertrauen in den revolutionären Fortschritt zu stärken. Es wurde immer deutlicher, daß die kambodschanische Pol-Pot Regierung tatsächlich verbrecherisch war. In der bereits erwähnten 1. Mai Plattform von 1976 ging der KB noch davon aus, daß das kambodschanische Volk ebenfalls "seinen errungenen Sieg" festige. Berichte über Verbrechen durch die Befreiungsstreitkräfte wurden ausschließlich als "Greuelpropaganda des CIA" gewertet: "Nun - da die Völker Kambodschas frei und die Imperialisten und ihre Lakaien endgültig vertrieben sind - produziert die Propagandamaschinerie des amerikanischen Geheimdienstes CIA am laufenden Meter Greuelgeschichten". (AK 61)

Auch ein Jahr später wurden Berichte der bürgerlichen Presse von einem "Steinzeit-Kommunismus" (SZ) und der Liquidation ganzer Berufsgruppen (Stern) ausschließlich als Lügen ("hier wird gelogen, daß sich die Balken biegen") (AK 80) gewertet. Dies gipfelte in dem Vorwurf an den "Stern": "Hier wird die rassistisch-faschistische Gesinnung des ‚Stern`-Redakteurs (der sicherlich nicht zufällig Strasser heißt) enthüllt, aber nichts über die tatsächlichen (Hervorhebung im Original) Verhältnisse im heutigen Kambodscha ausgesagt. (...) Das sind entweder die Haßtiraden von ausgemachten Faschisten gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Welt - oder aber (und das ist wahrscheinlicher) Auftragsarbeit von skrupellosen Elementen für den CIA bei dessen Desinformationsstrategie." (AK 80).

Mit einer Distanz von 20 Jahren stößt einem die damalige Gewißheit sauer auf. Einige Aspekte, warum man damals zu dieser Einschätzung kam, gilt es allerdings zu bedenken. Zum einen hatten die USA in den vergangenen Jahren einen grausamen Krieg in Kambodscha geführt und das ganze Land mit Ausnahme Phnom Penhs systematisch bombardiert. Dies führte zu einer gigantischen Fluchtwelle vom Land in die Hauptstadt, die auf ca. 3 Mio. Einwohner anschwoll. Dies hatte nach dem Sieg massive Versorgungsprobleme zur Folge. Die Versorgungslage hätte auch jede andere Regierung vor kaum lösbare Probleme gestellt. Die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung Phnom Penhs und die damit verbundene Forcierung der Landwirtschaft mit dem Ziel, möglichst schnell ein Bewässerungssystem aufzubauen, um mehr als eine Reisernte pro Jahr zu erwirtschaften, folgte somit durchaus einer wirtschaftlichen Rationalität. Auch die US-treue Lon Nol Regierung konnte in den Jahren vor 1975 nur wegen der massiven US-Getreidelieferungen überleben.

Zum anderen war die Nachrichtenlage alles andere als übersichtlich. Hinzu kam, daß die "freie" Presse des Westens durch ihre vorherige Kriegsberichterstattung, die einer Selbstzensur nahe kam, jegliche Glaubwürdigkeit verloren hatte. Die Scheinheiligkeit der USA und des Westens war zu offensichtlich: Die Verantwortung für die Gemetzel des Krieges wurden geleugnet und folglich weder humanitäre Hilfe noch Wiedergutmachung geleistet. Statt dessen wurden alle Probleme den neuen Regierungen in die Schuhe geschoben. Das Problem der AK-Berichterstattung war somit nicht, diese Scheinheiligkeit zu kritisieren. Der Fehler bestand darin, überhaupt keine Zweifel an der Regierung der Roten Khmer aufkommen zu lassen. Pauschale Glaubenssätze ersetzten eigene Untersuchungen.

... weicht Ernüchterung

Ein Meilenstein bei der Abkehr vom "revolutionären Optimismus", vom Bild des stetigen Anwachsens der revolutionären Kämpfe in der 3. Welt und vom gemeinsamen Kampf der Völker gegen den Imperialismus, stellten die Kämpfe zwischen Kambodscha und Vietnam dar. Die Pol-Pot-Regierung wollte die Grenzen nicht akzeptieren und kambodschanische Truppen drangen deshalb bereits seit 1975 immer wieder auf vietnamesisches Gebiet vor. Infolgedessen kam es nach einem Jahr der relativen Ruhe (1976) zu einem regelrechten Krieg zwischen den beiden Staaten, der mit Niederlage und Rückzug der Pol-Pot-Regierung endete. (vgl. zum Hintergrund der Konflikte AK 259 und 260)

Nach einer Phase der Verunsicherung, bei der man versuchte, Fakten von Gerüchten zu trennen, ergriff der KB/AK Partei für Vietnam. Unter der Überschrift "Was zuviel ist, ist zuviel" (AK 122) werden die "unglaublichen Stellungnahmen" der kambodschanischen Regierung kritisiert.

Als dann der Konflikt zwischen Vietnam und China ausbrach, war die Verwirrung total. Zunächst stellte man sich wieder auf die Seite Vietnams. Doch auch Hanois Propaganda traute man nicht über den Weg. Wie groß die Verunsicherung war, ist dem Artikel "Vietnams Propaganda gegen Kampuchea und China" (AK 138) zu entnehmen. Selbstkritisch wird dort erklärt: "Wir (...) haben bisher in unserer Berichterstattung vollständig Partei für das sozialistische Vietnam ergriffen (sowohl was die Auseinandersetzung mit China als auch den kriegerischen Konflikt mit Kambodscha angeht). Hierbei haben wir m.E. den Fehler gemacht, nicht rechtzeitig bestimmte Entwicklungen der vietnamesischen Politik zu erkennen und zu benennen, was zu einer recht undifferenzierten Übernahme der vietnamesischen Politik führte. (...) Seit einiger Zeit - genauer: seit der Zuspitzung der Widersprüche mit der VR China - hat sich ein unübersehbarer Wandel durchgesetzt. Gegen Kambodscha wird mit ‚gleicher Münze` zurückgezahlt. Der ‚Höhepunkt` der neuen vietnamesischen Propagandalinie ist die Qualifizierung der kambodschanischen Führung als ‚faschistische Regierung, die den Völkermord zur nationalen Politik erhoben hat`."

Letztlich unterstützte man aber doch die vietnamesische Politik. "Eine Bereicherung wäre es zweifellos, wenn die nächste Zeit nicht nur den Sturz der kambodschanischen Machthaber (...) bringt, sondern auch einiges Licht in die Entwicklung Kambodschas in den letzten drei Jahren fällt," heißt es in der Ausgabe vom 8.1. 1979, also einen Tag, nachdem die vietnamesischen Truppen in Phnom Penh einmarschiert waren. In der nächsten Ausgabe (AK 146) meldete sich das Leitende Gremium (LG) des KB zu Wort. Zwar gäbe es noch keine Beweise für eine direkte Beteiligung Vietnams bei der Eroberung Kambodschas, aber unabhängig davon hatten "Volk und Regierung Vietnams das volle Recht, den Sturz eines Regimes zu fördern, das mit seinen ständigen Überfällen hohe Opfer unter der vietnamesischen Zivilbevölkerung verursacht hat. Niemand konnte ernsthaft vom vietnamesischen Volk verlangen, sich wehrlos abschlachten zu lassen." Auch wird eingestanden, daß Meldungen über blutigen Terror und bestialische Grausamkeiten in Kambodscha während der Pol-Pot Ära "nicht mehr nur als bürgerliche Propaganda" abgetan werden kann. In derselben Ausgabe ist von "Unruhe selbstverständlich auch im KB" die Rede. Es gab "erregte Diskussionen über (die) Stellungnahme des LG zu den Ereignissen; in einigen Fällen ausdrücklich Verweigerung, das Flugblatt mit der Stellungnahme zu verteilen." Der Artikel kommt zu dem Schluß: "Die Ereignisse in Indochina, so ziehen wir unsere Schlußfolgerung, haben die westeuropäische Linke in einer seit längerem schleichenden Krise voll auf dem falschen Bein erwischt und haben uns in unserem Kampf noch ein Stück weiter zurückgeworfen."

Die Krise und ihre Folgen

Nach den Ereignissen in Indochina kehrte auch in Afrika, vor allem in Bezug auf Angola und Mosambik, Ernüchterung ein; die Probleme bei der Sicherung der Macht gegen interne und externe Feinde (v.a. Südafrika

und USA) waren nicht dazu angetan, diese Länder weiterhin als Projektionsfläche für revolutionäre Hoffnungen hiesiger Linker erscheinen zu lassen. Wegen der Rechtsentwicklung in Portugal wich das revolutionäre Pathos auch dort der Ernüchterung. In der BRD war der revolutionäre Hoffnungsträger, der "schlafende Riese" Proletariat, endgültig auf Tauchstation gegangen. Der Bereich "Betrieb und Gewerkschaft" bröckelte ab. Statt dessen entstand die Anti-AKW-Bewegung und in deren Folge "Die Grünen". Schließlich forderte nach Jahren der politischen Kräfteanspannung bei vielen das "Private" seinen Raum.

All dies kumulierte in der Krise des KB, die schließlich in der Spaltung endete. Dies hatte auch für die Internationalismus-Berichterstattung gravierende Auswirkungen. Ganze Kommissionen brachen zusammen. Regionen wie Südostasien und Afrika, über die in den 70er Jahren seitenweise (z.B. sechs AK-Seiten Reiseberichterstattung über Eritrea) berichtet wurde, verwandelten sich in kürzester Zeit zur "terra incognita", zu weißen Flecken auf der Landkarte, wie es im organisationsinternen Bulletin vom Oktober 1983 hieß. Eine rühmliche Ausnahme hiervon machte die Südafrika-Berichterstattung. Über wichtige internationale Ereignisse, wie den Militärputsch im September 1980 in der Türkei, wurde zwar im AK berichtet, die Artikel fanden jedoch nicht mehr die Aufmerksamkeit, die ihnen eigentlich gebührte. Die BRD-Linke konnte gegen den Putsch kaum Leute auf die Straße bringen. Dies markierte das Ende des Internationalismus, wie er in den 70er Jahre entwickelt worden war.

Phase III: 1981-1989 Nachrüstungsbeschluß und Kriegsgefahr

Nach dem Scheitern der revolutionären Hoffnungen trat eine immer pessimistischere Sichtweise in den Vordergrund. So wurde der sog. "Nachrüstungsbeschluß" als Zeichen der "Offensive des Imperialismus" bewertet. Die Politik der Eindämmung seitens der NATO interpretierte man als Versuch, den Krieg gegen die Sowjetunion wieder führbar und gewinnbar zu machen. "Man kann verschiedene Gebiete der Vorbereitungen durchanalysieren und wird immer wieder zum gleichen Ergebnis kommen: Bis spätestens 1990 sind alle Vorbereitungen im Wesentlichen abgeschlossen, und es kann losgehen." (AK 228) In den folgenden Jahren verwandte man große Teile der publizistischen und der nur noch begrenzt vorhandenen organisatorischen Kapazitäten auf die Analyse der Kriegsgefahr, was in die propagandistische Formel "BRD - Raus aus der NATO" mündete. Entwicklungen in Ländern der sog. Dritten Welt wurden auf dieser Folie analysiert.

Aus dieser Einschätzung der aktuellen Kriegsgefahr verstärkte sich im AK eine Politik des Anti-Anti-Kommunismus. In den 70er Jahren hatte sie sich in der Ablehnung der "Drei-Welten-Theorie" gezeigt, welche die UdSSR als die gefährlichere der beiden Supermächte bezeichnet hatte. In den 80er Jahren, als die NATO zum Krieg gegen die Warschauer-Pakt-Staaten rüstete, manifestierte sich der Anti-Anti-Kommunismus des KB darin, daß die Interventionen der SU und ihrer Verbündeten relativ zahm kritisiert wurden. Dies galt sowohl für den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan als auch für die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen. Zwar wurde abstrakt am Selbstbestimmungsrecht der Völker festgehalten und auch die linke Opposition in Polen publizistisch unterstützt, Unwohlsein und Zurückhaltung waren jedoch bei der Behandlung dieser Themen unverkennbar. Die Folge war, daß man sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa lieber nicht beschäftigte.

Selbstkritischer Abschied

von der Kriegsgefahrthese

Als sich herausstellte, daß der prognostizierte Krieg nicht eintreten würde, schrieb kt. in den "Materialien und Rechenschaftsberichten" zum 3. KB-Kongreß (1989) selbstkritisch: "Ein genereller Fehler" scheint mir zu sein, "Entwicklungen nur als linear" wahrzunehmen. Hier wurde in der Tat ein Grundproblem des eigenen analytischen Herangehens angesprochen. Gesellschaftliche Entwicklungen und Widersprüche wurden oft bis zur Unkenntlichkeit vereinfacht.

Wurde in der BRD jede reaktionäre Gesetzesmaßnahme als Beweis für die beschleunigte Faschisierung von Staat und Gesellschaft interpretiert, galt auf internationaler Ebene entsprechendes. Da die Kommunistische Partei Italiens (PCI) unter Berlinguer für den Historischen Kompromiß mit den Christdemokraten unter Aldo Moro eintrat, grenzte sie sich deswegen scharf nach links ab. Dabei unterstützte sie auch repressive Gesetze. Aus diesem Grund wurde die PCI in AK 103 als "Vorkämpferin bei der polizeistaatlichen Unterdrückung der revolutionären Linken und bei der Rechtfertigung der Faschisierung" des italienischen Staates entlarvt. So

entstand ein Stil des Katastropheismus, bei dem immer alles unmittelbar vor der Entscheidung oder auf der Tagesordnung stand: der Krieg, die Faschisierung, die Revolution in Land xyz etc.

Die Methode der Vereinfachung und der Mythenbildung hatte im AK wie in der restlichen Linken viele Facetten. In den 70er Jahren wurde geradezu ein Kult der "Massen" und des "Volkes" betrieben. Auf der anderen Seite der Barrikade sah man lediglich eine kleine verrottete Herrscherschicht oder imperialistische Lakaien. Dieser Dualismus von "Wir" und "Sie" konnte nur durch den bewaffneten Kampf des revolutionären Volkes entschieden werden. Ein anderer Weg schien völlig ausgeschlossen. Ähnlich verhielt es sich mit der kathartischen Wirkung, die man - implizit, nicht explizit! - dem bewaffneten Kampf zusprach. Daß der "neue Mensch" in der Schlacht entstehe, war sowohl bei Che Guevara als auch bei Franz Fanon nachzulesen.

Für Widersprüche, für die Analyse sich langsam verändernder Kräfteverhältnisse oder für die Grenzen imperialistischer Politik war nur wenig Platz. Deswegen war man auch so erstaunt, als es zu den Auseinandersetzungen zwischen Kambodscha und Vietnam kam. Deswegen wollte man es nicht wahrhaben, daß die legendäre salvadorenische FPL-Kommandantin Ana Maria nicht vom Feind, sondern aus den eigenen Reihen aufgrund von Fraktionskämpfen bestialisch ermordet worden war.

Trotz dieser Defizite waren AK und KB viel realistischer als andere ML-Gruppen. Unter Blinden ist der Einäugige König. Aber in vielem war man eben auch unrealistischer als etwa das SB.

Der Verlust irrealer revolutionärer Hoffnungen auf der einen Seite und das Ausbleiben der prognostizierten Entwicklung zum imperialistischen Krieg hatte aber auch seine guten Seiten. Aufgrund der schlechten Erfahrungen versuchte man jetzt, Entwicklungen in anderen Ländern möglichst detailliert darzustellen.

Dies gilt sowohl für die Südafrika- als auch für die Mittelamerikaberichterstattung, die seit 1978 mit dem Erstarken der Sandinisten an die Stelle Afrikas als Schwerpunkt der Berichterstattung trat. Mit weitreichenden Prognosen hielt man sich zurück. Dies hing sicherlich auch damit zusammen, daß die Revolution in Nicaragua und die Befreiungskämpfe in El Salvador und Guatemala nicht als Teil eines weltrevolutionären Entwicklungsprozesses wahrgenommen wurden, sondern vielmehr als Inseln in einem Ozean von Tränen. In diesem Zusammenhang konnte man nicht mehr dieselben Hoffnungen entwickeln wie noch in den 70er Jahren. Vielmehr galt es, die erkämpften Freiräume gegen einen fast übermächtigen Feind zu verteidigen. Dies gilt auch für die publizistische Begleitung der Kampagne der Soli-Bewegung gegen IWF und Weltbank, die ab Mitte der 80er Jahre einen Fokus der Berichterstattung bildete.

Phase IV: 1990 - ... Internationalismus

in den 90er Jahren

Die 90er Jahre stellten die Internationalismusberichterstattung vor völlig neue Herausforderungen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hatte sich Anfang der 90er Jahre weltweit durchgesetzt. In den kapitalistischen Industrieländern konnte der Abbau - oder, wie in England und den USA, die fast vollständige Zerschlagung - des Sozialstaats noch einigermaßen abgefedert und modifiziert werden. In den Ländern der sog. Dritten Welt sah dies anders aus. Hier hatte der Siegeszug des Neoliberalismus, der an die Stelle des Konzepts der Nachholenden Industrialisierung trat, eine weitere Ausdifferenzierung dieser Länder zur Folge. Der Versuch, sie mittels IWF- und Weltbank-Auflagenpolitik konkurrenzfähig für den Weltmarkt zu machen, scheiterte. Die von diesen Institutionen vorgeschlagenen Rezepte, wie Abbau von Sozial- und Gesundheitsausgaben, Abschaffung der Handelszölle oder Abwertung der Währungen verschärften den Prozeß der sozialen Polarisierung in vielen Ländern der sog. Dritten Welt. So wurden ganze Regionen - wie etwa der Großteil Afrikas - zum internationalen Sozialfall. Die internen Auseinandersetzungen um Macht und um die geschrumpften materiellen Ressourcen verschärften sich bis hin zu blutigen Bürgerkriegen, wie in Somalia, Ruanda, Burundi, Liberia, Jugoslawien, Haiti sowie - mit Besonderheiten - im Irak. Durch die einseitige Parteinahme Deutschlands in Jugoslawien zugunsten Kroatiens oder Frankreichs in Ruanda zugunsten der machthabenden Hutu-Kreise wurden diese Konflikte noch massiv verschärft.

Verarbeitung der Konflikte

In den kapitalistischen Ländern wurde auf diese Konflikte mit Verständnislosigkeit reagiert. Ein Gefühl der Unübersichtlichkeit herrschte vor. Dies lag vor allem daran, daß man überhaupt nicht versuchte, die Ursachen für diese Konflikte zu analysieren. Statt dessen wurden all diese Auseinandersetzungen in die Schublade

"Ethnische Konflikte" gesteckt. Der unsägliche heute-journal Moderator Wolf von Lojewski (ZDF) brachte das herrschende Verständnis angesichts der Massaker 1994 in Ruanda am sinnfälligsten zum Ausdruck: Dort würden sich - so Lojewski - Hutu und Tutsi "wie Kannibalen" gegenseitig abschlachten. Kein Wort über die sozio-ökonomischen Hintergründe der Konflikte; kein Wort darüber, daß die Massaker aus machtpolitischem Interesse von langer Hand mit tatkräftiger logistischer und militärischer Unterstützung Frankreichs geplant waren. Kein Wort darüber, daß "Hutu" und "Tutsi" früher soziale Kategorien zum Ausdruck brachte und die Verwandlung in ethnische Begriffe erst in der Kolonialzeit und später durch die "Teile und Herrsche"-Politik der Belgier und Franzosen durchgedrückt wurde. Auch im Jugoslawien-Konflikt war die "Ethnisierung sozialer Konflikte" das vorherrschende Interpretationsschema.

Eine ähnliche Position ist in linksliberalen Kreisen, vor allem bei den Grünen, zu finden. Die Abkehr von einer marxistischen Gesellschaftsanalyse leistete der ethnisierenden Wahrnehmung der Konflikte Vorschub. Die Unterstützung der USA/UNO/NATO im zweiten Golfkrieg gegen den Irak und die ständige Forderung nach Militärintervention zugunsten Kroatiens und Bosniens im Jugoslawienkrieg stellten eine neue Qualität dar. Dabei schreckte man auch vor den infamsten Argumentationen nicht zurück. Eines der wichtigsten Elemente waren dabei die ständigen Analogien zum Faschismus: Saddam = Hitler; Milosevic/Karadzic = Hitler; die faschistische Regierung des Iraks und von Serbien; der drohende Holocaust etc.

Wenn diese Regierungen faschistisch sind, so wurde argumentiert, so könne auch nicht mehr am Nachkriegskonsens der Linken, dem Schwur von Buchenwald "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" festgehalten werden. Der Faschismus ist bereits da. Deshalb kann es jetzt nicht mehr darum gehen, ihn im Vorfeld zu verhindern. Jetzt geht es nur noch um das existentielle Entweder - Oder! Entweder Faschismus oder Krieg. Und dieser ist dem Faschismus allemal vorzuziehen. Diejenigen, die für die Intervention der Alliierten gegen das faschistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg sind, machen sich unglaubwürdig, wenn sie jetzt den Krieg gegen das irakische faschistische Regime oder die Intervention im Jugoslawien-Krieg zugunsten Bosniens und Kroatiens ablehnen. Gegen dieses Argument kann man u.E. nicht prinzipiell argumentieren. Im Kontext des 2. Golfkrieges und des Jugoslawienkrieges wurde es aber vor allem von Realo-Grüner Seite instrumentalisiert, um ihre Anpassungs- und Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Diese Position führte aber in der Konsequenz zu einer totalen Verharmlosung der Interessen und Politik der westlichen imperialistischen Staaten. Als Folge der "Normalisierung" durfte sogar Deutschland wieder militärisch mitmischen, angeblich nur zugunsten der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Neubewertung der UNO

Vor allem die UNO wurde jetzt Gegenstand einer erstaunlichen Neuinterpretation. Sie wurde nun relativ wertneutral als System kollektiver Sicherheit betrachtet, mit dem Sicherheitsrat als Quasi-Weltregierung, der mit den zur Verfügung gestellten Streitkräften als Quasi-Welt-Exekutivgewalt eine weltweite Zivilgesellschaft sichern oder durchsetzen soll. Vergleicht man diese Sichtweise mit der tatsächlichen Politik der UNO in den Konflikten seit 1989, so hat diese Position mit der Realität sehr wenig, mit Wunschträumen aber sehr viel zu tun.

Allerdings gibt es durchaus Argumente für eine differenzierte Betrachtung der UNO. Die jährlichen UNDP-Berichte (United Nations Development Program) legen durchaus ihre Finger in die Wunden der herrschenden Weltwirtschaftspolitik. Nur vergißt dieses Argument, zwischen harten und weichen UN-Institutionen zu unterscheiden. Im Anschluß an Gramscis Staatsdefinition, derzufolge der Staat sinngemäß bewaffnete Gewalt (Polizei, Militär) gepanzert mit Hegemonie (Schule, Kirche und sonstige ideologische Apparate) ist, könnte man sagen: die UNO ist im Kern imperialistische Macht (Sicherheitsrat, IWF/Weltbank und GATT), legitimiert durch gewisse Freiräume in anderen UN-Institutionen (UNICEF; FAO; UNDP u.a.). Entscheidend für die Weltwirtschaftspolitik sind nun einmal die Vorgaben von IWF und Weltbank und nicht die UNDP-Analysen.

Nach 1989 zogen viele Aktive ihre Konsequenzen und verabschiedeten sich von der Internationalismusbewegung. Sie gründeten zahlreiche Lobbygruppen, die zum Ziel hatten, mittels "konstruktiven" Dialogs und kraft besserer Argumente auf die politischen Entscheidungsträger in der

Bundesregierung und bei den supranationalen Institutionen Einfluß zu nehmen. Bevorzugtes Politikfeld waren dabei die großen UN-Konferenzen der letzten Jahre.

Auch in gewissen linksradikalen Kreisen gibt es heute eine Neigung zu vereinfachten Konfliktanalysen. Hier wurde der Spieß einfach umgedreht und die Kriege oft, wie etwa in Jugoslawien, auf das unmittelbare Interesse der imperialistischen Staaten, und hier vor allem Deutschlands, zurückgeführt, ohne die inneren gesellschaftlichen Widersprüche in den jeweiligen Staaten genau zu analysieren.

Stärken und Schwächen von KB und AK/ak

Das Ende der Blockkonfrontation sowie der weltweite Siegeszug des Neoliberalismus stellte die geschwächte Linke vor die Aufgabe, taugliche Analyseraster zu entwickeln, die einerseits erlauben, die neu aufgebrochenen Konflikte zu verstehen und andererseits nicht ausblenden, daß alte Konfliktlinien weiterhin aktuell sind.

Es gehört zu den Verdiensten von KB und "Arbeiterkampf bzw. analyse & kritik, angesichts der periodischen Rückzugs- und Abschwörerwellen sowie der politischen Umbrüche seit 1989 einigermaßen klaren Kopf behalten und die positive Bezugnahme auf Befreiungsbewegungen nicht aufgegeben zu haben. Neue Konfliktherde und Bewegungen finden in der Zeitung Beachtung. So wurde bereits in ak 362, die zwölf Tage nach Beginn des Zapatistenaufstandes erschien, über dieses Ereignis ausführlich berichtet. Dagegen sind Afrika und Asien in der Berichterstattung leider deutlich unterrepräsentiert. Heute erfolgt die Unterstützung der Befreiungsbewegungen vor allem publizistisch, teilweise leisten KB-Leute, bzw. Leute aus dem Umfeld des ak, auch praktische Hilfe.

Seit den achtziger Jahren ist allerdings der Tonfall verhaltener. Auf apodiktische Parolen im Stile von "Der Sieg ist gewiß" wird verzichtet. Sozialen Bewegungen, die ohne Waffen kämpfen, wird mehr Beachtung geschenkt. Wenn ak heute über Befreiungsbewegungen berichtet, sei es etwa in Südafrika, Mittelamerika, Chiapas, im Nahen Osten, auf den Philippinen oder Bougainville (Papua-Neuguinea), so geschieht dies in dem Wissen, daß diese unter den gegenwärtigen Umständen bestenfalls begrenzte Teilerfolge erringen können. Vor diesem Hintergrund wird ein Schwerpunkt auf die detaillierte Darstellung und Analyse der jeweiligen Friedensverhandlungen gelegt.

Eine Schwäche besteht darin, daß die Prozesse, die in der Vergangenheit solidarisch begleitet wurden und dann, wie in Angola, Mosambik, Zimbabwe oder Nicaragua, aus den unterschiedlichsten Gründen scheiterten, nur höchst unzureichend weiter beobachtet werden. Ein weiteres Defizit: Unterschiede in der politischen Strategie und insbesondere das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten und revolutionären Tendenzen in den jeweiligen Bewegungen wird häufig nicht genau genug herausgearbeitet. Eine lebendige Linke, die sich die Köpfe darüber heiß redet, existiert derzeit nicht, so daß Autoren und Autorinnen, vielfach Einzelpersonen mit Spezialkenntnissen, sich primär auf die ak-Leserschaft beziehen müssen. Diese reagiert jedoch nur selten. Andererseits ist auch die (Länder-) Solidaritätsbewegung von einer weitgehenden Diskussionsmüdigkeit geprägt. Eine kontroverse Auseinandersetzung um sich widersprechende Ansätze wird vielfach nicht gewünscht, da befürchtet wird, daß die angestrebte gemeinsame Praxis in Frage gestellt werden könnte.

Eine weitere Schwäche ist die mangelnde Fähigkeit, den Nachwachsenden, die beispielsweise heute die Chiapas-Solidarität tragen, die im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte gewonnenen Einsichten in die Spielräume aber auch engen Grenzen "nationaler Befreiung" zu vermitteln. Diese diskutieren erneut relativ oberflächlich - beispielsweise auf dem Chiapas-Kongreß in Berlin im Juni 1996 - so, als hätte es die Erfahrungen mit Nicaragua, El Salvador, Angola oder Vietnam nicht gegeben. Dieser Mangel an Erfahrungsvermittlung birgt die Gefahr, daß sich abwechselnde Generationen junger Leute immer wieder denselben wirklichkeitsfremden Bildern hinterherhoffen mit der zwingenden Folge, daß schon wenige Jahre danach Enttäuschung und Abkehr vom Objekt der Begierde vorprogrammiert sind. Offenkundig ist eine Zeitung wie ak viel zu schwach, um die destruktive Wellenbewegung von Illusion - Abschwören - Illusion und wieder Abschwören aufzubrechen.

Die Hauptschwäche der ak-Berichterstattung wie auch der verbliebenen Linken liegt jedoch nicht in der mit falschen Erwartungen befrachteten Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen. Sie liegt vielmehr im Unvermögen, mit der nötigen Detailkenntnis und argumentativen Durchschlagskraft diejenigen Konflikte zu analysieren, die seit dem 2. Golfkrieg als Katalysatoren der UNO/ NATO/Bundeswehrinterventionsdebatte

dienen mußten. Zwar liefen KB-Mehrheit und ak nicht wie so viele andere Hals über Kopf ins Lager der Bellizisten über, als Saddam Hussein in Kuwait zündelte oder die Bundeswehr in Somalia mit dem Gewehr im Anschlag mittlerweile lange versandete Brunnen buddelte. In den Fällen Somalia, Ruanda, Liberia oder jetzt auch Ost-Zaire hinkt die ak-Berichterstattung den Ereignissen sowie der (Bundeswehr-) Interventionsdebatte jedoch weit hinterher oder fehlt sogar völlig.

Diese Konflikte, die durchwegs sehr vielfältige und zum Teil widersprüchliche Facetten aufweisen, sind ohne die nötigen Vorkenntnisse kaum zu analysieren. Im ak-Umfeld sind diese Kenntnisse jedoch sehr rar. So gerät die Zeitung in die paradoxe Lage, daß sie über Konfliktherde, mit denen die Militarisierung der BRD-Außenpolitik begründet wird, nur sehr unzureichend berichten kann. Das Ergebnis: Verunsicherung, Verwirrung und politische Lähmung, die durch die Berichterstattung der Massenmedien hervorgerufen und durch die Interventionsbejahung bei Grünen und taz verstärkt werden, kann nicht entgegengewirkt werden. Es wäre zu prüfen, ob sich durch die Wiederbelebung einer Kommissionsarbeit diese gravierenden Schwächen in Analyse und Berichterstattung lindern ließen.

Al./ef., Nov. 1996

Anmerkung:

1) Bei den Pariser Friedensverhandlungen, die von 1968 bis 1973 dauerten, versuchten die beiden vietnamesischen Staaten und die USA, eine politische Lösung des Konflikts zu finden. Der 1973 unterzeichnete Vertrag sah u.a. den Abzug der amerikanischen Truppen vor.

21. Grüne, Wahlen, Bündnisqualen. KB-Bündnispolitik und alternative Wahlbewegung

Autor: Js. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:01

Wer sich Mitte der 70er Jahre in der westdeutschen Linken zurechtzufinden versuchte, bekam vom Kommunistischen Bund (KB) u.a. folgende Orientierungshilfe: "Die Politik breiter Bündnisse ... bildet ‚historisch` einen unserer Haupt-Bruchpunkte gegenüber dem ‚ML`-Spektrum ..." Gegenstand dieses Artikels ist die KB-Bündnispolitik in der "alternativen Wahlbewegung", deren erste Anfänge in das Jahr 1977 zurückreichen. Harmonisch ging es dabei nur selten zu.

Im Dezember 1978, der Kommunistische Bund (KB) debattierte seit Monaten seine erste große Krise, wurde auf einem sog. Vorkongreß Rückschau gehalten auf die sieben Jahre seit Gründung der Organisation. Der ausführliche Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums (LG) behandelte als fünften von insgesamt acht Schwerpunkten "Bündnispolitik und Beteiligung unserer Organisation an Wahlen". Der Abschnitt beginnt mit dem Satz: "Bündnispolitik ist seit KB-Gründung ein Schwerpunkt unserer Arbeit gewesen".

Drei Bereiche waren dabei in den Anfangsjahren zu unterscheiden: Bündnisangebote an SPD und Gewerkschaften mit dem Ziel, die "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" herzustellen; Bündnisangebote an die DKP, die damals mitgliederstärkste Organisation der Linken, die sich jeder Zusammenarbeit mit "Linksradikalen" verweigerte (Unvereinbarkeits-"These 41" des DKP-Parteivorstands); Bündnisse von "Demokraten und Kommunisten gegen die Faschisierung". Mit diesen Bemühungen stand der KB innerhalb der kommunistischen Bewegung allein da. Namentlich die "ML"-Gruppen (KPD/ ML, KPD/AO, KBW u.a.) lehnten Bündnisse mit "Reformisten" und "Revisionisten" grundsätzlich ab. Bei Parlamentswahlen kandidierten sie allein, um ihr unverwässertes Programm zur Abstimmung zu stellen - und kamen über 0,1% der Stimmen kaum hinaus.

"Kommunisten und Wahlen" - die Anfänge

Der KB, der bei der Bundestagswahl 1972 zur Wahl der SPD aufgerufen hatte, diskutierte erstmals 1974 über eine eigene Wahlbeteiligung. In diesem Jahr hatte die personell und politisch schwache KPD/ML bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 3000 Stimmen (0,3%) erreicht. 1976 scheiterte der Versuch des KB, bei der Bundestagswahl gemeinsam u.a. mit der trotzkistischen GIM ("Gruppe Internationaler Marxisten") und dem Sozialistischen Büro (SB) eine linke Liste zu bilden. Folgenlos blieben auch die in Teilen der Linken geführten Diskussionen um eine Massenpartei links von der SPD. Der KB stand bereit, in einer solchen linkssozialdemokratischen oder eurokommunistischen Partei mitzuarbeiten, um "einen möglichst relevanten Einfluß des KB innerhalb einer solchen Linkspartei herzustellen, ohne allerdings dabei unseren Charakter als revolutionäre Kaderorganisation aufzugeben". (LG-Rechenschaftsbericht)

Statt dessen waren die ersten Ansätze der "alternativen Wahlbewegung" mehr oder weniger deutlich grün eingefärbt. Ihre TrägerInnen kamen vor allem aus der Anti-AKW-Bewegung, die 1976/77 bundesweit zur Massenbewegung wurde. Erste Wahlerfolge gab es 1977, dem Jahr der gegen Verbote und massive Polizeieinsätze durchgesetzten Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf, Grohnde und Kalkar. Im niedersächsischen Hameln/Bad Pyrmont, unweit der AKW-Baustelle Grohnde, und in Hildesheim zogen im Oktober 1977 erstmals AKW-GegnerInnen in Kommunalparlamente ein (es gab keine Sperrklausel). Die 5%-Hürde wurde erstmals im April 1978 in den schleswig-holsteinischen Landkreisen Nordfriesland und Steinburg (Brokdorf) übersprungen.

Von Anfang an gab es in vielen grün-alternativen Wählerinitiativen Streit um die Mitarbeit von Kommunisten und anderen Linken, insbesondere von Mitgliedern des KB, der als einzige kommunistische Gruppierung organisiert in der Wahlbewegung mitarbeitete. In einer Grundsatzerklärung "AKW-Gegner und Parlamentswahlen" hatte der KB im Oktober 1977 sein aktives Eingreifen in die Wahldiskussion angekündigt und für die Hamburger Bürgerschaftswahl ein breites Initiativenbündnis befürwortet. (Der Aufruf stand auf der Titelseite von AK 116, dem legendären "Stammheim-AK", direkt unter den Bildern von Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe und der Schlagzeile "Wir glauben nicht an Selbstmord". Diese

Titelseite zeigt anschaulich die Rolle des KB als Bindeglied zwischen "bürgerlich-demokratischen" und "revolutionären" Kräften.)

Einige Listen gaben sich schon kurz nach ihrer Gründung antikommunistische Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Die von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl gegründete "Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) trat von vornherein als rechte Honoratiorenpartei an; Antikommunismus und Staatstreue gehörten zum Programm. In der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) Niedersachsen tummelten sich sowohl Linke als auch Reaktionäre - zusammengehalten allein durch den Zwang der 5%-Hürde.

Schon damals war klar, daß diese allzu breit angelegten Bündnisse auf Dauer nicht bestehen konnten. Über Struktur und politische Ausrichtung eines bundesweiten grün-alternativen Wahlbündnisses würden wesentlich die auf kommunaler und Landesebene erzielten Ergebnisse entscheiden. Der KB nahm die Herausforderung an und setzte in Hamburg das Konzept der Bunten Liste durch - gegen Widerstände auch in den eigenen Reihen. Vielen KB-Mitgliedern war das Wahlergebnis nicht so wichtig und das Initiativenbündnis nicht links genug.

Die 3,5% der Bunten Liste bei der Bürgerschaftswahl im Juni 1978 waren zwar achtbar, aber doch enttäuschend. Eine konkurrierende rechte Grüne Liste kam - fast ohne Wahlkampf - auf 1%, während gleichzeitig die GLU in Niedersachsen 3,9% holte.

Im Arbeiterkampf wurde nach den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen von der Redaktion ein "Ausrichtungsartikel" mit der Überschrift "Kommunisten und Wahlen - eine erste Bilanz" plaziert, mit dem vor allem der in der Linken (und Teilen des KB) verbreitete "primitive Antiparlamentarismus" bekämpft werden sollte. Zu diesem Zweck wurde auf Lenins zeitlos richtige Argumente gegen den "linken Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" zurückgegriffen, aber auch die konkrete Situation der BRD analysiert. Der "Hauptwert einer kommunistischen Bündnispolitik bei den Wahlen" wurde in dem "Angriff auf das etablierte Parteiensystem" gesehen, in der Bündelung des Protestpotentials für eine fortschrittliche Alternative. Andere Linke wurden zur Einmischung aufgefordert, damit bei den Bundestagswahlen 1980 nicht einer "systemkonformen Pseudo-Protestpartei das Feld überlassen" bleibe.

Dieser Aufruf hatte nur wenig Resonanz. Die Grüne Liste Hessen (GLH) etwa wurde bei ihrer Kandidatur im Oktober 1978 zwar von Daniel Cohn-Bendit, nicht aber von Joschka Fischer unterstützt. Abseits standen neben den K-Gruppen auch die meisten Gruppierungen der "undogmatischen Linken". SB und GIM argumentierten scheinbar von links gegen die grün-alternativen Listen - um der Konfrontation mit der SPD aus dem Weg zu gehen oder gar offen für die SPD zu werben. In Westberlin versuchte die KPD/AO die Alternative Liste (AL) zu dominieren; eine antikommunistische Kampagne gegen die angebliche "KPD-Tarnorganisation" AL konnte nicht verhindern, daß die AL bei den Abgeordnetenhauswahlen im März 1979 3,9% erreichte und in mehrere Bezirksversammlungen einzog.

Grüne Einheit - linke Torschlußpanik

Aber dieses Ergebnis reichte ebensowenig wie Erfolge lokaler Alternativer Listen in NRW aus, um dem Trend zur "grünen Einheit" Entscheidendes entgegenzusetzen. Bei den ersten Europawahlen im Juni 1979, die von den Linken (den KB eingeschlossen) aus prinzipiellen Gründen boykottiert wurden, erreichte eine rein grüne Liste (getragen vor allem von AUD, GAZ und GLU) mit 3,2% ein überraschend gutes Ergebnis; in einigen Universitätsstädten wurde die 5%-Marke übersprungen. Dieses Ergebnis und vor allem die Landtagswahl in Bremen im Oktober 1979 stellten die Weichen in Richtung Grün. In Bremen kam es wegen der anti-linken Ausgrenzungspolitik der Grünen zur Konkurrenzkandidatur von Bremer Grüner Liste (BGL) und AL, die die BGL mit 5,1% gegen 1,4% für sich entschied. Zum ersten Mal zogen Grüne in ein Landesparlament ein, unterstützt von der taz (Klaus Wolschner), einem "Initiativkreis Links für Grün" (Jo Müller) und Rudi Dutschke. Die Spaltung war da, und die Linken hatten eindeutig - "der Wähler" wollte es so - die schlechteren Karten. Die weitere Entwicklung war vorgezeichnet. Rudolf Bahro forderte KB und KPD/AO auf, ihre Organisationen aufzulösen. In der Linken griff Torschlußpanik um sich. Der "Zug der Lemminge" begann: Die schlimmsten Sektierer verwandelten sich in die grünsten Grünen, allen voran Kader der KPD/AO, die sich Anfang 1980 auflöste.

Auch der KB wurde vom grünen Gründungsfieber erfaßt. Die ZL-Fraktion (später Gruppe Z) spaltete sich im Herbst 1979 zwar deshalb vom KB ab, weil sie dessen politisch-ideologischen Pluralismus (u.a. "feministische

Grauzonen") nicht länger tolerieren und statt dessen deutlich sichtbar leninistische "Konturen ziehen" wollte. Aber kurz darauf wendete sie sich den Grünen zu und behauptete mit einigem Erfolg, sie sei gerade deswegen aus dem KB ausgeschlossen worden. Rechte Grüne witterten ein Komplott: Die angebliche Spaltung sei ein Spiel mit verteilten Rollen, um die Grünen von innen und von außen in die Zange nehmen zu können. Dem war leider nicht so.

Die KB-Spaltung hatte auf beiden Seiten schwere Verletzungen verursacht. An Absprachen, gar eine "Arbeitsteilung" beim Einwirken auf die im Januar 1980 gegründete Partei Die Grünen war nicht zu denken. Der KB und die Gruppe Z standen objektiv in Konkurrenz zueinander; beide mußten beweisen, daß sie mit ihrer Einschätzung der Grünen richtig gelegen hatten. So redete die Gruppe Z die Partei schön und warb sogar um Verständnis für die Rechten. In einem Offenen Brief (AK 171, 11.2.1980) warnte das LG des KB die GenossInnen der Gruppe Z davor, die Rolle von "Kronzeugen" gegen den KB zu spielen und weiter ausschließlich auf die Grünen zu setzen: "Ein Fehlschlag der Grünen Partei würde die totale Investition, die ihr dort an Personen, Arbeitskraft und politischen Festlegungen eingesetzt habt, zunichte machen."

Der KB setzte gegenüber den Grünen auf Entlarvung und Abgrenzung - wozu diese reichlich Anlaß boten. Auf dem Frankfurter Beratungskongreß der Bunten und Alternativen Listen (Dezember 1979) wurden, vom KB maßgeblich unterstützt, politische Forderungen ("Essentials") an die Grünen beschlossen. Der Fehler lag in der ultimativen Forderung an die Grünen, diese Essentials müßten für die ganze Grüne Partei verbindlich sein - statt sie klar als Plattform einer linken Minderheitsfraktion innerhalb der Partei zu definieren. Die Grünen hätten allerdings auch das nicht akzeptiert: Beim Gründungskongreß in Karlsruhe (Januar 1980) wurden die autonom bestimmten Delegierten der Bunten und Alternativen Listen nicht zugelassen.

Damit war die Spaltung der Wahlbewegung vollzogen. Sie ließ sich auch nicht mehr rückgängig machen, als sich die Grünen im März 1980 (Saarbrücker Parteitag) ein vergleichsweise fortschrittliches Programm gaben und die Rechten (Gruhl, Springmann, Dinné etc.) in die Minderheit gerieten und später unter Wutgeheul die Partei verließen.

Anläßlich der Bundestagswahl im Oktober 1980 (Kandidatur von Strauß) rief der Arbeiterkampf auf, "alternativ" zu wählen und entweder den Grünen oder der DKP die Stimme zu geben. Die Grünen erreichten mäßige 1,5% und beschäftigten sich in der Folgezeit vor allem mit sich selbst: Jetzt ging es der Gruppe Z an den Kragen, die in der Gründungsphase die Rolle des nützlichen Idioten gespielt und für den bedingungslosen Eintritt der Linken getrommelt hatte. KB und AK unterdrückten die Schadenfreude und solidarisierten sich mit den Verfolgten. Die Kraftprobe endete mit einem Kompromiß: Die Gruppe Z durfte bleiben, löste sich aber als Fraktion (mit sichtbaren politischen und organisatorischen "Konturen") immer mehr auf. Einzelpersonen aus ihren Reihen, allen voran die Genossen Ebermann und Trampert, hatten noch jahrelang einflußreiche Positionen inne.

Grünenfeindlicher Enthüllungsjournalismus?

Schon anläßlich des Saarbrücker Programm-Parteitags (März 1980) hatte die AK-Redaktion versucht, die Konfrontation mit den Grünen abzuschwächen. Der Artikel zum Parteitag endete mit folgendem fettgedruckten Satz: "Für den KB und andere linke Kräfte, die bisher wesentlich außerhalb der Grünen Partei geblieben sind, wird nach dem Saarbrücker Parteitag erneut zu überdenken sein, ob sie jetzt durch eine Mitarbeit in der Grünen Partei und Stärkung des linken Flügels gegen die Revanchegelüste der Rechten und gegen allzu große ‚Kompromiß`-Freudigkeit einiger Linker dem Vorankommen der alternativen Wahlbewegung besser dienen können." (AK 174, 24.3.1980) Diese vorsichtige Ankündigung einer Kurskorrektur war eine kleine Sensation - und in der KB-Mitgliedschaft äußerst umstritten. Auch nach einem wenig später gefaßten formellen Beschluß zu verstärkter Mitarbeit bei den Grünen traten nur wenige KB-GenossInnen in die Partei ein.

Im Arbeiterkampf wurde doppelgleisig verfahren. Rechte Machenschaften wurden enthüllt, mitunter zum Leidwesen linker Grüner, die manches nicht "hochspielen" wollten. Andererseits versuchte die AK-Redaktion, auch über Interviews mit linken Grünen, die "Revanche der Rechten" zu behindern. Die Rubrik Wahlen bzw. Grüne & Alternative umfaßte regelmäßig mehrere Seiten. Hier wurde keineswegs - wie ein prominenter Z-Funktionär damals kritisierte - ausschließlich grünenfeindlicher "Enthüllungsjournalismus" betrieben, sondern mindestens gleichberechtigt eingreifender Journalismus, dessen Ziel es war, die Grünen nach links zu drängen.

Selbst für die wüstesten Antikommunisten bei den Grünen gehörte der Arbeiterkampf damals zur Pflichtlektüre. Deren Auftritte auf grünen Versammlungen waren lustig anzuschauen, wenn sie geifernd einschlägige Passagen zitierten. Aber die Entwicklung der Grünen Partei insgesamt war auf diese Weise natürlich nicht nennenswert zu beeinflussen. Direkten Einfluß auf die grün-alternative Politik hatte der KB nur noch in einigen dezidiert linken Listen, vor allem in Hamburg (Bunte Liste, später GAL) und Westberlin (AL).

Gemessen an der Gesamtpartei waren die AL oder die GAL deutlich links angesiedelt. Aber auch hier gab es immer wieder heftige Auseinandersetzungen um die "Linie", z.B. in der "Gewaltfrage".

Die Erfindung der Tolerierungspolitik

Anfang der 80er Jahre machte in den grün-alternativen Listen das Schlagwort von der "Professionalisierung der Parlamentsarbeit" die Runde. Der KB hielt am alternativen Gründungskonsens fest und verteidigte das Modell vom "außerparlamentarischen Standbein" - das sich, in den lokalen Listen wie auch in der Grünen Partei, schnell als Illusion erwies. Erfolgreicher war das vom KB anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahlen 1982 erfundene Tolerierungskonzept: Der SPD wurden die Stimmen der GAL-Abgeordneten bei der Wahl des Bürgermeisters zugesagt, wenn die SPD als Gegenleistung einen Katalog von Minimalforderungen erfüllen würde. Diese Taktik ermöglichte eine öffentliche Debatte um die inhaltlichen Forderungen der GAL. Wie vorauszusehen (und von den meisten Beteiligten beabsichtigt), kam Rot-Grün in Hamburg nicht zustande, auch nicht als Tolerierungsbündnis ohne direkte Regierungsbeteiligung der GAL.

Die weitere Entwicklung der Grünen zum pflegeleichten Juniorpartner der Sozialdemokratie ist bekannt. Die hessischen Grünen, 1982 noch "fundamentaloppositionell" argumentierende Kritiker der Hamburger Linie, machten den Anfang. Gegen ein paar Minister- und Staatssekretärsposten verzichteten die Grünen fortan weitgehend auf oppositionelles Profil. Wieder einmal mußte der AK das Schwergewicht auf die "Entlarvung" legen. Genützt hat es wenig - auch dieser "Zug der Lemminge" war und ist nicht aufzuhalten.

Neue Hoffnung auf eine links konturierte Wahlpartei keimte 1982, als sich im Zuge der Auseinandersetzung um die NATO-"Nachrüstung" linke Sozialdemokraten von der SPD lösten und die Demokratischen Sozialisten (DS) gründeten. Nicht wenige KB-Mitglieder waren an diesem Unternehmen beteiligt, das allerdings schon bald kläglich scheiterte. Mit einer deftigen Niederlage endete im September 1983 auch die Konkurrenzkandidatur der Betrieblich Alternativen Liste (BAL) gegen die Grünen in Bremen. Die BAL, an der auch die DKP beteiligt war, erreichte nur 1,4% (Die Grünen: 5,4%; BGL: 2,4%).

Auf absehbare Zeit waren nur die Grünen in der Lage, die 5%-Hürde zu überspringen. Im März 1983 gelang das auch auf Bundesebene. Der Wahlaufruf für die Grünen war im KB kaum noch umstritten. Begründet wurde er mit der von der NATO-"Nachrüstung" ausgehenden Kriegsgefahr, angesichts derer auch die "Oma von nebenan" zur Wahlurne "geschleppt" werden müsse, damit sie "ein grünes Kreuz für die weiße Taube " mache (Titelseite von AK 229, 10.1.1983). Die letzte AK-Ausgabe vor der Wahl erschien mit dem Aufmacher "Die Grünen in den Bundestag!"

Die Auseinandersetzung mit der grünen Friedenspolitik (die diesen Namen nicht immer verdiente) bildete einen Schwerpunkt der publizistischen Begleitung der Grünen im Arbeiterkampf. Wo friedensfeindliche Machenschaften grüner Exponenten gebrandmarkt wurden, geschah das immer in der Absicht, den pazifistischen und antimilitaristischen Flügel der Grünen zu stärken. Neben den Vaterlandsverteidigern von der ehemaligen KPD/AO, die einseitige Abrüstung der Sowjetunion forderte, wurden auch die grünen Wiedervereiniger im AK hart angegangen; Ex-General Bastian, der die Anschaffung eines angeblich rein defensiven Hubschraubers durch die Bundeswehr befürwortet hatte, wurde "ein grünes Ja zum Massenmord" vorgeworfen.

Auch in der sozialen Frage wurde im AK polarisiert, um die Verzichtsprediger ("Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen") zu isolieren und die Unterstützer gewerkschaftlicher Forderungen ("35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich") zu stärken. Dabei spielte allerdings auch die Hoffnung mit, die grüne Partei werde an ihren unvereinbaren Positionen auseinanderbrechen und einem dezidiert linken Neuanfang Platz machen. Der Opportunismus der linken Grünen und die Fähigkeit der Partei zu Formelkompromissen wurden dabei öfter unterschätzt. Immer mal wieder gab es "linke" Mehrheiten auf den Parteitagen, die allerdings die Macher in den Parlamenten nicht von ihrem "rechten" Treiben abhalten konnten.

In dem Artikel "Vergeßt die Grünen!" (AK 265, 16.12.1985) wurde eine Bilanz linker Politik in der Grünen Partei gezogen: "Die Linken haben keinen qualitativen Sprung nach vorn gemacht, sondern viele haben auch noch vergessen, was sie gelernt hatten. Tausende von Linken haben ihre Arbeitskraft und oft ihre gesamte Person eingebracht, um den grünen Parteiapparat in Gang zu halten" und ihre Zeit in Kommunalparlamenten zu vertrödeln. Der Versuch, eine linke Opposition in der Partei aufzubauen, sei vertane Zeit. Dieser Artikel war im KB umstritten. Bei der Bundestagswahl 1987 wurde nach kontroverser Debatte mehrheitlich beschlossen, diesmal nicht zur Wahl der Grünen aufzurufen.

Die linken Grünen setzten sich in der Partei immer nur vorübergehend durch. Nach der Bundestagswahl 1987 gab es so ein linkes Zwischenhoch, als Thomas Ebermann gegen Otto Schily zum Sprecher der Bundestagsfraktion gewählt wurde. In den folgenden Jahren ging der Einfluß der Linken immer mehr zurück. Nach Ebermann und Ex-Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert, die 1990 endgültig das Handtuch warfen, trat 1991 mit Jutta Ditfurth (ehemals Bundesvorstandssprecherin) die letzte prominente Exponentin der Parteilinken aus den Grünen aus.

"PDS-Option" und "Nie wieder Deutschland"

Auf die Umbrüche der Jahre 1989/90 reagierten der KB und sein Zentralorgan kraß uneinheitlich. Die Minderheitsfraktion (später Gruppe K) machte sich angesichts der deutschen Wiedervereinigung die Forderung Thomas Ebermanns zu eigen, "keine Angst vor Sektierertum" zu haben, und beschränkte sich auf die Mobilisierung der westdeutschen radikalen Linken unter der Parole "Nie wieder Deutschland". Eine weitergehende Bündnispolitik wurde in diesen Kreisen als Opportunismus abgelehnt, der Begriff selbst zum Schimpfwort.

Demgegenüber hielt die Mehrheit es für einen verhängnisvollen Fehler, "alle Kräfte im Hinblick auf politische Zusammenarbeit nur danach zu beurteilen, ob sie prinzipielle Gegner der Wiedervereinigung sind". Ein solcher Rückzug auf sich selbst isoliere die Linke von jeder gesellschaftlichen Basis. So stand es in der von vier ak-RedakteurInnen unterschriebenen Erklärung "Der Streit geht um die Zukunft kommunistischer Politik" (ak 317, 2.4.1990). Dort wurde auch die Erwartung formuliert, die PDS werde "zunehmend eine Ausstrahlung auf die Linke in der BRD" haben und so die Orientierung vieler Westlinker auf die Grünen in Frage stellen. Einzelne Mitglieder der KB-Mehrheit traten in die PDS ein oder arbeiteten eng mit ihr zusammen. Zwei KB-Genossinnen wurden im Dezember 1990 als Kandidatinnen der Linken Liste/PDS in den Bundestag gewählt.

Eine im KB konsensfähige Position konnte zu diesen Wahlen schon nicht mehr gefunden werden. Im ak standen Artikel der Mehrheit ("PDS/Linke Liste: Was sonst?"; "Links wählen ist eine Stimme gegen Großdeutschland") und der Minderheit nebeneinander ("Keine Stimme für Deutschland!"). Mit ihrem Aufruf zum Wahlboykott stellten Teile des KB - 19 Jahre nach seiner Gründung - erstmals den wahlpolitischen Grundkonsens in Frage. Entgegen anders lautenden Gerüchten spaltete sich der KB aber nicht an der Frage "PDS - ja oder nein?", sondern an den oben zitierten tiefen Meinungsverschiedenheiten über die "Zukunft kommunistischer Politik". Leicht überspitzt könnte man es so formulieren: Sollten die Grundlagen der KB-Bündnispolitik weiterhin Gültigkeit haben, oder war durch die Wiedervereinigung eine Situation eingetreten, in der die radikale Linke auf jegliche "Massenpolitik" zu verzichten habe?

Daß die mittlerweile unvereinbaren Politikverständnisse eine fruchtbare Zusammenarbeit unmöglich machten, zeigte sich auch dort, wo es fast nur noch um die Kommentierung von Politik ging: im Jahr des "Dach-ak" (August 1991 bis Juli 1992), als eine aus beiden Fraktionen bestehende Redaktion die Zeitung produzierte. Nach der Auflösung des KB im Frühjahr 1991 verloren auch seine Spaltprodukte (KB-Mehrheit und Gruppe K) ihre Politikfähigkeit.

In der jetzt amtierenden ak-Redaktion und bei den Resten der ehemaligen KB-Mehrheit wurde anläßlich der letzten Bundestagswahl nicht einmal der Versuch gestartet, eine gemeinsame Position zu formulieren. Das lag zwar auch an der mangelnden Brisanz dieser Wahl, die lange vorher entschieden war. Vor allem aber war es wohl die Angst vor den Reaktionen der Leserschaft, die eine Wahlempfehlung für die PDS oder für PDS und Grüne nicht geraten erscheinen ließ. Wozu sich in einer nebenrangigen Frage unnötigen Ärger einhandeln?

Andererseits gehen durch solch opportunistisches Schweigen politische Grundeinstellungen verloren, die - im Rückblick auf die letzten 25 Jahre - zu den wesentlichen Errungenschaften von KB und ak zu zählen sind.

Ein paar Thesen zum Schluß

1. Die Orientierung auf breite Bündnisse unterscheidet den KB wesentlich von allen anderen westdeutschen Gruppierungen mit kommunistischem Anspruch. Ging es den "ML"-Gruppen vor allem darum, sich als revolutionärste Kraft im Lande darzustellen, versuchte die DKP (fast immer erfolglos), sich der SPD an den Hals zu werfen. Die KB-Bündnispolitik setzte auf gemeinsames Handeln von "Demokraten und Kommunisten" - allerdings mit der Erwartung, die Menschen, die einstweilen "nur" gegen Teilaspekte der herrschenden Ordnung (AKWs, Raketen, Abbau demokratischer Rechte) protestierten, würden langsam aber sicher mit dem bürgerlichen Staat insgesamt brechen.

2. Mitte der 70er Jahre erkannte der KB die Chance, das außergewöhnlich stabile Drei-Parteien-System der BRD zu verändern: durch die Zusammenfassung des linken und des "bürgerlichen" Protestpotentials in breiten "bunten" oder "grün-alternativen" Wahlbündnissen. Der KB hatte den Mut und die Kraft, gegen den in der radikalen Linken dominierenden "primitiven Antiparlamentarismus" anzugehen, ausgedrückt in Parolen wie: "Würden Wahlen etwas ändern, dann wären sie verboten" oder "Wer seine Stimme abgibt, hat nichts mehr zu sagen".

3. Die Rechtsentwicklung der alternativen Wahlbewegung war zwar vorauszusehen - wegen der beteiligten Personen und wegen der notorischen Fähigkeit der Herrschenden, linke Opposition in ihr System zu integrieren (siehe die Entwicklung der SPD). Trotzdem war es richtig, daß sich der KB aktiv engagierte und sich nicht auf die Rolle des Kommentators beschränkte.

4. Vom Ergebnis her betrachtet, läßt sich die von KB-Mitgliedern geleistete gewaltige Arbeit für Bunte und Grün-Alternative Listen nur schwer rechtfertigen. Weniger wäre mehr gewesen. Aber: Die von Anfang an bestehende Konkurrenz zwischen Linken und Rechten legte es nahe, mit vollem Einsatz zu agieren. Die Spaltung des KB und der folgende Eintritt der Minderheit in die Grünen verstärkten die Notwendigkeit, in der Wahlbewegung massiv aufzutreten. Mit der Gründung der Grünen Partei wurde das Existenzrecht kommunistischer Organisationen auch von Linken in Frage gestellt, u.a. von Dutschke und Bahro, aber auch von ehemaligen K-Grüpplern (KPD/AO, Gruppe Z).

5. Die Grünen haben ihren Anspruch, linke Opposition zu sein (selbst das war in der Partei immer schon umstritten), weitgehend aufgegeben. Bei der PDS, die diesen Anspruch aufrecht erhält, könnte sich - wenn die SPD nur will - eine ähnliche Entwicklung vollziehen wie bei den Grünen: hin zur zahnlosen Juniorpartnerin und Mehrheitsbeschafferin für immer rechtere sozialdemokratische Politik, Rot-Grün nicht als Reformprojekt, sondern als (etwas) kleineres Übel. Das muß - auch in ak - kritisiert werden.

6. Die Fehler bei der mitunter allzu einseitig kritischen Begleitung der Grünen ("Enthüllungsjournalismus") sollten dabei nicht wiederholt werden. Die Gesamtlinie der PDS läßt sich von links her nicht nennenswert beeinflussen; die PDS besetzt die durch die Rechtsentwicklung der SPD freigewordene Marktlücke und bietet sozialdemokratische Politik an. Sinnvoller, als sie dafür zu verurteilen, ist es, spezielle linke Projekte an die PDS heranzutragen. Das gleiche gilt für die Grünen, wo Einzelpersonen immer noch Bündnispartner für die Linke sind.

Js.

Lob vom Gegner

"Im Rahmen der Kampagnenarbeit des KB übernahm der ‚Arbeiterkampf` seit Mitte der siebziger Jahre die bundesweite Berichterstattung über die Anti-AKW-, Bürgerinitiativ-, ‚Anti-Repressions-` und ‚Wahlbewegung`; in dieser Funktion kann er als Vorgänger der ‚taz` gelten. Ohne daß er deshalb die Propagierung der KB-Ziele aufgegeben hätte, relativierte diese Aufgabe seinen Charakter als platt-agitatorisches ‚Zentralorgan`; zutreffender wäre er als ‚zentrale Publikation` des KB zu bezeichnen. Für eine Arbeit zur Parteigeschichte der GRÜNEN ist der ‚Arbeiterkampf` unentbehrlich, da er die Entwicklung der Partei von den ersten Anfängen an begleitet hat."

Rudolf van Hüllen: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn (Bouvier) 1990, S. 491

"Taktisches" und strategisches Konzept von Bündnispolitik

Daß Kommunisten lediglich ein "taktisches Verhältnis" zur Bündnispolitik hätten, ist nicht bloß ein bekanntes antikommunistisches Vorurteil, sondern entspricht auch dem Verständnis mancher Genoss(inn)en.

"Taktisches Verhältnis" ist dabei so zu begreifen, daß um - oft sogar bloß scheinbarer! - kurzfristiger Vorteile willen von den Kommunisten eine Politik gegenüber Bündnispartnern betrieben wird, die ihnen längerfristig das Bündnis mit diesen Kräften verbaut und es ihnen überhaupt immer schwerer macht, noch Bündnispartner zu finden.

Zum "taktischen Verhältnis" gehört als krassester Ausdruck die Meinung, es sei nicht bloß das Recht, sondern sogar die Pflicht von Kommunisten, gegenüber Bündnispartnern eine "Machtpolitik" zu betreiben, Bündnispartner gegebenenfalls zu betrügen und auszumanövrieren, zentrale Positionen möglichst vollständig mit "eigenen Leuten" zu besetzen usw.

Zum "taktischen Verhältnis" gehört aber beispielsweise auch die Tendenz, Dinge sehr schnell allein zu machen, wenn die Bündnispartner unserer Meinung nach nicht schnell genug "in die Puschen kommen". Es gehört dazu die Tendenz, Bündnispartner zu verheizen, sie für alles und jedes einspannen zu wollen. Ist beispielsweise von dieser oder jener "Persönlichkeit" bekannt, daß sie bereits einmal mit dem KB etwas unternommen hat, so hat sie für viele Genoss(inn)en auch schon den Stempel des bequemen "Geheimtips", statt sich um die Schaffung neuer Kontakte zu bemühen.

Bei aller Liebe zu unseren Bündnispartnern geht es freilich nicht so sehr um Moral, wenn wir uns gegen das "taktische Verhältnis" wenden, sondern vor allem um wohlverstandenes eigenes politisches Interesse. Denn es geht uns, in der Bündnispolitik ebenso wie überall, nicht so sehr um Augenblickserfolge, wie um langfristige Ergebnisse. Das Sektierertum ist im Gegensatz dazu Ausdruck einer Politik, die sich von Aktion zu Aktion hangelt, aber es mit dem strategischen Endziel (sozialistische Revolution) nicht ernst meint.

Wenn wir darauf orientieren, uns als ehrliche, zuverlässige, loyale und diskussionsbereite Bündnispartner zu erweisen (bzw. solche zu werden), so ist das die elementare Voraussetzung, um in den kommenden Jahren ernsthaft Bündnispolitik machen zu können, damit zugleich Voraussetzung kommunistischer Politik überhaupt.

Das bedeutet allerdings nicht, daß es nicht unter Umständen (!) auch nötig sein kann, etwas ohne die Bündnispartner zu tun (wenn diese beispielsweise noch nicht bereit sind, aus Rücksicht auf Dritte zögern etc.), daß es nicht unter Umständen auch richtig sein kann, "Schlüsselpositionen" mit Genoss(inn)en zu besetzen u.a.m. Gemessen werden muß dies aber jeweils an unseren langfristigen Zielen, das heißt: Wir müssen konkret kurzfristige Vorteile und mögliche längerfristige Nachteile gegeneinander abwägen und sehr genau untersuchen, ob ein bestimmtes Verhalten angemessen ist.

Im Bündnis lernen!

Es ist immer noch die Haltung anzutreffen, als hätten "Kommunisten" sozusagen schon durch ihre Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation mehr politisches Verständnis, mehr "Durchblick" als andere Menschen, und von daher den missionarischen Auftrag, den anderen Menschen die "richtigen" Vorstellungen zu vermitteln.

Diese Haltung ist selbstverständlich falsch und erschwert die Entwicklung einer Bündnispolitik. Insbesondere eine relativ junge Organisation wie die unsere hat viel zu lernen, auch von bürgerlichen Demokraten, von Umweltschützern, von jüdischen Antifaschisten, von Liberalen usw. Lernen heißt nicht opportunistische Anpassung, sondern hinhören, diskutieren und kritisch prüfen.

aus: "Demokratischer Kampf und Bündnispolitik" (Unser Weg Nr. 25, Januar 1979)

22. ak aus dem Blickwinkel eines DDR-Lesers

Autor: Jochen Weichold · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:08

Der Anruf kam überraschend. Ich hätte doch zu DDR-Zeiten von Berufs wegen ak gelesen. Ob ich nicht aus diesem (östlichen) Blickwinkel zum Jubiläum "25 Jahre ak" ein paar Zeilen schreiben könnte...

In der Tat hatte ich an der Wende von den 70er zu den 80er Jahren AK als interessante Quelle entdeckt, als ich mich aus politologischer Sicht mit dem damals neuen Phänomen der Grünen beschäftigte. AK - zu der Zeit noch als "Arbeiterkampf" buchstabiert - brachte nicht nur detaillierte Berichte von der Gründung der einzelnen Landesverbände der neuen Partei, informierte über die politische Herkunft der Hauptakteure und über die praktische Arbeit grüner Aktivisten vor Ort, sondern spiegelte vor allem die politische Debatte um den Aufstieg der Grünen einerseits und den Zerfall der K-Gruppen-Szene und weiterer radikaler linker Gruppierungen andererseits. Eine Debatte, die eine gewisse Entsprechung in der Diskussion unter jenen DDR-Politologen fand, die sich mit dem modernen Kapitalismus beschäftigten.

Hier wie da waren die Meinungen über die Zukunft der Grünen und über ihren politischen Charakter gespalten. Sahen die einen in der neuen Partei lediglich eine Schwalbe, die nur einen Sommer fliegt, machten die anderen in ihr ein dauerhaftes Element in der politischen Landschaft entwickelter kapitalistischer Staaten aus, zumal nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern Westeuropas grüne Parteien wie Pilze nach einem warmen Sommerregen emporschossen. Erblickten die einen in den Grünen schon damals lediglich eine bürgerliche Öko-FDP (noch dazu mit einem stark ausgefransten rechten Rand und Blut-und-Boden-Mythologie), betonten die anderen (ich auch) eher die Dominanz linker Politikelemente in der neuen Organisation. Argumente lieferte der AK mit seinen Analysen aus linker Sicht für linke Politik, die sich wohltuend von den Verkündigungen ewiger revolutionärer Wahrheiten in den "Zentralorganen" anderer K-Gruppen abhoben, damals für beide Standpunkte.

Ging es bei dieser Debatte im Osten nicht zuletzt auch darum, welchen Forschungsvorhaben Priorität eingeräumt wurde (und auf welche damit die stets knappen finanziellen und personellen Ressourcen konzentriert wurden), ging es im AK um die Sinnhaftigkeit der weiteren Existenz des Kommunistischen Bundes (KB), der damals bereits viele seiner maoistischen Positionen revidiert hatte und nicht in einem fetischisierten Proletariat, sondern in den neuen sozialen und politischen Bewegungen die reale Opposition in der BRD ausmachte. Mit den - oft nur mit einem Buchstaben und einer Ortsangabe gekennzeichneten - Beiträgen im AK zu den Grünen ließ sich aus östlichem Blickwinkel nachvollziehen, inwieweit sich eine ganze Phalanx von KB-Aktivisten (namentlich die Z-Gruppe) bereits den Grünen angenähert hatte und kurz darauf aus Wahlfunktionen der Öko-Partei heraus das Profil der Grünen mitprägte. Namen wie Günther Hopfenmüller, Thomas Ebermann, Rainer Trampert, Jürgen Reents oder Michael Stamm sprechen für sich.

Die Wende von den 80er zu den 90er Jahren mit den gesellschaftlichen Umbrüchen in Ost- und Ostmitteleuropa brachte in ihrem Gefolge nicht nur das Ende des KB mit sich, sondern auch die Gelegenheit, den einen oder die andere, deren Name mir bisher nur aus den Spalten des ak ein Begriff war, persönlich kennenzulernen - auf Kongressen, in Sitzungsräumen oder in Hinterzimmern von Eckkneipen bei einem Bier. Eine interessante Erfahrung, die sowohl neue Einsichten brachte, als auch manches alte Vor-Urteil bestätigte, das ich als Leser des AK gewonnen hatte. Vom real existierenden Kapitalismus eingeholt, lese ich aber nun auch manches in ak - nunmehr als "analyse & kritik" buchstabiert - mit anderen Augen als zu DDR-Zeiten.

Wenn sich mit dem Kürzel ak auch in Zukunft eine fundierte Analyse politischer Ereignisse aus unterschiedlichen linken Blickwinkeln verbindet, möchte ich der ak gern weitere 25 Jahre erfolgreicher Existenz wünschen.

Jochen Weichold

23. Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt - oder: Auf die Arbeiterklasse bauen?

Autor: gg. · Rubrik: KB und AK; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:26

Wo das "revolutionäre Subjekt" zu suchen sei, war für den im Dezember 1971 gegründeten Kommunistischen Bund keine Frage. "40.000 in Stuttgart" lautete die Schlagzeile der ersten Ausgabe des Arbeiterkampf, der "Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes". Damit waren nicht etwa 40.000 Menschen gemeint, die einem Heimspiel des VfB beiwohnten, sondern 40.000 Arbeiter, die "in einer zentralen Kundgebung und Demonstration ihren ungebrochenen Kampfwillen zum Ausdruck" brachten. "Es wurde eine großartige Demonstration der Kampfentschlossenheit der Metaller von Nordbaden-Nordwürttemberg gegen das Lohndiktat der Kapitalisten. ‚Schleyer will den Klassenkampf - machen wir ihm also Dampf!` ... immer mehr Kollegen sehen Lohn und Arbeitsplatz gefährdet, und das in einer Situation, in der Weihnachten vor der Tür steht," heißt es immer noch auf der Titelseite sehr volksnah.

Ziel der Kapitalisten sei es, "die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, ... die Krise der SPD in die Schuhe zu schieben ... und mit Hilfe der CDU... den Boden vorzubereiten für die kommenden Jahre, wo es ihnen darum geht, die Arbeiter noch brutaler zu unterdrücken und noch intensiver auszubeuten. Durch die Härte ihres Angriffs in der diesjährigen Metalltarifrunde will die Kapitalistenklasse den Arbeitern ihre Macht demonstrieren, der Arbeiterbewegung das Genick brechen und eine breite Stimmung der Resignation erzeugen."

Da die SPD sich bei den Kapitalisten lieb Kind machen will, setzt sie im vorauseilenden Gehorsam arbeiterfeindliche Maßnahmen durch. Immer mehr Arbeiter erkennen das und wenden sich von der SPD ab. Die CDU versucht die Enttäuschung und den Ärger auf ihre Mühlen zu lenken. Die Kapitalistenklasse betreibt gleichzeitig Kommunistenhetze, um die Arbeiter von einer "selbständigen Klassenpolitik" abzuhalten. Aber aus den Kämpfen der letzten Jahre haben "eine Reihe entschlossener Arbeiter erkannt, daß sich eine Arbeiterpolitik nur in Opposition zu allen bürgerlichen Parteien durchführen läßt. (...) Sie müssen zeigen, daß Erfolge für die Arbeiter möglich sind, und zwar in langwieriger Arbeit, indem begonnen wird, neben dem Wiederaufbau ihrer kommunistischen Partei, die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen." (alle Zitate aus Arbeiterkampf 13, Dezember 1991)

So eindeutig und klar war das im Jahr der Gründung des Kommunistischen Bundes. Aber trotz großer Hoffnungen waren die kritischen Untertöne durchaus herauszulesen und die Warnung vor allzu großen Erwartungen auf schnelle Erfolge ebenso. Diese Tendenz kommt auch zehn Jahre später (AK 223, 12.7.1982) in einem Artikel über Betriebsbesetzungen deutlich zum Ausdruck. In den Betriebsbesetzungen wurde die "Speerspitze anwachsender Reaktion in den Betrieben auf die Folgen der kapitalistischen Krise" gesehen. "Sie sind die unter den derzeitigen Verhältnissen am weitesten entwickelten und am konsequentesten geführten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Mit all ihren Mängeln und Hemmnissen zeigt die Zunahme von Betriebsbesetzungen in den letzten Monaten Ansätze eines neuen Bewußtseins und Selbstvertrauens in den Betrieben." Überbewertet wurden die Betriebsbesetzungen keineswegs und also auch nicht als "große Wende oder neue Qualität von Arbeiterbewußtsein" hochgejubelt, weil nämlich dies die "Reserven der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführung bei der Eindämmung der Konflikte" unterschätzen hieße. Folgerung daraus: beobachten, untersuchen und nach Kräften unterstützen.

Was noch im November 1972 als zentrale Parole auf der Titelseite des Arbeiterkampf ausgegeben wurde - "Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!" - war offensichtlich nicht gelungen. Dieses Ziel sollte über "eine kontinuierliche Politik in den Betrieben" erreicht werden. Nicht ohne Stolz wurde in dem Artikel "Zielübungen - Kapitalisten schießen sich auf kommunistische Gruppen ein" (Juni 1972) aus der bürgerlichen Presse zitiert, die die Existenz von SALZ bzw. KB zur Kenntnis nahm und über ihre "kontinuierliche Arbeit in den Betrieben" berichtete. Für den KB galt es, an den Kämpfen des Proletariats teilzunehmen und sie via Zeitung bekannt zu machen. An der Organisierung der Kämpfe sollten sich die KB-Mitglieder beteiligen, um so das Vertrauen der Arbeiter durch uneigennützige Arbeit in den Tagesfragen des Arbeiterlebens zu gewinnen und "deswegen (und nur deswegen) auch zunehmend als Ratgeber für ihren längerfristigen Kampf zum Sturz des Kapitals anerkannt (zu) werden". Als zentral wurde die Schaffung einer nationalen Zeitung mit "einem ideologisch standfesten Zentrum der Bewegung" und einer klaren proletarischen Linie angesehen. Am Schluß des Artikels

wird die Parole ausgegeben: "Was die Kapitalistenklasse energisch bekämpft, das kann für die Arbeiter nur gut sein!"

Neue Politikfelder

In der Maiplattform des KB von 1974 wurde schon über den betrieblichen Tellerrand hinausgeschaut. Gegen die Angriffe der Bourgeoisie sollte eine "einheitliche Kampffront" aufgebaut werden, um die "einseitige betrieblich-wirtschaftliche Ausrichtung der Volkskämpfe" zu überwinden. Auch wenn dabei sicherlich verstärkt an Kampfmaßnahmen gegen die Faschisierung gedacht war, ist es bezeichnend für die spätere Entwicklung des Arbeiterkampf und des KB, daß im Juli 1973 eine ausführliche Reportage und Auswertung des Kampfes gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range zu finden ist - mit einer Orientierung, die der KB in den späteren Anti-AKW-Kämpfen vehement vertrat. Um eine Verbreiterung der Kampffront zu erreichen "(muß) jedem Versuch der Spaltung zwischen ‚Vernünftigen` und ‚Unvernünftigen`, zwischen ‚friedlichen Bürgern` und ‚Linksradikalen`, zwischen der Bevölkerung in Klausheide und Nordhorn und in der Bevölkerung in anderen Gebieten entschlossen entgegengetreten werden." Verstärkt finden sich im AK Artikel zum Wohnungskampf, zur Jugendbewegung oder zu regionalen Kämpfen wie z.B. dem Bau der Osttangente in Göttingen.

Im Dezember 1974 gibt es erstmals einen Artikel unter der Parole: "Kein Bleiwerk in Marckolsheim! Kein Kernkraftwerk in Wyhl!" Im Januar 1975 tauchte erstmals Brokdorf im Arbeiterkampf auf und ließ die bevorstehenden Auseinandersetzungen erahnen: "Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf" überschrieben Sympathisanten des KB aus Elmshorn ihren Artikel. Der Kampf gegen den § 218 fand ebenso Einzug in den AK wie der 8. März, der Internationale Frauentag. Die "einseitig betrieblich-wirtschaftliche Ausrichtung der Volkskämpfe", wie es in der 74er Maiplattform hieß, war - zumindest in der AK-Berichterstattung - überwunden. Zwar warb die Mai-Plattform 1975 nochmals für verstärkte Anstrengungen "unter den Massen, für den Prozeß der politisch-ideologischen Auseinandersetzung und Vereinheitlichung, für die Schaffung einer Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse, die in kommenden Kämpfen als organisierende und führende Kraft wirken kann". Aber insgesamt wird die Lage des Protestes und des Widerstandes eher negativ eingeschätzt, mit Ausnahme des Jugendbereiches (Schüler, Azubis, junge Arbeiter; Jugend-Aktionseinheit), dem eine positive Ausstrahlung zugebilligt wird.

Ab Mitte der siebziger Jahre wurde der bisherige KB-Arbeitsschwerpunkt der "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" verstärkt durch eine "Bündnispolitik im demokratischen Spektrum", wie es damals hieß, ersetzt. Zum einen sicherlich wegen der Schwächung durch Gewerkschaftsausschlüsse und Entlassungen. Zum anderen aber, und das dürfte der wichtigere Grund gewesen sein, weil sich die Hegemonie der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse als stabil erwies und sich plötzlich in anderen gesellschaftlichen Fragen Brüche ergaben, in denen KommunistInnen Möglichkeiten sahen, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Es war eines der großen Verdienste des KB (und des Arbeiterkampf), daß er mögliche Bruchlinien frühzeitig erkannte und dann recht schnell aktiv wurde. Diese Stärke stellte sich auch immer wieder als Schwäche heraus - nämlich spätestens dann, wenn eine spontane Bewegung an Schwung verlor.

Auf der publizistischen Ebene behielt die Rubrik Betrieb und Gewerkschaft aber ihren Stellenwert. Ende der 70er Jahre wurde die alternative Wahlbewegung zum zentralen Ansatz der KB-Bündnispolitik, jedenfalls bis zur Spaltung und zum Bruch mit der Gruppe Z Ende 1979. Die ursprünglich für den 1. KB-Kongreß geplante Diskussion um programmatische Ziele und die "Massenarbeit" (so hieß das damals) des KB wurde angesichts des Auflösungsprozesses der revolutionären Linken (hin zu den Grünen) vorrangig durch Fragen wie die Krise der westdeutschen Linken und die angebliche Krise des Marxismus ersetzt.

Im Januar 1980 beschloß der KB auf seinem 1. Kongreß: "Angesichts der tiefgehenden Identitätskrise der Linken und der modischen Abkehr vom Marxismus ist es die zentrale (!! Anm. gg.) Aufgabe des KB - als Teil eben dieser Linken - am Marxismus als Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Anleitung zum Handeln festzuhalten," was eindeutig als Reflex auf die Spaltung und die Hinwendung der Gruppe Z zu den Grünen zu sehen war. Und etwas großmäulig wurde angehängt: "Daß der KB gegenwärtig die wichtigste politische Kraft in der BRD ist, die diese Aufgabe organisiert angeht, ist nicht Produkt irgendeines Avantgarde-Anspruchs, den der KB nie gehabt (sondern im Gegenteil von Anfang an bekämpft) hat, sondern ist Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit. (...) Als richtig erwiesen hat sich, daß der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaft der zwischen Arbeit und Kapital ist; hiervon ausgehend sind die anderen gesellschaftlichen

Widersprüche (Ökologie, Friedenskampf etc.) zu behandeln. Die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe sind nach wie vor der Kern, von dem jede Gesellschaftsveränderung ausgehen muß und ohne den sie nicht gelingen kann. Diese historische Erfahrung gilt es gegen alle modischen Schwankungen innerhalb der immer noch (sozial gesehen) nahezu ausschließlich kleinbürgerlichen Linken zu bewahren." (Unser Weg 32)

Patentrezepte zur Umsetzung wurden nicht vorgelegt, und in der Realität waren marxistische Analysen der Klassensituation keineswegs Schwerpunktthema der Zeitung. Zentral wurde vielmehr der "Friedenskampf", und der wurde keineswegs aus dem grundlegenden Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abgeleitet. Das war sicherlich kein Schaden. Die Beschlüsse des 1. KB-Kongresses waren der Schlußpunkt unter eine Krisendebatte, die sich fast zwei Jahre hingezogen hatte. In ihrem Verlauf hatte ein Großteil der GenossInnen die Organisation individuell verlassen oder sich kollektiv abgespalten (Gruppe Z). Ehemals zentrale Arbeitsbereiche wie Betrieb und Gewerkschaft waren kaum noch existent.

Schaut man sich die Forderungen des KB zum 1. Mai 1980 an, so stellt man fest: Dieses Datum war zum damaligen Zeitpunkt immer noch so wichtig, daß der KB es für erforderlich hielt, Parolen auszugeben; der Schwerpunkt lag eindeutig und einseitig auf antimilitaristischen Parolen. Üblich war zu diesem Zeitpunkt noch eine ausführliche 1. Mai-Berichterstattung im AK (3 Seiten). Aber schon 1980 wurde deutlich, daß es ein stark rückläufiges Engagement der Linken auf den 1. Mai-Demos gab. Die Bilanz des 1. Mai 1981 fällt noch skeptischer aus als die ein Jahr zuvor. Die Anzahl der TeilnehmerInnen an den 1. Mai-Kundgebungen insgesamt waren rückläufig. "Bei der Linken, große Teile des KB eingeschlossen, hatte sich eine starke ‚Mai-Müdigkeit` breitgemacht", heißt es in AK 201. Dafür verantwortlich gemacht wird der niedrige Tarifabschluß, nachdem zuvor hohe Kampfbereitschaft konstatiert worden war. "Nach der schweren Niederlage im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung 1978/79 (vertragliche Festschreibung der 40-Stundenwoche bis 1984) hat die westdeutsche Arbeiterbewegung mit dieser ‚lohnpolitischen Wende` zugunsten des Kapitals eine erneute schwere Niederlage erlitten. In beiden Fällen sind diese Niederlagen nicht in erster Linie fehlender Kampfkraft und Kampfbereitschaft zuzurechnen, sondern Ergebnis einer Gewerkschaftspolitik in der Krise, die nicht den Bruch mit der kapitalistischen Logik wagt, sondern die Interessen der Arbeiterklasse im Rahmen dieser Logik zu vertreten versucht. Solange dieser Bruch nicht gewagt wird, können in Krisenzeiten nur solche Niederlagen das Ergebnis der Gewerkschaftspolitik sein". (AK 201)

Gewerkschaftsopposition

Zwar versuchte die Kommission Betrieb und Gewerkschaft Mitte 1980 unter dem Titel "Flucht oder Neuorientierung?" eine Diskussion um die Betriebsarbeit des KB anzuleiern (AK 180, 30.6.80). Aber für eine organisierte betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit reichten die Kräfte nicht mehr. Trotz alledem gab es in der Zeitung damals eine im Vergleich zu heute recht starke Bezugnahme auf die Situation in den Einzelgewerkschaften und in den Betrieben. Dazu gehörte auch eine Analyse der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1981, mit einer sehr starken Orientierung, die oppositionellen Listen zu stärken. So lautet auch eine Überschrift in AK 196: "Die oppositionellen Listen leben." Eine Berichterstattung über die Ergebnisse von oppositionellen Listen bei Betriebsratswahlen wurde bis 1987 durchgehalten.

In AK 204 wird in einer Auswertung der BR-Wahlen festgestellt, daß oppositionelle Listen ihre Positionen haben halten können. Der Legende, daß damit die sozialdemokratische Hegemonie im DGB gebrochen wäre, wurde allerdings widersprochen. Die Erfolge der RGO-Listen werden zum Anlaß genommen darauf zu verweisen, daß das ",RGO`-Konzept ein ernstzunehmender Faktor zur Veränderung der Zustände in den Betrieben ist". Einer "starr ablehnenden" Haltung gegenüber der RGO wird widersprochen, da die Wahlerfolge einer konsequenten Gewerkschaftspolitik und Interessenvertretung zu verdanken seien.

Schon einige Jahre zuvor war zur Frage der Gewerkschaftsopposition eine Position vereinheitlicht worden. Die immer stärker werdende Repression innerhalb der Gewerkschaften und in den Betrieben drückte sich in zahlreichen Gewerkschaftsausschlüssen und Entlassungen aus. Konkret bedeutete das für den KB:

"... den fast völligen Zusammenbruch der Betriebsarbeit außerhalb Hamburgs mit ganz wenigen Ausnahmen; die Liquidierung (damit ist wohl die Entlassung der GenossInnen gemeint; Anm. gg.) etwa eines Drittels unserer Hamburger Betriebskader, insbesondere der meisten führenden Kader; der Verlust der meisten

Gewerkschaftspositionen ...; sowie die Zerschlagung ganzer Betriebszellen in Großbetrieben." (aus dem Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums von Dezember 1978; Unser Weg 26)

In der Maiplattform 1974 (in einer Auflage von 120.000 unter den Massen verteilt) festgestellt, daß "sich die Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisationen langfristig zwingend als Aufgabe stellt; unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerkschaftsführung spaltet." Gewarnt wurde aber davor, mit dem historischen Begriff der RGO zu hantieren wie es von anderen ML-Gruppen zu dieser Zeit getan wurde, da dies das Geschäft der Gewerkschaftsrechten erleichtern könnte. Höhepunkt dieser Orientierung war die Betriebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg "Gegen kapitalistische Krisenpolitik - die Einheit verstärken" mit über 3.000 TeilnehmerInnen. Im weiteren Sinne eine Ausweitung dieses Ansatzes gab es allerdings in der Arbeiterkampf/ak-Geschichte nicht.

In späteren Jahren trat insofern eine Änderung ein, als zum einen die Gewerkschaftsführungen gegenüber linken und kritischen Mitgliedern weniger repressiv verfuhren und dadurch zum anderen die Notwendigkeit oppositioneller Kandidaturen wegfiel. Aber, und das dürfte nicht unerheblich sein, der Stellenwert dieser Frage verlor innerhalb des KB an Bedeutung.

Der schlafende Riese

Als zentral wurde ab Anfang der 80er Jahre die Kriegsgefahr und die Haltung der Linken dazu angesehen. Oder weiter zugespitzt: "Aufgabe der Revolutionäre ist es, die sich ausbreitende Zukunftsangst ernst zu nehmen, alle ‚Rinnsale` dieser Angst (z.B. auch ihre kulturellen Reflexe) zusammenzuführen, mit Argumenten und Fakten die Berechtigung dieser Angst zu untermauern, praktische Schritte des Widerstands an dieser Front zu organisieren - und in all den Fragen, an denen sich Angst und Protest entzünden, deutlich zu machen, daß diese Verhältnisse einer radikalen und baldigen Umwälzung (Revolution) bedürfen. Dabei ist es nicht Aufgabe der Revolutionäre, abgestandenen Revolutions-Optimismus oder Aktionseuphorie zu verbreiten", wie es in den vom 2. ordentlichen KB-Kongreß beschlossenen Thesen zur Perspektive des Arbeiterkampf heißt. (AK 217, 25.1.1982)

Recht deutlich wird im Bericht des LG an den Kongreß Stellung bezogen. Denn nach zehn Jahren KB/Arbeiterkampf mußte festgestellt werden, daß es schmerzhafte Erfahrungen "im Bereich unserer Politik in der Arbeiterklasse" gab. Die Hoffnung auf eine rasche Veränderung in Betrieb und Gewerkschaft war zu groß gewesen, die Einschätzung über die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse zu optimistisch und realitätsfremd. Der materielle und personelle Aufwand war zu groß und führte zu Resignation und Verschleiß vieler GenossInnen. Sehr dialektisch ging es im Bericht an den Kongreß weiter: "Wir wissen, daß entscheidende und nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen nur erreicht werden können, wenn die Arbeiterklasse rebelliert, wenn sie sich gegen die herrschenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse wendet. Dies ist heute nicht der Fall - bei allen gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre hat die Arbeiterklasse nur einen geringen Part gespielt, hat sie weitgehend in ihrer Stellung verharrt." Verantwortlich gemacht wurde dafür die Hegemonie der Sozialdemokratie. "Die Arbeiterklasse ist heute noch ein ‚schlafender Riese`, der nur in Ansätzen seine Kraft und Möglichkeiten zeigt. (Verwiesen wurde in guter alter KB-Tradition auf eine Demonstration der Gewerkschaften in Stuttgart, diesmal mit 70.000 TeilnehmerInnen; Anm. gg.). Die revolutionäre Linke hat Abschied zu nehmen von überkommenen Vorstellungen der Arbeit im Proletariat, wie sie in den Anfängen auch in unserer Organisation vorgeherrscht haben. Sie hat, wenn sie sich von den damaligen Illusionen löst, keinen Grund, vom Proletariat Abschied zu nehmen; denn gescheitert sind die eigenen Vorstellungen von dem, was Arbeiterklasse sein sollte. ... In den Gewerkschaften sind heute in erheblichem Ausmaß Risse in der sozialdemokratischen Hegemonie erkennbar - Risse, die mit Sicherheit nicht zwangsläufig Richtung revolutionärer Veränderung laufen, die aber verdeutlichen, daß auch der ‚schlafende Riese` seinen Schlaf nicht ungestört fortsetzen wird, zumal das materielle System der Sicherung der sozialdemokratischen Hegemonie - die Beteiligung der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, die soziale Absicherung der Werktätigen, ihre Beteiligung am Wachstum etc. - zunehmend in die Krise gerät und bröckelt." (Dieser Absatz war im Original fett gesetzt; Anm. gg.)

Wie wir heute wissen, war das immer noch eine viel zu optimistische Einschätzung. Eine Ursache dafür könnte in der mangelnden Untersuchungstätigkeit des KB/AK bei der Entwicklung einer marxistischen Gesellschaftsanalyse zu suchen sein. Zwar wurde immer wieder Bezug genommen auf real stattfindende Kämpfe, auf Tarifkonflikte oder auch auf den Zusammenhang von Gewerkschaftspolitik und Umweltschutz.

Veränderungen in den Produktionsverfahren, der kontinuierliche Strukturwandel und die sich daraus ergebenden Veränderungen für die abhängig Beschäftigten wurden im AK (und auch später in ak) kaum untersucht.

Es dauerte immerhin noch weitere neun Jahre, bis folgendes in ak zu lesen war: "Die Vorstellung, den Arbeitsbereich zum Schlüssel der Demokratisierung der Gesellschaft zu machen, setzt voraus, daß innerhalb der Erwerbstätigen (der Arbeiterschaft/Arbeiterklasse) ein Interesse - und zwar ein konkretes und nicht nur objektiv abgeleitetes - entsteht, sich formiert und artikuliert, über die materielle Absicherung hinaus auf die Form und den Inhalt der Produktion Einfluß nehmen zu wollen. Hierzu reicht nicht aus, daß dies immer noch die Köpfe von (heute wenigen) linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten sowie Traditionssozialisten bewegt, sondern es muß sich in Form sozialer und dann auch politischer Bewegung manifestieren. In dieser Hinsicht hat sich in den hochkapitalisierten Gesellschaften eine Veränderung ergeben, an der auch die sozialistische Theorie nicht vorbeikommt: Die Arbeiterklasse als Gesamtformation ist nur noch partiell Träger gesellschaftlicher Veränderungen, im Großen und Ganzen verhält sie sich in politischer Hinsicht konservativ." (ak 336, 18.11.1991) Auch wenn es keine großen Neuigkeiten sind, soll doch noch erwähnt werden, welche in den Vordergrund tretenden Widersprüche in den hochkapitalistischen Gesellschaften die GenossInnen Heinrich Eckhoff, Claudia Gohde, Ulla Jelpke, Knut Mellenthin (die VerfasserInnen des zitierten Artikels) in der sozialistischen Strategiebildung behandelt wissen wollen. Und zwar gerade deswegen, weil sich hier nicht nur Ideen, sondern auch "Träger der Ideen in der Politik finden" lassen: "Die permanente Gefahr von kriegerischer Zerstörung der Menschheit; die zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Produktion auf die Lebensverhältnisse (Gesundheit und Umwelt); die Reichtumsbildung in diesen Gesellschaften bei gleichzeitiger Verelendung der Länder der Dritten Welt; die Unfähigkeit, Nationalismus und Rassismus zu überwinden, statt dessen das Anwachsen von Fremdenfeindlichkeit gerade in den materiell am besten gestellten Gesellschaften; die Unfähigkeit, eine wirklich gleichberechtigte Rolle der Frau in der Gesellschaft herzustellen." Unstrittig ist, daß die Analyse der realen sozialen Situation, der Ausschluß eines großen Teiles der Gesellschaft aus Entscheidungsprozessen und die Fragen der Veränderung dieses Zustandes zentrale Fragen für linke Politik sein müssen. Die ausschließliche Orientierung auf die Arbeiterklasse als Gesamtheit wird bei der Entwicklung einer linken Politik zwangsläufig Schiffbruch erleiden, solange dies als reine Idee linker Kräfte durch die Gazetten geistert.

In den letzten Jahren wurde mit den minimalen Kräften, die uns zur Verfügung stehen, zumindest hin und wieder versucht, Facetten des Widerspruchs von Arbeit und Kapital zu beleuchten. Zumeist sind wir nicht über Betrachtungen zu real stattfindenden Tarifauseinandersetzungen hinaus gekommen. Hier tut sich nicht nur eine Lücke auf, sondern man muß es eindeutig als Mangel einer Zeitung ansehen, die versucht, gesellschaftliche Entwicklungen aus linker Sicht zu analysieren, und sich den Anspruch stellt, die herrschenden Verhältnisse zu überwinden. Und daß diese Thematik vielen unserer LeserInnen auf den Nägeln brennt, zeigt nicht zuletzt die große Resonanz, die die Gruppe Blauer Montag oder auch Karl Heinz Roth auf die Veröffentlichung ihrer Thesen in ak erfahren haben. Wie heißt es so schön: Wir arbeiten dran, ohne die Illusion verbreiten zu wollen, wir hätten dazu allzu große Kapazitäten.

gg.

24. "Das, wofür der KB in den 70er und 80er Jahren gekämpft hat, ist nicht zusammengebrochen"

Ein Gespräch zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin

Autor: Gespräch zw. Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin, Teil 1 · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:11

Wir veröffentlichen in dieser und in der nächsten Ausgabe ein Gespräch zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin, die 1971 an der Gründung des AK (damals noch Arbeiterkampf) und des KB maßgeblich beteiligt waren. Willi trennte sich 1979 zusammen mit der Gruppe Z vom KB und beteiligte sich danach mehrere Jahre an dem Versuch, eine linke Strömung in der Grünen Partei aufzubauen. Knut gehörte der AK-Redaktion bis zum Frühjahr 1994 an.

Da der Gesprächsanfang zunächst nicht aufgenommen wurde, beginnt der hier abgedruckte erste Teil recht unvermittelt mit einer Kritik an der "antideutschen" Strömung, die sich 1989 und in den unmittelbar folgenden Jahren als Reaktion auf den Zusammenbruch der osteuropäischen Gesellschaften und den Anschluß der DDR gebildet hatte. Im Zentrum dieses Teils steht eine Überprüfung der Anfang der 70er Jahre vom KB formulierten "Faschisierungsthese". Im zweiten Teil ihres Gesprächs beschäftigten sich Willi und Knut mit der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in der BRD sowie mit Schlußfolgerungen für eine neu zu definierende und zu organisierende linke Politik.

Wi.: Diejenigen, die sich später als antideutsche Richtung bezeichneten, haben die Konsequenzen aus dem politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des RGW-Staatenblocks zumindest im kurz- und mittelfristigen Bereich falsch eingeschätzt. Deutschland ist durch den Anschluß der DDR nicht zu einem wirtschaftlichen Koloß geworden, der jetzt Europa seinen Willen aufzwingen kann, sondern ist eher geschwächt worden. Ein imperialer Machtzuwachs kann allenfalls längerfristig erwartet werden. Die Einwohnerzahl und die Flächengröße eines Landes allein haben noch nie etwas über seine imperialistische Stärke ausgesagt. Daß Deutschland heute auf dem Gebiet der Wirtschaft und Finanzen solche Schwierigkeiten hat, die Maastricht-Kriterien zu erreichen, hängt auch unmittelbar mit dem Anschluß der DDR zusammen. Oder würdest Du das anders sehen?

Kt.: Nein - überhaupt nicht. Man spricht von 900 Milliarden Mark Netto-Transfers von West nach Ost seit 1991. Wo ist diese unvorstellbar große Summe geblieben? Mehr als die Hälfte wurde für die Anschlußfolgen in Gestalt von offener und verdeckter Arbeitslosigkeit ausgegeben. Über 120 Milliarden firmieren als "Defizitdeckung" der Treuhand. Dahinter verbergen sich die fiktiven "Altschulden" der DDR-Betriebe; unter dem Strich wurden damit nur die westdeutschen Banken gemästet. Die Zerschlagung der Wirtschaft und Gesellschaft der DDR, mitsamt der gewaltsamen Entindustrialisierung, scheint mir ein entscheidender Faktor für die derzeitige negative Gesamtentwicklung der größer gewordenen BRD.

Wi.: Richtig.

Kt.: Man hat Wirtschaft und Gesellschaft der DDR zielgerichtet zugrunde gerichtet, vor allem auch die menschlichen Produktivkräfte. Die Unterstellung, es sei aus den Gesetzen der Ökonomie heraus alles notwendig gewesen, was dort an Kahlschlag stattgefunden hat, möchte ich sehr bezweifeln. Man hätte unter den Gesetzen der Ökonomie vieles anders machen müssen und können. Aber offenbar stand für die deutsche Bourgeoisie insgesamt die politisch motivierte Liquidierung der DDR im Vordergrund, Zerstörung vor allem um ihrer selbst willen.

Wi.: Aus kapitalistischer Sicht waren 17 Millionen neue Konsumenten hochwillkommen, aber nicht sieben oder acht Millionen neue Produzenten. Die eigenen Kapazitäten hätten ohne weiteres, wie sich ja auch gezeigt hat, ausgereicht, die Bevölkerung dort mitzuversorgen, die allerdings nur über eine alimentierte Konsumkraft verfügt. Es gab nur wenige Industriebetriebe in der Ex-DDR, die im sogenannten freien Wettbewerb gegen die westdeutschen konkurrieren konnten. Und wo das doch der Fall war, da sind sie aufgekauft und plattgemacht worden, als Konkurrenten ausgeschaltet.

Jedenfalls hat das im ökonomischen Bereich nicht zu einer unmittelbaren Stärkung des deutschen Imperialismus geführt. Wie es sich mittel- und langfristig auswirken wird, weiß ich nicht zu prognostizieren. Ob

in der DDR sozusagen das deutsche Mezzogiorno entsteht oder ob da irgendwann, viel später, tatsächlich mal "blühende Landschaften" im Kohlschen Sinn rauskommen.

Kt: Das wäre eher unwahrscheinlich, scheint mir, mit den blühenden Landschaften.

Wi.: Eher unwahrscheinlich, ja.

Kt.: Denn selbst wenn man dort irgendwo ein paar neue Industriebetriebe auf dem neuesten technologischen Stand ansiedelt, die in ihrem Produktionsbereich avantgardistisch sind, dann würden damit doch nur für eine kleine Zahl von Leuten Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ja unter kapitalistischen Bedingungen geradezu impliziert in diesem Avantgardismus: hohe Produktivität gleich hohe Arbeitslosigkeit.

Wi.: Übrigens: Kohls vollmundige Sprüche von den "blühenden Landschaften" und dem "sich selbst tragenden Aufschwung", zu dem es in der Ex-DDR innerhalb von ganz wenigen Jahren kommen sollte, war wohl - rein subjektiv - nicht nur eine verlogene Propaganda fürs Volk. Mir scheint, der Mann hat das damals tatsächlich geglaubt, und er wurde darin durch ähnlich lautende Parolen aus der SPD- und auch sogar aus der DGB-Führung unterstützt. Das zeigt, wie wenig diese Herrschaften von der tatsächlichen Wirkungsweise des Kapitalismus verstanden haben.

Die ganze Tendenz der kapitalistischen Ökonomie läuft darauf hinaus, daß mit immer weniger Menschen immer mehr Waren hergestellt werden können und daß der Export nicht soviel abschöpft. Man kann nicht beliebig viel in die Welt exportieren, weil auch dort natürlich die Kapazitäten begrenzt sind.

Lambsdorffs im Bundestag vorgetragene Gegenthese, daß man den Export trotzdem immer weiter steigern könne, wenn nur der Preis stimmt, setzt eine heute noch nicht vorstellbare Verelendung der arbeitenden Bevölkerung hierzulande voraus. Das aber würde auch erhebliche Risiken für die politische Ordnung und das soziale Gefüge in Deutschland mit sich bringen. Mir scheint, daß die politischen Weichen in die von Lambsdorff bezeichnete Richtung bereits gestellt worden sind. SPD, DGB und Grüne nörgeln zwar über Details, aber eine grundsätzliche Opposition gegen diese Entwicklung gibt es bisher nicht. Das sind eigentlich interessante Voraussetzungen für die Entfaltung einer linken und auch revolutionären Politik.

Kt.: Nach klassischen Kriterien sicher. Aber in der Realität betrachtet nirgendwo. Es scheint im Gegenteil, daß die Linke weltweit noch nie zuvor so schwach, defensiv und orientierungslos war wie heute.

Wi.: Richtig.

Kt.: Auch in den ehemals sozialistischen (oder wie auch immer man das bezeichnen will) Ländern, wo die alte Linke nach dem Umbruch noch starke Positionen hatte oder hat, wie in Rußland, entwickelt sich ja eigentlich nichts. Sondern da herrscht zum Teil Stagnation, zum Teil werden diese Parteien heute abgelöst von der Macht oder sind nie wieder an die Macht gekommen, wie in Rußland beispielsweise, wo sie trotz Wählermehrheiten erfolgreich von der Regierung ferngehalten werden können aufgrund eines Präsidentialsystems, das ja wohl auch irgendeine reale Basis in relevanten Teilen der russischen Gesellschaft haben muß. Außerdem vermischt sich bei den sogenannten kommunistischen Parteien in Rußland der sozialrevolutionäre Protest mit imperialem Nationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus, mit gesellschaftlicher Reaktion. Die alten Werte, an die man dort anknüpfen will, sind zum Teil reaktionär gegenüber dem, was der Kapitalismus dort erzwingt.

Wi.: Ja, richtig. Diese sogenannten kommunistischen Parteien, teilweise umgewandelt aus den alten Monopolparteien, teilweise formal neu gegründet, sind nicht wirklich linke Parteien und vertreten auch keine linken Ziele. Von denen ist im Sinne einer linken Politik meiner Meinung nach mittelfristig gar nichts zu erwarten. Ich glaube nicht, daß Sjuganow als Präsident eine linkere Politik machen würde als Jelzin.

Kt.: Es ist die Frage, ob er überhaupt in irgendeinem Punkt eine andere Politik machen könnte. Er hat gegenüber den ausländischen Regierungen und gegenüber dem ausländischen Kapital versichert, daß unter seiner Führung alles so bleiben würde, wie es ist. Was bleibt ihm auch anderes übrig? Er könnte in der Wirtschaftspolitik sehr wenig ändern. Die manifesten Mißstände, beispielsweise daß die Löhne monatelang nicht ausgezahlt werden, die Überwucherung der ganzen Gesellschaft durch die Herrschaft der Mafia, die abgesehen von allen übrigen Faktoren die Entwicklung funktionsfähiger kapitalistischer Beziehungen in Rußland verhindert - alles das könnte er natürlich auch nicht ändern. Doch, das Mafia-Problem vielleicht noch

am ehesten. Aber die Mafia ist an sich ein Fall für Schirinowski, für eine Militär-Junta - oder für eine revolutionäre Regierung.

Wie gesagt, Sjuganow hätte sicherlich nichts anders machen können. Trotzdem denke ich, daß eine Partei wie seine oder auch ähnliche Parteien dort auch Elemente linker Politik, Elemente des sozialrevolutionären, oder sagen wir sozialoppositionellen Protestes zum Ausdruck bringen.

Wi.: Sicher. Sie greifen zum Beispiel die Lebensängste von Rentnern auf. Deren Ängste sind ja nicht eingebildet, sondern real und begründet. Und die werden aufgegriffen, aber dann in einer Politik verwurstet, die keine Emanzipation zuläßt. Vor dem Hintergrund eines zusammenfallenden Industriepotentials ist vermutlich niemand in der Lage, Renten und andere soziale Sicherungssysteme zu garantieren, auch nicht Kommunisten, Sozialisten oder Sozialdemokraten.

Aber umgekehrt ist es genauso. In Rumänien oder Bulgarien, wo jetzt die exkommunistischen Regimes abgewählt worden sind, werden deren Nachfolger auch nicht viel ändern können. Deren Politikkonzeptionen laufen auch wieder auf eine Umverteilung von unten nach oben hinaus, bloß ist unten kaum noch was zu holen. Das bedeutet, diese neuen Regierungen können auch nur bei der EU und sonstwo anklopfen und um imperialistische "Unterstützung", also Ausbeutung, bitten.

Kt.: Ja. Tendenziell kann sich vielleicht jedes Land, das eine vorgeblich "altlinke" Regierung wie in Rumänien, Bulgarien oder auch mal Serbien ablöst, eine kleine Chance ausrechnen, besser an ausländische Kredite und Investitionen heranzukommen. Aber auch das doch nur im Rahmen dessen, was die internationale Wirtschaft für sinnvoll hält. Nicht aus Gefälligkeit und auch nicht, um Regierungswechsel zu honorieren. Rumänien wird auch zukünftig wahrscheinlich kein Anlageland erster Klasse werden.

Wi.: Nein, auch nicht zweiter Klasse!

Kt.: Serbien schon etwas eher. Serbien ist für das deutsche Kapital nicht uninteressant, und nach der einseitigen Orientierung auf Kroatien in den letzten Jahren besteht da wohl auch ein erheblicher Nachholbedarf. Viele wirtschaftliche Verbindungen sind früher nach Serbien gelaufen, selbstverständlich, denn Belgrad war die Hauptstadt des Landes; es war auch teilweise eine industrialisierte Region, vermutlich mehr als Kroatien.

Wi.: Kroatien ist stärker industrialisiert als Serbien, glaube ich. Jedenfalls zielt das Hauptinteresse der deutschen Imperialisten unter den Nachfolgestaaten des alten Jugoslawien vor allem auf Slowenien und Kroatien. Man wird das feststellen können an der Reihenfolge, wie sie in die EU hineingelassen werden. Da scheint es bereits einen Drei-Phasen-Plan zu geben: Zunächst Slowenien, dann Kroatien, möglichst ohne Tudjman, und dann wird man weitersehen. Slowenien wird europaweit teilweise schon als österreichische Provinz besprochen.

Der KB hat ja früher vehement gegen die EWG und ihre Ausdehnung auf andere Länder Stellung bezogen. Es gab in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine dreitteilige Grundsatzartikelserie und daran anknüpfende Folgeartikel. Als die Norweger in der ersten Volksabstimmung den Beitritt zur EWG ablehnten, wurde das im AK bejubelt, obwohl der Widerstand gegen den Beitritt dort nicht nur von links, sondern hauptsächlich von rechts kam.

Ich denke, heute müßten eigentlich deutsche Linke eine andere Haltung zur EU einnehmen. Denn wenn die deutsche EU-Option scheitern sollte, würden vermutlich nationalistische Strömungen hierzulande die Oberhand gewinnen, also etwa die ideologische Rechte um Schäuble plus die Stahlhelm-Fraktion um Kanther, CSU und Neue Rechte. Es besteht die Gefahr, daß es dann auf internationaler Ebene einen DM-Block geben würde, der sowohl Staaten der EU als auch außerhalb der EU umfassen würde.

Das heißt also, wenn die EU-Perspektive zerbrechen sollte, wird es in Deutschland einen gewaltigen Schub nach rechts geben, auf allen Gebieten der Politik und vor allem der Ökonomie. Ich glaube, daß im KB nach meinem Abgang diese Sachen nie wieder diskutiert worden sind.

Kt.: Mit Sicherheit.

Wi.: Was bedauerlich ist.

Kt.: Das ist tatsächlich eine Sache gewesen, die in unserer gemeinsamen Frühzeit des KB zu den zentralen Punkten gehörte und nicht zur Diskussion stand: die EWG, wie sie damals noch hieß, später EG oder EU, als Mittel der Dominanz der Bundesrepublik Deutschland über Westeuropa und zugleich als Instrument des weltweiten Konkurrenzkampfs mit den USA und Japan. Die von Dir angeführten Gegenargumente, die Warnung vor einem "deutschen Sonderweg", gab es allerdings auch damals schon, vor allem von linksliberaler und sozialdemokratischer Seite. Das hat in unserer damaligen Art zu denken von vornherein dazu geführt, daß man solchen Überlegungen gar nicht erst nähergetreten ist.

Wi.: Die nicht geführte Diskussion in den letzten zehn Jahren zu diesem Thema hat auch eine Schwächung ganz anderer Positionen gebracht. Ich will folgendes sagen: Wenn man sich vorstellt, die EU-Perspektive zerbricht, die deutsche Politik rückt nach rechts, es wird eine imperiale Politik in West- und Osteuropa betrieben, es bildet sich der DM-Block - dann würde im nachhinein unsere damalige These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft gar nicht mehr so abwegig erscheinen, wie sie heute teilweise besprochen wird. Ich denke da auch an den Fülberth-Artikel in dieser Ausgabe des AK.

Ich meine, die damals von uns diagnostizierten Tendenzen existieren noch weiter, und wenn sie auch im Moment nicht das prägende Element in der deutschen Politik sind, so wirken sie doch als Drohpotential. Oder würdest Du das anders einschätzen?

Kt.: Es ist im Moment allerdings äußerlich nicht zu erkennen. Darin sehe ich einen Unterschied zur Zeit 1970/71. Damals waren doch die äußeren Anzeichen sehr viel stärker: hohe Wahlergebnisse der NPD, Strauß als "Führer des Rechtskartells", der Versuch, die Neue Ostpolitik zu kippen - die heute allgemein akzeptiert ist -, der Versuch, die SPD von der Regierung abzulösen mit ausgesprochen scharfmacherischen Parolen, die Wahlkämpfe unter Mottos wie "Freiheit statt Sozialismus", bis hin zur Kanzlerkandidatur von Strauß 1980.

Das heißt, äußerlich sind die Anzeichen damals sehr stark gewesen, und diese Anzeichen sehe ich heute eigentlich gerade alle nicht. Auf der anderen Seite frage ich mich aber, wie Kohl & Co. längerfristig mit der Krise fertig werden wollen, also mit der sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit, mit dem Zusammenbruch des Rentensystems, mit dem Zusammenbruch der Staatsfinanzen.

Die ungeheuerliche Behauptung, man könne die Massenarbeitslosigkeit halbieren bis zum Jahr 2000, wird spätestens dann blamiert sein. Die Behauptung, daß die Maßnahmen, die man jetzt ergreift - Einsteigertarife und Arbeitszwang für Langzeitarbeitslose usw. - dazu führen, daß erheblich mehr Arbeitslose eingestellt werden, wird ebenfalls platzen. Natürlich gibt es nicht mehr Arbeitsplätze, bloß weil die Arbeit billiger wird. Und der neue Ladenschluß wird auch nicht dazu führen, daß mehr Leute eingestellt werden - selbst das ist ja von den Propagandisten behauptet worden.

Wi.: Richtig, das hat nirgendwo stattgefunden.

Kt.: Es ist also kaum eine von diesen Geschichten über die nächsten Jahre hinaus haltbar. Eine Weile können die Regierenden und die Herrschenden damit wohl noch leben, aber ich frage mich, wie lange das noch funktioniert. Wie lange können sie damit leben, daß sie eine Arbeitslosigkeit und einen Stand von Sozialhilfeempfängern in dieser Höhe finanzieren müssen, bei gleichzeitig immer niedrigeren Einnahmen des Staates und der sozialen Versicherungssysteme?

Da sehe ich schon die Gefahr, daß zu irgendwelchen Lösungen gegriffen wird, für die es Vorbilder in der Vergangenheit gibt. Um nur ein Stichwort zu sagen: Zwangsarbeit für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, vielleicht auch eine Form von allgemeinem Arbeitsdienst. Ein anderes Beispiel sind bestimmte Arten des Umgangs mit Rentnern oder mit anderen Menschen, die irreparabel aus der Gesellschaft herausfallen. Angefangen bei diesem Blödspruch, daß "Luxussanierungen" des Gebisses nicht mehr finanziert werden sollen, was schlicht heißt, daß Leute, die das selber nicht mehr zahlen können, keine Brücken mehr kriegen, sondern mit Riesenlöchern im Mund rumlaufen müssen, bis hin zu dieser entsetzlichen Geschichte, die jetzt vor Gericht verhandelt wird. Da sind in einem Hamburger Altenheim Bewohner in sadistischer Weise von "Pflegern" gequält worden, in faschistischer Weise im Grunde.

Da gibt es eine Entwertung des sogenannten, im Sinne der Kapitalverwertung, unwerten Lebens, wo ich mich wirklich frage, wo das enden könnte. Da findet doch in einer schleichenden Weise, mit aller Vorsicht gesprochen, eine Art von gesellschaftlicher Euthanasie tatsächlich bereits statt. Man kann das an der Statistik

bereits ablesen: Langzeitarbeitslose und Rentner mit niedrigem Einkommen sterben signifikant früher. Das sind bedenkliche Entwicklungen, zu denen es bisher kaum eine Debatte, kaum humanitären Protest gibt - von breitem Widerstand gar nicht zu reden.

Wi.: Ich denke, die deutschen Imperialisten hoffen, daß sie zumindest einen Teil der hiesigen Arbeitslosigkeit EU-weit exportieren können, sobald der Euro eingeführt wird und die anderen Industrien Europas ohne jeden Währungsschutz der deutschen ausgesetzt werden. Da kann es durchaus noch mal einen kleinen und vorübergehenden innerdeutschen Aufschwung geben, der auch die eben von Dir berichteten Beispiele für eine kurze Zeit in Grenzen halten kann. Die Deutschen sind ja sehr interessiert daran, daß nicht nur fünf, sechs Länder beim Euro-Start dabei sind, sondern möglichst mehr als zehn, und sie haben wohl auch eine Chance, das hinzukriegen. Trotzdem hast Du im großen und ganzen recht, daß das bisher angewandte politische Instrumentarium nicht ausreicht, Deutschland weiter so zu regieren, wie es bisher der Fall war.

Die politischen Tendenzen zwischen 1970 und 1980, die wir damals zur Faschisierungsthese verdichtet haben, die in den 90er Jahren eher im Kleineren und Verborgenen weiterwirkten - das taten sie allerdings auch -, die werden - vermute ich jedenfalls - in Zukunft wieder stärker zum Zuge kommen. Deshalb denke ich, daß die Faschisierungsthese von uns nicht pauschal über Bord geworfen werden darf.

Wir haben ja damals nicht behauptet, daß bis zur Jahrtausendwende ein entfalteter Faschismus in Deutschland regieren würde, sondern waren der Meinung, daß die erkennbaren gesellschaftlichen Widersprüche nicht mit den bisher bekannten Instrumentarien der parlamentarischen Demokratie im Griff gehalten werden können.. Wobei natürlich ein wesentliches Element unserer damaligen Einschätzung inzwischen weggebrochen ist: ein sich entfaltender linker und revolutionärer Widerstand, von dem wir Anfang der 70er Jahre noch ausgingen. Eine breit entfaltete, wirklich im Volk verankerte Linke würde die Bourgeoisie zu ganz anderen Formen der Repression zwingen, als es im Moment der Fall ist. Man stelle sich vor, eine mehrhundertköpfige RAF und kommunistische Organisationen, die bis zu 100.000 Mitgliedern umfassen - das würde die Situation erheblich verändern, und zwar im Sinne einer Bestätigung unserer Faschisierungsthese.

Kt.: Ja, mit Sicherheit ist die heutige Situation Produkt der Tatsache, daß es keine linke Organisation mehr gibt, auf die man einschlagen müßte.

Wi.: Richtig.

Kt.: Das wirkt scheinbar wie eine Harmonisierung der Verhältnisse.

Wi.: Ja, eine scheinbare Harmonisierung. Daß dies eben nur ein Schein ist, kann man daran nachweisen, daß dort, wo sich ein bißchen politischer Widerstand regt, mit einem unverhältnismäßig großen Hammer draufgeschlagen wird. Ich denke da beispielsweise an die Antifa Göttingen und die Prozesse, die gegen sie angestrebt worden sind. Auch die für bürgerliche Relationen völlig überzogenen Urteile gegen ehemalige RAF-Mitglieder belegen nicht - wie in der TAZ gelegentlich spekuliert wird - ein spätes Rachebedürfnis des Staatsapparates, sondern eher eine in die Zukunft gerichtete Abschreckung durch die Demonstration, daß man "im Notfall" wirklich zu allem bereit ist.

Auch die Breitenstimmung im Volk zeigt meiner Ansicht nach an, wie schnell und massiv die Dinge umschlagen können, wie schlagartig schnell rechtsradikale Militanz und Massenbeifall dafür zur Stelle sind: Als die CDU ihre "Asylanten"-Kampagne lostrat, sprang der Funke sofort über, mit den bekannten Ergebnissen. Die massenhaften rassistischen und antisemitischen Attentate und Übergriffe wurden nicht von organisierten Alt- oder Neonazis verübt, sondern von den Fußtruppen der CDU/CSU. Das heißt, von Leuten, die sich von dieser Kampagne haben begeistern lassen und die dann zugeschlagen haben. Die also die Richtlinien aus der großen Politik umgesetzt haben, so wie sie das verstanden haben und verstehen mußten.

Das wirft ja ein Licht auf den Aspekt der Faschisierung der Gesellschaft. Das heißt, unter anderen Bedingungen hätte ein Jörg Haider bei uns nicht weniger Wahlerfolg als in Österreich. Bis zu 25 Prozent der deutschen Bevölkerung denkt und handelt tendenziell faschistoid und läßt sich - sogar kurzfristig, ohne großen Anlauf - für jede beliebige politische Schweinerei abrufen.

Das sind nicht nur die absterbenden, langsam aussterbenden Altnazis, sondern die vermehren sich. Im Moment können diese Stimmungen von der CDU/CSU noch einigermaßen auf die eigenen Mühlen gelenkt werden. In Baden-Württemberg hat das aber zum Beispiel nicht mehr geklappt. Wieweit das tragfähig ist, ist

schwer einschätzbar und muß im Zusammenhang mit der weiteren ökonomischen Entwicklung bewertet werden. Die CDU, die jetzt nach vierzehnjähriger Regierungszeit ein ökonomisches und sozialpolitisches Schlamassel hinterlassen hat, hätte eigentlich eine starke linke Opposition provozieren müssen. Nichts dergleichen ist geschehen. Im Gegenteil: Die SPD rückt weiter nach rechts statt nach links, sie wird schwächer statt stärker. Bei den GRÜNEN ist Ähnliches zu beobachten: Sie werden zwar nicht schwächer, aber sie rücken ebenfalls nach rechts.

Kt.: In der Außenpolitik auf jeden Fall. Für die Wirtschafts- und Sozialpolitik würde ich das so nicht uneingeschränkt unterschreiben.

Wi.: Bei den Grünen hat es früher prosozialistische Tendenzen gegeben, aber was heute noch zu erkennen ist, ist - im besseren Fall - ein Gutmensch-Verhalten von gutverdienenden Kleinbürgern. Die wollen anderen etwas abgeben, aber nicht unbedingt vom eigenen Brot.

Die Grünen hatten die historisch einmalige Chance, mittels einer radikalen Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie nach der "Wende", eine geschwächte SPD in die Große Koalition zu treiben, die Gewerkschaften teilweise auf ihre Seite zu ziehen und im Osten zum Hoffnungsträger der Vereinigungsverlierer zu werden. Statt dessen gingen sie auf Schmusekurs mit der SPD und werden seitdem von dieser Schritt für Schritt nach rechts getrieben, immer unter dem Motto, sie müßten ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Aber zurück zum Thema, über das wir gesprochen hatten, den Faschisierungstendenzen von unten. Das Beispiel Bremerhaven zeigt ganz gut, wie der soziale Protest - hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme usw. - spontan, direkt und unmittelbar in rechtsradikale Massenstimmungen umschlägt.

Wenn das, was wir heute als Krise bezeichnen, nicht in absehbarer Zeit gemildert und abgebaut werden kann, entstehen Protestpotentiale, die sich nach meiner Einschätzung nicht nach links, sondern nach rechts neigen werden. Und nach rechts neigen heißt auch, von rechts die CDU kritisieren. Wir haben da auf der Ebene der Wahlen und der Massenbewegungen noch einiges zu erwarten.

Kt.: Im Grundsatz richtig. Bei Haider fällt mir auf, daß er eigentlich nicht rechts von einem durchschnittlichen CDUler steht.

Wi.: Richtig, ja.

Kt.: Es gilt als allgemeiner Konsens, daß der Mann ein Rechtsradikaler ist. Auch für die CDU/CSU gilt er als "nicht salonfähig". Aber tatsächlich vertritt er Auffassungen, wie man sie bei etwas forscheren Leuten von der Jungen Union und überhaupt in der CDU haufenweise finden würde. Was Haider besonders auszeichnet, ist eigentlich nicht eine aus dem CDU-Rahmen fallende rechtsradikale Demagogie, sondern die Konsequenz, mit der er in Österreich die beiden alten, seit Jahrzehnten mehr oder weniger gemeinsam herrschenden Parteien angegriffen hat. Das ist auch das Geheimnis seines Wahlerfolgs.

Wi.: Richtig.

Kt.: Wenn es hier bei uns keinen signifikanten Rechtsradikalismus politischer Prägung, mit politischer Ausdruckskraft gibt - sondern natürlich rechtsradikale Stimmungen, die man bei 15 oder auch bei 25 Prozent der Bevölkerung ansiedeln kann, das ist in erster Linie eine Frage der Kriterien und der Bewertung - dann zeigt das...

Wi.: Aber du mußt sehen, daß die Abgrenzungsversuche der CDU/CSU, besonders der CSU, gegen Konkurrenz von rechts, vor allem in Wahlkämpfen, immer heftiger werden. Das heißt, mindestens in den dortigen Schaltzentralen wird die Gefahr offensichtlich sehr hoch angesetzt, wenngleich diese Gefahr dort nur als ein Problem der Wahlarithmetik begriffen wird.

Kt.: Das stimmt. Aber was ich sagen wollte, war eigentlich nur, daß im Spektrum rechts von der CDU/CSU jemand fehlt, der tatsächlich eine führende Rolle übernehmen würde und könnte...

Wi.: Das ist korrekt.

Kt.: ...jemand, der tatsächlich auf dem Niveau, mit der Eloquenz und auch mit der bürgerlichen Solidität, die Haider letztlich doch hat, es wirklich mit der CDU/CSU und der SPD aufnehmen würde, der diesen Parteien wirklich den Kampf ansagt.

Wi.: Ja, Brunner tut's nicht, Brunner hat's nicht gebracht. Solche Versuche sind schon gemacht worden.

Kt.: Dem Brunner fehlten, immanent gesprochen, der Mut und die Konsequenz zur sozialen Demagogie, zum Appell auch an die Verlierer der kapitalistischen "Wohlstandsgesellschaft". Der große Spagat von Haider, soziale Aufsteiger ebenso anzusprechen wie Deklassierte, ist natürlich ganz schwer zu schaffen.

Auch von den alten Rechtsradikalen, NPD, Republikaner, Frey-Klüngel - geht meiner Ansicht nach für eine rechtsradikale Mobilisierung keine große Gefahr aus. Das ist eigentlich eine Bestätigung dessen, was du sagst: Das rechtsradikale Potential ist da, was aber fehlt...

Wi.: Das Potential ist da, aber die Zeit ist noch nicht wirklich reif...

Kt.: Es ist sehr viel eher da als ein linkes Potential. Obwohl ich sagen würde, auf der linken wie auf der rechten Seite besteht ein ähnliches Problem, nämlich das Fehlen einer politischen, organisatorischen Avantgarde.

Wi.: Richtig, ja.

Kt.: Es scheint, daß für die Formierung politischer Massenbewegungen auf beiden Polen des politischen Spektrums in gewisser Weise Ähnliches gilt.

Wi.: Die Unterschiede sind aber auch einigermaßen signifikant. Auf der rechten Seite gibt es eine Massenpresse, es gibt Organisationen, die viele zehntausend Menschen umfassen. Das sind Rückgriffspotentiale einer möglichen faschistoiden Formierung, wozu es auf der Linken nichts Vergleichbares gibt.

Kt.: Das ist richtig.

Wi.: Es gibt nicht einige linke große Organisationen, die im Moment kopflos wären und nicht wüßten, was sie machen sollen, sondern es gibt allenfalls ratlose kleine Zirkel und verunsicherte Individuen.

Kt.: Das stimmt, es fehlt völlig die Organisationsbasis.

Wi.: Die Massenpresse, alles fehlt. - Um noch einmal auf die Faschisierungsthese zurückzukommen: Man kann ja sagen, Kohl stünde links von Reagan und Thatcher. Das ist vielleicht erst mal so vordergründig richtig. Übersehen wird dabei, daß die angelsächsischen Länder nicht die faschistische Tradition haben, wie sie Deutschland auszeichnet, daß es da auch keine 15- oder 25prozentige Basis im Volk für faschistoide Organisations- und Politikversuche gibt. Das heißt, die Möglichkeiten für den deutschen Imperialismus, nach rechts auszuschlagen, sind meiner Einschätzung nach erheblich größer als in den angelsächsischen Ländern. Das Gefahrenpotential ist weitaus bedeutender.

Ich will mit dieser Feststellung nicht das zahlenmäßig und auch sonst nicht unbedeutende faschistische Potential den USA kleinreden, aber es ist stark zersplittert und politikunfähig. Die radikalsten Strömungen, also Ku-Klux-Klan samt Nachfolgegruppen, die weit verbreiteten Milizen und Wehrsportgruppen, die "Waffennarren" und Schützenvereine, pflegen einen Begriff von "Freiheit", der antistaatlich orientiert ist und der sich darum militant gegen den amerikanischen Zentralstaat wendet, während Buchanan's Anhängerschaft die repressiven Staatsorgane im Gegenteil gerade ausbauen will. Und die Christian Coalition sowie die militanten "Lebensschützer", die das Abtreibungsrecht angreifen, haben zwar mit ihrem Entrismus eine enorm starke Stellung innerhalb der Republikanischen Partei erobert, aber gerade deswegen jetzt für Dole's Niederlage bei der Präsidentenwahl gesorgt.

Zurück in die BRD. Aus dem bisher Gesagten neige ich heute noch dazu, daß - bei aller Kritik an Überziehungen und Überzeichnungen - der Grundgedanke unserer damaligen Faschisierungsthese nicht falsch war.

Kt.: Dem möchte ich nur eingeschränkt zustimmen. Historisch gesehen hat sich der Faschismus sowohl in Italien als auch in Deutschland formiert und durchgesetzt als eine Massenbewegung, die sich zwar nicht frontal gegen das Kapital richtete, aber doch eine gewisse Autonomie gegenüber der damaligen politischen Klasse

gehabt hat und die sich auch nicht einfach als eine leicht handhabbare Lösung anbot, vergleichbar einem heutigen Regierungswechsel zwischen CDU und SPD. Es handelte sich in Italien 1922, in Deutschland 1933 um einen sehr riskanten und problematischen Wechsel, der in beiden Ländern von der Bourgeoisie nur aufgrund extremer Voraussetzungen vorgenommen oder akzeptiert wurde - sozialrevolutionäre Tendenzen, schwere wirtschaftliche Krisenerscheinungen, im Fall von Deutschland auch große außenpolitische Probleme und Ambitionen. Es wurden damit auch Risiken eingegangen, die sich nicht unmittelbar, gradlinig aus den Kapitalinteressen herleiten lassen. Daß Mussolini 1943 abgesetzt wurde, hat natürlich darin auch seinen Grund.

Im Gegensatz dazu sind wir Anfang der 70er Jahre davon ausgegangen, daß die faschistische Gefahr, von der wir sprachen, nicht so sehr von irgendwelchen Massenbewegungen ausging, die es weder damals noch heute in relevantem Ausmaß gab und gibt. Sondern wir nahmen an, daß die faschistische Gefahr aus dem Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Macht kommt, daß sie von dort gesteuert wird.

Um beim Beispiel von Haider zu bleiben: Man hat dort jemanden, der wirklich einen selbständigen Platz gegen ÖVP und SPÖ behauptet, beide Parteien in sehr scharfer Weise angreift. Ich sehe nichts vergleichbares in Deutschland. Ich kann mir zwar vorstellen, daß Teile der CDU/CSU sich immer weiter nach rechts bewegen, aber ich sehe nicht, wo sich eine Lücke für irgendeine Art von Massenbewegung auftun würde, zumal es aus der Sicht der heutigen politischen Parteien sehr problematisch wäre, wenn sich so etwas entwickeln würde.

Wi.: Sicherlich, der Imperialismus wird nicht leichten Herzens oder vorschnell zu einem faschistischen System greifen, das ist klar. Ein Aspekt, der uns damals, Anfang der 70er Jahre, die These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft so plausibel erscheinen ließ, wurde noch nicht ausdrücklich erwähnt: Viele von uns waren der Auffassung, daß man sowas wie die sozialistische Revolution noch selbst erleben würde. Das war als Grundstimmung weit verbreitet. Das stand zwar in keinem Artikel...

Kt.: Nein!

Wi.: Es wäre auch unvernünftig gewesen, so etwas im AK zu propagieren, aber als Stimmung war diese Ansicht vorhanden, nicht nur bei uns. Man hatte einige Jahre des politischen Aufschwungs, der erfolgreichen Massenmobilisierung, des Wachsens der Organisation im Rücken. Auf der anderen Seite hatte man viele Erfahrungen mit konkreter Unterdrückung, auch illegaler Unterdrückung gemacht und war darum der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik bei kontinuierlicher Eskalation der Beziehungen von Kapital und Arbeit nicht so bleiben würden, wenn die Linke in den nächsten 10, 20 Jahren in gleicher Weise weiter an Fahrt und Gewicht gewinnt.

Darüber hinaus wurde die Parole von der Faschisierung auch stark nach innen gewendet, also in die Linke hinein. Unter dem Stichwort "Warm anziehen" zum Beispiel ist diese Einschätzung, glaube ich, gut zum Tragen gekommen, daß nämlich kommunistische Arbeit a priori illegal sei (bzw. unter ständiger Illegalisierungsdrohung steht), daß alle Arbeit so angelegt werden müsse, daß sie nach Möglichkeit auch Bestand behalten sollte gegen die "Große Repression" (also Faschismus), die in jedem Fall vor einer sozialistischen Revolution kommen würde. Bei dieser Annahme stand wohl auch Ivan Popovs Roman "Als die Nacht verging" Pate, den wir ja nicht rein zufällig damals nachgedruckt und intensiv gelesen haben. (Der Roman schildert den langsamen, schwierigen Wiederaufbau der revolutionären Sozialdemokratie Rußlands nach dem Scheitern der Revolution von 1905/06.)

Vor dem Hintergrund damaliger Entschlossenheit der BRD-Linken, und insbesondere des KB, war diese Sicht der Dinge keineswegs unlogisch und falsch.

Kt.: Nein, ganz gewiß nicht. In der praktischen Nutzanwendung gab es Übertreibungen, die großenteils einfach Ausdruck unserer politischen Unerfahrenheit waren und manchmal auch etwas von "Indianerspiel" an sich hatten.

Wi.: Zweifellos. Es wurde übertrieben, es wurden auch oft die Ebenen von Propaganda und Analyse verwechselt. Aber heute zu sagen, die These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft sei das Einzige gewesen, was den KB auszeichnete und ohne sie hätte es keine politische Identifikation der KB-Mitglieder mit ihrer Organisation gegeben, geht an den Tatsachen vorbei.

Kt.: Da sind wir uns sicher einig. Die Faschisierungsthese war nichts, was irgendwann ein für alle mal inhaltlich festgelegt, dogmatisch definiert und dann eingefroren worden wäre bis zur Auflösung des KB. Sondern sie ist ständig neu reflektiert worden auf die real stattfindenden Veränderungen in der Gesellschaft. Es hätte überhaupt nichts gefehlt, wenn man irgendwann offiziell, wie wir es schließlich auch gemacht haben, gesagt hätte: An den und den Punkten haben sich bestimmte Prognosen, die wir versucht haben, zum Glück so nicht bewahrheitet - was gar nicht unbedingt bedeutet, daß sie per se und von vornherein falsch waren. Es gibt bestimmte Unabwägbarkeiten, und die Tatsache, daß es politischen Widerstand und Gegentendenzen gegen eine Rechtsentwicklung gibt, gehört zu diesen Unabwägbarkeiten.

Wi.: Das ist richtig. Außerdem haben natürlich falsche Prognosen seit Marx und Lenin eine gute Tradition innerhalb der Linken.

Kt.: Allein wo die überall die Revolution am Werk gesehen haben!

Wi.: Genau. Ich meine, Lenins Politik vor der Oktoberrevolution ist insgesamt nur unter der Prämisse zu verstehen, daß er Angst hatte, daß Rußland abgenabelt von einer deutschen und englischen Revolution. Er wollte die russische Revolution anbinden an die von ihm fest erwarteten Revolutionen in den industrialisierten Zentren der Welt, insbesondere Europas. Ohne diese fehlerhafte oder falsche Prognose - aus heutiger Sicht läßt sich das einfach sagen - hätte Lenin sicher eine komplett andere Politik für Rußland betrieben. Auch Marx ist davon ausgegangen - für ihn gab es überhaupt keine andere Denkungsart -, daß der Sozialismus durch eine Revolution in den industrialisierten Zentren geschaffen werden würde, sowohl in Nordamerika als auch in Deutschland, England, Frankreich usw. Sein ganzes Sozialismus-Verständnis ist daran gekoppelt gewesen. Marx hätte das "Kommunistische Manifest" nie verfaßt, wenn er im Blick gehabt hätte, daß - lange nach seinem Tod - in der Dritten Welt einschließlich Rußlands und Chinas sozialistische Republiken ausgerufen würden, weil das industrielle Potential, das seiner Auffassung nach die Basis von Sozialismus war, dort gar nicht entwickelt war. Das, also die Abwanderung seiner Analysen und Theorien in die Agrarstaaten, konnte er beim besten Willen nicht einmal erahnen.

So gesehen hat es im Sinne Marxscher Definition bisher noch nirgendwo Sozialismus gegeben. Da braucht man nur das kleine Büchlein "Manifest der Kommunistischen Partei" aufzuschlagen und nachzulesen, um zu erkennen, daß in diesen Staaten nicht mal Sozialismus im Ansatz entstanden ist, bzw. entstehen konnte. Insofern bedeutet der Zusammenbruch des sowjetischen Lagers auch keineswegs den Zusammenbruch des Sozialismus.

Kt.: Einerseits Nein, andererseits Ja, insofern als es keinen anderen gegeben hat.

Wi.: Es hat eben keinen gegeben bisher. Das, wofür der KB in den 70er und 80er Jahren gekämpft hat, ist nicht zusammengebrochen. Das, wofür wir, aber auch andere Gruppen, uns damals eingesetzt haben, hatte ja mit dem, was in der DDR oder in der Sowjetunion praktiziert worden ist, nichts zu tun. Da gab es verbale Übereinstimmungen, aber die waren rein semantischer Natur.

25. Mao, oder die Hoffnung auf Glück. Die chinesische Geschichte von ak und KB

Autor: nyg. und weitere GenossInnen aus Berlin · Rubrik: KB und AK; China · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:20

Die Relevanz, die China und die Politik seiner Kommunistischen Partei (KPCh) in den 60er und 70er Jahren für Teile der Linken in Westeuropa hatte, ist heute nur noch schwer nachvollziehbar. Vor allem in den Anfangsjahren haben sich auch KB und ak auf die KPCh bezogen und sich später kritisch mit ihr auseinandergesetzt. Der folgende Beitrag erinnert an die "chinesische Geschichte" von ak und KB unter besonderer Berücksichtigung der Rezeption der Kulturrevolution.

Ihren Anfang nahm die Entwicklung mit dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Nachdem die KPCh die auf dem XX. Parteitag vorgetragene Stalin-Kritik mit der Erklärung "Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats" zunächst vorsichtig begrüßt hatte, verschärften sich schon bald die Differenzen zwischen den beiden größten kommunistischen Parteien der Welt. Dafür gab es mehrere Gründe: Das Verhältnis zwischen KPdSU und KPCh war seit Mitte der 30er Jahre immer problematisch gewesen, da sich die chinesische Partei unter Führung Mao Zedongs nicht an die Moskauer Direktiven hielt und entgegen Stalins Plänen und Voraussagen 1949 die Macht in China militärisch errang. Vor diesem Hintergrund hatten die chinesischen Kommunisten auch nach 1949 keinen Grund, sich bevormunden zu lassen. Im Gegenteil: Ihre eigenständige, von der sowjetischen Roten Armee unabhängige Machtposition und ihre Herrschaft über das bevölkerungsreichste Land der Erde ließen es fast selbstverständlich erscheinen, daß man sich die Führung der kommunistischen Weltbewegung nun bald mit der KPdSU teilen würde.

Außerdem ging China auch innenpolitisch - spätestens seit dem "Großen Sprung nach vorn" (1958) - eigene Wege. Die Versuche der SU, eine Entspannungspolitik mit der USA zu entwickeln, wurden von Beginn an mit großem Argwohn verfolgt, nicht zuletzt, weil die chinesische Provinz Taiwan quasi von den USA besetzt war und China gerade im Koreakrieg die ersten militärischen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Führungsmacht gesammelt hatte.

Revisionismus-Kritik

Zunächst wurde noch versucht, den drohenden Bruch zwischen der KPdSU und der KPCh zu kitten. Auf zwei Beratungen der kommunistischen und Arbeiter-Parteien der Welt in Moskau (1957 und 1960) wurden gemeinsame Deklarationen verabschiedet, in denen unter Beibehaltung der formalen Führungsrolle der KPdSU versucht wurde, einen Kompromiß zu formulieren. Dieser war jedoch politisch wertlos, da sich keine Partei in ihrer tatsächlichen Politik daran hielt. So wurde die Auseinandersetzung fortgesetzt und mündete schließlich in die "Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" (1963/64), mit der die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung manifest wurde.

Hierbei ging es um mehrere strittige Punkte:

1) Die Beurteilung Stalins durch die KPCh fiel recht positiv aus ("70% gut, 30% schlecht", wie es griffig ausgedrückt wurde). Die damals nahezu vollkommene Ablehnung Stalins durch die KPdSU wurde, nicht zuletzt aus der unreflektierten konfuzianischen Haltung heraus, die Vorfahren zu ehren, als pietätlos empfunden.

2) Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat oder nicht? Die KPCh verneinte diese Frage. Mit dem damit verbundenen Revisionismus-Vorwurf an die jugoslawische Adresse war eigentlich die KPdSU gemeint, man wollte sie nur noch nicht explizit benennen.

3) Aus Sicht der KPCh betrieb die Sowjetunion mit dem Prinzip der "friedlichen Koexistenz" eine zu defensive Außenpolitik und erlag einer taktischen Unterschätzung des Imperialismus. Parallel dazu betonten KPdSU und westlichen KPs nun die Möglichkeit eines "friedlichen Übergangs" zum Sozialismus mit den Mitteln des Parlamentarismus (Stichwort: "antimonopolistische Demokratie"). Dieser Wandel war nicht Ergebnis einer theoretischen Analyse und hatte seinen Ursprung zu einem nicht geringen Teil in den außenpolitischen Interessen der SU, als anerkannter Staat behandelt zu werden und nicht als "Motor der Weltrevolution". Dies wurde von den Chinesen scharf abgelehnt.

4) Die "Umgangsformen" in der internationalen kommunistischen Bewegung ließen aus Sicht der KPCh sehr zu wünschen übrig. Die KPdSU nutzte ihre führende Position eindeutig zur Beeinflussung anderer Parteien aus, betrieb eine selektive Informations- und Einladungspolitik und trat eher kommandierend als diskutierend auf.

Die "Polemik" steigerte sich bis zum Revisionismusvorwurf, zunächst noch an die Adresse Chruschtschows, kurz nach dessen Sturz auch generell an die KPdSU gerichtet. Damit wurde die KPdSU nun bezichtigt, Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus revidiert und aufgegeben zu haben. Doch trotz der Schwere dieses Vorwurfes war die "Polemik" letztlich ein Ausdruck theoretischer Schwächen der KPCh. Anstatt eine tiefergehende Analyse der behandelten Fragen zu leisten, greift sie auf Klassikerzitate zurück, die beweisen sollten, wer "recht hat" und wer nicht. Daß die KPCh trotz dieser Unzulänglichkeiten der "Polemik" Anklang finden und die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung herbeiführen konnte, hatte drei Gründe:

1) Die theoretische Position und Argumentation der KPdSU war noch schwächer und ärmlicher.

2) Die Stalinkritik und die Revision grundlegender Positionen des Marxismus-Leninismus (stalinistischer Prägung) seitens der KPdSU wurde von vielen - vorwiegend älteren - KP-Mitgliedern in allen Ländern mit Mißbehagen, oft sogar mit offener Ablehnung beantwortet. Eine organisierte Kraft, an der sich diese Unzufriedenheit orientieren konnte, war also hochwillkommen.

3) Die Studentenbewegung der späten 60er Jahre in den westlichen Industrieländern ("Neue Linke") war auf der Suche nach einem Sozialismus, der anders aussah, als der starre, bürokratische Sozialismus in der SU. Hier nun wirkte sich ein Ereignis in China aus, das unmittelbar nichts mit der "Polemik" zu tun hatte: Die Kulturrevolution, die 1966 begann. Sie erschien als Bestätigung der These in der Praxis, daß auch im Sozialismus noch (Klassen-)Widersprüche existieren und damit auch Klassenkämpfe notwendig und richtig sind. Damit war die Hoffnung verbunden, die Diktatur einer kleinen Clique von Parteiführern zu verhindern.

Die "Große Proletarische Kulturrevolution" (1966-1969), wie sie offiziell in China genannt wurde, war eine kompliziert zu begreifende historisch-politische Bewegung. Im Westen wurde sie jedoch von vielen jungen Menschen zuallererst als antiautoritäre Bewegung wahrgenommen, die sich gegen die Herrschaft eines bürokratisierten Parteiapparates richtete und dabei interessanterweise vom Vorsitzenden dieser Partei unterstützt wurde. Sie schien einen dynamischen, jungen, bunten (insbesondere roten) und unkonventionellen Sozialismus zu zeigen, verkörperte die "Hoffnung auf Glück" und entsprach damit genau dem Bedarf der "Neuen Linken". (1)

Zwei Quellen der "ML-Bewegung"

So entstanden in allen westlichen Staaten, aber auch in den meisten Staaten und Gebieten der sogenannten "Dritten Welt", neue kommunistische Parteien und Gruppen, die später mit den Etiketten "ML-Bewegung" oder "maoistisch" versehen wurden. Ihre Anhängerschaft speiste sich aus zwei Quellen: Zum einen waren da die ehemaligen Mitglieder der moskautreuen, kommunistischen Parteien, die im Zuge der "Polemik" ausgetreten oder ausgeschlossen worden waren. Bei ihnen handelte es sich überwiegend um Stalinisten alter Schule. In der BRD wären als bekannteste Persönlichkeiten Ernst Aust als Gründer der "KPD"/ML und Willi Dickhut als Gründer des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD, heute MLPD) zu nennen. Zum anderen differenzierte sich die zunächst antiautoritäre Studentenbewegung in verschiedene Richtungen aus. Der Teil, der organisierte, revolutionäre Politik für notwendig hielt, um tiefergehende Veränderungen herbeizuführen, kam über den Marxismus entweder zur jeweiligen nationalen KP, zu den Trotzkisten oder wurde "maoistisch". Während sich in manchen Ländern (Frankreich, Großbritannien) die Mehrheit dieser Studenten und Jugendlichen in trotzkistischen Organisationen zusammenschlossen, organisierten sie sich in der BRD in "maoistischen" Gruppen.

Die sich hier zusammenfindenden Personengruppen - "alte Stalinisten" und "junge", von der Kulturrevolution faszinierte "Maoisten" - waren denkbar verschieden und hätten nie zueinander gefunden, wenn sie sich in der konkreten historischen Situation nicht perfekt ergänzt hätten: Die "jungen Maoisten" suchten Erfahrung im politischen Kampf und im Organisationsaufbau sowie Anschluß an die Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung. Sie hofften, dies bei den alten Kadern zu finden. Diese wiederum suchten dringend eine

neue Anhängerschaft, denn sie vertraten in den meisten Ländern zahlenmäßig kleine Abspaltungen ihrer jeweiligen KPs. Sie fanden sie bei den rebellierenden jungen Menschen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die "ML-Bewegung" in der BRD entstanden. Eine von vielen Organisationen war der Kommunistische Bund (KB). Die beiden genannten Quellen traten in den jeweiligen Gruppen allerdings unterschiedlich in Erscheinung. So entstanden "KPD"/AO und KBW als nahezu reine Studentenorganisationen, wurden aber bald zu ebenso harten Stalinisten wie die "KPD"/ML, die ein sehr geringes studentisches Potential hatte. Der KB hingegen konnte durch seine Vorläuferorganisation SALZ (2) verhältnismäßig viele junge ArbeiterInnen in den Organisationsaufbau einbringen, verfügte aber auch über GenossInnen, die aus der Studentenbewegung kamen und sich teilweise vorher im KAB (3) organisiert hatten. Alte KPD-Kader fehlten ganz. So hatte der KB von allen ML-Organisationen die besten Voraussetzungen, um Dogmatismus und autoritären Organisationsstrukturen zu entgehen. Anfangs gab es zwar auch hier eine positive Stalin-Bewertung und Ansätze von "Chinatreue". Doch das antiautoritäre Element im KB war zu stark, um das, was man von der chinesischen Kulturrevolution gelernt zu haben meinte, gleich wieder aufzugeben. Die Rezeption der chinesischen Kulturrevolution (KR) kann als Kern der "Chinageschichte" des KB bezeichnet werden.

Heute gilt die KR der westlichen Öffentlichkeit einfach als eine Katastrophe, ein großes politisches Verbrechen, für das die "Linken" in der KPCh, vor allem Mao, verantwortlich waren. Unersetzliche Kulturgüter seien von "barbarischen Horden" sinnlos zerstört worden, unzählige Menschen brutal mißhandelt, ermordet oder für viele Jahre ins Gefängnis oder Arbeitslager geschickt worden. Die KR sei schließlich nur eine Erscheinung des innerparteilichen Machtkampfes gewesen, bei dem vor allem Mao die Massen schändlich für seine egoistischen Ziele mißbraucht habe.

Diese Beurteilung entspricht teilweise der heutigen offiziellen Einschätzung der KPCh. Aus heutiger Sicht ist es schwer nachvollziehbar, wie positiv die KR in den späten 60er und frühen 70er Jahren beurteilt wurde, nicht nur in der "Neuen Linken", sondern auch bei einem Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit. Der Hauptgrund liegt darin, daß sie zunächst auf einer rein politischen Ebene rezipiert wurde: Mao wollte eine Entwicklung wie in der Sowjetunion verhindern. Die Partei war zu einer vom Volk losgelösten, nur noch administrativ handelnden Interessengruppe geworden. In der Bevölkerung hatte sich eine große Unzufriedenheit aufgestaut. Als Jugendliche, vor allem SchülerInnen und StudentInnen, zu protestieren begannen, stellte sich der Vorsitzende der Partei an ihre Spitze, rief sie quasi zur Revolution auf ("Bombardiert das Hauptquartier!", "Rebellion ist gerechtfertigt!"), was innerhalb weniger Monate im Herbst 1966 zur weitgehenden Zerstörung der größten kommunistischen Partei der Welt führte. Die Funktionäre der Partei wurden im ganzen Land auf öffentlichen Versammlungen geschmäht, geschlagen und mit Papierhüten auf dem Kopf durch die Straßen getrieben. In den Städten schossen politische Organisationen aller Art wie Pilze aus dem Boden. Sie orientierten sich zwar alle an den "Mao-Zedong-Ideen", lagen aber untereinander in nicht enden wollendem Streit, der mit kilometerlangen Wandzeitungsdebatten (Städte wie Beijing, Shanghai, Wuhan oder Guangzhou waren vollkommen "verklebt"), Tonnen von Flugblättern und kleinen Zeitungen, später dann aber auch mit Waffen geführt wurde. Die Welt war erschrocken, fasziniert und manchmal auch mitgerissen.

Viele, auch seriöse und bürgerliche Experten fragten sich damals ernsthaft, ob vielleicht in China, nur in China, der Kommunismus tatsächlich möglich sei, ob dort tatsächlich ein "neuer Mensch" aus der Revolution geboren würde.

"Die Massen sich selbst befreien lassen!"

Das Verständnis, das der KB damals von der KR hatte, ist am prägnantesten im Vorwort einer 1974 erschienen Broschüre ausgedrückt worden:

"In den meisten Darstellungen der Kulturrevolution ist eine Seite in den Vordergrund gestellt worden, nämlich daß in einem sozialistischen Land gezeigt wurde, wie eine kapitalistische Restauration verhindert werden kann. Die Lehren der Kulturrevolution gelten jedoch nicht nur für China, und sie gelten auch nicht nur für die sozialistische Gesellschaft, sondern ebenso für jene kommunistischen Parteien und Organisationen, die heute noch auf dem Boden des Kapitalismus für die sozialistische Revolution kämpfen. Die chinesische Kulturrevolution hat gezeigt, wie die revisionistische Rückentwicklung einer kommunistischen Partei oder Organisation bekämpft werden muß. Dieses Beispiel hat allgemeine Gültigkeit.

Die Kulturrevolution lehrt uns, den Fragen der Beziehung zwischen kommunistischer Organisation und den Massen sowie der innerorganisatorischen Demokratie stärkste Aufmerksamkeit zu geben. Sie lehrt uns, den Ungeist des ‚sklavischen Gehorsams` entschieden zu bekämpfen und den ‚Gebrauch des eigenen Kopfes zu fördern`. [...]

Sie ("chinatreue" Führer diverser ML-Gruppen, Anm. ak) machen aus der Kulturrevolution eine bloße Bewegung zur Förderung der Produktion, diffamieren die revolutionäre Form der Auseinandersetzungen im Verlauf der Kulturrevolution als ‚ultra-linke` Entgleisungen und verleugnen den emanzipatorischen Inhalt der Kulturrevolution, sie greifen die zentrale Parole ‚Die Massen sich selbst befreien lassen!` als ‚anarchistisch` an." (4)

Selbstbefreiung, Emanzipation, Gebrauch des eigenen Kopfes: Für den KB war die KR nicht einfach eine antiautoritäre Bewegung; sie schien vielmehr die authentischen Inhalte und Ziele des Marxismus in der Praxis zu verwirklichen. Die Gewalttätigkeiten während der KR wurden zwar gesehen, aber als "revolutionäre Form der Auseinandersetzung akzeptiert", zumal in China die Theorie von der Fortführung der Revolution, vom Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats nicht als staatliche Repression - wie bei Stalin - sondern in Form von Massenkämpfen in die Praxis umgesetzt wurde: Die Gewalt, die von "revolutionären Massen" ausging, wurde als notwendig akzeptiert, auch wenn sie in scheinbaren Einzelfällen bedauerlicherweise einige Unschuldige traf.

Eine sechsteilige Artikelserie, die 1981/82 im AK erschien und im Juli 1989, nach dem Massaker in Beijing, als Broschüre (5) nachgedruckt wurde, gab eine historische Darstellung der KR, in der erstmals das Verhältnis zwischen innerparteilichem Machtkampf, d.h. Instrumentalisierung der meisten Rotgardistengruppen, und emanzipativer Massenbewegung, vertreten durch die unabhängigen, "ultralinken" Rotgardisten und Rebellen, dargestellt wurde. Damit wurde in der KR zwischen "gesteuerter Bewegung" und "spontaner Bewegung" unterschieden. Im Vorwort der Broschüre heißt es über die KR:

"Es ist der bisher einzige Versuch in der Geschichte des realen Sozialismus, mit Hilfe einer Massenbewegung den Sozialismus zu ‚retten`. Dieser Aspekt ist von den Bewegten der Jugend- und Studentenrevolte in den westlichen Ländern aufgenommen worden, dies machte vor allem auch die Attraktivität von Mao Zedong aus, der sich als Parteivorsitzender hinter die revoltierenden Jugendlichen stellte."

Aspekte der Kulturrevolution

Hinter dem Begriff "Massenbewegung" versteckt sich das hier nicht explizit erwähnte emanzipative Element der KR, das nun aber nur noch als ein "Aspekt" der KR bezeichnet wird. Tatsächlich hatte sich auch im KB in den 80er Jahren längst die Erkenntnis verbreitet, daß die KR auch noch andere, wesentlich unangenehmere Aspekte gehabt haben mußte. Diese waren in der Artikelserie kurz angerissen, aber nicht diskutiert worden. Eine Einschätzung, die alle "Aspekte" der KR mit einbezieht, fehlt bis heute. Die wichtigsten Probleme, die sich aus heute bekannten Fakten ergeben, seien hier genannt:

1) Zur sozialen Basis der KR: Die aktiven Elemente, sowohl der gesteuerten, wie auch der spontanen Bewegung, waren überwiegend Jugendliche in den großen Städten Chinas. Die Arbeiter der Industriebetriebe organisierten sich hauptsächlich, um ihre Betriebe zu verteidigen. Als Revolution hatte die KR keine definierbare soziale Basis.

2) Zu den Zielen der KR: Ausgesprochenes Ziel war es, die "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" zu stürzen, Revisionismus zu verhindern und möglichst schnell den Kommunismus zu erreichen. Tatsächlich konnte die Parteibürokratie der KPCh recht bald zerschlagen werden. Es zeigte sich aber, daß die spontane Bewegung keinerlei Konzept hatte. Sie war nicht in der Lage, größere Teile auch nur der städtischen Bevölkerung hinter sich zu sammeln und administrative oder produktive Funktionen wahrzunehmen. Niemand wußte etwas mit dem "Sieg" der Revolution anzufangen, das Schicksal der 1. und 2. Volkskommune in Shanghai nach der Januarrevolution 1967, die keine reale gesellschaftliche Macht entfalten konnte (6), mag dafür beispielhaft stehen. Dies traf sowohl auf die gesteuerte wie auch auf die spontane Bewegung zu.

Im Ergebnis schlossen sich Staatsbürokratie (Zhou Enlai) und Militärbürokratie (Lin Biao) zusammen. Angesichts der aussichtslosen Lage der KR erhielten sie die Zustimmung Maos, die Lücke zu füllen, die die Partei hinterlassen hatte. Mit Hilfe der gesteuerten Bewegung schlugen und kämpften sie nun die spontane

nieder. Hierbei gab es übrigens die meisten Todesopfer der KR. Da alle Gruppen dem Personenkult Maos gehuldigt hatten, konnte sich eigentlich niemand gegen dessen Entscheidung stellen, die KR abzubrechen. Doch gab es auch einige wenige Rebellen-Gruppen, die Mao als Verräter bezeichnet hatten und seine Porträts verbrannten (z. B. die Proletarische Allianz Hunan). Viele aus der gesteuerten Bewegung fühlten sich genauso verraten, als sie bemerkten, daß sie nur Schachfiguren gewesen waren.

Viele Oppositionelle des sogenannten "Pekinger Frühlings" 1979, die auch 1989 und heute wieder eine Rolle spielen, z.B. Wei Jingsheng, Xu Wenli, Wang Xizhe, gehörten damals zu linken und "ultralinken" Gruppen und haben ihre heutige Haltung aus dieser Enttäuschung gewonnen. Für Mao war die Niederschlagung der KR sicherlich ein Schritt, den er zutiefst bedauerte, von dessen Notwendigkeit er aber überzeugt war. Zeichnete sich doch ab, daß das drohende Chaos und die Auflösung wichtiger staatlicher Strukturen zu einer Gefahr für die Existenz Chinas wurden. Die KPCh wurde, quasi als Wurmfortsatz der Staats- und Militärbürokratie, reorganisiert und 1969 mit dem IX. Parteitag der KPCh öffentlich konstituiert. So waren die Ziele der KR endgültig und vollständig gescheitert. Deng Xiaoping kam zurück, Bürokratie und Planung, Korruption und Repression, alles wurde so, wie es früher schon gewesen war, z.T. sogar noch schlimmer, da einige "Linke" ("Viererbande") ihre persönlichen Interessen nun administrativ durchsetzen wollten.

3) Zum sozialhistorischen Hintergrund der KR: Die Kulturrevolution wurde in einer Gesellschaft ausgelöst, die keine kapitalistische Entwicklungsphase durchlaufen hatte: Die bürgerliche Republik (1912-1949) war gekennzeichnet von Aufständen und Bürgerkriegen, von japanischer Besetzung und Widerstandskrieg und schließlich vom Revolutionskrieg. Der "Feudalismus", der dieser Zeit vorausging und gut 2.000 Jahre währte, trug - wenn man ihn denn überhaupt so bezeichnen will - ganz andere Züge als den, den wir aus Europa kennen. China war in weiten Gebieten archaisch rückständig. Der Sozialismus der ersten 15 Jahre trug die Züge einer neuen Dynastie, er hatte das "Mandat des Himmels", weil er vom Volk unterstützt und getragen wurde. Das, was 2.000 Jahre im Denken der Menschen gebildet hatten, ließ sich in dieser Zeit nicht verändern. Wenn unter solchen Voraussetzungen eine revolutionäre Massenbewegung initiiert, ihr Freiraum gegeben oder sie sogar angestachelt wird, dann mußte damit gerechnet werden, daß es zu einer schrecklichen Entladung von Aggressionen kommen kann.

Es sollen hier nicht alle Greuel der KR in Einzelheiten geschildert werden. Es gab massenhaft politische Morde, Mißhandlungen und Willkürakte aller Art. Natürlich wurde die Gelegenheit auch zur Begleichung "alter Rechnungen" genutzt, die mit Politik nicht das geringste zu tun hatten. Überall im Land wurde denunziert, nicht beim Staat, sondern bei Rebellenhaufen, deren Lynchjustiz keine Verteidigung kannte und für die Gerechtigkeit ein Ausdruck bürgerlicher Ideologie war. In der Intellektuellen- und Wissenschaftsfeindlichkeit, in der Kulturzerstörung und in ihrer antizivilisatorischen Praxis zeigte sich die KR als zutiefst reaktionär, als ein Aufstand gegen die Moderne, eine Art Heilsbewegung mit einem gottähnlichem Mao als Zentrum. Es gab zwar vielfältige individuelle Emanzipation, das Ideal aber war der fanatische Anhänger, der bereit war, alles, auch sein Leben und das anderer, für den Sieg der revolutionären Linie des großen Vorsitzenden zu geben.

Das Negative wendet

sich ins Positive

Insofern war der Abbruch der KR in jeder Hinsicht gerechtfertigt. Doch in dieser Situation gelang es Mao, die Dynamik der KR in andere Bahnen zu lenken. Die enttäuschten aber tatendurstigen Jugendlichen wurden in die ärmsten und entlegensten Gegenden Chinas geschickt, um dort von den armen Bauern zu lernen, aber auch um ihr Schulwissen aufs Land zu tragen und in der Praxis zu erproben. Dabei ging es natürlich u.a. auch darum, den Druck, der von den mobilisierten Massen erzeugt wurde, aus den Städten zu entfernen und deren Energie zu neutralisieren. Diese repressive Maßnahme wurde von vielen Beteiligten nicht als solche wahrgenommen. Sie erlagen der staatlichen Propaganda und zogen begeistert los. Millionen von Jugendlichen wurden auf lange Zeit von ihren Eltern getrennt, was dazu führte, daß die konfuzianische Familienstruktur wenn nicht aufgebrochen, so doch wenigstens nachhaltig angeknackst wurde.

Das Ergebnis dieses Experiments, das die Landbevölkerung sicher viele Nerven gekostet hat, war eine Generation von selbständigen, selbstsicheren Menschen, die keiner Person und keiner Partei mehr blind glauben und die ihr Land gut kennen. Oft kann man von ihnen die Erkenntnis hören: "Die Landverschickung

war zwar hart und hat mich soundsoviel Jahre meines Lebens gekostet, aber in dieser Zeit konnte ich viele Erfahrungen sammeln und lernen selbst zu denken und zu entscheiden."

Zweifelsohne ist die KR ein Bruch in der chinesischen Geschichte, der nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Die heutige Entwicklung Chinas, vor allem die Demokratiebewegung und die Dissidenten, wären ohne sie nicht denkbar. Die scheinbar negative Bilanz der KR wendet sich so dialektisch ins Positive. Sie hat im gesellschaftlichen Überbau vorbereitend dafür gewirkt, daß im Zuge des Nachholens der kapitalistischen Entwicklungsphase eine bürgerliche, demokratische Republik denkbar und vielleicht sogar realisierbar geworden ist. Insofern war sie eine echte Kulturrevolution. Auch wenn es übertrieben wäre, dieses Ergebnis als bewußtes Ziel Maos darzustellen, so muß doch festgehalten werden, daß er die Notwendigkeit des Bruchs mit dem Konfuzianismus, vor allem mit der Familientradition, als Voraussetzung für jede weitere fortschrittliche Entwicklung Chinas klar erkannt hatte.

Der KB ist in den Jahren nach Maos Tod konsequent für eine demokratische Entwicklung Chinas eingetreten. Die Unterstützung des "Pekinger Frühlings" 1979/80, der ersten Studentenbewegung 1987 und schließlich der Demokratiebewegung 1989, die durch das Massaker vom 4. Juni beendet wurde, erschien uns als logische Konsequenz aus unserem Verständnis der Kulturrevolution. Daß wir damit gar nicht so falsch liegen, wurde im Mai 1989 von Altkadern der KPCh bestätigt. Die Deng Xiaopings, Yang Shangkuns und Peng Zhens, die seit nunmehr 40 Jahren das Unglück Chinas verkörpern und die seinerzeit von den Rotgardisten und Rebellen verjagt worden waren, sahen in den Demonstranten auf dem Tian`anmen-Platz "kulturrevolutionäre Horden".

Die KR als historische Bewegung ist heute alles andere als aktuell. Wir können aber von ihr lernen, daß eine Meta-Geschichte hinter den vordergründig sichtbaren Ereignissen und Intentionen abläuft, "hinter den Rücken der Akteure", die für uns erst nachträglich erkennbar ist. Ein Mann wie Mao hatte, darauf lassen Äußerungen in seinen letzten Lebensjahren schließen, offenbar eine Ahnung davon. So wies er immer wieder darauf hin, daß alle unsere Taten und Handlungsweisen, er meinte damit vor allem seine eigenen, sich in 50 oder 100 Jahren als lächerlich erweisen würden. Trotzdem hat er viel mehr von seinen Ideen und seinem Lebenswerk retten können, als der oberflächliche Anschein meinen läßt.

nyg., sowie weitere

Genossen aus Berlin

Anmerkungen:

(1) In Deutschland kamen möglicherweise noch psychologische Faktoren hinzu: So war z.B. der Glaube an das "gute Volk" in der Linken durch den Faschismus nachhaltig erschüttert worden. Die sogenannte "Massenlinie" der KPCh formulierte dagegen ein geradezu naives Vertrauen in die Volksmassen.

(2) Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum, Hamburg.

(3) Kommunistischer Arbeiterbund, Hamburg.

(4) Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, 134 S.

(5) Rebellion ist gerechtfertigt! Zur chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1989, 40 S.

(6) ebenda, S. 32-37.

Fragwürdige chinesische Außenpolitik

Einer der wichtigsten Punkte der KB-Kritik an China war dessen Außenpolitik. Seit dem Besuch des US-Präsidenten Nixon (1971) und der Annäherung an die USA hatte China seine Außenpolitik noch stärker gegen die Sowjetunion gerichtet. Dabei unterstützte es auch reaktionäre Regimes (Chile, Zaire) oder proimperialistische Guerillabewegungen (UNITA und FNLA in Angola). Die chinesische Politik war gegenüber den imperialistischen Staaten in einem solchen Maße auf Kooperation und "gute Beziehungen" angelegt, wie es von der sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz niemals erreicht worden war. Da der Internationalismus für den KB immer einen besonders hohen Stellenwert gehabt hatte, war diese Entwicklung natürlich ein besonderer Stein des Anstoßes. Die Broschüre "Zur Außenpolitik der VR China" erschien in drei, jeweils erweiterten Auflagen (1974-1976). Hinzu kam, anläßlich des Strauß-Besuchs in China (1975), eine AK-Sondernummer.

Die chinesische Außenpolitik wurde kritisch dokumentiert und mit der Rückkehr Deng Xiaopings an die Macht - er war 1973 stellvertretender Ministerpräsident geworden - in Beziehung gesetzt. Hieß es im Vorwort zur ersten Auflage der Broschüre noch: "Chinas Außenpolitik gibt seinen Freunden mehr und mehr Rätsel auf", so wurde der chinesischen Regierung schon in der 2. Auflage "Unterstützung der Kriegsvorbereitungen der NATO-Imperialisten" vorgeworfen.

Die Außenpolitik der KPCh richtete sich nach der sogenannten "Drei-Welten-Theorie", die allerdings erst 1977 explizit so bezeichnet wurde. Danach sollten sich "3. Welt" (der Trikont im üblichen Sinn) und "2. Welt" (die kapitalistischen und sozialistischen Industrieländer) gegen die "1. Welt" (die beiden "Supermächte" USA und UdSSR) zusammenschließen. Dabei wurden die USA als "absteigende" und daher weniger aggressive "Supermacht" gesehen, so daß die aggressive Polemik sich nahezu ausschließlich gegen die UdSSR richtete. Diese wurde als "sozialimperialistisch" und "sozialfaschistisch" bezeichnet. Die chinatreuen "ML-Gruppen" in der BRD, hauptsächlich die KPD/AO, zeitweise auch KPD/ML und KBW, besonders aggressiv aber die MLD, die dieser Politik folgten, gingen damit auch zur Politik der "Vaterlandsverteidigung" über, d.h. sie befürworteten die NATO-Aufrüstung und die Bundeswehr zur Abwehr der sowjetischen Bedrohung. Dem setzte der KB sein Konzept des "revolutionären Defätismus" entgegen und geißelte die "Vaterlandsverteidiger" jahrelang in nahezu jedem AK.

nyg.

26. Am Ende war man wieder am Anfang. Überlegungen zum Gründungskonsens und zum Scheitern des KB

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; Diskussion zur Faschisierung / Wende · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:30

Als am 20.4.1991 auf dem 4. Kongreß des Kommunistischen Bundes (KB) dessen Auflösung beschlossen wurde, gab es keine Tränen. Vielleicht deshalb nicht, weil die Verletzungen der Auseinandersetzung zwischen den rivalisierenden Strömungen im Jahr 1990 in diesem Moment die Gedanken an bessere Tage der Organisation bei weitem überwogen. Sie flossen wohl aber auch deshalb nicht, weil zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige etwas anfangen konnten mit diesem KB.

Gefragt, ob ich anläßlich des 25jährigen Gründungsdatum des KB und dieser Zeitung noch einmal etwas über die letzte Phase des KB schreiben würde, kam ich selbstverständlich in die Gefahr, noch einmal die Schlachten von gestern zu schlagen. Nicht daß es mir nicht wichtig wäre, Recht zu behalten. Aber in bezug auf den KB ist dies von geringem Belang, da er sich schon vor dieser letzten Auseinandersetzung überlebt hatte. Dazu sollen im folgenden einige Überlegungen angestellt werden.

Der Gründungskonsens

Die aus meiner Sicht naheliegendste Überlegung wird den meisten etwas hergeholt erscheinen: Der KB wurde 1971 gegründet, um einen Beitrag zum Wiederaufbau der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei zu leisten. Eine revolutionäre Partei sollte es sein, was der 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) abgesprochen wurde. Nicht erst 1990, aber dann definitiv, vertrat dieses Ziel innerhalb des KB niemand mehr. Dennoch gibt es kein einziges Dokument, weder ein offizielles noch ein internes, "geheimes", in dem dieses Ziel jemals in Frage gestellt worden wäre. Vielmehr gab es eine stillschweigende Übereinkunft, daß der Parteiaufbau nicht angesagt sei. Für manche gar nicht mehr, für andere nur zur Zeit nicht, und die meisten beschäftigten sich wohl gar nicht mit dieser Frage, vielfach einfach deshalb nicht, weil sie bei ihrem Eintritt mit dieser Zielsetzung nicht einmal konfrontiert worden waren. Das mag absurd erscheinen und paßt so ganz und gar nicht in das Bild einer K-Gruppe, aber diese kleine Lebenslüge war eine der Voraussetzungen für das Überleben des KB.

Hätte irgend jemand diesen Gründungskonsens offen in Frage gestellt, wäre eine Spaltung zu einem früheren Zeitpunkt jederzeit möglich gewesen. Nicht weil sich eine Mehrheit dafür gefunden hätte, daß eben dieses Ziel doch zu verfolgen sei; aber es hätte sich, wenn nicht eine Mehrheit, zumindest eine größere Minderheit gefunden, die nachgewiesen hätte, daß der Verzicht auf dieses Ziel die Existenz des KB an sich in Frage stellen würde. Solche Entscheidungen wurden im KB nicht politisch, sondern psychologisch getroffen. Das sicherte zwar das Überleben, verhinderte aber gleichzeitig das Nachdenken über die Frage, welchen Zweck eine Organisation wie der KB erfüllen soll.

Das führt mich zu meiner zweiten Überlegung. Die Krise, die zur Auflösung des KB führte, begann eben nicht 1989, sondern wurde durch die Ereignisse dieses Jahres und des folgenden nur beschleunigt. Die Krise begann 1978/79 und endete mit der ersten Spaltung des KB in einen Teil, der sich - wie viele andere Linke auch - in die Grünen begab, und einen Teil, der sich als K-Gruppe dagegen stemmte. Zwar hat der KB in den 80er Jahren noch eine Reihe von politischen Initiativen ergriffen; er hat vor allem in der Friedensbewegung eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen sozialdemokratischen und grünen Kräften einerseits und autonomen andererseits gespielt. Dennoch waren die 80er Jahre eine Zeit des kontinuierlichen Niedergangs.

Nicht von ungefähr begann die Auflösung des KB 1989 nicht mit der dann wichtigsten Frage der deutschen Wiedervereinigung oder der Organisationsfrage, sondern mit der Initiative eines Mitglieds des Leitendes Gremiums (LG) gegen die alten Kader. Ausgangspunkt war die sichtliche "Vergreisung" des KB. Es gab seit Jahren kaum neue Mitglieder; die Politik wurde von den "Alten" bestimmt. Jeder wußte dies, niemand kannte ein Rezept. Anstelle einer politischen Überlegung über die Zukunft der eigenen Organisation trat die Zuspitzung auf die Ablösung der "Alten" - vorangetrieben von ebenso "Alten".

Mittlerweile waren fast zehn Jahre seit Gründung der grünen Partei vergangen. Die anfangs feste Überzeugung, später stille Überlebenshoffnung, die Abwendung der Grünen von linken Positionen würde einen Teil der dort organisierten Linken wieder zu den noch bestehenden linken Organisationen zurücktreiben, erwies sich als Seifenblase. Zwar verließ ein nicht geringer Teil der sozialistischen Linken die Grünen, niemand kam jedoch auf die Idee, sich wieder dem KB anzuschließen. Das hätte Anlaß zum Nachdenken sein müssen.

1989 fand der 3. KB-Kongreß statt. Das heute einzig Nennenswerte dieser Versammlung ist, daß dort erstmals vorsichtig die Organisationsfrage gestellt wurde. Im Referat eines Mitglieds des damaligen LG wurde festgestellt, daß keine der radikal linken Organisationen in der Lage sei, aus eigener Kraft den theoretischen und praktischen Anforderungen gerecht zu werden. Es wurde auf einen Diskurs der verbliebenen radikalen Linken orientiert, der auch die Organisationsfrage einschließen sollte.

Im Frühjahr 1989 fand das erste Treffen der Radikalen Linken statt, im Kern bestehend aus: den grünen Ökosozialisten (Ebermann, Trampert, Ditfurth), dem radikalisierten Teil der DKP (Fülberth, Gremliza), verschiedenen Strömungen aus dem autonomen Lager (Karl Heinz Roth, Linke Liste Frankfurt u.a.) und Mitgliedern aus noch bestehenden kommunistischen und sozialistischen Organisationen wie KB und VSP.

Innerhalb des KB gab es Personen, die diesen Ansatz vehement forcierten, der größere Teil verhielt sich abwartend. Fast der gesamte Führungskreis des KB übte sich in vornehmer Zurückhaltung. Die Radikale Linke veröffentlichte im Frühherbst 1989 ein bedeutendes Dokument, das als Plattform dienen sollte; durch die Ereignisse von 1989 und 1990 wurde es vollständig überholt. Die zentrale These dieses Dokuments war, daß die Linke durch rosa-grüne "Besoffenheit" und Anpassung an die Modernisierung des Kapitals gekennzeichnet sei. Die Radikale Linke sollte sich diesem Prozeß entziehen, der Anpassung entgegenstellen. Zusammengefaßt wurde das in der Parole, die Linke müsse in solchen Zeiten den Mut zum Sektierertum haben.

Dies war der politisch inhaltliche Auftakt der letzten Krisendiskussion im KB. An den KB-Dokumenten aus der Zeit zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991 fällt auf, daß sich die Debatte lediglich um zwei Themen drehte: das Verhältnis zu Deutschland und seiner Entwicklung sowie die Organisationsfrage, verbunden mit der Bündnisfrage. Gar nicht behandelt wurde die Zukunft kapitalistischer Entwicklung und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Fragen - all das, worum sich heute die linke Debatte vor allem dreht. Nicht einmal am Rande spielten Fragen eine Rolle, die den emanzipatorischen Charakter der westdeutschen Linken ausmachten wie die Frage des Feminismus, der Ökologie, Kulturfragen.

Das letzte Gefecht

Die Gemeinsamkeiten beider KB-Strömungen lagen in der Beschreibung der Zukunft der neuen Weltordnung nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers und des deutschen Machtzuwachses. Die Differenzen lagen darin, daß für die Minderheit nur eine politische Entwicklung Deutschlands zum "Vierten Reich" möglich erschien. Da diese "Analyse" so unerschütterlich feststand, diktierte sie das poltische Verhalten gegenüber der Restlinken und insbesondere anderen Auffassungen im KB. Der Mehrheit wurde der Vorwurf gemacht, sich mit dem Staat, der Nation der kapitalistischen Gesellschaft aussöhnen zu wollen. In der Mehrheit wurde in unterschiedlichem Maße die Einschätzung der Gefahren geteilt. Allerdings widerspruch die Mehrheit in zwei wesentlichen Fragen: Erstens wies sie auf die wesentlich geänderten internationalen Rahmenbedingungen hin, die ein IV. Reich unwahrscheinlich machen würden. Zweitens wurde großes Gewicht auf den widersprüchlichen Charakter der deutschen Vereinigung gelegt, der zum Ausgangspunkt einer neuen linken Bündnispolitik gemacht werden sollte.

Im Kern wurde in den Jahren 1989 bis 1991 noch einmal die Diskussion um die Faschisierungsthese wiederholt. Diese These hatte den Vorteil, daß die Entwicklung gesellschaftlicher Wirklichkeit oft viel richtiger erfaßt wurde als von anderen Linken; sie hatte den Nachteil, daß ihre Grundlage ein lineares Geschichtsbild war. Jede politische Maßnahme wurde konsequent als ein Teil der "Faschisierung" "analysiert" und beschrieben. Darunter litt die Fähigkeit, widersprüchliche Entwicklungen der Gesellschaft zu begreifen. Auf dem Feld der Politik war diese These Grundlage für ein Handeln, das den KB von allen anderen K-Gruppen grundsätzlich unterschied. Um gegen den Rechtskurs anzugehen, wurde ein Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte propagiert.

Die Faschisierungsthese spielte in den 80er Jahren als theoretische Grundlage nur noch eine Randrolle, eigentlich nur noch in dem Maße, wie sie von allen radikalen Linken vertreten wird: Alles wird immer schlimmer, die Demokratie wird laufend abgebaut, die Parteien werden immer rechter, die Gesellschaft ist rassistisch usw. usf. Die praktische Orientierung wurde jedoch beibehalten. Der KB verstand sich als Bindeglied zwischen sozialdemokratischen und grünen Kräften einerseits und dem autonomen Lager andererseits. Davon profitierten die Anti-AKW-Bewegung genauso wie die Friedensbewegung der 80er Jahre.

In der Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung und in der Entscheidung über die Organisationsfrage erlebten wir eine Neuauflage der Faschisierungsthese. So wie der KB Anfang der 70er Jahre allen übrigen linken Organisationen vorwarf, die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu unterschätzen, spaltete diese Frage nun auch den KB. Wer sich nicht der These anschloß, in Deutschland werde von den herrschenden politischen Kräften das IV. Reich in der Nachfolge des III. Reiches angestrebt, war aus Sicht der Minderheit ein Verharmloser eben dieses Imperialismus. Dabei lagen die politischen Prognosen beider KB-Teile - verglichen mit denen anderer, auch linker, politischer Kräfte - gar nicht so weit auseinander. Ein Streit um die "richtige" Einschätzung hätte allein aber noch keine Spaltung gerechtfertigt. Entscheidender waren die daraus gezogenen politischen Konsequenzen. Die Mehrheit orientierte wieder auf ein breites Bündnis linker Kräfte, um gegen die mit der Vereinigung entstehenden Gefahren anzugehen. Und sie wurde propagierte, mit der PDS als Kristallisationspunkt einen neuen Versuch zu unternehmen, in Deutschland eine sozialistische Partei etablieren.

In der Minderheit wurde an den theoretischen Grundlagen der Faschisierungsthese festgehalten (auch wenn gesagt werden muß, daß dies viel differenzierter als in den 70er Jahren geschah). Es wurde und wird davon ausgegangen, daß es eine zielstrebige Politik zum IV. Reich gibt. In politisch praktischer Hinsicht wurde jedoch mit der KB-Politik der 70er Jahre radikal gebrochen. War der KB bei seiner Gründung davon ausgegangen, daß Faschismus das Werk der Bourgeoisie sei, die Massen, insbesondere die Arbeiterklasse, das Opfer dieser Politik gewesen sind und eben gegen die neuen Gefahren des Faschismus eine Politik entwickelt werden müßte, Mehrheiten zu gewinnen, hatte sich dies bei der KB-Minderheit umgekehrt. Die Erfahrungen von 20 Jahren Politik in der BRD hatten gezeigt, daß dieses reale Proletariat nicht antifaschistisch eingestellt war. Und es hatte sich mittlerweile auch bis hinein in die linken und kommunistischen Kreise herumgesprochen, daß der Nationalsozialismus mehr als das Werk der Nazis und der Bourgeoisie war, sondern daß er von der überwältigenden Mehrheit getragen worden war. Bei einem Teil der radikalen Linken, einschließlich der KB-Minderheit, führte diese späte Erkenntnis zu einer radikalen Umkehr: Ab jetzt war jeder Deutsche qua Abstammung mindestens ein potentieller Faschist (immer ausgenommen die, die diese Einschätzung liefern; nicht wegen der Gnade der späten Geburt, sondern wegen der der besseren Gesinnung). Ab da setzte sich in diesem Teil der Linken die Überzeugung durch, daß für antifaschistische Positionen nur eine Minderheit zu gewinnen sei.

Ohne daß es einen ausdrücklichen Beschluß hierzu gegeben hätte, war die Orientierung auf eine linkssozialistische Partei eine der strategischen Überlegungen des KB. Die KB-Mehrheit nahm diesen Faden 1990 wieder auf, als sie auf einen Neugruppierungsprozeß der Linken setzte, der wiederum zu einer gemeinsamen sozialistischen Partei führen sollte. Kern dieser Überlegung war, daß eine Kraft geschaffen werden müßte, die in der Lage ist, Mehrheiten in dieser Gesellschaft anzusprechen und perspektivisch zu gewinnen. Die Minderheit zog den gegenteiligen Schluß: Linke Politik war für sie nur noch als Zirkelpolitik denkbar. Massenpolitik wurde mit Anbiederung und Opportunismus gleichgesetzt.

Der Verlust der strategischen Orientierung

In beiden Teilen gab es jedoch eine zwar nicht definierte, aber unausgesprochen feststehende Abgrenzung vom "Reformismus". Nicht wahrgenommen wurde, daß in den 80er Jahren die Grundlage für eine revolutionäre Politik, wie sie noch 1971 formuliert werden konnte, abhanden gekommen war. Die Kritik am ausgemachten Rechtskurs der Grünen ließ aus dem Blick geraten, daß man selbst immer weiter an Mitgliedern und Anhang verlor, vielleicht gerade deshalb, weil man sich all den neuen politischen Fragen verweigerte oder sie viel zu spät aufgriff, die bei den Grünen Veränderungen brachten. Man konnte gerade noch Anhang durch einen Negativbezug auf die Grünen gewinnen, nicht aber durch eine eigenständige politische Zielsetzung.

Während André Gorz im KB noch als Verräter galt, weil er den "Abschied vom Proletariat" forderte (dem im "Kapital" beschriebenen, weil er meinte, dieses gäbe es heute nicht mehr), wurde das gleiche Proletariat wenige Jahre später ohne Umschweife fallengelassen, weil es als Hort des Nationalismus und Rassismus ausgemacht wurde.

Während vom KB der 80er Jahre vor allem die rechten Tendenzen bei den Grünen ausgemacht wurden, entwickelten ehemalige KBler wie Thomas Ebermann und Rainer Trampert dort einen wesentlichen Beitrag zur linken Ökologiedebatte. Heute wird so getan, als sei dies ein selbstverständlicher Allgemeinplatz linker Theorie. Damals jedoch wurde "nachgewiesen", daß sie sich damit vom marxistischen Denken weit entfernt hätten.

Der KB hat seinen höchsten Organisationsgrad und seinen größten Einfluß in Zeiten erreicht, in denen sich seine Mitglieder, von den übrigen K-Gruppen als Bewegungsopportunisten verspottet, in den neuen sozialen Bewegungen engagierten. Diese neuen sozialen Bewegungen waren jedoch bei aller Radikalität ihrer politischen Praxis immer reformistische Bewegungen. Der KB lebte in einem Zwiespalt wie alle kommunistischen Organisationen. Die Beschränktheit der reformistischen Bewegungen sollte perspektivisch aufgehoben werden, um daraus eine Systemopposition zu entwickeln. Einen diskutierten strategischen Ansatz hierfür gab es bis zur Gründung der grünen Partei mit der Bildung der bunten und alternativen Listen, die Kern einer große Teile der Linken umfassenden sozialistischen Partei hätten sein sollen. Die Orientierung der neuen sozialen Bewegung auf die grüne Partei raubte dem KB die eigene strategische Orientierung. Dies machte einen wesentlichen Teil des harten Konkurrenzkampfes in den 80er Jahren aus, vor allem des vergeblichen Hoffens auf ein Scheitern der Grünen.

In der Blütezeit des KB Ende der 70er Jahre spiegelten sich in der Organisation alle Fragen des gesellschaftlichen und soziales Lebens und des Ringens um Fortschritt oder Reaktion wider. Man möchte fast sagen, daß es um so erstaunlicher ist, daß alle diese Fragen bei der letzten Spaltung und der Auflösung keine Rolle mehr spielten. Diese entschied sich an einer nochmaligen Diskussion um den Gründungskonsens und die daraus abzuleitende Politik. Während die einen an der Theorie festhielten und die daraus resultierende Praxis verwarfen, entfernten sich die anderen vorsichtig vom Gründungsdogma und hielten dennoch an der entfalteten Praxis fest. Man war noch einmal an den Ausgangspunkt zurückgekehrt, ohne einen neuen Anfang zu finden.

Heinrich Eckhoff

27. Eine gute Gelegenheit, mal wieder "Hallo" zu sagen!

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:15

Ja, eine schöne Gelegenheit: Siebentausend Zeichen zum 25jährigen Geburtstag des - aber da stocke ich schon: wie muß es heißen? Des ak? Oder der ak? Arbeiterkampf? Analyse? Oder lieber Kritik? Oder irgendwie doch alles miteinander, die heimliche Synthese?

Wie dem auch sei; es ist jedenfalls eine schöne Gelegenheit. Aber worüber schreiben? Über die Vergangenheit? Wie die Zeitung gegründet wurde? Wann? Warum? Von wem? Und vor allem - für wen?

Da wäre dann die schon lange überfällige Geschichte des Kommunistischen Bundes dran. Aber nachdem das bisher nicht geschafft wurde, werde ich das auf einer halben Seite wohl ebenfalls nicht schaffen.

Ich beschränke mich also darauf, festzustellen, daß es die Zeitung ab 1971 gab und daß wir alle damit einverstanden waren, sie Arbeiterkampf zu nennen. Wie immer ulkig das heute einigen erscheinen mag: es brachte unsere damaligen Träume zum Ausdruck.

Wir wollten die Gesellschaft, in der wir lebten, verändern, und für uns war klar, daß das nur Seite an Seite mit der Arbeiterschaft möglich sein würde. Zwar lagen die bitteren Erfahrungen vom Ende der APO-Zeit bereits hinter uns, jedenfalls hinter mir. Damals hatten uns in Berlin, wo ich mich 1968/69 aufhielt, die erbosten Frauen unserer geliebten Kollegen bei Demonstrationen für die Freiheit des Kommunarden Fritz Teufel, aber auch bei solchen für ein Ende des Krieges in Vietnam, Wasser und Blumentöpfe von oben aus ihren Wohnungen auf die Köpfe niederprasseln lassen. Sie hatten eben doch andere Vorstellungen von ihren Interessen als wir.

Aber auch wenn es so war: In seinen Glanzzeiten brachte es dieser AK immerhin auf 25.000 verkaufte Exemplare; und die gingen nicht über den Kiosk, nicht einmal hauptsächlich über das Abo wie heute, die gingen zum größten Teil über den direkten Verkauf. Die waren Ausdruck einer hochentwickelten politischen Debatte zwischen den Produzenten und den Konsumenten dieser Zeitung. Wer im ak schrieb, bewirkte Aktivität, wer aktiv war, schrieb im ak. Schreiben war konkret, Schreiben war Inter-Aktion - jedenfalls schien es so.

Ich habe jedenfalls im ak seinerzeit die Möglichkeit gesehen, die Menschen zu erreichen, die mit mir einer Meinung darüber waren, daß das Leben nicht in Schreiben einerseits und "Action" andererseits, vornehmer gesagt in Theorie und Praxis, Kopf- und Handarbeit (und dergleichen) zerfällt, jedenfalls nicht zerfallen darf, sondern daß beides von Haus aus einen untrennbaren lebendigen Zusammenhang bildet und dieser wiederhergestellt werden muß, wo er auseinanderzufallen droht oder bereits auseinandergefallen ist.

So betrachtet, waren es gute Zeiten, die wir mit unserer Zeitung hatten, auch wenn nicht alles immer so direkt, sprich demokratisch war, wie es schien. Aber die "direkte Aktion" unserer Konkurrenz von der schwarzen Front beispielsweise war auch nicht direkter, erst recht da nicht, wo sie zum Sprengstoff griff.

Denn schließlich gab es dieses Grundproblem, daß uns alle unbarmherzig einholte: Der Arbeiterkampf war eben doch nicht Ausdruck des Kampfes der Arbeiter, sowenig wie die "direkte Aktion" direkt war, sondern ein Produkt derer, die gern Arbeiter und derer, die gern direkt sein wollten. Letztlich war es eben einfach der Kampf um mehr Demokratie, beziehungsweise, wenn es jemandem leichter fällt, es von der Seite zu betrachten, der Kampf gegen den Abbau von Demokratie, also gegen das, was wir seinerzeit die "drohende Faschisierung" nannten.

Ich will nun keineswegs diese Debatte hier wieder aufrollen. Das kann man ja alles in den alten Ausgaben der AKs aus jener Zeit nachlesen. Da haben wir uns ja damals nichts gespart und es wurde - fast - alles gesagt.

Mir geht nur durch den Kopf, wie schwer es ist, den eigenen Ort in der Geschichte richtig zu erkennen. Im Nachherein sieht doch alles immer noch wieder ein bißchen anders aus: Manch Älterer, manch Ältere hat es uns damals zwar gesagt, wenn ich mich recht erinnere, daß weder der Kommunistische Bund kommunistisch noch der Arbeiterkampf eine Zeitung der Arbeiter sei. Doch diese Erkenntnis, der sich irgendwann auch die

härtesten Proletaristen unter uns nicht entziehen konnten, in eine Tat umzusetzen, war wohl das Allerschwerste in der Geschichte des alten AK.

Da bin ich denn auch schon bei der Gegenwart angelangt: Nun heißt der Arbeiterkampf ja schon seit gut fünf Jahren analyse & kritik, und das ist sicher gut so. Analyse und Kritik brauchen wir heute mehr denn je.

Die Zeiten sind nicht unbedingt schwerer, sie sind auch keine faschistischen geworden, wie wir das seinerzeit befürchtet hatten. Doch sind sie dunkler geworden, dunkler in dem Sinne, daß inzwischen auch die letzten Reste einer Alternative, die bei Gründung des AK noch den Schein einer Zukunft hatte, aufgebraucht sind. Mit Beginn der Perestroika 1985/86, ganz und gar klar dann mit dem Fall der Mauer 1989 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 war es auch in den Alltagsstrukturen unserer heutigen Zeit angekommen, was vorher nur durch die Theoriestuben gegeistert war und dort immer noch in die Ecke geschoben werden konnte: Der erste sozialistische Impuls, der sich Mitte des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Industrialisierung herausgebildet hatte, ist ausgelaufen. Nun beginnt etwas Neues.

Ich bezweifle, daß wir nun einem allgemeinen Sieg des Kapitalismus, des Imperialismus, einem Vierten deutschen Reich oder ähnlichen Wiederholungen entgegengehen; andererseits wird es auch nicht "das" Weltproletariat geben, das sich in revolutionären Massenkämpfen gegen die internationalen Monopole, gegen die Machtzentren des IWF oder der Weltbank erhebt.

Mehr noch, vor solchen Entwicklungen, gar Strategien, die auf die gewaltsame Eroberung von Macht zielen, mögen uns Herz und Verstand bewahren. Solche Strategien können unter den heutigen Bedingungen schnell zu einem schrecklichen Ende führen. Wir werden wohl neue Wege finden müssen, um eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Wir haben natürlich alle, denke ich mir, die wir vor 25 Jahren mit dieser Zeitung und mit dem damaligen Kommunistischen Bund begonnen haben, längst begriffen, daß wir seinerzeit keine Avantgarde, sondern eine Nachhut gewesen sind.

Wir waren eine Nachhut aus dem Ersten und aus dem Zweiten Weltkrieg. Wir hatten reichlich aufzuarbeiten: die verdrängte imperiale Geschichte Deutschlands, den verdrängten Faschismus; die damit verbundenen Schuldgefühle, die nur übergestülpte Demokratie. Darin hatten wir, ob wir uns nun für nordeutsche oder für westdeutsche Kommunisten, für Sozialisten oder für Demokraten hielten, unsere historische Rolle - und unsere Wirkung.

Wir sind ja keine verlorene Generation; es war auch nicht überflüssig, den AK oder andere Zeitungen dieser Art zu gegründet zu haben. Da gibt es nur wenig zu bedauern, aber vieles, was erreicht wurde, wesentlich eine Demokratisierung der Gesellschaft. Was unser eigenes Umgehen mit der Demokratie betrifft, so hatten wir ja das Glück, es nicht in Politik umsetzen zu müssen. Als es soweit gewesen wäre - Stichwort: Grüne - sprengte diese Frage die engen Fesseln der KB-Disziplin und anderer Nachhutgruppen. Ihre Zeit war vorbei.

Ohne die Nachhutgefechte dieser Generation hätten wir aber heute noch das ideologische Trümmerfeld, das der zweite Weltkrieg hinterließ. Durch ihr zähes Beißen auf diesem Nachlaß sind viele Fragen gelöst. Zumindest ist bekannt, was noch zu klären ist. Nun kann man sich den Fragen zuwenden, die die neue Zeit stellt, jene Zeit, in der die alten Modelle aus dem 19. und auch die aus dem 20. Jahrhundert schon nicht mehr greifen.

Damit sind wir wieder bei unserem Geburtstagskind angekommen. Auch wenn ich vor sieben Jahren aus der Redaktion ausgeschieden bin, weil mir in ihr der Bezug zu der eben geschilderten Wirklichkeit verloren gehen drohte, freue ich mich, daß es die Zeitung noch gibt, und gratuliere! Ich hätte es nicht gedacht, daß der AK seine Umwandlung in die ak so bruchlos überstehen würde.

Last not least darf ich vielleicht noch eine Kleinigkeit aus meiner jetzigen Arbeit verraten: Für einige russische Linke, besser Reformsozialisten, die des Deutschen mächtig sind, ist auch die ak, so wie früher der AK, immer noch eine interessante Zeitung, aus der sie viele Informationen entnehmen, die sie sonst nirgendwo bekommen. Was sie allerdings vermissen, sind, wenn ich es mit eigenen Worten sagen und dem zugleich zustimmen darf, Auseinandersetzungen mit Problemen, die sich aus der Verwechslung von Sowjetismus und Sozialismus ergeben, und ein Bemühen um Alternativen. Damit bin ich bei meinem heimlichsten Wunsch

angekommen, nämlich dem, daß ak irgendwann nicht mehr analyse & kritik, sondern "Alternativen & Kritik" bedeuten möge.

Mit lieben Grüßen, Kai Ehlers

13.11.1996

Kai Ehlers, geb. 1944, lebt heute in Hamburg als unabhängiger Journalist, Feature-Autor beim Hörfunk, Buchautor. Thema: alle Fragen, die sich aus der nachsowjetischen Transformation ergeben.

Im Frühjahr erscheint im Schmetterling Verlag, Stuttgart, sein neues Buch: "Herausforderung Rußland: Vom Zwangskollektivismus zur selbstbestimmten Gemeinschaft? Eine Bilanz der Privatisierung".

28. bonne chance, ak!

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:19

In den etwas mehr als 30 Jahren meines bisherigen politischen Lebens hat mich die Lektüre des ak 25 Jahre lang begleitet, und wenn man seine Vorläufer dazunimmt, dann waren es gar 26. Er hat mich zweieinhalb Jahrzehnte lang einem Wechselbad von Wut und Frustrationen ausgesetzt, mir aber zugleich auch Respekt abgenötigt, mich in Erstaunen versetzt, mir zu ausgesprochenen Aha-Erkenntnissen verholfen und - ja, ernsthaft! - tiefe Dankbarkeit erzeugt. Das Spektrum der Gefühle umfaßt alle Extreme. Wie kann es auch anders sein in einer Beziehung, in der ich nach- und manchmal auch nebeneinander politischer Kontrahent, interessanter Diskussionspartner mit einer anderen Wellenlänge, Objekt einer für mich überlebenswichtigen Solidaritätskampagne, und sehr früh auch schon externer Autor gewesen bin?

Gefühle sollten nicht unterschätzt werden, vor allem diejenigen, die sich spontan einzustellen pflegen; noch wichtiger ist es, sie sogleich nach ihren Ursachen kritisch zu hinterfragen. In der 25-jährigen Geschichte des ak steckt die nur um wenige Jahre kürzere Geschichte des KB, und vieles von dem, was der KB im Prozeß seiner strategischen Optionen und Fraktionierungen machte oder auch unterließ, wurde in der "(Arbeiter-)Zeitung des Kommunistischen Bundes" bekanntgegeben. Die extreme Spannbreite der Gefühle rührt sicherlich zu erheblichen Teilen von daher: die Redaktion war bis zur Auflösung des KB 1991 für jeden Leser, der dem KB fernstand, eine Projektionsfläche im doppelten Sinn. Sie mußte für politische Konflikte auf der innerlinken Schaubühne geradestehen, in die sie zwar aktiv involviert, für deren Ablauf und Ausgang sie aber nur sehr begrenzt verantwortlich war. Soweit die erste Distanzierung von meinem aufgewühlten Gefühlsleben in der Auseinandersetzung mit einen Jubilar, der mir unter ganz unterschiedlichen Vorzeichen sehr viel bedeutet.

Der ak gehört zu den langlebigsten Printmedien der deutschsprachigen neuen Linken. Allein deshalb ist er ein bedeutender Steinbruch für ihr kollektives Gedächtnis, und jeder/jede, der/die sich mit der Geschichte der neuen Linken auseinandersetzen will, wird sich zukünftig allein deshalb durch ihn hindurcharbeiten müssen. Zu diesem ungewöhnlichen Durchhaltevermögen gesellen sich besondere Qualitäten, die mir erst spät bewußt geworden sind, obwohl die Redaktion sie vor allem in den Krisenjahren ihres politisch-organisatorischen Trägers 1978/79 und 1990/91 lautstark für sich reklamiert hatte. Sie wollte immer mehr als ein engstirniges "politisches Organ" sein. Sie forderte für sich einen linken Pluralismus ein. Sie legte Wert auf seriöse und nachprüfbare Berichterstattung und Analyse, so daß der Übergang vom Arbeiterkampf zur analyse & kritik mehr war als ein Tribut an die postmodernen Zeitläufe. Alle Tendenzen zur antikapitalistischen Rebellion waren ihr die Mühe des Mitteilens wert, aber sie beanspruchte für sich das Recht, dazu auch gleichzeitig Stellung zu nehmen. Das war und ist eine seriöse Arbeitsgrundlage. Sie garantierte Autonomie. Sie verwandelte das Propagandasprachrohr des KB schon in den 70er Jahren in ein Kommunikationsinstrument, das sich sogar in eigener Sache nur dann politischen Leitlinien unterwarf, wenn sie mit den eigenen Erfahrungswelten und Einschätzungen übereinstimmten. Deshalb hat ak den KB überlebt, aber auch der KB hat ak überleben lassen, weil er die offenste neoleninistische Gruppe war, die den antiautoritären Aufbruch der JungarbeiterInnen, SchülerInnen und StudentInnen beerbt und kanalisiert hat. Gerade weil er den ak hervorbrachte und letztlich auch losließ, wird auch der KB mit seiner "Brückenfunktion" in jeder Geschichte der westdeutschen neuen Linken bei aller unabdingbaren Kritik einen ehrenvollen Platz einnehmen.

Eine solche Redaktion hat es verdient, als Hort von kollektivem Gedächtnis ernstgenommen zu werden, zumal sie auch noch extrem fleißig war. Ihr gedrucktes Output füllt fast zwei Regalmeter. Etwa ein Fünftel davon habe ich wieder in die Hand genommen und durchgesehen. Die Mühe hat sich mehr als gelohnt. Aus vagen oder verschütteten Erinnerungen wurde wieder präzises Gedächtnis. Ein paar Facetten davon möchte ich herausheben.

Natürlich war der ak zuallererst ein Spiegelbild des KB, aber ein erstaunlich offenes, was - vielleicht unbeabsichtigt - die organisationsinternen Hierarchien zwischen Anleitern und Angeleiteten sehr früh wirksam konterkariert hat. In den Ausgaben des Vorläufers war nachzulesen, wie sich die neoleninistischen OrganisatorInnen mit Hilfe der Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentren daranmachten, dem wilden Aufbegehren der T-Shirts klassenbewußte Zucht und Ordnung beizubringen. Das konnte nur ein paar Jahre lang gutgehen. Die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsarbeit zerrieb sich am Widerspruch zwischen

Mitbestimmungslegalismus und Revolutionserwartung, die Jugendzentren trockneten bald aus, und auch die sozialistischen Schülerbündler gingen rasch andere Wege. Die an der SDAPR-Geschichte (Sozialdemokratische Partei Rußlands, Anm. ak) geschulten Großtheorien und Aktualisierungsversuche rieben sich zunehmend an den Bedürfnissen nach individueller Selbstverwirklichung hier und heute. Während die AnleiterInnen im Geflecht von Stolypinscher Reaktion und bundesrepublikanischer Faschisierungsthese zu den Ufern eines linken Parlamentarismus aufbrachen (in die Duma gelangten aber dann nur die Grünen hinein), kamen die persönlichen Bedürfnisse der Angeleiteten im ak unvermittelt zur Geltung. Schwule und Lesben brachten sich ein, und Frauengruppen proklamierten befreiten sex and gender in Gestalt von Sterilisationsanforderungen an die Adresse ihrer als chauvinistisch erkannten Mitkämpfer. Der KB wurde zum prononcierten Austragungsort der Lebenskrise der politischen AktivistInnen, die Ende der 70er Jahre über uns alle hereinbrach, und im ak war darüber vierzehntäglich (später monatlich) nachzulesen. Es gab keine zweite linke Zeitung, die - und dann noch am eigenen politisch-organisatorischen Projekt! - die Krise der neuen Linken so offen und tabufrei dokumentierte. Das flößt gewaltigen Respekt ein, auch wenn mir die Abwehr der Sterilisationswünsche der Männer-Genossen seinerzeit den ärztlichen Nebenalltag ziemlich erschwert hat. Zum Glück verliefen dann die Auseinandersetzungen von 1990/91 auf einer weniger existentiellen Ebene, und die Art und Weise, in der das damalige Mehrheitsvotum für einen zweiten parlamentarischen Anlauf im Schatten der PDS heute bilanziert wird, ist erstaunlich offen und selbstkritisch.

Der schonungslosen Widerspiegelung der Binnenbeziehungen zwischen KB und ak verdanken wir aber noch mehr. Sie war offenkundig die Vorbedingung dafür, daß auch die übrige neue Linke und die neuen Sozialbewegungen umfangreich zu Wort kamen. Die meisten Schlüsselereignisse der 70er und 80er Jahre sind in den vergilbenden Ausgaben nachzulesen: Aufschwung und Krise der Anti-AKW-Bewegung, der Anti-Repressionskampagnen und der Antifa; die zwischen Sarkasmus und kritischer Genauigkeit schwankende Rezeption der Allmachtphantasien und des Scheiterns der ML-Bewegung; eine behutsam-kritische Dokumentation des Niedergangs der bewaffneten Gruppen bei gleichzeitiger Solidarität mit ihren Gefangenen; die kontroversen Debatten und Berichte über die alten und neuen Barden der Szene, die sich von Betriebskadern zu postmodernen Selbstvermarktern oder zu Moralaposteln gewandelt haben oder aber mit den unterschiedlichsten Untergangsszenarien schwanger gehen. Hellsichtig hat die ak-Redaktion den Weg der radikalen Nie-Wieder-Deutschland-Linken begleitet, die hitzigen Phasen des Kampfs um die Hamburger Hafenstraße festgehalten, neue Botschaften aus dem lakandonischen Urwald weiterverbreitet und über die Entmilitarisierung der zentralamerikanischen Guerilla berichtet. Sie hat aber auch den Kontroversen um das self sustainable development eine Plattform gegeben, wichtige Arbeitspapiere lokaler Initiativen (Hamburger Gruppe Blauer Montag) dokumentiert und den Windmühlenkampf der Geschichtswerkstätten gegen den revisionistischen Schlußstrich gewürdigt. Das alles bedeutet mehr als die Fähigkeit zu einem Dasein als "linkes Trüffelschwein" (Georg Fülberth), das wichtige Trends frühzeitig ausmacht. Es zeugt von der Bereitschaft, gelassen und zugleich skeptisch zuzusehen, pro und contra abzuwägen, vor allem aber: offen zu sein und niemand vorschnell aus dem Dialog auszuschließen. Das sind wahrhaft Tugenden, die Schule machen sollten, weil wir sie für das politische Überleben dringend benötigen.

Soweit ein paar Einsichten nach der retrospektiven Durchmusterung von fünf Jahrgängen. Gelesen habe ich den ak zweieinhalb Jahrzehnte lang aber vor allem, weil er in vieler Hinsicht das Niveau eines linken Le Monde Diplomatique hatte. Die Berichterstattung der Länderkommissionen hatte überwiegend hohes Niveau. Sie haben früher als meine eigenen politischen Zusammenhänge erkannt, daß und wie der Iran nach dem Umsturz 1979/80 auf eine religiös verbrämte Diktatur zutrieb. Sie haben frühzeitig den Terror des Pol Pot-Regimes gebrandmarkt, unser aller linken Antizionismus selbstkritisch hinterfragt und sich trotzdem mit der Weiterentwicklung der israelisch-palästinensischen Tragödie beschäftigt. Ihre Analysen über den Untergang Jugoslawiens waren wegweisend in dem Dickicht von Desinformation und ethnozentristischer linker Begeisterung. Gegen den Golfkrieg haben sie kompromißlos Stellung bezogen, den Ausgang der Transformationskrise Osteuropas hellsichtig prognostiziert und den Verlauf des "Schlachtfests des Kapitals" während des DDR-Untergangs nachgezeichnet. Hinzu kommen hervorragende Einzelstudien und Schwerpunktanalysen, die es sonst nirgends zu lesen gab: die Gladio-Dokumentation; Analysen über die Hanns-Seidel-Stiftung; eine Artikelserie über den Libanon seit dem Bürgerkrieg; Berichte über den Skandal des Arbeiterschutzes, den die Umweltbewegung so arg vernachlässigt, obwohl die industriellen Arbeiterkrankheiten am Anfang aller ökologischen Katastrophen stehen; historisch-politische Beiträge über den administrativ verfügten social death der Flüchtlinge; über den neudeutschen Ostexpansionismus; aber auch

über die jüngsten Sozialkämpfe in Frankreich. Schließlich hat sich der ak zunehmend externen Beiträgen geöffnet und in die Debatte um wichtige Neuerscheinungen aus der intellektuellen Linken eingegriffen. So hat sich das Spektrum nochmals erweitert um Aspekte der Geschichte von Revolutionsbewegungen, um Ökologie und Theorie der "Überbevölkerung", um die Wandlungen der Sozialdemokratie, aber auch das Abdriften der italienischen Jugendrevolte in eine rechte Subkultur.

Das alles ist Grund genug, um dem ak einen erfolgreichen Übergang ins nächste Jahrtausend zu wünschen. Zu wünschen ist den Redakteurinnen und Redakteuren vor allem, daß sie die immer schwerer gewordene Balance zwischen sozialistischer Perspektive und der nur hier und jetzt realisierbaren subjektiven Selbstverwirklichung neu austarieren. Denn sie gehören zu jenen Strukturen der Restlinken, in denen die Krise des "militanten Lebens" noch ausgelebt wird. Indem sie dies tun, sind sie unersetzlich für den Weg zum Licht am Ende des Tunnels, wo sich egalitär-emanzipatorische Utopien der sozialen Subjektwerdung und reale Klassenkonflikte wieder aufeinander zu bewegen werden. Damit dies denkbar bleibt, sind offene, basisdemokratisch verfaßte und selbstbestimmte Kommunikationsstrukturen unerläßlich, für die der ak ungeachtet seiner wechselhaften politischen Optionen steht.

Wenn im ak bislang etwas fehlte, dann war es die Sensibilität für das Heraufkommen der neuen Arbeits- und Sozialverhältnisse. Arbeits- und Lohnbeziehungen, die die Existenz sichern und soziale Sicherheit gegen die Wechselfälle des eigentumslosen Daseins nationalstaatlich verbürgen, verschwinden zunehmend unter den Attacken eines globalisierten Kapitalangriffs. Der auf den doppelt freien Lohnarbeiter fixierte Marxismus ist Geschichte, und mit ihm endet auch der bisherige Eurozentrismus der Arbeiterbewegungen. Die neuen Waffen des Klassenkampfs werden in Übersee und an der europäischen Peripherie in der Konfrontation mit ungesicherten, unfreien und scheinselbständigen Ausbeutungsverhältnissen geschmiedet. Sie werden in Gestalt proletarischer Migrationswellen und Transportarbeiterrevolten nach Europa zurückkehren und sich mit den ersten Kampferfahrungen einer eigenständigen proletarisierten Subkultur verbinden. Dem ak winkt eine große Zukunft, wenn er sich dieser Perspektive öffnet und dazu beiträgt, die wachsende Fremdheit der Restlinken gegenüber der sich dramatisch wandelnden gesellschaftlichen Wirklichkeit in der zur unwiderruflichen Tatsache gewordenen einen kapitalistischen Welt zu überwinden.

Karl Heinz Roth

29. Glückwünsche aus Nicaragua

Autor: Brummi · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:39

Mitten im Produktionsstreß erhielten wir ein Fax von einem ehemaligen Genossen, der seit vielen Jahren in Nicaragua lebt:

Hallo Oldies!

Herzlichen Glückwunsch zum 25. Geburtstag unseres AK, den ich mir aus wirtschaftlichen Gründen schon lange nicht mehr leisten kann, der mir aber sporadisch aus Magdeburg zukommt, was mir dabei hilft, nicht weg vom Fenster zu sein, obwohl ich weit weg bin.

Diejenigen von Euch, die mich noch kennen, werden sich gut vorstellen können, wie wohl ich mich fühlte, in einer richtigen Partei (FSLN) zu sein. Daß jene sich aber unter die Fittiche der SI begibt, betrachte ich zwar als politisch intelligent, vielleicht sogar als historisch unvermeidlich, in meinem tiefsten Innern jedoch bereitet mir das schon lange einige Identifikationsschwierigkeiten ...

Ganz liebe Grüße

Brummi

30. Die anderen über uns

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:02

Ab Mitte der 70er Jahre widmete der Arbeiterkampf seine Aufmerksamkeit auch vermeintlich "unpolitischen" Themen, die von den Kommunisten traditionell vernachlässigt worden waren: Sexualität, die Unterdrückung der Frau in Ehe und Familie, Kindererziehung. Zu den aufmerksamsten LeserInnen der einschlägigen Artikel gehörten die Redakteure der Kommunistischen Volkszeitung (KVZ), des Zentralorgans des KBW. In ihrer Ausgabe vom 13.3.1978 konterte die KVZ-Zentralredaktion (verantwortlich: Joscha Schmierer, heute Chefredakteur der Kommune) mit einer propagandistischen Breitseite. Der Arbeiterkampf, "das kleine Hamburger Nachrichtenmagazin", betreibe in Fragen von Ehe und Familie "Bourgeoispropaganda":

"In diesen Fragestellungen stoßen scheinbar zwei verschiedene Positionen aufeinander. Auf der einen Seite die christliche Reaktion, auf der anderen Seite die verschiedenen Schattierungen der ‚linken Szene`, die sich gern der revolutionären Bewegung zugehörig fühlen und beziehungsreiche Namen wie ‚Pflasterstrand` oder ‚Arbeiterkampf` tragen. (...) Das genannte Magazin ‚Arbeiterkampf` hat eigens zur Behandlung dieser Fragen feste Seiten eingerichtet. (...) Was von dem kleinbürgerlich-individuellen Freiheitsgedusel von ‚Stern` bis ‚Arbeiterkampf` übrigbleibt, ist die Prostitution an die Bourgeoisie und die Aneignung ihrer verkommenen Lebensweise." Als Mittel gegen die Dekadenz propagierte die KVZ-Redaktion "die proletarische Ehe als Kampfbündnis gegen den bürgerlichen Staat."

***

Die DKP, die jede Aktionseinheit mit Maoisten, Trotzkisten und sonstigen Verirrten kategorisch ablehnte (These 41 des Parteivorstandes), veranstaltete im Januar 1976 ein Tribunal gegen den KB, um dessen "Opportunismus unter ‚linker` Flagge" zu geißeln. In einem Schlußwort faßte Hauptreferent Willi Gerns, Mitglied des DKP-Präsidiums, die Leere der Veranstaltung zusammen: "Es gibt keinerlei Grundlagen für ein irgendwie geartetes Zusammengehen mit dem KB. (...) Die DKP ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. (...) Wegen ihrer konsequenten Politik, wegen ihrer festen Verbindung mit der Sowjetunion, mit der DDR, mit der internationalen kommunistischen Bewegung ist die DKP für die Reaktion der Hauptfeind in unserem Land. Die pro-maoistischen Gruppen, einschließlich des KB, bereiten ihr dagegen wenig Kummer. Im Gegenteil. Weil diese Gruppen innenpolitisch das Hauptfeuer gegen die DKP richten, weil sie außenpolitisch alle Grundpositionen des Antisowjetismus übernommen haben, weil dies alles dem deutschen Imperialismus die Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die DDR, den Kampf gegen die DKP erleichtert, ergreift die Reaktion in unserem Lande Partei für die pro-maoistischen Gruppen."

***

Immerhin waren Teile der "Reaktion" eher bereit und in der Lage als die "Revolutionäre" von KBW und DKP, die Positionen des KB zumindest gedanklich nachzuvollziehen. Rudolf van Hüllen schreibt in seinem 1990 erschienenen Buch "Ideologie und Machtkampf bei den Grünen" (Bouvier-Verlag, Bonn, zum Umfeld der Konrad-Adenauer-Stiftung zu zählen) über die Bedeutung des Arbeiterkampf: "Der KB gruppiert sich gewissermaßen um seine Zeitung herum, deren Verbreitung über die eigenen Anhänger hinaus wesentlicher Faktor seiner Arbeit und seines Einflusses ist. (Sie genießt) in der gesamten Linken und selbst bei politischen Gegnern einen ausgezeichneten Ruf. Dieser beruht hauptsächlich auf präziser Recherche und hochinformierter Berichterstattung, welche auch nach Maßstäben eines ‚bürgerlichen` journalistischen Berufsethos ein höheres Niveau erreichten als andere in Hamburg verlegte und erheblich weiter verbreitete Presseerzeugnisse". Der Autor mahnt allerdings wegen des Festhaltens der ak-Redaktion "am Leninschen Pressekonzept" zu "besonderer quellenkritischer Vorsicht bei einer Heranziehung des ‚Arbeiterkampf`".

31. Mein schönstes Abenteuer bei ak. Aufzeichnungen aus einem Kellerloch

Autor: Angela Martin · Rubrik: KB und AK; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:18

Die ak-Redaktion befindet sich keineswegs in hohen, stuckverzierten Altbauräumen, wie ich mir das vor dem ersten Besuch ausgemalt hatte, und seit einem Jahr logiert sie auch nicht mehr in einer sonnendurchfluteten Loft. Die Räume der ak liegen weder in St. Pauli noch in Uni-Nähe, wie man sich das von einer linksradikalen Hamburger Zeitung vorstellt. Nein, man muß in ein sehr kleinbürgerliches Viertel von Hamburg fahren, in eine noch kleinbürgerlichere Straße gehen, dort einen kleinbürgerlichen Neubau suchen und dann hinab in den Keller.

Na, Keller, das klingt wenigstens noch abenteuerlich. Aber es gibt dort weder Backsteingemäuer noch Spinnenweben, und duster ist es auch nicht, weil alles in hellstem Neonlicht erstrahlt. Dafür ist es aber ungemütlich - jedenfalls auf den ersten Blick. Die vier Räume für Layout, Satz, Redaktion und Vertrieb sind sehr nüchtern eingerichtet: Computer über Computer, nackte Wände, eine verkümmerte Palme und ein paar Veranstaltungshinweise. Zum Glück gibt es eine Teeküche und einen Abstellraum mit Kisten voller Getränke, sogar amerikanische Brühe (Cola) haben die Anti-Imperialisten! Aber um das rauszukriegen, muß man mindestens 40 Stunden dort arbeiten. Vorher kriegt man nur Kaffee, kein Bier.

Nun sollte man glauben, daß es in dieser wie in allen anderen Zeitungsredaktionen von morgens bis abends hektisch zugeht, daß die RedakteurInnen vor überfüllten Aschenbechern sitzen, mit mindestens zwei Leuten gleichzeitig telefonieren und dabei auch noch schnell ein Fax aus dem Gerät ziehen. Nix da. In dieser Hinsicht ist es bei ak doch gemütlich. Vor 11 Uhr morgens trifft man dort kaum jemanden an. Die sieben RedakteurInnen gehen nämlich neben ihrer Tätigkeit für ak alle noch arbeiten. Sie ackern an Volkshochschulen, bei der Post und ich weiß nicht wo sonst noch. Denn für ihre Redaktionsarbeit kriegen sie zwar ein bißchen Geld, aber "ein bißchen" ist vielleicht noch übertrieben: Wahrscheinlich kommen sie auf 10,- DM pro Stunde, wobei die Arbeit an den eigenen Artikeln natürlich nicht zählt, denn die wird - wie bei allen anderen AutorInnen - nicht bezahlt. Das richtige Leben bei ak fängt deshalb erst gegen 17 Uhr an.

Der "Chef vom Dienst" allerdings ist in der Produktionswoche schon ab 10 oder 11 Uhr da: eine Seele von Mensch mit unendlicher Geduld. Er hat mich betreut, als ich Praktikantin bei ak war, und ich konnte ihn immer fragen, stets hat er alles freundlich erklärt. Aber das ahnt man schon, wenn man mit ihm telefoniert: Er hat diese ganz langsame norddeutsche Art zu sprechen, die mich zum Lachen bringt, weil ich in Hamburg großgeworden bin und mir das Breite und Langsame so gut gefällt. Der "Chef vom Dienst" ist für die PDS-Berichterstattung und vor allem für Lateinamerika zuständig, von hinten sieht er mit seinen schwarzen Schneckerln sogar aus wie ein Latino. Aber mit dem hatte ich kein Abenteuer.

Auch nicht mit dem kleinen, flinken Redakteur, der unter anderem für jüdische Geschichte und Israel zuständig ist. Dem merkt man seine schnelle Auffassungsgabe sofort an, trotzdem schmiert er einem gerne noch aufs Brot, daß er schwer intelligent ist. Sehr galant ("Kompliment, hier der Stuhl, willst du einen Tee?"), bringt er einen erfrischenden Prickel ins Arbeitsklima, und bei Formulierungsfragen fällt ihm viel ein. Schade, daß er nicht öfter selber schreibt, denn seine Artikel unterscheiden sich angenehm von dem oft hysterisch-philosemitischen Gepolter der "Konkurrenz".

Dann gibt bei ak einen lustigen "Org-Chef" mit Bäuchlein und stets vergnügtem Gesicht, der es fertigbringt, sogar fröhlich zu schimpfen. Er ist u.a. für die Werbung zuständig und hat es kürzlich geschafft, daß ak an Bahnhofskiosken im süddeutschen Raum verkauft wird. Er gehört zu meinen "Feinden" in der Redaktion, d.h. er ist, was eins meiner Lieblingsthemen betrifft, ganz anderer politischer Meinung. Offenbar hat er keinen geringen Einfluß in der Redaktion, aber trotzdem hat er bisher noch keinen meiner Artikel gekippt, nur einmal eine Entgegnung geschrieben. Wenn man in einer Redaktion solche Feinde hat, braucht man dort eigentlich keine Freunde mehr, höchstens noch ein Abenteuer. Aber das ist bei dem Vergnügten nicht drin - wer seine Freundin sieht, wird das verstehen. Die hat nämlich einen so umwerfenden Charme, daß die Laune in der Redaktion noch besser wird, wenn sie kommt.

Sie kümmert sich nicht nur um Gentechnologie, Frauenthemen und Wissenschaft; sie ist es auch, die das Layout vorbereitet. D.h., sie verteilt die Artikel gemäß ihrer Zeilenlänge sinnvoll über die Seiten - eine fürchterlich fummelige Arbeit, die am Ende der Produktionswoche gemacht werden muß, wenn es in der Redaktion doch noch hektisch zu werden beginnt. Aber auch sie hat eine schier unendliche Ruhe.

Außer dem "Org-Chef" habe ich noch einen "Feind" in der ak-Redaktion, der auch nicht viel von meinem Lieblingsthema wissen will. Doch dieser braungebrannte Blondhaar-Mann und Italien-Spezialist hat viel Humor und ist manchmal auch bereit, einen Artikel von mir zu unterstützen. Eigentlich ist es gar nicht übel, ein paar "Gegner" zu haben, wenn die aus Meinungsverschiedenheiten in einer bestimmten Frage nicht gleich den für die spaltungssüchtigen Linken so typischen Kleinkrieg machen.

Mein humorvoller "Feind Nr. 2" scheint zur Führungsspitze des ak zu gehören und mit unsichtbaren Fäden einiges zu lenken. Ein blondes Abenteuer wäre für eine Karriere in dem Blatt also nicht schlecht. Doch der Kerl ist gerade Vater geworden - da geht sowas natürlich nicht.

Das ist aber nicht so schlimm. Denn inzwischen gibt es einen neuen Redakteur für Asien und "Anti-Mil", der offenbar vorzüglich schreiben kann - auch mit Humor und Ironie. Vielleicht wird der ja ein Abenteuer? Er wäre allerdings die allerletzte Chance.

Denn die heimliche Chefin der ak ist eine Frau, und sie scheint mir gar nicht lesbelig zu sein, eher mütterlich - wenngleich sie für "harte" Themen wie Antifa und Repression zuständig ist. Jedenfalls hat auch sie mich sehr freundlich betreut und auf die anderen Gebiete neugierig gemacht, die sie bearbeitet: Frauenthemen und Migration. Ohne die Zustimmung der "Chefin" hätte ich natürlich kein Praktikum in der ak-Redaktion machen können und dort auch keine Freunde und netten "Feinde" gewonnen. Und hätte die "Chefin" mich nicht mitgeschleift, ich wüßte nicht, daß es bei den aklerInnen am letzten Tag der Produktionswoche, tief in der Nacht, doch noch etwas abenteuerlich wird: Dann gehen sie nämlich saufen. Streng konspirativ, versteht sich: jedesmal in eine andere Kneipe.

Good luck für die nächsten 25 Jahre!

Angela Martin

32. Konspirativ mit Leimtopf und Schere

Autor: ge. · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:24

Von wegen PC. Am Anfang triumphierten Composer (1), Leimtopf und Schere. Und jede AK-Produktion hatte zusätzlich zur Anstrengung einen Hauch von Abenteuer: sie war "konspirativ".

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich 1973 das erstemal an einer AK-Produktion teilgenommen. Es war eine etwa 4-stündige Schicht, in der ich als Neuling eine Arbeit machen durfte, die bei den meisten äußerst beliebt war: Ich klebte Korrekturzeilen in die Satzfahnen. Für alle, die diese Zeit nicht miterlebt haben, sei kurz erklärt, worum es ging. Die Artikel, auf Composern getippt, wurden korrekturgelesen und gingen danach wieder zu den Tipperinnen und Tippern zurück. Fehlerhafte Zeilen wurden noch einmal "richtig" getippt und dann in die Satzfahnen eingeklebt. Die Korrektur der Artikel am PC lag noch in ferner Zukunft. Danach ging es mit einer Schablone an das Zählen der Zeilen. Die Ergebnisse wurden - wie ja auch heute noch bei der ak-Produktion üblich - in einen Blockwertzettel eingetragen. Keine anspruchsvolle aber, so tröstete ich mich, eine notwendige Arbeit. Denn diese Zeilenangaben waren die Grundlage der Seitenplanung. Von den anderen Arbeiten bekam ich nichts zu sehen. "Das ist konspirativ", hieß es, so überzeugend, daß an einen Widerspruch gar nicht zu denken war.

Irgendwo, nur wenigen Eingeweihten bekannt, lagen die anderen "Produktionsstätten". Etwa der Raum, in dem die maschinen- und manchmal sogar noch handgeschriebenen Manuskripte auf Composern getippt wurden. An das ratternde Geräusch, das die Composer bei der Ausgabe der Texte erzeugten, werden sich bestimmt noch alle erinnern, die damals dabei waren. Die Artikel wurden an einem anderen Ort korrekturgelesen, wanderten dann in Plastiktüten wieder ganz konspirativ zu den TipperInnen und von dort zur "Vorbereitung" (der oben beschriebenen Zeilenzählerei und -kleberei) an einen dritten Ort. Ebenso ging es mit dem Layout, einer immerhin schon etwas anspruchsvolleren Arbeit, in die ich nach einiger Zeit eingeweiht wurde. Auch hier wieder das gleiche zauberhafte Versteckspiel, diesmal in einer Wohnung in Ottensen: Boten, die den Kontakt zwischen den vielen "Inseln" der Produktion herstellten, brachten die fertigen Satzfahnen mit den entsprechenden Layoutanweisungen. Wir bastelten zu viert oder fünft an den AK-Seiten - wie damals üblich mit vielen Letraset-Linien, um die Artikel voneinander abzugrenzen. Auch Sterne waren als Lückenfüller beliebt. Nach getaner Arbeit verschwanden die fertigen Seiten wieder in der bekannten Art und Weise.

Auch die Reprokamera, mit der Photos gerastert, Zeichnungen und auch Artikelüberschriften vergrößert bzw. verkleinert wurden, hatte an so einem "geheimen" Ort gestanden, bis ich sie dann später bestaunen konnte, eine - gemessen an heutigen Maßstäben - riesige Maschine, die an die Pionierzeiten der Fotografie erinnerte. Layout und Reprotechnik wurden dann erstmalig zentralisiert: Ein Souterrain nahe der Universität wurde zum Ort des Geschehens, in dem ich dann an der ersten Nachtschicht teilnahm. Von Sonntag abend bis Montag früh - als Student war ich für diese Nachtarbeit geradezu prädestiniert.

Wenn ich an diese Nachtschichten zurückdenke, sträuben sich mir noch nachträglich die Haare: Die Arbeitsbedingungen waren fürchterlich. Dichtgedrängt, über die Lichttische gebeugt, wurde da mit Leim und Schere an dem Layout der AK-Seiten gebastelt. Die Papierkörbe quollen über, mal kam in dem Chaos die Schere abhanden (oder sie wurde vom Nachbarn "entwendet", weil dessen Schere auch auf rätselhafte Weise "verschwunden" war). Ähnlich ging es mit dem Leimtopf. Oder man suchte genervt eine "verschwundene" Zeile im Chaos auf dem Lichttisch, auf dem Boden oder gar im Papierkorb. Denn woher eine neue nehmen - Composer waren nicht in der Nähe. Einmal fand ich die gesuchte Zeile am Ende der Schicht - friedlich klebte sie am Stuhl, auf dem ich gesessen hatte.

Nach dem Umzug in die Lindenallee wurde es dann "humaner". Die AK-Produktion war hier zentralisiert, die Arbeitsbedingungen wurden erträglicher. Das "AK-Wochenende" mit dem krönenden Abschluß, der Nachtschicht von Sonntag auf Montag, war zwar weiterhin eine erhebliche Anstrengung. Die Nachtschicht habe ich jedoch oft als eine Mischung aus Streß und Spaß erlebt. Besonders, wenn es in die letzte Phase ging, einige noch fehlende Hauptüberschriften eingeklebt wurden und der Fahrer, der die Druckvorlagen zur Druckerei brachte, bereits in der Tür stand. Ab und zu ging in der hektischen Endphase auch mal etwas schief. Einmal entdeckten wir nach der Auslieferung der Zeitung, daß auf der ersten Seite zwei Zeilen einer Hauptüberschrift recht originell vertauscht waren: "Säbelrasseln / Schluß mit dem".

Bislang war nur vom AK-Wochenende die Rede. Die Vorbereitungen für die Produktion begannen allerdings bereits eine Woche früher. Die Tipp- und Leseschichten wurden telefonisch abgesprochen. Ab Mittwoch abend arbeiteten dann ständig einige Leute in der Lindenallee. Bis zum Samstag mußte eine bestimmte Anzahl von Artikeln "layoutfertig" vorliegen. Traten Verzögerungen ein, so bedeutete das immer zusätzlichen Streß. Hin und wieder haben wir - die "Festangestellten" - sogar mit Streik gedroht, weil einige Schreiberinnen und Schreiber ihre Artikel partout verspätet abgaben. Trotz all dieser und einiger anderer Widrigkeiten wurden die Druckvorlagen immer bis Montag früh fertig - oftmals zu unserem Erstaunen, weil am Tag zuvor alles noch düster ausgesehen hatte.

Der technische Fortschritt hat die AK-Produktion immer weiter erleichtert. Es war ein "historischer Moment", als Anfang der 80er Jahre die ersten PCs "Marke Eigenbau" Einzug hielten in die Technik. Daneben arbeiteten wir jetzt mit einem Fotosatzgerät, die Satzfahnen wurden belichtet. Diese Geräte wurden einige Jahre später dann durch moderne Satzgeräte und PCs ersetzt. Auch die Tipparbeit wurde geringer: Durch die immer weitere Verbreitung von PCs gingen zudem viele Autorinnen und Autoren dazu über, ihre Artikel zu Hause am PC zu schreiben. Zudem erleichterte ein Korrekturprogramm Bearbeitung und Korrektur der Artikel. Die letzte große Veränderung in der Erstellung der Zeitung wurde durch den Einsatz eines Layoutprogrammes möglich.

Zum Schluß etwas Nostalgie: Im Laufe der Zeit habe ich an vielen Maschinen gearbeitet, die heute schon in einem Museum der Technik, Abteilung Druckbereich, stehen könnten: IBM-Composer, PCs und Fotosatzgeräten verschiedener Generationen. Das gleiche gilt für die Reprokameras, die durch die digitale Bildverarbeitung überflüssig wurden.

ge.

Anmerkung:

1) Kugelkopf-Schreibmaschinen, erst mit manuellem, dann automatischem Spaltenausgleich (Blocksatz)

33. Die Selbstüberschätzung hielt sich in Grenzen. Interview mit Jürgen Reents, Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:33

KB-Gründung

und Faschisierungsthese

Du gehörst zur Gründergeneration des KB. Warum habt ihr 1971 diesen Schritt gemacht?

Es ging - in leninistischer Definition - um einen ersten Schritt zur "Überwindung des Zirkelwesens", an dessen Ende nach unserer damaligen Überzeugung der Aufbau einer kommunistischen Partei stehen sollte.

Der KB unterschied sich dabei von Gruppen wie der KPD/ML und der KPD/AO. Wir waren nicht der Meinung, daß man sich einfach zu einer solchen Partei erklären könne. Wir hielten die Parteibildung für einen langen, mühsamen Prozeß. Sie mußte auf einem schrittweisen Zusammengehen von lokalen und regionalen Zirkeln und einer realen Verankerung in der Arbeiterklasse basieren. Aber dafür galt Liebknechts Wort: Bevor man sich zusammensetzt, muß man sich auseinandersetzen.

Im Unterschied zu den selbsternannten "Parteien" wie auch zu anderen K-Gruppen hat es für den KB auch nie ein "sozialistisches Vaterland" gegeben, weder die Sowjetunion, noch China, Albanien oder Nordkorea.

War diese Herangehensweise dem Einfluß des SALZ geschuldet, einer Gruppe, die im Vergleich zu anderen eine starke "Verankerung in der Arbeiterklasse" hatte? Ist das vielleicht ein Grund dafür, daß der KB eine realistischere Politik betrieb als andere ML-Gruppen?

Daß der KB zu den realistischeren Organisationen der marxistischen Linken gehörte, ist nicht allein auf das SALZ zurückzuführen. Da hat der KAB einen ebenso großen Anteil.

Das SALZ hat in Hamburg schon früh eine beachtliche Basis von betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivisten aufbauen können. Die haben sich sehr um Alltagsprobleme gekümmert, was ihnen in ihrem Umfeld viel Sympathie geschaffen hat. Die Zahl von Vertrauensleuten und Betriebsräten, die später über die Arbeit unserer GenossInnen gewonnen oder in diese Funktionen gewählt wurden, war für eine Organisation der radikalen Linken durchaus nennenswert.

Als Organisation hat das SALZ aber relativ wenig Theorie-Arbeit geleistet. Dieses Element ist erst durch den Zusammenschluß mit dem KAB hinzugekommen. Der KAB war eine kleine Redaktionsgruppe, die die kritische Analyse vor das Verkünden ideologischer Glaubenssätze gestellt hat. Etwas verkürzt könnte man sagen, beim Zusammenschluß zum KB lieferte das SALZ die Basis, der KAB den Überbau. Beides hat dazu beigetragen, die Selbstüberschätzung des KB in Grenzen zu halten.

Bezieht sich das auch auf die Bündnispolitik des KB?

Der KB hat keinen Führungsanspruch innerhalb der Linken erhoben. Das hat ihn dazu befähigt, eine relativ offene Bündnispolitik anzugehen. Dabei spielte auch die Zeitung eine wichtige Rolle. Wir haben versucht, Informationen und Argumentationen anzubieten, die für die jeweiligen Themen, um die es Protest und Bewegung gab, nützlich waren, ohne mit jeder Zeile den Eindruck zu vermitteln, daß es uns nur darum geht, die eigene Organisation in den Vordergrund zu bringen. Ich glaube, daß der KB zum Beispiel in der Anti-AKW-Bewegung gerade aus diesem Grund von allen K-Gruppen am ehesten akzeptiert wurde.

Welchen Einfluß spielte die Faschisierungsthese bei der Bündnispolitik? Der KB sprach sich ja immer wieder für Bündnisse von "Demokraten und Kommunisten gegen die Faschisierung" aus.

Die meisten Gruppen der marxistischen Linken haben damals eine sehr optimistische, teilweise euphorische Sicht der Dinge gepflegt. Alles, was "der Klassenfeind" tat, war immer Ausdruck seiner Schwäche, jeder Streik dagegen wurde als Vorgefecht der Revolution gewertet. Der KB war dagegen sehr pessimistisch. Wir gingen

von der Einschätzung aus, daß in der Bundesrepublik schrittweise das gesetzliche und institutionelle Rüstzeug für einen autoritären Polizeistaat geschaffen wird, in dem Opposition nicht mehr geduldet, sondern gewaltsam bekämpft wird, und diese Entwicklung zudem eine zunehmende ideologische Akzeptanz findet. Deswegen sprachen wir nicht nur von der "Faschisierung des Staates", sondern von der "Faschisierung von Staat und Gesellschaft". Das hat uns - Richtigkeit dieser These hin oder her - eher zu Warnern als zu Heilsverkündern, eher zu Verteidigern vorhandener Rechte und Freiheiten als zu Eroberern des Sozialismus gemacht. Folglich haben wir die Bündnisse auch mit Nichtkommunisten und Nichtsozialisten bewußt gesucht und waren auch aus Sicht von anders denkenden Menschen eher dafür akzeptiert.

Mit unserer Annahme, daß in der BRD eine Art demokratisch maskierter Faschismus drohe, haben wir uns glücklicherweise geirrt. Eine Einschränkung demokratischer Rechte und einen rigiden Ausbau der "inneren Sicherheit" gab es gleichwohl, vor allem im Umfeld der "Terroristenjagd", aber es traf immer - schlimm genug - abgegrenzte Bereiche, nicht die Gesellschaft insgesamt. Die Faschisierungsthese erlaubte, genau genommen: verpflichtete uns einerseits zu einer breit angelegten Bündnispolitik - und sie geriet schließlich gerade durch diese Bündnispolitik ins Wanken, als wir die Möglichkeiten wahrzunehmen begannen, die eine radikaldemokratische Opposition hat. Ihr praktischer Inhalt, sich in reformorientierte Bewegungen einzumischen und nicht allein von einer einmal angenommenen Ideologie zu leben, blieb so erhalten - nicht für alle, aber für viele.

KB-Spaltung und grüne Partei

Mitte/Ende der 70er Jahre engagierte sich der KB zunehmend in der Anti-AKW-, der Frauen- und der entstehenden grün-alternativen Bewegung. Du hast damals mit anderen vor einer politisch-ideologischen Aufweichung im KB gewarnt, von schädlichem Pluralismus gesprochen. Eure Kritik führte im Herbst 1979 zur Abspaltung der ZL-Fraktion, die als Gruppe Z bei den Grünen mitarbeitete. Von heute aus betrachtet, erscheint eure damalige Haltung und euer dann erfolgter Eintritt in die Grünen recht widersprüchlich.

Das stimmt zum Teil. Unser Engagement bei den Grünen war folgerichtig, gerade vor dem Hintergrund dessen, was ich eben angedeutet habe. Aber die interne Auseinandersetzung im KB war teilweise seitenverkehrt. Wir haben der Mehrheit des KB nicht nur vorgeworfen, daß sie den Schritt in Richtung Grüne nicht mittragen wollte, sondern gleichzeitig, daß sie leninistische Prinzipien der Organisation aufgeben würde. Unser Argument war, daß eine prinzipienfeste Organisation Voraussetzung ist, um taktisch mobilisierungsfähig zu sein. Die Kritik an der pluralistischen "Aufweichung" des KB war ein Vehikel, und unehrlich. "Aufgeweicht" sind schließlich wir, die Gruppe Z. Wir sind ja nicht aus dem KB raus und waren treue Leninisten. Im Kern ging es uns um die Bündnispolitik, um die Einmischung in den Entstehungsprozeß der Grünen unter Inkaufnahme, den bisherigen organisatorischen und politischen Zusammenhalt zu verlieren. Das war durchaus bewußt, auch wenn wir die Trennung als "Rauswurf" angegriffen haben, es war eine gewollte Spaltung.

Euer Ziel war es also, als geschlossene Gruppe mit hoher taktischer Mobilität in den Grünen zu arbeiten. Welche Erwartungen hattet ihr? Und was hat sich davon als falsch erwiesen?

Mit diesem Konzept sind wir letztlich gescheitert. Es war falsch anzunehmen, daß es möglich wäre, die Grünen als Projekt zu gestalten, in dem unterschiedliche Initiativen und Gruppierungen in einer Bündnisstruktur zusammenarbeiten und ihre eigene Identität - in unserem Fall als sozialistischer/kommunistischer Zirkel - behalten könnten. Das haben wir aber schnell begriffen und den eingeschlagenen Weg fortgesetzt: Das Alte hinter uns lassen, sich dem Neuen zuwenden. Dennoch denke ich, daß wir als Gruppe Z einen nicht unerheblichen Anteil daran hatten, daß eine größere Anzahl von zuvor organisierten Linken sich bei den GRÜNEN engagiert haben.

Falsch war unsere Erwartung, aus der grünen Partei ließe sich eine sozialistisch-ökologische Partei machen.

Euer Ziel war eine sozialistische grüne Partei?

Das würde ich für mich in Anspruch nehmen, jedenfalls eine ökologische Partei, die sich das Nachdenken über eine antikapitalistische, demokratisch-sozialistische Perspektive offen hält. Die Kritik der Ökologie ist doch im Kern eine Kritik der Ökonomie, wie sie in den kapitalistischen und - damals - staatssozialistischen Gesellschaften herrscht. Sie impliziert die Frage: Was sind die gesellschaftlichen Antriebskräfte für den Raubbau an der Natur? Und daß man bei der Beantwortung auf die Verwertungsinteressen stößt, ist aus

meiner Sicht naheliegend. Natürlich ist es nicht zwingend, eine sozialistische Perspektive zu verfolgen - zumal das, was bislang an Sozialismus real aufgeführt wurde, als Alternative untauglich und unerträglich war - aber sie liefert in ihren theoretischen Überlegungen auch Antworthilfen auf die Fragen der Ökologie. Daß das später mehr und mehr negiert wurde, daß z.B. solch entscheidende Anstöße aus dem Saarbrücker Programm der Grünen, die Frage der Entscheidung über das Was und Wie der Produktion zu stellen, verdrängt wurden, halte ich für einen gravierenden Rückschritt im grünen Projekt.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert fällt zu ihrem Engagement in den Grünen resümierend nicht viel ein - zumindest was ihre eigene Rolle dabei anbelangt. Sie reden von Rechtsentwicklung, einer strukturellen rechten Mehrheit in den Grünen, Anpassung oder Resignation. Kann man so die Entwicklung der Grünen und euer Scheitern erklären?

Ich glaube, daß das so nicht stimmt, eben weil es die eigene Rolle ausnimmt. Die These von der "strukturellen rechten Mehrheit" ist eine schlechte nachträgliche Legitimation. Als wir in die Grünen gegangen sind, da gab es noch Baldur Springmann, Herbert Gruhl und andere Figuren dieser politischen Couleur. Als Thomas und Rainer die Partei verlassen haben, waren die längst verschwunden. Und dabei hat Thomas einmal in einem Interview - etwas überheblich - gesagt, er freue sich auf die Zeit, wenn die Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen zwischen den "Polen" Ebermann und Cohn-Bendit verlaufen.

Die Grünen hatten gegenüber ihrer Gründungszeit eine Linksverschiebung erfahren. Später hat es wieder andere Verschiebungen gegeben. Das hat auch damit zu tun, daß Organisationen sich verändern, sobald sie ihre gesellschaftliche Nische verlassen, sobald sie in die Gesellschaft "eindringen". Natürlich lastet der Anpassungsdruck dann immer stärker. Wenn du in Interaktion mit Kräften trittst, die nicht zur Linken gehören, innerhalb und außerhalb dieses Projekts, gehen "beide Seiten" das Wagnis ein, sich politisch zu verändern - du auch. Das betrifft nicht unbedingt deine Grundüberzeugungen. Aber es gibt einen großen Unterschied zwischen dem, was dir vorschwebt, und dem, was du real machen kannst und worauf du dich einlassen mußt. Das ist gar nicht in jedem Fall ein Vorwurf. Natürlich sehe ich Rückschritte bei den Grünen, ich habe vorher etwas dazu benannt, aber diesen Punkt werfe ich den Grünen auch heute nicht vor. Es gibt bei ihnen immer noch viele, die den Traum haben, daß man eine Gesellschaft ganz anders, viel solidarischer, sozial gerechter organisieren könnte. Aber die Neigung, darum auch zu ringen, hat abgenommen. Die Träume sind privat geworden.

Also hat die Parlamentarisierung die politischen Inhalte verändert?

Das zu bestreiten wäre töricht. Je mehr du Einfluß gewinnst, nicht nur weil du gesellschaftlichen Druck erzeugst, sondern weil du selbst in Institutionen und Entscheidungsgremien hineinkommst, desto präziser mußt du sein. Du darfst nicht mehr nur das Fernglas, du mußt auch das Mikroskop zur Hand nehmen - das Problem ist, die Instrumente nicht auszutauschen, sondern beide zu benutzen.

Anders gesagt: Es bleibt die Frage, wieweit du Korrekturmechanismen bewahrst, daß die Substanz deines politischen Wollens sichtbar bleibt. Wenn ich mich entscheide, in einem Reformbündnis auf Regierungsebene mitzuwirken, dann darf ich den Spannungsbogen z.B. zwischen meiner Grundforderung nach Stillegung aller Atomanlagen und den kleinen Maßnahmen, die dahin führen können, nicht abreißen lassen. Ohne die Grundposition gibt es die kleinen Veränderungen nicht. Es hätte nie eine Bewegung und ein Umdenken geben können unter dem Motto "29 statt 30 AKWs!". Du kannst das, was du tust, durch dein Wollen antreiben, und du kannst das, was du willst, durch dein Tun einschränken. Im parlamentarischen Geschäft wirkt das zweite stärker, und leider bieten sich die Grünen dafür mehr und mehr als Studienobjekt an.

Ich bin aber, trotz dieser Risiken, nicht mit dir einverstanden, den Begriff Parlamentarisierung wie ein Verdikt zu benutzen. Das legt den Schluß nahe, daß es einen Weg des Aufbaus gesellschaftlicher Macht unter Verzicht auf eine Beteiligung an Wahlen und Parlamenten gibt. Den sehe ich nicht. Was dazu angeboten wird, kommt - bestenfalls - über die radikale Phrase nicht hinaus.

Das Scheitern der linken Grünen

Die Berichterstattung des AK zu Anfang der 80er Jahre wurde von euch als "grünenfeindlicher Enthüllungsjournalismus" abqualifiziert. Hatte der AK so einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Grünen, daß ihr zu solch schrillen Tönen greifen mußtet?

Das klingt jetzt vielleicht enttäuschend, aber der AK hatte m.E. keine reale Wirkung in der grünen Partei. Wenn überhaupt, hatte er eine indirekte, ungewollte Wirkung: Er gab uns die Möglichkeit, uns von bestimmten Sichtweisen abzugrenzen, die wir mal mitgetragen hatten. Das Problem für den AK und den KB war, daß er sich beim Parteigründungsprozesses der Grünen auf die Zuschauerempore und nicht in den Saal begeben hat. Damit war er für die Akteure des weiteren Prozesses wenig von Belang.

Aber er war doch unter Linken und Grünen ein viel gelesenes Blatt?

Mag sein, das könnt ihr bei Durchsicht eurer Abokartei und Auflagenentwicklung besser beurteilen. Ich gebe zu, auch für die Zeit, nachdem wir uns getrennt haben: Der AK hatte den Vorzug gegenüber anderen linken Zeitungen, zumindest gegenüber denen, die von politischen Organisationen herausgegeben wurden, daß er nicht nur Agitation und Propaganda betrieb, sondern zu einem großen Teil schlicht und einfach Nachrichtenverarbeitung. Er war weniger ideologisch als andere Blätter. Das erklärt sicher auch, warum eure Zeitung - im Unterschied zur Kommunistischen Volkszeitung (KVZ) oder der Roten Fahne - heute noch existiert und nicht notwendigerweise mit der Auflösung des KB "sterben" mußte. Also: Ich kann mich allemal mit euch freuen, daß es ak - jetzt ohne Maskulinum - immer noch gibt.

Mitte der 80er Jahre kam es zum Bruch mit Ebermann und Trampert. Du hast dich im Linken Forum (LiFo) engagiert, das versuchte, die Realo-Fundi-Blockade aufzubrechen, indem es sich für ein taktisches Verhältnis im Umgang mit der SPD aussprach. Man könnte sagen, daß sich dieses Konzept 1991 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Neumünster durchgesetzt hat. Trotzdem hast du bereits vorher die Partei verlassen.

Es hat für mich Gründe in der Entwicklung der Grünen im Zusammenhang mit der "deutschen Vereinigung" gegeben. Es hätte auch gute Gründe gegeben zu bleiben. Ich will das nicht als einzig folgerichtigen Schritt ausgeben und habe das auch damals nicht getan. Jürgen Trittin hat mich mal als "Exilgrünen" tituliert, und ich nehme diese Bezeichnung ohne Einwand an. Ich bin im Bundesvorstand und auf dem Parteitag der Grünen mit dem Vorschlag gescheitert, sich auf einen Dialog mit denjenigen einzulassen, die aus der SED heraus einen Erneuerungsprozeß begonnen hatten, und davon auszugehen, daß das Potential radikaldemokratischer Kräfte auch durch sie Zuwachs erhalten würde und man darauf Einfluß nehmen müsse. Das war illusionär. Aber den Kerngedanken würde ich nach wie vor vertreten: Es gibt die Chance einer reformorientierten Kooperation nicht nur im Spektrum zwischen Grünen und SPD, sondern auch im Spektrum zwischen Grünen und PDS. Auf grüner Seite fehlen dafür aber nach wie vor Bereitschaft und Ansprechpartner. Man kann natürlich sagen: auch deswegen, weil ein Teil der Linken die Grünen inzwischen verlassen hat. Vielleicht haben einige, auch ich, die Einmischung zu früh aufgegeben. Trotz meiner Kritik an den Grünen bleiben sie für mich Teil des linken Spektrums.

Der explizit linke Flügel der Grünen ist m.E. nicht allein an einem Verdrängungsprozeß durch "Realos" und "Aufbruch" oder der von Ebermann/Trampert beschworenen "strukturellen rechten Mehrheit" gescheitert, sondern auch, vielleicht vor allem, an seiner eigenen Unbeweglichkeit. Man muß doch daran erinnern, daß der erste Anstoß, die grüne Partei zu einem taktischeren Verhältnis zur SPD zu bewegen, aus der Hamburger GAL kam, als sie 1982 das Tolerierungsmodell entwickelte und dafür aus fast allen Landesverbänden der Grünen zunächst Vorwürfe bekam, sich dadurch der SPD anzunähern. Und jeder weiß, wie die Farben in der GAL gemischt waren. Diese Linie ist von Ebermann/Trampert später aufgegeben und denunziert worden, und da liegt der Bruch und die Schwächung der Linken. Sie haben das Feld anderen überlassen, die im Umgang mit grüner Programmatik weniger Skrupel zeigten. Das Linke Forum war ein Versuch, den Einfluß darauf zurückzugewinnen, aber darüber konnte im linken Spektrum keine Einigung erzielt werden. In der Frage der Regierungsbeteiligung gab es m.E. den Fehler eines großen Teiles der Linken, der von den "Realos" proklamierten Hierarchie, derzufolge die Opposition nur der Wartesaal der Regierung ist, die umgekehrte Hierarchie entgegenzusetzen, derzufolge die Regierungsbeteiligung das Sterbezimmer der Opposition ist. Beides erlaubt keinen selbstbewußten und pragmatischen Umgang mit der Frage gesellschaftlichen Machtgewinns. Wir haben im Höhepunkt des Konflikts in der GAL die Kritik geäußert, daß die in Hamburg vorherrschende linke Strömung die Erfolge bei den Wahlen nur gefeiert, nicht aber genutzt hat. Daß die "Realos" dort dann ihren beachtlichsten Siegeszug antreten konnten, ist Schuld und Unfähigkeit der Parteilinken. Überhaupt gehört es m.E. zu den größten Fehlern der Linken bei den Grünen - ich schließe mich ein - den Begriff und den Sinn von "Realpolitik" nicht selbst erobert zu haben.

In gewissem Sinne wiederholen sich bei der PDS - zusätzlich zu den spezifischen Problemen dieser Partei - ähnliche Auseinandersetzungen wie bei den Grünen. Vielleicht - hoffentlich - gibt es aber die Chance, sie weniger ideologisch auszutragen. Man kommt nicht umhin, namentlich vor dem Hintergrund von 15 bis über 20 Prozent in den östlichen Bundesländern, die Frage von Opposition, Tolerierung, Regierungsbeteiligung - Partner vorausgesetzt - sehr konkret zu entscheiden, womit unter den jeweiligen Bedingungen mehr zu erreichen ist. Dann muß man einen Strich ziehen und sagen, es lohnt oder es lohnt sich nicht.

Die Chancen der PDS

Aber wer definiert, was sich lohnt und was nicht? Momentan sind die politischen Handlungsspielräume doch recht beschränkt. Bleibt da mehr als ein "Weiter wie bisher"?

Handlungsspielräume sind auch nichts Statisches. Und du bist nicht nur verantwortlich für das, was du tust, sondern auch für das, was du nicht tust. Du mußt die Konsequenzen beider Handlungsweisen bedenken. Es gibt keinen geschichtsphilosophischen Vorrang für die Beantwortung der Frage, ob Linke in der Opposition oder in der Regierung im wahrsten Sinne des Wortes mehr bewegen können. Regieren darf kein Selbstzweck sein, aber Opposition auch nicht.

Der Westaufbau der PDS ist gescheitert. Siehst du dadurch Tendenzen bestärkt, die die Rolle der PDS als Regionalpartei festschreiben?

Weitgehend ist die PDS immer noch eine Regionalpartei. Aber eine Zukunft hat sie nur dann, wenn sie auch eine Verankerung in den alten Bundesländern erreicht. Das ist bislang kaum gelungen. Dafür gibt es viele Gründe, einerseits objektive, die mit ihrer kritikbelasteten Herkunft und mit ihrer "Fremdheit" in der bundesrepublikanischen Parteienkultur zu tun haben, und andererseits subjektive: Tendenzen des Sich-Zurückziehens im Osten und des Sektierertums im Westen.

Die Frage, ob der Westaufbau der PDS scheitert - ich denke nicht, daß dieses Urteil bislang gerechtfertigt ist - hängt davon ab, ob diese subjektiven Faktoren verändert werden können. Darüber gibt es eine heftiger werdende Auseinandersetzung, da daran die Zukunft der PDS insgesamt hängt, ihre Zukunft als linkes Projekt.

Die PDS kann im Westen davon profitieren, daß die Grünen viele linke Positionen geräumt haben, daß SPD und Grüne in der sich verschärfenden sozialen Situation mehr den Kompromiß als die Gegenposition suchen. Vor diesem Hintergrund kann die PDS bei der nächsten Bundestagswahl auf 1,5 bis 2 Prozent im Westen aufwachsen. Aber das wäre immer noch marginal, und kein politisches Projekt kann langfristig davon leben, lediglich die Nischen zu besetzen, die andere hinterlassen. Es muß von einer eigenständigen Idee getragen sein, die man in allen konkreten Äußerungen und Handlungen spürt. Für die Grünen kristallisiert sich diese Idee um die Frage der Ökologie. Für die PDS wäre dies die Frage der sozialen Gerechtigkeit, und zwar nicht in der Schlachtordnung unterdrückte Ossis contra herrschende Wessis, sondern als Herausforderung auf dem Parkett der Bundesrepublik. Das Dilemma für die PDS ist, daß dies - verbunden mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus, wegen des Hauptwortes darin - als eine Idee von gestern abgestempelt ist, daß das wirklich Neue daran, das in die Zukunft Gerichtete, das sich von den schlechten Erfahrungen abhebt, noch unverwechselbar herausgearbeitet werden muß. Die Aufgabe ist gestellt, aber nicht gelöst.

Enttäuschte Grüne als Hoffnungsträger der West-PDS?

Auch, natürlich. Es ist doch nach wie vor so, daß die Grünen nicht gerade die unbeweglichsten und die am wenigsten klugen WählerInnen haben. Warum sollten sie alle auf Gedeih und Verderb einer Partei folgen, die hochgradig gefährdet ist, sich immer mehr mit dem Grundmuster einer sozial ungerecht organisierten Gesellschaft abzufinden?

Zielt die PDS nicht eher auf ein sozialdemokratisches, gewerkschaftliches Milieu?

Von der Mentalität und den politischen Themen her ist die PDS tatsächlich sozialdemokratischen Traditionen eher verwandt als den Grünen. Ihr Hauptfeld bleibt die soziale Gerechtigkeit. Und das ist in erster Linie eine Konkurrenz mit der Sozialdemokratie. Aber es ist auch eine Konkurrenz mit den Grünen, die dabei sind, sich in dieser Frage sogar rechts von der Sozialdemokratie anzusiedeln. Das Problem der PDS gegenüber dem von den Grünen angesprochenen Potential bleibt, daß viele Themen, die bei ihr im ursprünglichen Sinne grünennah sind, aufgenommen, aber noch nicht umfassend angenommen sind - sie rühren nicht aus ihrer

Denktradition. Aber im übrigen wäre es zu kurz gegriffen, sich nur der Konkurrenz mit den beiden anderen Oppositionsparteien zu widmen. Wenn es darum geht, an einer linken Alternative mit Bündnischancen zu arbeiten, dann muß die PDS auch außerhalb der jetzigen Bannmeilen von SPD und Grünen etwas erreichen. Angesichts des sozialpolitischen Hauens und Stechens, das die konservative Koalition in der Gesellschaft veranstaltet, traue ich ihr das auch zu.

Die politische Großwetterlage, die Verschiebungen im Parteiensystem der BRD und die Fehler der Konkurrenten arbeiten also deiner Ansicht nach im Westen für die PDS. Aber benötigt die PDS nicht auch Strukturen im Westen, die dieses Potential auffangen könnten?

Im Grunde bin ich wenig berufen, darauf zu antworten, weil ich selbst gar nicht Mitglied der PDS bin. Richtig ist, daß die PDS im Westen keine "geborenen" Strukturen hat. Sie ist als Exot in die Parteienlandschaft der alten Bundesrepublik getreten, und als solcher übt sie eine Sogwirkung auf exotische Politikvorstellungen und auf exotische Personen aus. Gescheiterte aller linken Gruppen, vereinigt euch - das kann nicht die Vorstellung für den Westaufbau der PDS sein. Gegebenenfalls muß darüber nachgedacht werden, unabhängig von bereits vorhandenen Strukturen neue Möglichkeiten der Einmischung zu schaffen.

Das Gespräch führte mb., Berlin

34. Es herrscht wieder Frieden im Land ... doch dieses Land ist es nicht! - Für Sigurd

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak397/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:21

... doch dieses Land ist es nicht! (II) - Für Sigurd

der turm wird am wasser gebaut. so können die schiffe ihn sehen, groß soll der turm werden, seine spitze soll an den himmel reichen, lange wird er gebaut. dann geht es nicht mehr weiter. der turm wird nicht so groß wie gedacht. es kommen keine neuen steine. die, die einstmals an ihm bauten, bauen längst nicht mehr. allein schleppen wir die steine in die nähe des turms. dann setzen wir uns hin. es kommen leute, gehen den turm hoch, springen von ihm ins wasser. großes muß planen, sagen sie, wem kleines gelingen soll. jetzt ist es eine badeanstalt. (III)

25 Jahre sind eine lange Zeit - für eine Zeitung und für ihre LeserInnen auch. Solch ein Geburtstag bietet Anlaß und Gelegenheit, um nachzudenken. Bei mir entdecke ich beim Erinnern an die Anfangszeit dieser Zeitung eine mir ziemlich fremde junge Frau, die sich in einer unbekannten Stadt ins politische Handgemenge einmischt, felsenfest davon überzeugt, ein Stück unersetzliche Arbeit für die Weltrevolution zu leisten. 1971 wurde ich 22 Jahre alt und war gerade Sympathisantin (1) der KPD/ML (2) geworden.

ak, der damals noch Arbeiterkampf hieß, kenne ich vom ersten Tag an - als konkurrierendes Blatt, das im Morgengrauen vor HDW an Teufelsbrück oder in Finkenwerder verkauft wurde. Ich verkaufte dort mein Zentralorgan (3) - erst die Rote Fahne, dann den Roten Morgen - und verteilte unsere Betriebszeitung, denn ich war von meiner Landesleitung (4) als Unterstützerin für die HDW-Zelle (5) eingeteilt worden. Auch die KPD/ML hatte zu Beginn der 70er Jahre eine erstaunlich große Anhängerschaft auf den Hamburger Werften. Sogar Altgenossen (6) und Vertrauensmänner (7) der Gewerkschaften waren unter den mehr als zwanzig Genossen einer festen Gruppe, die im und außerhalb des Betriebes agierte. Diese Arbeit, morgens auch in Eiseskälte an den Anlegern der Fährschiffen zu stehen - Thermoskanne mit Rumgrog oder Kaffee dabei - brachte trotz des frühen Aufstehens viel Spaß und meist lobende Anerkennung bei den Hafenkollegen. Die haben sich wirklich für die Kulturrevolution in China interessiert! Für Streiks und Sabotage, für Diskussionen über Imperialismus und Klassenkampf und wie all diese Schlagwörter hießen. Es waren damals keine leeren Hülsen, sondern Hoffnungen.

Ich hatte einen anderen Namen, denn selbstverständlich arbeiteten wir konspirativ (8). "Marta" hatte Sigurd Debus für mich ausgesucht, der auch meine kleinen Talente zum Schreiben und Lay-Outen und meine parteiliche Zuverlässigkeit gefördert hatte. Ich verehrte ihn, denn er war ernsthaft, überzeugend und streng - sehr mit sich selbst vor allem. Er war ein überzeugter und ehrlicher Kommunist. Sigurd wurde später als "Parteifeind" ausgeschlossen und ging andere Wege. Er beteiligte sich an einem Banküberfall und er wurde während seiner Haft im Hungerstreik durch Zwangsernährung ermordet. In jener Zeit galt er dann als RAF-Mitglied oder mindestens Top -Terrorist - heute weiß jeder müde Sozialdemokrat, daß das "Celler Loch" eine Verfassungsschutzlüge war.

Die Veröffentlichungen des SALZ (9) und später des KB (10) habe ich zu Beginn der 70er Jahre so gut wie nie wirklich gelesen. Lange jedenfalls nicht, denn genauso wie ich an Klassenkampf, Weltrevolution, Mao Tsetung und meine Partei glaubte, war ich überzeugt davon, mir durch die Lektüre anderer Zeitungen als meinem Zentralorgan, der Peking Rundschau und China im Bild (11), den Kopf zu vernebeln. Ich war eine willige, linientreue und recht arbeitsame Genossin, geadelt durch proletarische Verwandtschaft und das Fehlen eines Abiturs. Daß es nachgerade die "ML" war, der ich mich anschloß, würde ich heute als eine Mischung von Trotz, Zufall und Gehirnwäsche bezeichnen, die bei mir auf sehr fruchtbaren Boden fiel: protestantische Mädchenerziehung und Rebellionswünsche gegen die Eltern waren die tiefere Grundlage für mein Abtauchen in die Sektenpartei.

Genug ist nicht genug ... (IV)

Ich will mich nicht unpolitischer darstellen als ich war: "Natürlich" hatte auch ich die Vietnam-Bilder im Kopf, und ich war als Republikflüchtlingskind gefeit gegen romantisierende Vorstellungen über die DDR und die

Sowjetunion. Gegen die Napalm-Bombardierungen der USA anzugehen, war in jenen Zeiten eine ehrenrührige und fast unglaublich linke Tat. Hamburg lag auch damals schon recht nahe an Schweden, und so mußten auch hier ab und an Deserteure durchgeschleust werden. Und es gab, zumindest in meinem Bekanntenkreis, Leute, die den Widerstand gegen die Junta in Griechenland und die faschistischen Regimes in Spanien und Portugal unterstützten.

Nicht nur mit Unterschriftenlisten, sondern wirklich. Das war oft - fast immer leider - weit weg von der neuen Partei "DKP", die sich ebenfalls aus alten KPDlern und anderen Genossen gegründet hatte. Die Enttäuschungen, die die Moskauer Politik hinterlassen hatte, vom Spanienkrieg bis zu den wankelmütigen Haltungen gegenüber den aktuellen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika, vor allem aber auch deren Vor-Ort-Politik, die bis zu Denunziation von "Maoisten" ging, ließen uns nach anderen Wege suchen. Eine Hoffnung war China. Die Bezeichnung "Sozialimperialismus" für die starre Funktionärspolitik aus Moskau jedenfalls gefiel mir ganz gut, und die Anerkennung von Arbeitergenossen in meiner Partei stillte Heimwehgefühle nach Wertigkeiten, die ich als Schulkind in der DDR erlebt hatte. Trotzdem hätte ich nicht wirklich sagen können, warum ich die ML all den anderen maoistischen Gruppierungen vorzog.

Die Partei, die Partei, die hat

immer recht ... (V)

Um unsere eigene Geschichte, auch die unserer Eltern und Großeltern haben wir - ich jedenfalls - uns damals kaum bemüht. Es war ein Tabu. Ich bin ein Kriegskind, ein Nazikind, obgleich ich weder im Krieg geboren wurde noch typische Nazi-Eltern habe. Das mußte ich aber erst einmal herausfinden. Der Ak ist auch so ein Kind.

Zweitausend Kilometer weit Berlin, einhundertzwanzig Kilometer Moskau ... (VI)

Vor 25 Jahren war ich von Feinden umgeben, von Gespenstern und wirklichen Monstern. Überall gab es nur Feinde, und wir, die wir wenigstens ab und an nachdachten, waren alle ziemlich alleine, glaube ich. Irgendwie war die Zeit stehen geblieben bei den Träumen unserer Eltern, die uns darüber aber nichts sagen wollten, konnten, durften, wagten. Meist hätte es uns von ihnen entfernen müssen. Das wollten weder wir noch die, die uns gezeugt, geboren und großgezogen hatten.

Dieses Nichtreden hat uns und unsere damalige Politik geprägt. Die, die wir liebten, schwiegen. Sie übergaben uns damit Verantwortungen, die wir nur traumatisch einlösen konnten: Uns selbst (da wir unsere Eltern meist liebten) nicht vertrauen könnend, konnten wir auch nicht an Solidarität oder so etwas wirklich glauben, sondern erwarteten immer den ungewollten Abgrund, dieses Fallen, bei dem wir uns hätten entscheiden müssen. Wir hatten kein Vertrauen in andere Leute, sobald wir auch nur eine Ahnung von Auschwitz hatten. Ich jedenfalls brauchte erst einmal auch Feinde, die mir nicht so nahe waren wie das Herz und der Magen und die Seele. Die fand ich schnell im Parteiengestrüpp der beginnenden 70er: die "KBlerInnen" zum Beispiel.

Immer noch werden Hexen verbrannt auf den Scheitern der Ideologie ... (VII)

Das änderte sich schlagartig, als mir 1973/74 ein solcher "Feind" fast täglich begegnete. Ich absolvierte eine Krankenschwesternausbildung, war Jugendvertreterin in einem großen Hamburger Krankenhaus. Und ich hatte eine Kollegin, mit der ich mich Hals über Kopf anfreundete, obwohl sie KB-Sympathisantin war! Wir haben gut zusammen gearbeitet, auch in der ÖTV-Gewerkschaftsgruppe für Auszubildende aus den Hamburger Krankenhäusern (so etwas gab es damals, fast jede Woche 30, 50 politisch Interessierte allein aus diesem Bereich!). Und wir waren wohl beide etwas verwundert darüber, daß die jeweils andere kein Monster war. K. brachte mir neue Lektüre ins Haus: Simone de Beauvoir, Anja Meulenbelt und den alten Bebel ... und wir diskutierten über derlei "Frauenkram" und die Personalratspolitik mehr als die unterschiedlichen Linien unserer Zentralorgane

Ich bekam Ende 1975 mein erstes Kind und verwandelte mich in diesem Zusammenhang in eine Ehefrau. K. und ich verloren uns lange aus den Augen, aber in mir waren Zweifel gesät, die dazu führten, daß ich ab und an mal einen eigenen Gedanken wagte und später, als die Bürgerinitiativenzeit begann, die Linientreue nicht mehr so leichenbitter ernst nahm. Aber ich blieb noch lange brav dabei, wenn ich nun auch manchmal Ton Steine Scherben hörte, Konstantin Wecker, Walter Mossmann und die Schmetterlinge.

Unter dem Pflaster, ja da liegt der Strand ... (VIII)

In der Anti-AKW-Zeit habe ich den Ak manchmal gelesen. Das hatte damit zu tun, daß diese Zeitung am informativsten war, was das Thema Atomkraft anging. Und damit, daß ich in "meiner" BI (12) wieder einigen leibhaftigen KBlerInnen begegnete, die vor Ort und im Stadtteil gute Arbeit machten. Ich hatte damals zwei Kleinkinder und arbeitete überwiegend als Nachtwache im Krankenhaus. Innerhalb der BI wurde auch Kinderbetreuung organisiert; als die große Brokdorf-Demonstration war, hatte ich neun Babys und Wickelkinder zu Hause, deren Mütter und Väter zur Demo gefahren waren.

Es war manchmal eine gute Zeit, eine voller Hoffnungen, Aufbrüche und realer kleiner Siege. Die Streitereien und Pöbeleien zwischen den Parteien interessierten mich kaum - der "Arbeiterkrampf", wie der Ak von meinen GenossInnen genannt wurde, war da genauso wenig zimperlich wie meine eigene Partei. Doch die politischen Erfahrungen - allem voran die Erfahrung, zusammen zu kämpfen - spielten sich nicht beim Lesen der Zeitungen oder in Debattenzirkeln ab. Meine liebsten Erinnerungen aus jener Zeit sind die riesigen Demonstrationen zwischen Itzehoe und Brokdorf, ein paar "schlagkräftige" Aktionen gegen militante Rechtsradikale und ein abendliches Gitarren-Konzert in der "Freien Republik Wendland". Vor Freude konnte man da heulen - über uns.

Am Freidach oder Samschdach, Dreiviertelsieben UKW, Hunderteinschmegaherz, dasch merk Dir, mit Radio Grün gegens KKW ... (IX)

Wir waren viele damals. Zehntausende kamen schnell auf eine Demo, und auch an die hochgesicherten Bauzäune der Atommafia. Und dort wurde nicht in erster Linie gebetet oder die Lichterkette geschwenkt, sondern es gab - auch "parteiübergreifend" - eine relativ hohe Militanz: Eine Zeitlang gehörte ich aus Berufsgründen einer Sanigruppe (13) an, in der wir schon uns zu Hause damit auseinandersetzten, welche Gegenmittel (Spülung aus dem Eierbecher) vor Ort gegen die neuesten Tränengasmischungen wirkten, vor allem aber, wie Schwerverletzte und Menschen in Panik (es gab tiefffliegende Hubschrauber, die auf uns Rauchgranaten abschossen) zu versorgen sind.

Das war radikal,

ach wär's doch normal ... (X)

Dann kam der deutsche Herbst. Ich erinnere den Morgen nach Stammheim (14) sehr deutlich als einen Moment, in dem die Zeit stehen blieb und sich etwas veränderte. Dieser Tag war wie ein einschneidendes Symbol für all das, an das wir uns bereits "gewöhnt" hatten: Razzien, hochbewaffnete Straßenkontrollen, Verhaftungen fast jede Woche, Prozesse gegen FreundInnen, Todesschüsse und die ersten Toten in den Knästen, die ersten Beerdigungen auch von Genossen ... Die Zensurbeschlüsse gegen Zeitungen, die Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse waren das Harmloseste zwischen alledem.

Manchmal kann es geschehn,

da hörst Du den Puls der Welt ... (XI)

Die dauernden Verfolgungsjagden, Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und vor allem die Antwort auf unsere Entschlossenheit - die Toten jener Zeit, unsere toten GenossInnen - hinterließen überall Spuren. Es wurde ja auch wirklich denunziert. Damals wußten wir noch nicht, wer das war und warum wer umfiel. Wir bekamen ja nur mit, daß es so war. Und manche GenossInnen wurden ängstlich, entwickelten einen Verfolgungswahn oder drehten richtig durch. Andere entschlossen sich, uns zu verlassen und in die Illegalität zu gehen.

Denn wir haben es satt, uns nur auf Beerdigungen zu treffen ... (XII)

Die meisten von uns gingen aber nicht in den kämpfenden Untergrund, sondern in den der bürgerliche Berufe und Ikea-Datschen.

Geht die Welt heute unter,

geht sie ohne mich ... (XIII)

Als die Bunte Liste gegründet wurde, verließ ich meine Partei. Es gab inhaltliche Gründe dafür, von denen einige im weitesten Sinne mit dem AK/KB zu tun hatten: Mir waren die frauenpolitischen Auseinandersetzungen und Diskussionen mit einigen KB-Frauen wichtig geworden. Und genau das - die Ansätze der neuen Frauenbewegung, aber auch die Kandidatur von Häftlingen und Schwulen zur Hamburger Bürgerschaftswahl - wurde von der KPD/ML in übelster Manier angegriffen. Zu Beginn der 80er Jahre nahm ich Kontakt mit Emma auf und begann zu schreiben. Bei den Frauenwochen (15) und auch während des Studiums an der HWP (16) spielte keine Partei mehr eine Rolle, auch nicht der AK.

Ein richtiges Verhältnis mit dem AK hatte ich dann erst ab 1989. Das hatte wieder mit Frauen zu tun und ganz besonders mit einer: Gabi. Im Dezember 1987 waren Ulla Pensellin und Ingrid Strobl verhaftet worden. Der Prozeß - RZ-Vorwurf - gegen Ingrid zog sich dann endlos hin. Wir starteten eine umfassende und langandauernde und sehr erfolgreiche Solidaritätskampagne. Und so geschah es, daß ich mich ab Frühjahr 1989 regelmäßig in den Räumen von AK einfand, um die clockwork 129a (17) zusammenzupuzzeln.

Gabi brachte mir bei, wie das Zeitungsmachen - geklebt noch! - geht (und daß nichts mehr geht, wenn die Zeit für den Drucktermin abgelaufen ist!). Und sie sprach immer beruhigend auf mich ein, wenn das Chaos überhand nahm.

Ich hab geträumt, der Winter wär vorbei... und die Morgensonne schien ... (XIV)

Irgendwann in jener Zeit ist es dann passiert, daß ich den ersten Artikel für den AK, der damals schon bald ak hieß, schrieb. Und dann immer öfter. Meistens waren es Themen, die keine andere Zeitung - jedenfalls nicht in dieser Länge und mit diesem Inhalt -, haben wollten - nicht einmal umsonst. Und auf Gabi höre ich (meistens) immer noch, wenn sie meine Artikel kürzt, redigiert. Auch das war manchmal nötig, und ich hoffe, das bleibt mir noch lange erhalten. So wie ak, auch wenn er jetzt diesen etwas gestelzten, fast zeitgeistigen Namen trägt. Den lese ich jetzt fast regelmäßig, auch wenn er vom Format her so schlecht in Bett oder Badewanne paßt - schade auch, daß er manchmal so indifferent ist. Schade auch, daß diese Zeitung keine Honorare zahlen kann. Und schade auch, daß nicht mehr so viele kurze und lange Meldungen aus vielen, vielen Städten von vielen, vielen Aktionen, Streiks und militanten Demonstrationen darin zu lesen sind.

Ich wünsche mir, auch meinen Kindern, den GenossInnen vom ak und denen, die es überhaupt noch gibt, den Gefangenen und den Versprengten, daß wir das noch einmal erleben. Das wäre mir wichtiger als jedes Honorar.

Wer aber ist denn das? Wer malt Parolen an die Wand, wer hat ein Flugblatt stets in seiner Hand? Wer fährt immer schwarz und wer gibt keine Ruh - und klebt die Fahrschein- automaten zu? Wer wird vom Staatsschutz schwer gesucht , er schlägt die Bullen in die Flucht? Wer ist zum Scherz allzeit bereit und trinkt auf eine bessre Zeit? Jaaa, daas ist Flipper, Flipper, Fliiiiipper, der Freund aller Kiiiiaendeeer ... (XV)

In diesem Sinne, Leute, auf die nächsten 25 Jahre!

Katja Leyrer

35. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:31

Kalender

Gegen Sozialraub und Rechts

Einen Aktionstag mit Demonstration, Veranstaltung und Fest organisiert das Nürnberger KOMM unter dem Motto "Opposition machen wir - Schlagt zurück gegen Sozialraub und Rechts - Vom Widerstand zur Perspektive". Nach einer Demonstration (11 Uhr, Ort beim KOMM erfragen) beginnt um 14 Uhr im KOMM eine Veranstaltung mit den Themenblöcken "Sozialer und kultureller Kahlschlag" und "Rechtsrutsch". Gefeiert werden soll dann ab 20 Uhr.

14.12., KOMM, Königstraße 93, Nürnberg.

Juden und Deutsche nach 1945

Unter dem Titel "Juden und Deutsche nach 1945: Möglichkeiten zum Dialog" werden eine Reihe überwiegend bemerkenswerter Vorträge im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg (zugänglich für alle!) geboten. (Der Kalender-Redakteur empfiehlt besonders den Vortrag von Micha Brumlik am 20.1.!)

16.12. - Antisemitismus bei Wagner und die Wagner-Rezeption in Israel (Prof. Dr. Udo Bermbach, Universität Hamburg).

6.1. - Jüdisch-Deutscher Dialog als Gegenstand der Literaturwissenschaft in Deutschland (Prof. Dr. Hans Otto Horch, RWTH Aachen).

13.1. - Judaistik in der Bundesrepublik (Prof. Dr. Karl Grözinger, Universität Potsdam).

20.1. - Juden und Deutsche: Monologe, Dialoge (Prof. Dr. Micha Brumlik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg).

27.1. - Sexuelle Beziehungen zwischen Deutschen und Juden in literarischen Texten der Zweiten Generation (Eva Lezzi, Moses-Mendelssohn-Zentrum Potsdam).

3.2. - Die Einwanderung russischer Juden in die Bundesrepublik und ihre Auswirkung auf die Jüdischen Gemeinden (Prof. Dr. Monika Richarz, Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg).

Alle Veranstaltungen finden statt jeweils von 16-18 Uhr im Hörsaal A des Philturms, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Frauen in Chiapas

Über Frauen in Chiapas berichtet Prof. Dr. Frigga Haug am

17.12., 16 Uhr, Amerikahaus, Rothenbaumchaussee, Hamburg.

Vietnam-Solidarität der sechziger Jahre

Karl Rössel, Mitautor eines Standardwerks über internationalistische Aktivitäten der BRD-Linken, berichtet (mit Dias und Originaltondokumenten) über die Protestaktionen der außerparlamentarischen Opposition in den sechziger Jahren gegen den Vietnamkrieg.

18.12., (vermutlich) 20 Uhr, LOTTA, Achterstraße 32, Köln-Südstadt.

Treibhauseffekt

Der sog. Treibhauseffekt ist seit einem Jahrhundert bekannt, wird allerdings erst in den letzten zwei Jahrzehnten als globale Bedrohung ernst genommen, und erst seit einem Jahrzehnt beschäftigt sich die Politik auf internationaler Ebene mit Vorsorgemaßnahmen - und ganz neuerdings gibt es eine Ausstellung zum Thema, konzipiert von Oliver Rössler.

19.12.96-26.1.97 im Salzburger Kunstverein, Hellbrunner Str. 3, Salzburg.

Invasive Pränataldiagnostik

Zum Thema "Zwischen Risikoszenarien und ‚guter Hoffnung` - werdende Mutter und Elternschaft im Zeichenschaft invasiver Pränataldiagnostik" spricht Prof. Dr. Marianne Pieper, am

8.1., 18 Uhr, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Raum A 411, Von-Melle-Park, Hamburg.

Jüdisches Leben in München

1933 hatten in Bayern rund 55.000 Juden gelebt. Nach Ende des NS-Regimes 1945 lebten nur noch etwa 1000 von ihnen. Von den ehemals 10.700 Münchner Juden waren bis Herbst 1945 nur mehr 200 ausfindig zu machen. Am 19. Juli 1945 hatte ein Häuflein von Rückkehrern die Israelitische Kultusgemeinde wiedergegründet. Das Leben in der Gemeinde und in der Gemeinschaft der Jüdischen Displaced Persons (DPs) entwickelte sich zunächst völlig unabhängig voneinander. Erst als sich abzeichnete, daß nicht alle DPs würden auswandern können, fand eine Annäherung der "Einheimischen" und Zugewanderten statt. Die Ausstellung "Jüdisches Leben in München - Die Anfangsjahre nach 1945 - Neuanfang nach dem Untergang" dokumentiert diesen Neuanfang mit zahlreichen Fotos aus dem alltäglichen Leben in der Gemeinde.

Bis 30.01.1997, Di. u. Mi. 14.00-18.00 Uhr, Do. 14.00-20.00 Uhr, Eintritt frei, Jüdisches Museum München, Maximilianstr. 36.

Rosa Luxemburg (1)

Die Tageszeitung "junge Welt" lädt zur einer Konferenz unter der Fragestellung "Wie aktuell ist Rosa Luxemburg?" Zur Beantwortung dieser Frage aufgerufen sind Gerhard Branstner, Micha Brumlik, Roland Claus, Peter Decker, Jutta Dithfurt, Jürgen Elsässer, Klaus Gietinger, Uwe Soukup u.a.

11.1., 9-18 Uhr, Humboldt Universität, Hauptgebäude, Unter den Linden 6, Berlin. Info unter: 030-53635511.

Rosa Luxemburg (2)

Annelies Laschitza liest aus ihrer Luxemburg-Biografie "Im Lebensrausch - trotz alledem!" am

15.1., 19.30 Uhr, Sonne, Shamrockstraße 121, Herne;

16.1., 19.30 Uhr, Buchhandlung Backhaus, Trichtergasse 14, Aachen.

36. Von Arbeiterkampf zu analyse und kritik

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-71-72.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-71-72

Eine AK-Chronologie über 25 Jahre zusammenzustellen, ist keine einfache Aufgabe, wird sie doch auf mehr Ablehnung als Zustimmung stoßen: JedeR, die/der diese Geschichte erlebt - und mitgestaltet - hat, wird sie anders wahrgenommen haben und sich auf eine andere Weise erinnern. All diesen unterschiedlichen Sichtweisen gerecht zu werden, ist daher von vornherein unmöglich. Die hier vorgelegte Chronik ist zudem auf eine Auswahl der Themen, die auf den Titelseiten der mittlerweile annähernd 400 Ausgaben erschienen, beschränkt. Themen, die nie oder nur sehr selten auf die Titelseite gekommen sind, werden daher in dieser Chronologie nur erwähnt, wenn sie von besonderer Bedeutung waren. Eine Geschichte der nationalen und internationalen Entwicklungen der letzten 25 Jahre aus der Sicht des AK (bzw. ak) kann diese Chronologie deshalb nicht liefern, und zwar auch deshalb nicht, weil die Titelseite von der Redaktion nicht unbedingt unter dem Gesichtspunkt der Historiographie gestaltet, sondern von den Überlegungen geleitet wird: Was ist zum Zeitpunkt des Erscheinens der jeweiligen Ausgabe aktuell? Was bleibt bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe aktuell? Und nicht zuletzt: Wie interessieren wir die potentiellen KäuferInnen unserer Zeitung? Veranlaßt diese Chronologie die eine oder den anderen, sich für diesen oder jenen Aspekt unserer 25jährigen Geschichte zu interessieren, ist der Chronist schon recht zufrieden.

Die Titel werden so zitiert: Nach der AK-Nummer werden zuerst der Monat und dann das Jahr des Erscheinens der betreffenden Ausgabe genannt. 13, 12/71 heißt also: AK Nr. 13 vom Dezember 1971.

1971/72: Gründung und Grundlagen

Im Dezember 1971 erschien die erste Ausgabe des ARBEITERKAMPF, der Zeitung des damals gerade gegründeten Kommunistisches Bundes, mit der Nummer 13, womit der AK sich als Fortführung der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ), der Publikation des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ), einer der Gründergruppen des KB, vorstellte. Dementsprechend wurde das Organ des Kommunistischen Arbeiterbunds (KAB), einer anderer Gründergruppe des KB, ebenfalls mit der Nummer 13 als Unser Weg, Theoriezeitschrift des KB, fortgesetzt.

Die Auflage des ersten AK mit 5000 Exemplaren und monatlicher Erscheinungsweise stieg im Lauf des Jahres 1972 auf 17000. Neben Artikeln zu aktuellen Arbeitskämpfen - Metalltarifrunde 71, linke Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit ("Betriebsrätewahlen 72: Die Weichen stellen"), Vorbereitung des 1. Mai ("1. Mai: Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse") - prägten von Anfang an auch Fragen nationaler und internationaler Politik das Gesicht der Zeitung: Die internationale Solidarität ("Vietnam: Das Volk wird siegen"; der Kampf der englischen Dockarbeiter), die Auseinandersetzung mit der Innenpolitik der BRD (Baader-Meinhof-Jagd, Prozesse gegen die RAF, Berufsverbote, Innere Sicherheit). Von besonderer Bedeutung war die Serie "Kampf dem Faschismus" (16, 3/72; 17, 4/72; 18, 5/72), von der ausgehend die Faschisierungsthese des KB entwickelt wurde. Bei der Bundestagswahl 1972 rief der KB nach längerer Debatte auch im Arbeiterkampf zur kritischen Wahl der SPD auf. Der Anschlag auf israelische Sportler bei den olympischen Spielen in München war der Beginn der Beschäftigung des Arbeiterkampf mit dem Problem Israel/Palästina/Zionismus ("Olympischer Frieden - und palästinensischer Krieg?", 22, 9/72). In der Dezember-Ausgabe 1972 erschien die erste Folge einer fünfteiligen Artikelserie zum EG-Imperialismus.

37. Quelldatei ch-73-74.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-73-74.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-73-74

1973: Der Putsch in Chile

Diese Serie wurde im Jahr 1973 fortgesetzt, wobei insbesondere die Ölkrise Ende 1973 ("Panikmache ums Öl: Was steckt dahinter?" - 36, 11/73) als Beleg für die besondere Aggressivität des EG-Imperialismus herangezogen wurde. Innenpolitisch befand sich die BRD auf dem Höhepunkt der Berufsverbote, was das Leitende Gremium (LG) des KB zu einer Titelerklärung "Gegen die Kommunistenjagd" (29, 6/73) veranlaßte. Wie im Vorjahr waren der 1. Mai (27, 4/73), die Arbeiterkämpfe in der BRD und die Politik der Linken ("Streiks in der Metallindustrie; Spontaneismus oder kommunistische Propaganda?" - 30, 8/73; "Der Streik bei Klöckner in Bremen" - 31, 8/73) Hauptthemen.

Auf internationaler Ebene waren neben Vietnam, dem Jom-Kippur-Krieg ("Wieder Krieg in Nahost - Die Schwäche des Zionismus wird deutlich" - 34, 10/73) und dem Faschismus in Griechenland vor allem der faschistische Putsch in Chile von Bedeutung, stand hier doch die Möglichkeit des "friedlichen Übergangs zum Sozialismus" auf dem Prüfstand ("Chile: Friedlicher Übergang auf dem Sterbebett" - 32, 9/73; "Militärputsch in Chile: US-Imperialisten und chilenische Reaktion stürzen Regierung der Volkseinheit" - 33, 10/73). In der Folge entwickelten KB und AK eine langjährige Solidarität mit der chilenischen Linken, insbesondere mit dem MIR (Movimiento Izquierda Socialista - Bewegung der revolutionären Linken). In Artikeln zum "Zirkelwesen" grenzte sich der KB von den "Superlinken" (KPD/AO, KPD/ML) und dem sich formierenden KBW ab und kritisierte die blinde Chinahörigkeit dieser Gruppen in einem ersten Artikel zur "Außenpolitik der VR China".

Im Herbst 1973 wurde die Erscheinungsweise verändert: Statt wie bisher vierwöchentlich erschien der AK nun alle drei Wochen; die Seitenzahl blieb vorerst bei ca. 28 Seiten.

1974: Schmidt wird Kanzler - Strauß' Sonthofener Rede

1974 sank die Auflage von 17.000 im Mai 1973 bei vierwöchentlichem Erscheinen auf 12.000 bei dreiwöchentlichem Erscheinen, der Umfang wurde auf 32 Seiten angehoben. Die Schwerpunkte der Berichterstattung blieben ähnlich: Der Kampf in den Betrieben ("Genscher heißt er, uns bescheißt er", zur Tarifrunde bei Post, Bahn und ÖTV - 40, 3/74; "Bremer Metaller sagen in der zweiten Urabstimmung: NEIN zu diesem Schwindel" - 42, 4/74), und die internationale Solidarität bestimmten den AK. In Chile war es insbesondere der Kampf gegen die Junta, über den berichtet wurde ("Miguel Enriquez im Kampf gefallen" - 51, 10/74). In Griechenland wurden die Faschisten gezwungen abzutreten; in Portugal war General Spinoza von demokratischen Offizieren verjagt worden - hier entwickelte der AK in den Folgejahren eine rege Berichterstattung.

In AK 53 vom Dezember 74 wurde zum ersten Mal über den Kampf gegen das AKW Wyhl in Südbaden berichtet; in Nr. 43 (Mai 74) wurde der Kampf gegen den §218 zum ersten Mal Gegenstand der Berichterstattung. Innenpolitisch wurde die Ablösung Brandts durch Helmut Schmidt zum Beleg für eine Verschärfung des Klimas genommen. Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, die Ausschlüsse der Verteidiger in mehreren RAF-Prozessen usw. wurden als Beleg für die fortschreitende Faschisierung angesehen. Ebenfalls 1974 wurden im AK die ersten Berichte über faschistische Umtriebe veröffentlicht (Wehrsportgruppe Hoffmann in Nürnberg und Wikingjugend in Schleswig-Holstein). Ein Extra-AK wurde anläßlich der Sonthofener Rede von Franz-Josef Strauß unter dem Titel: "Ein Demagoge wie Hitler und Goebbels" verbreitet. In dieser Rede hatte Strauß angekündigt, im Falle seiner Machtübernahme "so aufzuräumen, daß von denen (Linken und anderen Gesellschaftskritikern - Anm. d. Red.) bis zum Ende des Jahrhunderts keiner mehr wagt, das Maul aufzumachen".

38. Quelldatei ch-75.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-75.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-75

1975: 1. Mai - Saigon ist frei!

Die negative Auflagenentwicklung des vergangenen Jahres konnte gestoppt werden. Sie stabilisierte sich im Verlauf des Jahres bei etwa 18.500 bei nach wie vor dreiwöchentlichem Erscheinen. Wesentlichen Anteil an der Auflagensteigerung hatte dabei die qualifizierte Berichterstattung über die verschiedenen Befreiungsbewegungen, die im Jahr 1975 Erfolge erzielen konnten: "1. Mai - Saigon ist frei" war die meistgerufene Parole auf der Mai-Demonstration, der Mai-AK stand unter dem Titel "Ho Tschi Minhs Testament verwirklicht". Die Entwicklung in Angola, Mosambik, Guinea-Bissao (ehemalige Kolonien Portugals, die nun unabhängig wurden) und in Vietnam, Laos und Kambodscha, der Kampf in der Westsahara (Frente Polisario), im südlichen Afrika; die Frage der Franco-Nachfolge in Spanien: All dies führte dazu, daß der Schwerpunkt des AK im Jahr 1975 eindeutig im internationalen Bereich lag. Beispielhaft sei hier die Ausgabe 67 vom 2.10.75 erwähnt, in der bei insgesamt 48 Seiten 38 internationale Themen behandelten und sich nur fünf auf den Bereich "Betrieb und Gewerkschaft" bezogen. Dennoch bestand dieser Bereich fort; im Dezember 75 fand eine Veranstaltung mit linken Betriebsräten vor über 3.000 Teilnehmern in Hamburg statt.

In der innerlinken Diskussion bezog der AK Position gegen KPD/AO, KPD/ML und insbesondere den KBW, der die chinesische Position, daß die Sowjetunion mittlerweile die gefährlichere, da aufsteigende Supermacht geworden sei, propagierte. Die 1974 begonnene Berichterstattung zum §218 führte zur Gründung einer AG Frauen; aus der antifaschistischen und Antirepressions-Berichterstattung entstand die Antifa-Kommission. Der "Umweltschutz" wurde als neue Rubrik eingeführt.

Aber es gab noch mehr ... Rebell

"Letzten Endes kann man all die Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Rebellion ist gerechtfertigt!" (Mao Tse-Tung). Unter diesem Motto erschien der Rebell, die Jugendzeitung des KB. Die erste Ausgabe kam als Beilage zum AK 67 im September 74 heraus und dann neben dem AK als ein weiteres Organ des KB. Der Rebell erreichte insgesamt 29 Ausgaben mit einer Auflage von bis zu 8.000 Exemplaren. Die Zeitung wurde im Sommer 1978 eingestellt. Schwerpunkte des Rebell waren Jugendthemen: Schule, Berufsausbildung, Bundeswehr, Freizeitkultur (Jugendzentrumsbewegung), Antifa (insbesondere gegen Junge Union und weiter rechts stehende Gruppen gerichtet und auch gegen die Jungnazis um Michael Kühnen, die damals als "Hansabande" an die Öffentlichkeit traten). Das "Jahr der Frau" (1975) wurde im Rebell zum Jahr des Mädchens (Nr. 11, November 75). Die letzte Ausgabe, Rebell 29, erschien mit dem Schwerpunkt "Homosexualität". Die Rubrik Rebellchen war für unsere ganz jungen Sympathisanten bestimmt. Der vermutlich jüngste Genosse des KB, seinerzeit sechs Jahre alt, meldete sich in Rebell 10 zu Wort.

die internationale

Von Dezember 1973 bis 1975 als Zeitung, 1976 bis Mitte 1977 als regelmäßig erscheinendes Magazin publizierte der KB - zusätzlich zum AK - die internationale als Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus. Im Zeitungsformat (Nr. 1, 12/73 - 18, 12/75) erschien sie in einem Abstand von sechs Wochen in einem Umfang von 12-24 Seiten und mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Veröffentlicht wurden - und darin bestand ihr besonderer Zweck - zumeist Texte von oppositionellen Gruppierungen, Widerstandsorganisationen und Befreiungsbewegungen aus etlichen Teilen der Welt. In der Erklärung zur Gründung der Zeitung hieß es programmatisch: "Bei der Auswahl der Texte ausländischer Organisationen und Gruppen für den Abdruck in dieser Zeitung werden wir keine Anerkennungspolitik betreiben, d.h. wir werden nicht ausschließlich die Texte bestimmter Gruppen abdrucken, mit denen wir uns ‚identifizieren`. Vielmehr wollen wir versuchen, nach Möglichkeit etwas von der politisch-theoretischen Vielfalt widerzuspiegeln, die natürlich auch in anderen Ländern die noch uneinheitliche Linke kennzeichnet."

An Titelthemen präsentierte die internationale ein relativ weites Spektrum: Die Situation in Irland/Nordirland und die Differenzen zwischen IRA-Official und IRA-Provisional, die Situation in Italien und die dortige Gefahr des Faschismus (Scheidungsreferendum, Massaker von Brescia, Die "Loge" P2 etc.), die Entwicklung in Portugal nach dem geglückten Sturz des Faschismus am 25.4.1974, die Situation in Spanien, Japan, Informationen über den Widerstand in Chile, die Lage der Palästinenser und die Politik der verschiedenen

Organisationen des palästinensischen Widerstands (insbesondere PFLP). In den Jahren 1976 und 1977 erschien die internationale als Magazin (Nr. 19-26/27) mit jeweils einem Schwerpunkt (Zur Lage der Frauen, Äthiopien, Griechenland, Soldatenbewegung in Westeuropa etc.). Das letzte Heft erschien unter dem Titel "Blutmai in Istanbul" im Sommer 1977.

39. Quelldatei ch-76.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-76.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-76

(Scheidungsreferendum, Massaker von Brescia, Die "Loge" P2 etc.), die Entwicklung in Portugal nach dem geglückten Sturz des Faschismus am 25.4.1974, die Situation in Spanien, Japan, Informationen über den Widerstand in Chile, die Lage der Palästinenser und die Politik der verschiedenen Organisationen des palästinensischen Widerstands (insbesondere PFLP). In den Jahren 1976 und 1977 erschien die internationale als Magazin (Nr. 19-26/27) mit jeweils einem Schwerpunkt (Zur Lage der Frauen, Äthiopien, Griechenland, Soldatenbewegung in Westeuropa etc.). Das letzte Heft erschien unter dem Titel "Blutmai in Istanbul" im Sommer 1977.

USTA - Unsere Stadt

Eine relativ kurzes Leben hatte die Stadtzeitung für Hamburg des KB. (Ansätze zu Stadtzeitungen gab es auch in anderen Städten wie z.B. Westberlin.) Unsere Stadt erschien zum ersten Mal als Beilage zu den in Hamburg verkauften Exemplaren des AK 47 im Juni 1974 und brachte es auf insgesamt elf Ausgaben. Die letzte Nummer erschien im Oktober 1975. Die Auflage erreichte 4.000 Exemplare. Neben einer allgemeinen politischen Berichterstattung und Propagierung des KB und seiner zentralen Presse richtete sich die USTA an die diversen Initiativen und Bewegungen in den Hamburger Stadtteilen; Artikel zu Hamburger Themen wurden meist von GenossInnen der Hamburger Bezirksorganisation des KB verfaßt. Die Herausgabe von USTA stand im Zusammenhang mit den Bemühungen um die "Aktionseinheit gegen die Sparpolitik des Hamburger Senats", der sich viele Initiativen (Mieter, Schüler, Kinder, Eltern etc.) anschlossen.

... deshalb aber nicht weniger AK! 1976: Alle zwei Wochen AK

1976 wurde der Ak auf 14tägiges Erscheinen umgestellt, bei einer Auflage von bis zu 20.000 Exemplaren und erschien mit einem Umfang von 48-60 Seiten. An Erstellung und Verkauf der Zeitung war fast die gesamte Organisation des KB beteiligt.

Wesentliche innenpolitische Themen des AK waren 1976 die Bundestagswahlen, bei denen Strauß für die CSU/CDU gegen Helmut Schmidt kandidierte, der Tod von Ulrike Meinhof, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse, neue Polizeigesetze etc. Diese Entwicklungen veranlaßten KB und AK-Redaktion, Ende des Jahres die Bemühungen um das Zustandekommen eines Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD zu unterstützen. "Wir bauen weiter am Modell Deutschland" - das war die SPD-Parole im Wahlkampf gewesen, die vom KB als chauvinistisch und antidemokratisch empfunden wurde. Helmut Schmidt wurde als "Oberlehrer und Feldwebel Europas" gesehen (85, 7/76). Ein KB-Plakat zum Wahlkampf, in dem diese SPD-Parole in Zusammenhang mit Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten gebracht wurde (so wurde das "Modell Deutschland" vom demokratischen Westeuropa aufgefaßt) wurde verboten.

Für manche im KB überraschend war die Reaktion des AK auf den Beschluß der CSU, sich nach den verlorenen Bundestagswahlen bundesweit auszudehnen, wie Strauß es auf einer Klausurtagung in Wildbad/Kreuth gefordert hatte. Während für viele im KB diese Absichtserklärung schon das Signal für eine aktuell drohende Rechtsverschiebung bis hin zur Akzeptierung offen faschistischer Positionen darstellte, kam der AK mit der Schlagzeile "Strauß läuft Amok" heraus (94, 11/76). Im Dezember 76 wurde ein Sammelband "Droht ein neuer Faschismus" veröffentlicht, der die entsprechenden Artikel aus mehreren Jahren AK zusammenstellte.

40. Quelldatei ch-77-79.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-77-79.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-77-79

Bei sehr genauem Hinsehen konnte schon damals deutlich werden, daß die Auswahl der Artikel für diesen Band eine gewisse Selbstkorrektur darstellte: Die Artikel, die den Faschismus in der BRD quasi schon als unmittelbar vor der Tür stehend darstellten, waren in den Sammelband nicht aufgenommen worden.

In einem Nachruf auf den Tod Mao Tse-Tungs im Sommer 1976 wurde der Verstorbene als Revolutionär und "unser Lehrer" und die Kulturrevolution als im wesentlichen gerechtfertigte Etappe des Klassenkampfs im Sozialismus gewertet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rechtsentwicklung der chinesischen Politik dargestellt. Ein "5. Band" der Werke Mao Tse-Tungs erschient im AK-Verlag.

1977: Anti-AKW und "Deutscher Herbst"

Im Herbst 1976 hatten KB und AK die ersten Demonstrationen an der Baustelle des AKW-Brokdorf als Organisation verschlafen. Erst nachträglich - "Kein KKW in Brokdorf: Polizeiterror gegen Demonstranten" (92, 11/76) - waren diese Aktionen zur Schlagzeile geworden (obwohl innerhalb des KB zur Atomenergie insbesondere auch unter dem Aspekt der Atombombe, gearbeitet worden war). Dieses Versäumnis wurde 1977 wettgemacht. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß der AK für alle AKW-Gegner im gesamten Jahr 1977 zu einer der wichtigsten Informationsquellen wurde. Brokdorf II und Wyhl im Februar 1977, Grohnde im März, Malville (Frankreich) im Juli und schließlich Kalkar im Oktober: Alle diese Manifestationen der Anti-AKW-Bewegung wurden vom AK massiv unterstützt.

Die Polizeieinsätze gegen die Anti-AKW-Demonstrationen und insbesondere das Bürgerkriegsmanöver gegen die Demonstration in Kalkar sah der AK im Zusammenhang mit der Diskussion um das Verbot von kommunistischen Gruppen: "CDU will K-Gruppen verbieten" (114, 9/77); Polizeiaktionen gegen den Göttinger AStA: "Polizeiüberfall auf Göttinger AStA" (105, 5/77); Propaganda gegen das geplante Russell-Tribunal, die Verabschiedung besonderer "Sofortmaßnahmen zur Anti-Terrorismus-Bekämpfung", "SPD/FDP beschließt ‚Anti-Terror-Paket`" (106, 6/77). Das Jahr 1977 kulminierte im Deutschen Herbst, als der von der RAF entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer ermordet aufgefunden wurde und in derselben Nacht sowohl die Lufthansa-Maschine "Landshut" in Mogadischu von der GSG9 gestürmt als auch drei der vier RAF-Gefangenen in Stammheim tot aufgefunden wurden. "Wir glauben nicht an Selbstmord" war die Reaktion des AK (116, 10/77), der diese Auffassung auch in den folgenden Nummern (als einzige deutschsprachige Zeitung) durchhielt ("Weitere ‚Selbstmorde` in Vorbereitung" - 117, 11/77).

1978: Bunte Liste in Hamburg - Beginn der alternativen Wahlbewegung

Das Russell-Tribunal ("Russell-Tribunal soll verboten werden" - 120, 1/78; "III. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD" - 126, 4/78) sowie die Prozesse gegen AKW-Gegner ("Grohnde-Prozesse; angeklagt: wir alle" - 121, 1/78; "Terrorurteile gegen Grohnde-Angeklagte" - 128, 4/78) waren Schwerpunkte des ersten Halbjahrs 1978 im AK. Das zarte Pflänzchen der ersten grünen Wahlerfolge ("Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Erfolge für die Grünen" - 124, 3/78; "Hamburger Basisbündnis: Jetzt beginnt ein bunter Wahlkampf" - 125, 4/78) wurde im Verlauf des Jahres und insbesondere nach dem Erfolg der Hamburger "Bunten Liste" im Juni 1978 wohlwollend beobachtet: "Grüne und Bunte verändern die politische Landschaft" (131, 6/78); "Hessen-Wahl: Für Umweltschutz und Demokratie" (139, 10/78), auch wenn nicht alle Träume wahr wurden: "Hessenwahl dämpft Erwartungen der grünen und bunten Listen" (140, 10/78). 1978 war auch das Jahr, in dem im AK der antifaschistische Kampf gegen Alt- und Neonazis ein größeres Gewicht bekam: "Rechtsstaat in Aktion: NPD verfassungskonform" (127, 4/78); "Filbinger muß zurücktreten" (129, 5/78); "Blutige Saalschlacht zwischen Nazis und Polizei" (134, 7/78); "Amnestie für Nazi-Mörder" (137, 9/78). Der AK versuchte, ein Bündnis aus allen oppositionellen Strömungen zu propagieren, in das neben den reinen Umweltschützern und AKW-Gegnern auch andere oppositionelle Bewegungen einbezogen werden sollten.

1979: Wie weiter mit der Wahlbewegung?

Schon im Vorjahr war die Auflage des AK von maximal 27.500 im Jahr 1978 auf zuletzt 13.000 gefallen. Dieser Prozeß setzte sich im Jahr 1979 fort, wenn auch nicht ganz so schnell. Am Ende des Jahres waren es nur noch 10.000 Exemplare, wobei an der 14tägigen Erscheinungsweise festgehalten wurde.

Das ganze Jahr war beherrscht von der Debatte um die Gründung einer alternativen Partei, KB und AK gaben eindeutig der "bunten" Wahlbewegung gegenüber einer rein "grünen" Partei den Vorzug: "Westberlin: 3,7% - Großer Erfolg für Alternative Liste" (150, 3/79); "Tolle Erfolge bei NRW-Wahlen für bunte und grüne Listen" (163, 10/74), "Bunte und Grüne - 1980 getrennt verlieren" (164, 10/79); "Beratungskongreß der Bunten/Alternativen findet in Frankfurt statt" (166, 11/79). Über die Massenaktionen in Hannover (151, 4/79) und Bonn (164, 10/79) gegen den "Atomstaat" wurde ausführlich berichtet.

International waren u.a. folgende Themen auf der Titelseite: der Sturz des Schah und die Machtübernahme durch Khomeini ("Schahmatt" - 146, 1/79; "Was bringt die ‚Islamische Republik`" - 148, 2/79; "Khomeini plant Völkermord an Kurden" - 160, 6/79), Nikaragua ("Sieg im Volkskrieg" - 158, 7/79), und auch der Überfall Chinas auf Vietnam ("China pokert mit dem Weltkrieg" - 148, 2/79; "China raus aus Vietnam" - 149, 3/79).

41. Quelldatei ch-80-81.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-80-81.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-80-81

Des weiteren bildete die Verfolgung der RAF ("Stammheim-Prozeß eingestellt! Neue Nahrung für Zweifel an der Selbstmordversion" - 152, 4/79; "Elisabeth van Dyck erschossen; Wir glauben nicht an Notwehr" - 153, 5/79; "Fahndungspanne beim BKA; Rolf Heißler überlebt Kopfschuß" - 155, 5/70; "Lebensgefahr für Irmgard Möller und andere politische Gefangene" - 156, 6/79) einen Schwerpunkt, wie auch der antifaschistische Kampf, der in der Demonstration in Frankfurt im Juni 79 gegen die NPD seinen Höhepunkt hatte ("Rock gegen Rechts" - 155, 6/79; aber auch: "Bombenanschläge der Nazis" - anläßlich der Holocaust-Sendung - 146, 1/79; "Majdanek-Prozeß; 4 Nazimörder freigesprochen" - 152, 4/79; "Strauß darf nicht durchkommen" - 157, 7/79).

1980: Spaltung des KB an der Frage der Stellung zur Grünen Partei

Anfang 1980 war es dann soweit: "Grüne gründen Bundespartei" (169, 1/80). Obwohl damit die Bunt-Alternativen Vorstellungen einen Dämpfer erhalten hatten, blieben für den AK diese Gruppen "... weiter auf dem Plan" (2. Beratungskongreß in Karlsruhe - 171, 1/80). Im weiteren Verlauf wurde die Existenz der Grünen für AK und KB zur Zerreißprobe. Hinter der Überschrift "ZL-Gruppe spaltet Bunte Liste Hamburg" stand ein innerorganisatorischer Konflikt im KB (und damit auch im AK) um die Frage, wie in der Wahlbewegung weitergearbeitet werden solle. Ein relevanter Teil des KB (Gruppe Z) verließ in der Folge den KB, um innerhalb der Bunten Liste zu arbeiten. (Die bekanntesten Vertreter dieser Kräfte sind Trampert und Ebermann). Zusammen mit der ein Jahr zuvor ausgetretenen "Kritik-Fraktion" war damit der KB als Organisation erheblich geschrumpft. Dies schlug sich auch im AK nieder, da diese Kräfte sowohl einen Teil der aufwendigen Kampagnenarbeit der vergangenen Jahre (Internationalismus, Anti-AKW etc.) getragen als auch Teile der dementsprechenden Berichterstattung geleistet hatten. Ein Ansatz, neben der Grünen Partei mit den "Demokratischen Sozialisten" politisch Boden zu gewinnen ("Sozialistische Konferenz - Ein erster wichtiger Schritt" - 176, 5/80), verebbte bald. Beherrschendes innenpolitisches Thema war der Wahlkampf gegen den CSU-Vorsitzenden Strauß, dessen Rolle sowohl in einer größeren Artikelserie als auch in einem Buch in großer Auflage propagandistisch gewürdigt wurde. Zur Wahl selbst titelte der AK: "Am 5.10. alternativ wählen", nachdem die vormals so bekämpften rechten Grünen die Grüne Partei verlassen hatten ("Grüne Partei: Rechte springen ab" - 180, 6/90).

Die Nazi-Bomben auf das Münchner Oktoberfest ("Wir glauben nicht an Einzeltäter" - 186, 10/80), neue Zweifel an der offiziellen Stammheim-Version ("Nach Stern-Enthüllung: Wieder Zweifel an den Stammheimer Selbstmorden" - 188, 11/80) waren daneben ebenso Themen wie die aufkommende antimilitaristische Bewegung ("Öffentliche Gelöbnisse: Blamage für die Militaristen" - 189, 11/80; "Gedient wird nicht; Frauen zum Bund - Nein Danke" - 190, 12/80), die Arbeiteraufstände in Polen ("Streiks in Polen: Arbeiter erfolgreich?" - 183, 8/80 und "Droht Polen ‚brüderliche Hilfe`?" - 191, 12/80). Das zweite "Rock gegen Rechts"-Festival in Frankfurt im Juni 1990 war - da die NPD den Versammlungsort gewechselt hatte - schon nicht mehr ein Ereignis der ganzen Linken; das Konzert in Eschwege und die Verhinderung des NPD-Treffens in Philippsthal an der DDR-Grenze war noch einmal ein Erfolg des KB und des radikalen Teils der Antifa-Bewegung (181, 7/80).

Die Auflage sank im Verlauf des Jahres von 9.500 auf 7.500. Zum ersten Mal wurde in diesem Herbst zu der erst Jahre später permanenten Weihnachtsspende für den AK aufgerufen. Für den AK begann das Computerzeitalter mit anfangs teilweise selbstgebauten Geräten.

1981: Nato-Doppelbeschluß und Perspektivdiskussion

Der Rückgang der AK-Auflage setzte sich auch 1981 fort. Am Ende des Jahres waren es nur noch 6000 Exemplare, die jedoch alle 14 Tage - außer während der Sommerpause - herausgegeben wurden. Politisch war 1981 das Jahr des Protests gegen den Nato-Doppelbeschluß und die Verschärfung des internationalen Klimas, wie sie vor allem durch die Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten signalisiert wurde. ",Es gibt wichtigeres als Frieden`; Bewaffneter Terrorist: Ronald Reagan, 69, US-Präsident" - so eröffnete der AK das Jahr 1981 (193, 1/81). Der Kirchentag im Juni in Hamburg wurde mit einer Friedensdemonstration zu einem zentralen Ereignis ("Kirchentag 20. Juni, Aufruf zu einer Friedensdemonstration" - 202, 5/81) und den alles krönenden Höhepunkt des Jahres bildete unbestritten die Demonstration in Bonn: "300.000 fordern für

Millionen; Nie wieder Krieg!" (210, 10/81). Neben der Verschärfung der Blockkonfrontation war die Lage in Polen ein weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung. "Polen: Die letzte Kraftprobe?" (198, 3/81) und "Polen: ‚Freibrief für einen sowjetischen Einmarsch`" (202, 6/81). Die Gefahr eines erneuten Einmarschs in ein sozialistisches "Bruderland" war vorhanden. Dementsprechend war die Diskussion um die Ereignisse in der CSSR 1968 und die Frage, wie eine demokratische Opposition im "realen Sozialismus" aussehen könne, eines der zentralen Diskussionsthemen im AK.

In der Wahlbewegung unterstützte der AK die verschienen Ansätze einer bunt-grün-alternativen Wahlbewegung, wie u.a. in Westberlin ("Westberlin: Am 10. Mai AL wählen - was denn sonst" - 199, 4/81; "Kommunalwahlen in Niedersachsen - Grüne und Alternative im Aufwind" - 209, 9/81). Mit dem TUWAT-Kongreß in Berlin ("Tuwat für Tuwat: Spektakel in Bärlin ab 25.8." - 206, 8/81) und verschiedenen, teils militanten Äußerungen des Widerstands (Brokdorf; Freiburg; Westberlin) wurden immer wieder Hoffnungen transportiert, eine autonome, nach links offene Bewegung könne die Grüne Partei doch noch zu einem Sammelbecken aller sozialen Bewegungen machen.

Ende 1981 war aber klar, daß die bisherige Form der Kampagnenpolitik mit der nach der Spaltung geringeren Kraft des KB nicht aufrechterhalten werden konnte. In den "Thesen zur Perspektive des AK" (215, 12/81) trug das Leitende Gremium des KB eine neue mögliche Perspektive für die Zeitung (und damit den KB) vor, die als "Leitantrag" für den KB-Kongreß im Januar 82 formuliert worden war. In diesem Leitantrag und seinem Vorwort wurde festgestellt, daß sich der AK zu einem "aktuellen Nachrichten- und Meinungsblatt der linken Bewegung" entwickelt habe. Diese Rolle wolle und könne der KB mit seiner Zeitung nicht mehr wahrnehmen. Angesichts der Herausbildung einer explizit nicht sozialistischen Reformpartei halte der KB an wesentlichen Prinzipien fest: "Im Gegensatz zur Strömung des ‚Modernen Sozialismus` und allgemein zur Sozialdemokratie behauptet der KB die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen ‚Zerschlagung` dieses Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen ‚Absterben des Staates` beinhaltet; die absolute Ablehnung der Verteidigung des imperialistischen ‚Vaterlands`; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen ... (Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit). Aus diesen Differenzen ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der ‚Neuen Sozialdemokratie` aufgehen zu lassen. Die Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt, und für die eine möglichst große Verbreitung angestrebt wird, ist das zentrale Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen."

Leitmotiv des AK solle es sein, "am massenhaften Bewußtsein (bzw. ‚Gefühl`) der aktuell existentiellen Gefahr und Verunsicherung anzusetzen, dieses Bewußtsein (bzw. ‚Gefühl`) mit Argumenten und Fakten zu versorgen, und es zuzuspitzen auf die Frage gesellschaftlicher Veränderungen und Alternativen. Die Zeitung sollte durch die Breite der behandelten Themen, durch ihre Konzentration auf aktuell relevante Vorgänge und Debatten, durch einen erheblichen Anteil von Dokumentationen und Fremdbeiträgen einen Leserkreis ansprechen, der erheblich über das ‚KB-Umfeld` im weitesten Sinn des Wortes hinausgeht. Sie muß für alle, die linke Politik machen wollen, zu einem wichtigen Informationsmittel und ‚Denkanstoß`-Geber werden. Sie soll aber zugleich Instrument der spezifischen Politik des KB sein. An diesem Punkt finden Überlegungen über einen breiteren Trägerkreis für die Zeitung vorerst ihre Schranken." (215, 12/82)

42. Quelldatei ch-82-85.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-82-85.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-82-85

1982: Nachrüstung und Palästinakonflikt

Mit Beginn des Jahres 82 erschien der AK wieder nur noch alle vier Wochen. Die Leserschaft wurde in der Nummer 217 vom 25.1.1982 über die Ergebnise des KB-Kongresses informiert. Die bisherige Unterzeile "Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" wurde abgeändert in "Zeitung des Kommunistischen Bundes". Diese Änderung war verbunden mit der Überzeugung, daß "die revolutionäre Linke Abschied zu nehmen hat von überkommenen Vorstellungen der Arbeit im Proletariat, wie sie in den Anfängen auch in unserer Organisation vorgeherrscht haben. Sie hat, wenn sie sich von den damaligen Illusionen löst, keinen Grund, vom Proletariat Abschied zu nehmen; denn gescheitert sind die eigenen Vorstellungen von dem, was Arbeiterklasse sein soll." (217, 1/82).

Polen, Israel/Palästina und der Falkland-Krieg waren die großen außenpolitischen Themen des Jahres; innenpolitisch war es die Stationierung der Atomraketen und die weitere Entwicklung der linken Oppositionsbewegung, die die Titelseiten des AK beherrschten. Nach der Spaltung wurde auch die Frage diskutiert, die Zeitung umzubenennen. Der einzige Vorschlag, der aber aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der damit transportierten politischen Aussage abgelehnt wurde, war "5 vor 12". Im Nachhinein gesehen war die im Titel enthaltene Aussage dennoch für die Berichterstattung im AK richtungweisend.

Die Bombardierung der palästinensischen Lager im Libanon war mehrfach Thema der Titelseite: "Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser" (222, 6/82), "Beirut ... und die arabische Reaktion sieht ruhig zu" (223, 7/82), "Die PLO verläßt Beirut - aber kein Frieden im Nahen Osten" (224, 8/82) und: "Massaker und Vertreibung - Die Endlösung der Palästinenserfrage" (225, 9/82). Die Arbeiteraufstände in Polen und die damit verbundene Unsicherheit (eventueller Einmarsch der SU; Haltung der Nato hierzu etc.) wurden unter dem Titel "Am Beispiel Polen: Der Imperialismus als Herr der Welt" (216, 1/82) behandelt und in den darauffolgenden Nummern differenziert auf jeweils mehreren Seiten dargestellt (bis 219). Der Falklandkrieg wurde unter der Schlagzeile: "Falkland-Inseln/Malvinen: Eine Weltkrise wird gemacht" (220, 4/82) und "Falkland-Inseln/Malvinen: Der 3. Weltkrieg wird geprobt" (221, 5/82) behandelt. Unter dem Titel "Die EG an der Seite Großbritanniens" (222, 6/82) wird der Falkland-Krieg als praktische Erprobung der "Out-of-area"-Einsätze der Nato interpretiert.

Über die drohende Stationierung der Mittelstreckenraketen und weitere militärische Aufrüstungspläne wurde mehrfach im AK berichtet: "Jetzt chemische Nachrüstung" (218, 2/82); "Reagan-Besuch wird zur Kraftprobe" (219, 3/82); "Alles bereit für Reagans Empfang" (220, 4/82); "Reagans ‚Radikalkur für den Frieden`" (221, 5/82); ",Nachrüstung` - Bauarbeiten für die Stationierung beginnen jetzt" (225, 9/82); "Stationierung der Atomraketen, Wie, wann wo?" (226, 10/82); "Skandal um US-Hauptquartier: Die Ratten verlassen das Schiff" (228, 12/82).

In den "Demokratischen Sozialisten" wurde eine eventuelle Alternative zu den Grünen gesehen: "Links-SPD im Aufbau: Spät kommt Ihr, doch ihr kommt" (217, 1/82); "Demokratische Sozialisten haben mit der Bildung einer Partei begonnen" (219, 3/822). Bei Wahlen rief der AK aber auf, der jeweiligen grünen Alternative die Stimme zu geben: "Wählt Grün-Alternative Liste" (Hamburger Bürgerschaftswahl - 221, 5/82) und "KB-Aufruf zur Hessenwahl" (225, 9/82). Ein rot-grünes Bündnis wird vom AK skeptisch beurteilt: "SPD-Grüne - Nicht mehr als ein Bluff" (223, 7/82).

"Die SPD ist am Ende" (224, 8/82) - so wurde der Sturz des SPD-Kanzlers Schmidt angekündigt (224, 8/82), der Regierungswechsel kommentiert mit "Das ‚kleinere Übel` verabschiedet sich, jetzt kommt das größere" (225, 9/82), und unter der Überschrift "Die CDU/CSU verspricht ‚Blut, Schweiß und Tränen`" (226, 10/82) eine scharfe Rechtswendung der Politik unter Kohl prognostiziert. Speziell der Rassismus, der mit dem "Heidelberger Manifest" organisiert an die Öffentlichkeit trat ("Deutschland erwacht - Die rassistische Welle rollt!" (219, 3/82), wurde als wesentliches Element der neuen Regierung gesehen: "Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher: Massenaustreibung wird vorbereitet" (228, 12/82).

1983: Nachrüstung, Volkszählung, Bundestagswahl und 35-Stunden-Woche

"Ein grünes Kreuz für die weiße Taube" (229, 1/83) - so rief der AK gleich Anfang des Jahres zur Bundestagswahl auf. "Die Grünen in den Bundestag" (230, 2/83). Das Ergebnis allerdings, obwohl erfreulich für die Grünen, wurde insgesamt eher als Rechtswendung auf Massenebene interpretiert: "Klare Mehrheit für neue Atomraketen, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ausländerhetze" (231, 3/83).

Eindeutiger Schwerpunkt war auch in diesem Jahr der Antimilitarismus: Sowohl als Kampf gegen die Nachrüstung wie auch in der allgemeinen Propaganda zur Rolle der Nato: "1983: Jahr des Kampfes gegen Raketen-Stationierung" (229, 1/83); "Keine Chance für den Andropow-Plan" (Rüstungsbegrenzung auf Initiative der SU - 230, 2/83) und weitere Artikel nahmen das Thema des letzten Jahres erneut auf ("Blockaden und Ostermärsche 1983: Großer Auftakt im Raketenjahr" - 232, 4/83; "Volksentscheid gegen Nachrüstung", Kölner Konferenz - 233, 5/83; "Im Dezember kommen die ersten Raketen" - 235, 6/73). Kritisch kommentierte der AK die Debatte, die innerhalb der Friedensbewegung um Pazifismus und Gewaltfreiheit geführt wurde ("Gewaltfrei ... in den dritten Weltkrieg" - 236, 8/83). Auch der staatliche Versuch der Deeskalation ("Loccumer Gespräche") wurde vom AK kritisiert: "Von Itzehoe nach Loccum - Die Verstaatlichung der Friedensbewegung" (237, 9/83); Itzehoe war bei Brokdorf II im Februar 1977 der staatlich gewünschte und von nicht wenigen gewählte Demonstrationsort.

Die Volkszählung, die von der Linken und weit über sie hinaus boykottiert worden war ("Gezählt wird nicht! Die Volkszählung wird zum Fiasko!" - 231, 3/83), wurde schließlich in dieser Form von Bundesverfassungsgericht abgeschmettert ("Volkszählungsurteil: Wenn alle zufrieden sind ist einer der Angeschmierte" - 241, 12/83). Das Jahr endete mit einem neuen Thema: Die 35-Stunden-Woche ("Gewerkschaften vor dem Durchbruch?" - 241, 12/83).

Die Debatte über die Einschätzung des israelischen Vorgehens im Libanon gegen die PLO im Jahr zuvor führte zu einer umfangreichen Serie über die Geschichte des Antisemitismus (13 Folgen, beginnend mit 231, 3/83). Wie schon im Jahr zuvor, wurde auch im AK mehr Wert auf den Bereich der Kultur gelegt. Artikel zu Spinoza, zu Sartre, zur Musik, zur Exilliteratur erschlossen dem AK-Leser Bereiche, die der AK in seinem ersten Jahrzehnt vernachlässigt hatte. Die Auflage sank 1983 von 6.000 auf 5.000.

1984: Raus aus der NATO

"Warum nicht: Raus aus der Nato?" (245, 4/84) war eine der Fragen der Friedensbewegung. Die Perspektive, daß das Fulda Gap bei jedem entwickelten militärischen Szenario der Block-Konfrontation zum Zentrum der Vernichtung werden würde, wurde in mehreren AK-Artikeln erörtert ("Grüne Hessen gehn voran: Nachtflug-Verbot für Pershing II" - 242, 1/84; "Wieder im Gespräch: Deutsche Atomwaffen" - 243, 2/84); "BRD entwickelt eigene cruise missiles" - 244, 3/84; "Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt" - 245, 4/84; "Friedensbewegung beschließt: Störmanöver im Herbst" - 248, 7/84). In einer "Bilanz der Wende" wurde ausgeführt, daß die mit dem Amtsantritt Kohls verbundenen Horrorszenarien von Sozialabbau, Militarisierung, Repression etc. ausgeblieben seien (250, 9/84).

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche führte im AK dazu, daß wieder breiter über die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung berichtet wurde: "35-Stunden-Woche: Kommt es zum großen Knall?" und "Arbeitszeit-‚Flexibilisierung`: Strategie gegen die 35-Stunden-Woche" (244, 3/84), "Betriebsrätewahlen 1984" (245, 3/84); "35-Stunden-Woche: Aussperrung gegen Streikrecht und kampfstarke Gewerkschaften" (47, 6/84) und zum Schluß: "Nach 50 Tagen Streik: Weder Sieger noch Besiegte" (248, 7/84).

In AK 246, 5/84 begann die Veröffentlichung einer großangelegten Serie "Zwischen den Weltkriegen" mit insgesamt sieben Folgen. Ausgangspunkt der Serie waren die von verschiedenen Militärs vorgestellten Szenarien eines dritten Weltkriegs, die Diskussion um die Möglichkeit, angesichts der Atombombe überhaupt Kriege führen zu können. Die Serie wurde zu einer grundlegenden Untersuchung der Entwicklung vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der militärischen und bündnispolitischen Aspekte.

International gab es "Die große Hoffnung Nicaragua" (249, 8/84); das Thema kam noch mehrfach auf die Titelseite: "Das Wirken der SI gegen Nikaragua" (251, 10/84). Unter dem Titel "Vor neuer Kuba-Krise?" (252, 11/84) wurde vor gegen die Insel gerichteten Plänen der USA gewarnt.

"Ohne Schadenfreude: Abschied von der MOZ" - unter diesem Titel wird in 250, 9/84), das Ende der Zeitschrift "Moderne Zeiten" kommentiert. (Die MOZ war das Zeitungsprojekt derjenigen, die 1980 als Gruppe Z den KB

verlassen und in der Orientierung auf die Grüne Partei als dort agierender sozialistischer, linker Flügel gewirkt hatten.) Die Auflage des AK sank 1984 um weitere 500 auf nun 4500.

1985: Ende der Faschisierungsthese? Reagan und Kohl in Bitburg

"Todesfabrik Auschwitz" und "8. Mai: Lauter Streit um leise Töne" (254, 1/85) - so eröffnete der AK das Jahr, in dem sich die Befreiung vom Faschismus zum 40. Mal jährte. Bundespräsident von Weizsäcker trat damals mit einer Rede hervor, die den einen als gemäßigt und akzeptabel erschien, den anderen aber als gefährlich, weil in ihr die Absichten des Imperialismus unter schönen Worten verborgen seien ("Richard von Weizsäcker: Das gute Gewissen gesamtdeutscher Aufträge" - 260, 7/85). Kurz zuvor hatte Reagan bei seinem Besuch in der BRD auch den Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch einige SS-Angehörige liegen, besucht: "Bitburg: Im Westen nichts Neues - Über allen Gräbern ist Ruh" (258, 5/85).

Die RAF-Prozesse gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt in Stuttgart-Stammheim (258, 5/85), die Versuche der Justiz, gegen die radikal vorzugehen, die Ansätze zur Abschaffung des Asylrechts, Gentechnologie etc. waren weitere Themen des Jahres.

43. Quelldatei ch-86-90.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-86-90.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-86-90

International wurde Südafrika zum Zentrum der Berichterstattung: "Südafrika: Monolog der Waffen" (257, 4/85) und "Nelson Mandela: Wir wollen nicht nur Reformen, wir Schwarzen wollen die Macht" (261, 8/85).

In AK 256, 3/85 begann eine kritische Aufarbeitung der Faschisierungsthese, die über drei Ausgaben (bis 258) fortgesetzt wurde. Eine Diskussion im AK gab es mit Ausnahme eines kritischen Leserbriefs dazu nicht. Für den an der Geschichte des KB interessierten Leser stellen diese drei Artikel den einzigen veröffentlichten Abriß der für den KB zumindest in seiner "klassischen Zeit" so wichtigen Faschisiserungsthese dar, wenn auch aus der Sicht eines einzigen Genossen. Kein Thema für die Titelseite war übrigens die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU. Am Ende des Jahres war die Auflage um weitere 500 auf 4000 Exemplare gesunken.

1986: Rassismus, Terrorismus und innerlinke Debatte

1986 konnte der Rückgang der Auflage erst einmal gestoppt werden. Am Ende des Jahres waren es wieder 4.800 Exemplare geworden.

Das Jahr begann für den AK mit der großen Hamburger Demonstration gegen Rassismus: "Freundschaft statt Feindschaft - 15.000 in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" (266, 1/86); das Thema wurde im August wieder aufgegriffen ("Boatpeople made in Germany" (273, 8/86) und fortgesetzt: "Hygienischer Rassismus für anständige Deutsche" (274, 9/86). Die Dezember-Ausgabe thematisierte dann die Debatte um "Offene Grenzen": "Flucht 1933, Flucht 1986 - Politik der offenen Grenze als Pflicht gegenüber den NS-Opfern" (277, 12/86).

"Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe ..." (266, 1/86), "US-Überfall auf Libyen - der Vorwand" (270, 5/86) und "Syrien - das neue Zentrum des Terrorismus" (276, 11/86) markieren die Auseinandersetzung mit dem "Antiterrorismus" insbesondere der USA.

Im Bereich der Innenpolitik waren die Rezeption des Stammheim-Filmes von Richard Hauff und die RAF mehrfach Titelthema. Dem ersten Aufmacher "Meinhof: gut; Prinzing: ausreichend; Baader: ungenügend; War das Stammheim?" (267, 2/86) folgten: "Stammheim: Gespräche und Interviews mit Christiane Ensslin, Jürgen Flimm und Reinhard Hauff" (268, 3/86) und "Stammheim: ‚Ich zweifle, also bin ich`" (269, 4/86).

1986 war im KB aber auch ein Jahr der Debatte, die nur teilweise auf der Titelseite ausgetragen wurde. Ob der 27. Parteitag der KPDSU ("Parteitag der KPdSU: Abschied vom Sozialismus" - 268, 3/86) ursächlich hierzu beigetragen hat, ist unklar, jedenfalls wurde der Streit innerhalb der Linken in einer für den AK ungewohnt offenen Form geführt: "Hurra, wir denken noch! Eine Polemik wieder den Aktionismus" (273, 8/86) eröffnete die Debatte - die Gewaltfrage sei in einigen Sektoren der Linken zum "Ersatz für politische Inhalte" geworden. In AK 274 wurde diese Polemik weitergeführt, auf gut sechs Seiten - zusammen mit einer Diskussion der Faschisierungsthese - weitergeführt. Eine Verteidigung der Faschisierungsthese findet sich dann wenig später in AK 276, 11/86.

Neben Wackersdorf ("Das andere Bayern: 80.000 in Wackersdorf" - 269, 4/86) und Hunsrück ("Großdemonstration am 11. Oktober im Hunsrück - Frieden braucht Bewegung" - 274, 9/86), kritischen Artikeln zu den Grünen ("Dem Staate dienen; grüner Abschied von der APO" - 272, 6/86) und den Aktionen gegen die Atomfabriken in Hanau, soll auch die einzige frauenbezogene Titelschlagzeile des Jahres genannt werden: "Alice Schwarzer fordert Parteien: Verfassungsklage über §218" (275, 10/86).

1987: Glasnost und Perestroika - Gorbi Superstar

Das Jahr 1987 war das Jahr von Glasnost und Perestroika. Weit mehr als die Titelschlagzeilen vermuten lassen, beschäftigte sich der AK während des ganzen Jahres mit der Entwicklung in der UdSSR, dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution u.ä. Parallel zur AK-Arbeit begann im KB eine Gruppe, sich mit der Geschichte der SU auseinanderzusetzen. Ein erstes Seminar fand im Herbst 87 statt (Roter Oktober 1917), ein zweites (Von Lenin zu Stalin) folgte erst 1989.

Daneben waren die Volkszählung (2. Anlauf) Thema ("Thesen zur Volkszählung" - 280, 3/87) und der 10. Jahrestag von Stammheim ("10 Jahre Stammheim: Wunder des Journalismus" - 286, 9/87). Beachtung fanden die PLO und die zarten Ansätze einer politischen Lösung in Palästina ("Friedensdiplomatie der PLO und syrische Großmachtpolitik" - 280, 3/87; "Bewegung in Nahost" - 282, 4/87; "PLO wiedervereint - Weg zur Eigenständigkeit?" - 282, 5/87).

1988: Intifada - Perestroika - Vom AK zum ak

Sechs Jahre nach dem Beschluß, den Titel der Zeitung zu ändern, konnten sich die Herausgeber dazu durchringen, den Arbeiterkampf umzubenennen. Der neue Name war der, der längst schon im Gebrauch war ak. Vorerst blieb der Untertitel: Arbeiterkampf - Zeitung des Kommunistischen Bundes. In der Ankündigung zur Umbenennung (292, 3/88), hieß es dann: "Obwohl schon lange bekannt, nehmen wir damit auch Abschied vom Bild des Arbeiters aus Gerhard Hauptmanns ‚Weber`, des gebeugten, geknechteten Arbeiters. Aber wir nehmen nicht Abschied vom Proletariat, nicht Abschied von der Idee, daß allein die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen menschenwürdige und demokratische Zustände herbeiführen kann. Solange ein Mensch aufgrund des Besitzes von Produktionsmitteln über die Arbeitskraft anderer bestimmen kann, wird es keine demokratische Gesellschaft geben. ‚ak` wird insofern auch nur eine Übergangslösung sein, weil das Alte nicht mehr stimmt, aber ein wirklich Neues noch nicht gefunden wurde." Das Alte, das nicht mehr stimmt, wurde an der Entwicklung in der Sowjetunion deutlich: "Wohin geht das ‚Neue Denken`" (294, 5/88); "Ende des Antiimperialismus? Umbau der sowjetischen Außenpolitik" (296, 6/88); "Das Jahr der weißen Taube" (Zum Gipfel in Reikjavik, 297, 8/88). Daneben war die Intifada in Palästina von herausragender Bedeutung: "Palästinas Jugend im Aufbruch" (290, 1/88); "Israel prügelt sich den Widerstand herbei" (291, 2/88); "Kein Friede mit Palästina" (295, 5/88); "Der weite Weg nach Palästina" (297, 8/88) und schließlich: "Palästina: Ein Volk gründet seinen Staat" (301, 12/88).

1989: "Denk ich an Deutschland in der Nacht"

Der 3. KB-Kongreß im Januar 1989 (303, 2/89) zeigte, daß in fast keiner Frage mehr eine einheitliche Position des KB erzielt werden konnte. Weder in der Frage der Kriegsgefahr noch in der Frage der Faschisierung konnte ein Ergebnis erreicht werden.

Die Intifada ("PLO: USA will Dialog! Wann folgt Israel?" - 302, 1/89; "Die Intifada ist eine Lebensweise" - 306, 5/89) und die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China ("Etwas Perestroika & Kulturrevolution" - 307, 5/89; "Ohne Demokratie kein Sozialismus. Erklärung zur militärischen Zerschlagung der Pekinger Rebellion", Sondernummer vom 12.6.89; "China: Die Diktatur der Deng-Clique" - 308, 6/89) waren die beherrschenden internationalen Themen außerhalb der rasanten Veränderungen im RGW.

Innenpolitisch beherrschte der Hungerstreik der RAF-Gefangenen die Titelseiten: "Jetzt lassen wir nicht mehr los - RAF-Gefangene im Hungerstreik" (303, 2/89); "Hungerstreik: Zeit zum Handeln" (304, 3/89); "Hungerstreik und Solidarität" (305, 4/89); "Zusammenlegung: Der Kampf muß weitergehen" (306, 5/89).

Erst im Oktober 89 (ak 311) war zu lesen: "Die Perestroika erreicht die DDR". Wie ein Vorbote kommender Ereignisse können im Nachhinein die Berichte über den Zerfall der DKP (ak 310, 9/89) oder die Ereignisse in Polen ("Wenn die Gewerkschaft die Regierung übernimmt. Polen: Erstes RGW-Land ohne KP-Regierung" - 310, 9/89) gewertet werden. Die beiden Leitartikel in ak 311, 10/89 ("Die Perestroika erreicht die DDR" und "Kein Bedarf an der ‚deutschen Frage`") erscheinen heute und nachträglich wie der Ausgangspunkt des Streits, der eineinhalb Jahre später zur Auflösung des KB führte. Den Artikeln "DDR im Wandel - BRD-Aktien steigen" und "Das Tor ist auf" (AK 312, 11/89) folgte in 313, 12/89 die Erklärung des LG: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht". Zum ersten Mal - so jedenfalls die Erinnerung des Chronisten - trat das LG nach außen nicht mehr einheitlich auf; die Erklärung wurde mit 18 Zustimmungen, drei ablehnenden Voten und zwei Enthaltungen verabschiedet.

1990: Deutschland vereint - KB kaputt

"Die Marktwirtschaft erobert Osteuropa" und "DDR-Wirtschaft: Eine Krise ist noch kein Boykott" (314, 1/90) - so begann das Jahr der Währungs- und schließlich der "Wiedervereinigung" für den ak. Mit einem Sonder-ak ("DDR muß bleiben", Januar 1990) wurde versucht, insbesondere in der DDR für die Zeitung zu werben. Andere Themen, wie z.B. Südafrika ("Die Zukunft Südafrikas ist schwarz" - 315, 2/90), der §218 ("Weg mit dem

§218. Demonstration am 16. Juni in Bonn" - 319, 5/90), Palästina (‚Dialog` USA-PLO abgebrochen" - 320, 6/90) waren eher die Ausnahme auf der Titelseite. Neben den Artikeln zum Anschluß der DDR war der drohende Krieg um Kuwait häufiges Titelthema ("Nato auf Kriegskurs" - 320, 8/90; "Deutschland wieder im Krieg" - 322, 9/90; "Golf: Wo ist der Ausweg?" - 323, 10/90; "Krieg bis Januar verschoben" - 324, 11/90; "Fröhliche Weihnachten - Aktionen gegen den Golfkrieg"- 325, 10/90).Die Konflikte im KB verschärften sich: Auf der einen Seite die Vertreter einer Linie, die vielleicht mit "Nie wieder Deutschland" gekennzeichnet werden kann, auf der anderen Seite diejenigen, die in diesem Prozeß die Rolle der Linken politisch anders als in einer reinen Verweigerungshaltung definieren wollten, und die, nur partiell zutreffend, als PDS-Option bezeichnet wurde. Auf der Mitgliederversammlung im März 1990 (317, 4/90) waren aus den unterschiedlichen Linien Fraktionen (Mehrheit und Minderheit) geworden. Die Auseinandersetzung um diese beiden Positionen prägte den ak: "PDS - Sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung?" (318, 4/90), "BRD diktiert Anschlußbedingungen - Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages beginnt das Ende der DDR-Souveränität" (319, 5/90), "Kongreß der Radikalen Linken: ... ein neuer Anfang?" (320, 6/90). Zu nahezu allen Themen wurden im AK fast parallel gegensätzliche Positionen publiziert, so z.B: im Vorfeld der Bundestagswahl, wo sowohl die "Arbeitsgrundlage des LG zu DDR, PDS und Wahlen" der Mehrheit als auch das Gegenpapier der Minderheit: "Hoffnungsträger gesamtdeutsche Reichstagswahlen - Argumente gegen die PDS -Orientierung der Mehrheit im KB-LG" (320, 6/90) veröffentlicht wurden. Konsequenterweise erschien ak 324, 11/90 dann mit zwei Aufrufen zur Bundestagswahl: Unter dem gemeinsamen Dach "Die Linke vor der Wahl" wurde sowohl zur Wahl "PDS/Linke Liste: Was sonst" als auch zum Boykott - "Reichtagswahlen: Ohne uns" - aufgerufen.

44. Quelldatei ch-91-96.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/ch-91-96.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:ch-91-96

1991: KB aufgelöst - ak erscheint als gemeinsames Projekt von Mehrheit und Minderheit

Im April 1991 war es so weit: der KB löste sich auf seinem 4. Kongreß auf. Übrig blieben die sog. Mehrheit und Minderheit; die Frankfurter Ortsgruppe hatte zuvor ihren Austritt erklärt (u.a. wegen unterschiedlicher Ansichten zum Golfkrieg, speziell in der Frage der Raketenlieferungen an Israel). Damit war nach knapp 20 Jahren der Kommunistische Bund als Herausgeber der Zeitung nicht mehr existent. Kurz und knapp hieß der Beschluß: "Der Kommunistische Bund (KB) ist aufgelöst. Im 20. Jahr seines Bestehens ist der KB in zwei Strömungen zerfallen. Als ein nach außen handelndes Kollektiv auf gemeinsamer theoretischer und praktischer Grundlage besteht der KB nicht mehr". ak 330, 5/91 erschien schon ohne die bisherige Unterzeile (Zeitung des Kommunistischen Bundes); als Herausgeber firmierte aber immer noch die "Hamburger Satz- und Verlagskooperative". Dies änderte sich erst mit ak 331, 6/91, als im Impressum als Herausgeber die Nachfolgegruppen des KB (Mehrheit/Minderheit) benannt wurden. Das Frühjahr 1991 stand ganz im Zeichen des Golfkriegs: "Die neue Weltordnung", "Bündnisfall heißt Krieg" und "Bewilligung der Kriegsbomberentsendung: Auf die SPD ist Verlaß" so lauteten die Schlagzeilen eines ak-Extra vom Januar 92. Die Februarnummer (327, 2/91) setzte dies fort: "Deutschland als Kriegspartei", "Die Spaltung der arabischen Welt" und - für die Linke besonders brisant - "Israel, Golfkrieg und die deutsche Linke". Der Nahe Osten war bis zum Jahresende immer wieder Thema, zum Golfkrieg kamen hinzu die Konflikte um Kurdistan und Palästina.

Ab ak 334, 9/91 war dann auch wieder Deutschland auf der Titelseite, und zwar die im neuen Deutschland offen auftretenden rechten, rassistischen und revanchistischen Strömungen: "Triumph des völkischen Prinzips" (333, 9/91), "Deutschland im Zeichen rassistischen Terrors" (335, 10/91- zu "Hoyerswerda"), "Vom Staat und Rassisten verfolgt: Flüchtlinge organisieren Widerstand" (336, 11/91) und: "Flüchtlinge in Deutschland" (337, 12/91).

1992: Dach-ak gescheitert - Ex-Mehrheit gibt "ak - Neue Folge" heraus - Rostocker Pogrom

Nach einem Jahr war die Konstruktion des "Dach-ak" von Mehrheit und Minderheit gescheitert. In ak 343, 6/92 zog die Gruppe K (die ehemalige Minderheit) Bilanz des Dach-ak. Die Mehrheit hatte schon zum Erscheinen von ak 343 und in Kenntnis des "Bilanz-Artikels" die weitere Zusammenarbeit im Dach-ak aufgekündigt. In ak 344, 7/92 wurden die gegensätzlichen Positionen noch einmal veröffentlicht und die Trennung bekanntgegeben. ak 345, 8/92, erschien nach der Sommerpause als ak - Neue Folge - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis. Entgegen anderslautenden Drohungen aus der "Gruppe K", die Weiterverwendung des Namenskürzels ak zu verbieten, konnte das Projekt unter dem traditionellen Kürzel weitergeführt werden.

Das Jahr begann mit der Debatte um den Bürgerkrieg in Jugoslawien: "Jugoslawien: Die Linke und das Selbstbestimmungsrecht" (338, 1/82). Diese Debatte wurde in 340, 3/92 und unter dem Titel "Krieg um Sarajewo" in 342, 5/92 sowie in 343, 6/92 als "Kroatische Aggression und deutsche Interessen" auf der Titelseite fortgesetzt. Weitere Schwerpunkte des ersten Halbjahres waren die "Stasidiskussion: Jeder Ossi ein IM?" (338, 1/92) und "Stasidebatte: Die Geschichte wird verdreht" (341, 4/94), sowie eine Diskussion um den Antisemitismus (anläßlich der Ereignisse um die geplante Bebauung eines Hamburger jüdischen Friedhofs): "Die Verfolgung der Juden war kein Selbstzweck" (338, 1/92), "In der Kritik: Moishe Postone - Antisemitismus" (344, 7/92).

Zudem erschienen die Artikel "Frauen im Beruf" (339, 2/92), "Frauen auf der Flucht" (340, 3/92) und "Frauen in Nikaragua" (341, 4/92) als Titelthema.

Das beherrschende Thema der zweiten Jahreshälfte aber war die Abschaffung des Asylrechtes und der Rassismus der Straße. Begonnen hatte es schon im vorherigen Jahr. In ak 341, 2/92 wurde gefragt: "Asyl - kein Recht?"; ak 344, 7/92 berichtete über "Mannheim-Schönau: Rassistischer Mob und deutsche Polizei - Hand in Hand". Ab ak 345, 8/92; "Das nützliche Pogrom" (Rostock-Lichtenhagen) wurde nicht nur über Ausgaben hinweg jeder (vermutlich) rassistische Vorfall penibel registriert (in Zusammenarbeit mit dem Büro von Ulla Jelpke), sondern das Thema fand in verschiedensten Variationen den Weg in die Zeitung: "Die Saat

geht auf" und "Eberswalde, der Prozeß und die Normalität" (346, 9/92); "SPD-Parteitag beschließt: Weg frei für GG-Änderung!" und "Mit dem starken Staat gegen Rechts?" (348, 11/92); schließlich: "Bonn liquidiert Asylrecht" (349, 12/92).

1993: Rechtsextremismus und Rassismus -

Das "neue" Deutschland

Rassismus und Rechtsradikalismus, Jugoslawien, die Sowjetunion und die RAF waren eindeutig Schwerpunkte des Jahres. "Der große Knall von Weiterstadt" (353, 4/93), "Mord inbegriffen? Killfahndung nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern" (356, 7/93) und die "Briefe der RAF" (360, 11/93) - so fand sich die RAF auf der Titelseite. Der Jugoslawien-Konflikt wurde Mitte des Jahres wieder in den Vordergrund gerückt: "Muslime am Ende" (355, 6/93) und "Schwerpunktthema Jugoslawien" (356, 7/93). Die zerfallende Sowjetunion wurde mehrfach auf die Titelseite gebracht: "Schwerpunktthema: Ex-Sowjetunion" (353, 4/93), "Zentralasien: Umbruch einer Region" (354, 5/93), "Rußland nach dem Sturm - vor dem Sturm" (360, 11/93) und "Wahl in Rußland: Zeichen an der Wand" (361, 12/93).

Drei Artikel zur Situation von Frauen sind zu erwähnen: "Krieg gegen Frauen" (350, 1/93), "Massenvergewaltigungen als Kriegs- und Propagandawaffe"(352, 3/93) und "Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie" (353, 4/93).

Den meisten Raum nahm die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rassismus ein: "Mit diesem Staat gegen Rechts?" (350, 1/93), "Asylrecht - ohne uns" (351, 2/93), "Rechtswende ohne linke Alternative" (352, 3/93), "Der Neorassismus der Neuen Rechten" (354, 5/93), das Attentat von Solingen ("Der Attentäter: Seine Mutter, sein Freund, sein Trainer" - 355, 6/93), der "Anwalt des Normalbürgers" (358, 9/93 zur - mißglückten - Kandidatur Heitmanns als Bundespräsident), "Rechtsextremismus in Deutschland" (361, 12/93).

Neben der aktuellen Berichterstattung bekommen in diesem Jahr verstärkt Artikel Gewicht, die sich mit der Geschichte des Faschismus auseinandersetzen: "Ingrid Strobl: 50 Jahre Aufstand im Warschauer Ghetto" (353, 4/93), "Die Ordnung des Terrors im KZ" (354, 5/93) und "Deutsches Gedenken: Erinnern zum Zwecke des Vergessens" (360, 11/93).

1994: Das Superwahljahr

Es war ein europäisches Superwahljahr, das sich dementsprechend auch auf der Titelseite widerspiegelte: "Start ins Wahljahr" (364, 3/94), "Grüne und PDS treiben die SPD" (368, 7/94), "Kohl ablösen! Und was dann? Die ‚Linksfront` und die Diskussion in der PDS" (369, 8/94), "16. Oktober: Eine Entscheidungswahl?" (370, 9/94) "Kohl leicht abgespeckt"(371, 10/94) und: "Es gärt bei den Rechten" (372, 11/94) - das waren die inländischen Aufmacher zum Thema. Dazu kam die Europawahl: "Europa und Wahl" (367, 6/94) und "Europawahlen" (Ergebnisse, 368, 7/84). Italien mit Berlusconi: "Berlusconi Superstar" (365, 4/94) und - prophetisch- "Berlusconi stürzt im Januar"(373, 12/94), Österreich mit "Haider bald Kanzler" (371, 10/94).

Die diversen Selbstbloßstellungen der deutschen Justiz waren gleich mehrfach vertreten: "Geistige Brandstifter und deutsche Richter" (Prozeß gegen Deckert - 365, 4/94), "Antisemitismus im Namen des Volkes" (369, 8/94) und "Günther Deckert - brandgefährlich" (370, 9/94). Als Teil der historischen Erinnerung wurde "Der Völkermord an Ungarns Juden" (365, 4/94; 366, 5/94) behandelt sowie über die "Gedenkstätte Auschwitz" (373, 12/94) berichtet.

Der Wahlsieg des ANC ("ANC vor neuen Aufgaben" - 366, 5/94) beendet das Apartheid-Regime in Südafrika, in Mexiko macht die Bewegung der Zapatisten auf sich aufmerksam ("Zapatistische Bilder" - 364, 3/94), das Massaker von Hebron lenkt die Aufmerksamkeit auf den widersprüchlichen Prozeß in Palästina: "Israel: Massaker und Friedensverhandlungen" (364, 3/94). In Kairo findet die Weltbevölkerungskonferenz statt ("Bevölkerungspolitik - Politik gegen Frauen" - 370, 11/94).

1995: 50 Jahre Befreiung vom Faschismus - Deutschland erneut Großmacht

Das ganze erste Halbjahr stand für den AK unter dem Thema "Kapitulation und Befreiung" mit einer Tag-für-Tag-Chronologie, Interviews mit Überlebenden etc.: "50 Jahre nach Auschwitz" (374, 1/95), "Jalta" (375, 2/95), "Eine Großmacht feiert Befreiung" (378, 5/95). Dieses Thema wurde fortgeführt unter den Titeln "Sag Nein zum Kriegseinsatz" (379, 6/95), "Die Modernität des Revanchismus", "Gedenkjahr 95" und

"Deutschland wieder auf dem ‚Feld der Ehre`" (380, 7/95), "Fünf Jahre Deutschland: Großmacht mit Ambitionen" (382, 9/95). Andere Themen waren "Der Umbau des Sozialstaats: Der Anfang vom Ende" (374, 1/95), "Tabubruch oder Denkanstoß? Die IG Metall begeht neue Wege" (384, 11/95), das Schengener Abkommen, "Grenzen dicht und abweisen" (383, 10/85), der Staatsterrorismus in Nigeria: "Ken Saro-Wiwa ermordet" (384, 11/95)..Die Artikel "Kaukasus in Flammen" (374, 1/95), "Mit Krieg und Terror gegen Kurdistan" (377, 4/95), "Balkankrieg ohne Ende" (381, 8/95) markieren die Kriegsherde des Jahres. "Ende des Bürgerkriegs in Jugoslawien? ‚Frieden` unter Nato-Waffen" - so beschloß ak das Jahr (385, 12/95) "Das Scheitern der Vereinten Nationen" in den diversen Einsätzen (u.a. Somalia) wird in ak 384, 11/85 konstatiert. Im Zusammenhang mit der Kampagne "Rettet das Leben von Abu Jamal!" (380, 7/95) stand der Artikel zur Todesstrafe in den USA ("Zu Tode strafen: In den USA sitzen dreitausend Gefangene in den Todeszellen" - 383, 10/95).

Die Themen "Die Ware Mensch: Frauen als Rohstoff - Lieferantinnen der Medizin" (375, 2/95) und "Frauenquoten, Quotenfrauen" (381, 8/95) erschienen ebenfalls auf der Titelseite.

1996: 25 Jahre AK/ak

Das laufende Jahr in eine Chronologie der letzten 25 Jahre mit einzubeziehen erscheint überflüssig. Aber sei's drum: "Warten auf den Führer. 1996 - Wendejahr für die deutschen Rechten?" (386, 1/96) so wurde 1996 eingeleitet und mit "Nach den Landtagswahlen; RECHTSKURS ohne Kompromisse" (389, 4/96) fortgesetzt. Der Angriff auf die Lebensbedingungen wurde mehrfach herausgestellt: "‚Bündnis für Arbeit` - ein Bündnis für Kohl" (387, 2/96), "Der heiße Sommer des DGB: Drohgebärden reichen nicht!" (391, 6/96).

International war - nach dem Attentat auf Rabin und dem Machtantritt Netanjahus - das Thema Israel/Palästina bedeutsam: "Palästinas erste Wahl" (387, 2/96); "Israels Stellvertreterkrieg im Libanon" (390, 5/96); "Kriegserklärung an Palästina?" (392, 7/96).

Unter der Überschrift: "Existenzsichernde Arbeitsplätze sind Mangelware. Die Armut ist weiblich" erschien im März 96 eine erste gemeinsame Beilage in ak und SoZ.

ES, Hamburg

45. Quelldatei chronik.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/chronik.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:chronik

1975: 1. Mai - Saigon ist frei!

Die negative Auflagenentwicklung des vergangenen Jahres konnte gestoppt werden. Sie stabilisierte sich im Verlauf des Jahres bei etwa 18.500 bei nach wie vor dreiwöchentlichem Erscheinen. Wesentlichen Anteil an der Auflagensteigerung hatte dabei die qualifizierte Berichterstattung über die verschiedenen Befreiungsbewegungen, die im Jahr 1975 Erfolge erzielen konnten: "1. Mai - Saigon ist frei" war die meistgerufene Parole auf der Mai-Demonstration, der Mai-AK stand unter dem Titel "Ho Tschi Minhs Testament verwirklicht". Die Entwicklung in Angola, Mosambik, Guinea-Bissao (ehemalige Kolonien Portugals, die nun unabhängig wurden) und in Vietnam, Laos und Kambodscha, der Kampf in der Westsahara (Frente Polisario), im südlichen Afrika; die Frage der Franco-Nachfolge in Spanien: All dies führte dazu, daß der Schwerpunkt des AK im Jahr 1975 eindeutig im internationalen Bereich lag. Beispielhaft sei hier die Ausgabe 67 vom 2.10.75 erwähnt, in der bei insgesamt 48 Seiten 38 internationale Themen behandelten und sich nur fünf auf den Bereich "Betrieb und Gewerkschaft" bezogen. Dennoch bestand dieser Bereich fort; im Dezember 75 fand eine Veranstaltung mit linken Betriebsräten vor über 3.000 Teilnehmern in Hamburg statt.

In der innerlinken Diskussion bezog der AK Position gegen KPD/AO, KPD/ML und insbesondere den KBW, der die chinesische Position, daß die Sowjetunion mittlerweile die gefährlichere, da aufsteigende Supermacht geworden sei, propagierte. Die 1974 begonnene Berichterstattung zum §218 führte zur Gründung einer AG Frauen; aus der antifaschistischen und Antirepressions-Berichterstattung entstand die Antifa-Kommission. Der "Umweltschutz" wurde als neue Rubrik eingeführt.

Rebell

"Letzten Endes kann man all die Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Rebellion ist gerechtfertigt!" (Mao Tse-Tung). Unter diesem Motto erschien der Rebell, die Jugendzeitung des KB. Die erste Ausgabe kam als Beilage zum AK 67 im September 74 heraus und dann neben dem AK als ein weiteres Organ des KB. Der Rebell erreichte insgesamt 29 Ausgaben mit einer Auflage von bis zu 8.000 Exemplaren. Die Zeitung wurde im Sommer 1978 eingestellt. Schwerpunkte des Rebell waren Jugendthemen: Schule, Berufsausbildung, Bundeswehr, Freizeitkultur (Jugendzentrumsbewegung), Antifa (insbesondere gegen Junge Union und weiter rechts stehende Gruppen gerichtet und auch gegen die Jungnazis um Michael Kühnen, die damals als "Hansabande" an die Öffentlichkeit traten). Das "Jahr der Frau" (1975) wurde im Rebell zum Jahr des Mädchens (Nr. 11, November 75). Die letzte Ausgabe, Rebell 29, erschien mit dem Schwerpunkt "Homosexualität". Die Rubrik Rebellchen war für unsere ganz jungen Sympathisanten bestimmt. Der vermutlich jüngste Genosse des KB, seinerzeit sechs Jahre alt, meldete sich in Rebell 10 zu Wort.

die internationale

Von Dezember 1973 bis 1975 als Zeitung, 1976 bis Mitte 1977 als regelmäßig erscheinendes Magazin publizierte der KB - zusätzlich zum AK - die internationale als Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus. Im Zeitungsformat (Nr. 1, 12/73 - 18, 12/75) erschien sie in einem Abstand von sechs Wochen in einem Umfang von 12-24 Seiten und mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Veröffentlicht wurden - und darin bestand ihr besonderer Zweck - zumeist Texte von oppositionellen Gruppierungen, Widerstandsorganisationen und Befreiungsbewegungen aus etlichen Teilen der Welt. In der Erklärung zur Gründung der Zeitung hieß es programmatisch: "Bei der Auswahl der Texte ausländischer Organisationen und Gruppen für den Abdruck in dieser Zeitung werden wir keine Anerkennungspolitik betreiben, d.h. wir werden nicht ausschließlich die Texte bestimmter Gruppen abdrucken, mit denen wir uns ‚identifizieren`. Vielmehr wollen wir versuchen, nach Möglichkeit etwas von der politisch-theoretischen Vielfalt widerzuspiegeln, die natürlich auch in anderen Ländern die noch uneinheitliche Linke kennzeichnet."

An Titelthemen präsentierte die internationale ein relativ weites Spektrum: Die Situation in Irland/Nordirland und die Differenzen zwischen IRA-Official und IRA-Provisional, die Situation in Italien und die dortige Gefahr des Faschismus (Scheidungsreferendum, Massaker von Brescia, Die "Loge" P2 etc.), die Entwicklung in Portugal nach dem geglückten Sturz des Faschismus am 25.4.1974, die Situation in Spanien, Japan, Informationen über den Widerstand in Chile, die Lage der Palästinenser und die Politik der verschiedenen

Organisationen des palästinensischen Widerstands (insbesondere PFLP). In den Jahren 1976 und 1977 erschien die internationale als Magazin (Nr. 19-26/27) mit jeweils einem Schwerpunkt (Zur Lage der Frauen, Äthiopien, Griechenland, Soldatenbewegung in Westeuropa etc.). Das letzte Heft erschien unter dem Titel "Blutmai in Istanbul" im Sommer 1977.

USTA - Unsere Stadt

Eine relativ kurzes Leben hatte die Stadtzeitung für Hamburg des KB. (Ansätze zu Stadtzeitungen gab es auch in anderen Städten wie z.B. Westberlin.) Unsere Stadt erschien zum ersten Mal als Beilage zu den in Hamburg verkauften Exemplaren des AK 47 im Juni 1974 und brachte es auf insgesamt elf Ausgaben. Die letzte Nummer erschien im Oktober 1975. Die Auflage erreichte 4.000 Exemplare. Neben einer allgemeinen politischen Berichterstattung und Propagierung des KB und seiner zentralen Presse richtete sich die USTA an die diversen Initiativen und Bewegungen in den Hamburger Stadtteilen; Artikel zu Hamburger Themen wurden meist von GenossInnen der Hamburger Bezirksorganisation des KB verfaßt. Die Herausgabe von USTA stand im Zusammenhang mit den Bemühungen um die "Aktionseinheit gegen die Sparpolitik des Hamburger Senats", der sich viele Initiativen (Mieter, Schüler, Kinder, Eltern etc.) anschlossen.

deshalb aber nicht weniger AK! 1976: Alle zwei Wochen AK

1976 wurde der Ak auf 14tägiges Erscheinen umgestellt, bei einer Auflage von bis zu 20.000 Exemplaren und erschien mit einem Umfang von 48-60 Seiten. An Erstellung und Verkauf der Zeitung war fast die gesamte Organisation des KB beteiligt.

Wesentliche innenpolitische Themen des AK waren 1976 die Bundestagswahlen, bei denen Strauß für die CSU/CDU gegen Helmut Schmidt kandidierte, der Tod von Ulrike Meinhof, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse, neue Polizeigesetze etc. Diese Entwicklungen veranlaßten KB und AK-Redaktion, Ende des Jahres die Bemühungen um das Zustandekommen eines Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD zu unterstützen. "Wir bauen weiter am Modell Deutschland" - das war die SPD-Parole im Wahlkampf gewesen, die vom KB als chauvinistisch und antidemokratisch empfunden wurde. Helmut Schmidt wurde als "Oberlehrer und Feldwebel Europas" gesehen (85, 7/76). Ein KB-Plakat zum Wahlkampf, in dem diese SPD-Parole in Zusammenhang mit Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten gebracht wurde (so wurde das "Modell Deutschland" vom demokratischen Westeuropa aufgefaßt) wurde verboten.

Für manche im KB überraschend war die Reaktion des AK auf den Beschluß der CSU, sich nach den verlorenen Bundestagswahlen bundesweit auszudehnen, wie Strauß es auf einer Klausurtagung in Wildbad/Kreuth gefordert hatte. Während für viele im KB diese Absichtserklärung schon das Signal für eine aktuell drohende Rechtsverschiebung bis hin zur Akzeptierung offen faschistischer Positionen darstellte, kam der AK mit der Schlagzeile "Strauß läuft Amok" heraus (94, 11/76). Im Dezember 76 wurde ein Sammelband "Droht ein neuer Faschismus" veröffentlicht, der die entsprechenden Artikel aus mehreren Jahren AK zusammenstellte.

Bei sehr genauem Hinsehen konnte schon damals deutlich werden, daß die Auswahl der Artikel für diesen Band eine gewisse Selbstkorrektur darstellte: Die Artikel, die den Faschismus in der BRD quasi schon als unmittelbar vor der Tür stehend darstellten, waren in den Sammelband nicht aufgenommen worden.

In einem Nachruf auf den Tod Mao Tse-Tungs im Sommer 1976 wurde der Verstorbene als Revolutionär und "unser Lehrer" und die Kulturrevolution als im wesentlichen gerechtfertigte Etappe des Klassenkampfs im Sozialismus gewertet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rechtsentwicklung der chinesischen Politik dargestellt. Ein "5. Band" der Werke Mao Tse-Tungs erschient im AK-Verlag.

1977: Anti-AKW und "Deutscher Herbst"

Im Herbst 1976 hatten KB und AK die ersten Demonstrationen an der Baustelle des AKW-Brokdorf als Organisation verschlafen. Erst nachträglich - "Kein KKW in Brokdorf: Polizeiterror gegen Demonstranten" (92, 11/76) - waren diese Aktionen zur Schlagzeile geworden (obwohl innerhalb des KB zur Atomenergie insbesondere auch unter dem Aspekt der Atombombe, gearbeitet worden war). Dieses Versäumnis wurde 1977 wettgemacht. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß der AK für alle AKW-Gegner im gesamten Jahr 1977 zu einer der wichtigsten Informationsquellen wurde. Brokdorf II und Wyhl im Februar 1977, Grohnde

im März, Malville (Frankreich) im Juli und schließlich Kalkar im Oktober: Alle diese Manifestationen der Anti-AKW-Bewegung wurden vom AK massiv unterstützt.

Die Polizeieinsätze gegen die Anti-AKW-Demonstrationen und insbesondere das Bürgerkriegsmanöver gegen die Demonstration in Kalkar sah der AK im Zusammenhang mit der Diskussion um das Verbot von kommunistischen Gruppen: "CDU will K-Gruppen verbieten" (114, 9/77); Polizeiaktionen gegen den Göttinger AStA: "Polizeiüberfall auf Göttinger AStA" (105, 5/77); Propaganda gegen das geplante Russell-Tribunal, die Verabschiedung besonderer "Sofortmaßnahmen zur Anti-Terrorismus-Bekämpfung", "SPD/FDP beschließt ‚Anti-Terror-Paket`" (106, 6/77). Das Jahr 1977 kulminierte im Deutschen Herbst, als der von der RAF entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer ermordet aufgefunden wurde und in derselben Nacht sowohl die Lufthansa-Maschine "Landshut" in Mogadischu von der GSG9 gestürmt als auch drei der vier RAF-Gefangenen in Stammheim tot aufgefunden wurden. "Wir glauben nicht an Selbstmord" war die Reaktion des AK (116, 10/77), der diese Auffassung auch in den folgenden Nummern (als einzige deutschsprachige Zeitung) durchhielt ("Weitere ‚Selbstmorde` in Vorbereitung" - 117, 11/77).

1978: Bunte Liste in Hamburg - Beginn der alternativen Wahlbewegung

Das Russell-Tribunal ("Russell-Tribunal soll verboten werden" - 120, 1/78; "III. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD" - 126, 4/78) sowie die Prozesse gegen AKW-Gegner ("Grohnde-Prozesse; angeklagt: wir alle" - 121, 1/78; "Terrorurteile gegen Grohnde-Angeklagte" - 128, 4/78) waren Schwerpunkte des ersten Halbjahrs 1978 im AK. Das zarte Pflänzchen der ersten grünen Wahlerfolge ("Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Erfolge für die Grünen" - 124, 3/78; "Hamburger Basisbündnis: Jetzt beginnt ein bunter Wahlkampf" - 125, 4/78) wurde im Verlauf des Jahres und insbesondere nach dem Erfolg der Hamburger "Bunten Liste" im Juni 1978 wohlwollend beobachtet: "Grüne und Bunte verändern die politische Landschaft" (131, 6/78); "Hessen-Wahl: Für Umweltschutz und Demokratie" (139, 10/78), auch wenn nicht alle Träume wahr wurden: "Hessenwahl dämpft Erwartungen der grünen und bunten Listen" (140, 10/78). 1978 war auch das Jahr, in dem im AK der antifaschistische Kampf gegen Alt- und Neonazis ein größeres Gewicht bekam: "Rechtsstaat in Aktion: NPD verfassungskonform" (127, 4/78); "Filbinger muß zurücktreten" (129, 5/78); "Blutige Saalschlacht zwischen Nazis und Polizei" (134, 7/78); "Amnestie für Nazi-Mörder" (137, 9/78). Der AK versuchte, ein Bündnis aus allen oppositionellen Strömungen zu propagieren, in das neben den reinen Umweltschützern und AKW-Gegnern auch andere oppositionelle Bewegungen einbezogen werden sollten.

1979: Wie weiter mit der Wahlbewegung?

Schon im Vorjahr war die Auflage des AK von maximal 27.500 im Jahr 1978 auf zuletzt 13.000 gefallen. Dieser Prozeß setzte sich im Jahr 1979 fort, wenn auch nicht ganz so schnell. Am Ende des Jahres waren es nur noch 10.000 Exemplare, wobei an der 14tägigen Erscheinungsweise festgehalten wurde.

Das ganze Jahr war beherrscht von der Debatte um die Gründung einer alternativen Partei, KB und AK gaben eindeutig der "bunten" Wahlbewegung gegenüber einer rein "grünen" Partei den Vorzug: "Westberlin: 3,7% - Großer Erfolg für Alternative Liste" (150, 3/79); "Tolle Erfolge bei NRW-Wahlen für bunte und grüne Listen" (163, 10/74), "Bunte und Grüne - 1980 getrennt verlieren" (164, 10/79); "Beratungskongreß der Bunten/Alternativen findet in Frankfurt statt" (166, 11/79). Über die Massenaktionen in Hannover (151, 4/79) und Bonn (164, 10/79) gegen den "Atomstaat" wurde ausführlich berichtet.

International waren u.a. folgende Themen auf der Titelseite: der Sturz des Schah und die Machtübernahme durch Khomeini ("Schahmatt" - 146, 1/79; "Was bringt die ‚Islamische Republik`" - 148, 2/79; "Khomeini plant Völkermord an Kurden" - 160, 6/79), Nikaragua ("Sieg im Volkskrieg" - 158, 7/79), und auch der Überfall Chinas auf Vietnam ("China pokert mit dem Weltkrieg" - 148, 2/79; "China raus aus Vietnam" - 149, 3/79).

Des weiteren bildete die Verfolgung der RAF ("Stammheim-Prozeß eingestellt! Neue Nahrung für Zweifel an der Selbstmordversion" - 152, 4/79; "Elisabeth van Dyck erschossen; Wir glauben nicht an Notwehr" - 153, 5/79; "Fahndungspanne beim BKA; Rolf Heißler überlebt Kopfschuß" - 155, 5/70; "Lebensgefahr für Irmgard Möller und andere politische Gefangene" - 156, 6/79) einen Schwerpunkt, wie auch der antifaschistische Kampf, der in der Demonstration in Frankfurt im Juni 79 gegen die NPD seinen Höhepunkt hatte ("Rock gegen Rechts" - 155, 6/79; aber auch: "Bombenanschläge der Nazis" - anläßlich der Holocaust-Sendung - 146, 1/79; "Majdanek-Prozeß; 4 Nazimörder freigesprochen" - 152, 4/79; "Strauß darf nicht durchkommen" - 157, 7/79).

1980: Spaltung des KB an der Frage der Stellung zur Grünen Partei

Anfang 1980 war es dann soweit: "Grüne gründen Bundespartei" (169, 1/80). Obwohl damit die Bunt-Alternativen Vorstellungen einen Dämpfer erhalten hatten, blieben für den AK diese Gruppen "... weiter auf dem Plan" (2. Beratungskongreß in Karlsruhe - 171, 1/80). Im weiteren Verlauf wurde die Existenz der Grünen für AK und KB zur Zerreißprobe. Hinter der Überschrift "ZL-Gruppe spaltet Bunte Liste Hamburg" stand ein innerorganisatorischer Konflikt im KB (und damit auch im AK) um die Frage, wie in der Wahlbewegung weitergearbeitet werden solle. Ein relevanter Teil des KB (Gruppe Z) verließ in der Folge den KB, um innerhalb der Bunten Liste zu arbeiten. (Die bekanntesten Vertreter dieser Kräfte sind Trampert und Ebermann). Zusammen mit der ein Jahr zuvor ausgetretenen "Kritik-Fraktion" war damit der KB als Organisation erheblich geschrumpft. Dies schlug sich auch im AK nieder, da diese Kräfte sowohl einen Teil der aufwendigen Kampagnenarbeit der vergangenen Jahre (Internationalismus, Anti-AKW etc.) getragen als auch Teile der dementsprechenden Berichterstattung geleistet hatten. Ein Ansatz, neben der Grünen Partei mit den "Demokratischen Sozialisten" politisch Boden zu gewinnen ("Sozialistische Konferenz - Ein erster wichtiger Schritt" - 176, 5/80), verebbte bald. Beherrschendes innenpolitisches Thema war der Wahlkampf gegen den CSU-Vorsitzenden Strauß, dessen Rolle sowohl in einer größeren Artikelserie als auch in einem Buch, in großer Auflage, propagandistisch gewürdigt wurde. Zur Wahl selbst titelte der AK: "Am 5.10. alternativ wählen", nachdem die vormals so bekämpften rechten Grünen die Grüne Partei verlassen hatten ("Grüne Partei: Rechte springen ab" - 180, 6/90).

Die Nazi-Bomben auf das Münchner Oktoberfest ("Wir glauben nicht an Einzeltäter" - 186, 10/80), neue Zweifel an der offiziellen Stammheim-Version ("Nach Stern-Enthüllung: Wieder Zweifel an den Stammheimer Selbstmorden" - 188, 11/80) waren daneben ebenso Themen wie die aufkommende antimilitaristische Bewegung ("Öffentliche Gelöbnisse: Blamage für die Militaristen" - 189, 11/80; "Gedient wird nicht; Frauen zum Bund - Nein Danke" - 190, 12/80), die Arbeiteraufstände in Polen ("Streiks in Polen: Arbeiter erfolgreich?" - 183, 8/80 und "Droht Polen ‚brüderliche Hilfe`?" - 191, 12/80). Das zweite "Rock gegen Rechts"-Festival in Frankfurt im Juni 1990 war - da die NPD den Versammlungsort gewechselt hatte - schon nicht mehr ein Ereignis der ganzen Linken; das Konzert in Eschwege und die Verhinderung des NPD-Treffens in Philippsthal an der DDR-Grenze war noch einmal ein Erfolg des KB und des radikalen Teils der Antifa-Bewegung (181, 7/80).

Die Auflage sank im Verlauf des Jahres von 9.500 auf 7.500. Zum ersten Mal wurde in diesem Herbst zu der erst Jahre später permanenten Weihnachtsspende für den AK aufgerufen. Für den AK begann das Computerzeitalter mit anfangs teilweise selbstgebauten Geräten.

1981: Nato-Doppelbeschluß und Perspektivdiskussion

Der Rückgang der AK-Auflage setzte sich auch 1981 fort. Am Ende des Jahres waren es nur noch 6000 Exemplare, die jedoch alle 14 Tage - außer während der Sommerpause - herausgegeben wurden. Politisch war 1981 das Jahr des Protests gegen den Nato-Doppelbeschluß und die Verschärfung des internationalen Klimas, wie sie vor allem durch die Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten signalisiert wurde. ‚Es gibt wichtigeres als Frieden`; Bewaffneter Terrorist: Ronald Reagan, 69, US-Präsident" - so eröffnete der AK das Jahr 1981 (193, 1/81). Der Kirchentag im Juni in Hamburg wurde mit einer Friedensdemonstration zu einem zentralen Ereignis ("Kirchentag 20. Juni, Aufruf zu einer Friedensdemonstration" - 202, 5/81) und den alles krönenden Höhepunkt des Jahres bildete unbestritten die Demonstration in Bonn: "300.000 fordern für Millionen; Nie wieder Krieg!" (210, 10/81). Neben der Verschärfung der Blockkonfrontation war die Lage in Polen ein weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung. "Polen: Die Letzte Kraftprobe?" (198, 3/81) und "Polen: ‚Freibrief für einen sowjetischen Einmarsch`" (202, 6/81). Die Gefahr eines erneuten Einmarschs in ein sozialistisches "Bruderland" war vorhanden. Dementsprechend war die Diskussion um die Ereignisse in der CSSR 1968 und die Frage, wie eine demokratische Opposition im "realen Sozialismus" aussehen könne, eines der zentralen Diskussionsthemen im AK.

In der Wahlbewegung unterstützte der AK die verschienen Ansätze einer bunt-grün-alternativen Wahlbewegung, wie u.a. in Westberlin ("Westberlin: Am 10. Mai AL wählen - was denn sonst" - 199, 4/81; "Kommunalwahlen in Niedersachsen - Grüne und Alternative im Aufwind" - 209, 9/81). Mit dem TUWAT-Kongreß in Berlin ("Tuwat für Tuwat: Spektakel in Bärlin ab 25.8." - 206, 8/81) und verschiedenen, teils militanten Äußerungen des Widerstands (Brokdorf; Freiburg; Westberlin) wurden immer wieder

Hoffnungen transportiert, eine autonome, nach links offene Bewegung könne die Grüne Partei doch noch zu einem Sammelbecken aller sozialen Bewegungen machen.

Ende 1981 war aber klar, daß die bisherige Form der Kampagnenpolitik mit der nach der Spaltung geringeren Kraft des KB nicht aufrechterhalten werden konnte. In den "Thesen zur Perspektive des AK" (215, 12/81) trug das Leitende Gremium des KB eine neue mögliche Perspektive für die Zeitung (und damit den KB) vor, die als "Leitantrag" für den KB-Kongreß im Januar 82 formuliert worden war. In diesem Leitantrag und seinem Vorwort wurde festgestellt, daß sich der AK zu einem "aktuellen Nachrichten- und Meinungsblatt der linken Bewegung" entwickelt habe. Diese Rolle wolle und könne der KB mit seiner Zeitung nicht mehr wahrnehmen. Angesichts der Herausbildung einer explizit nicht sozialistischen Reformpartei halte der KB an wesentlichen Prinzipien fest: "Im Gegensatz zur Strömung des ‚Modernen Sozialismus` und allgemein zur Sozialdemokratie behauptet der KB die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen ‚Zerschlagung` dieses Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen ‚Absterben des Staates` beinhaltet; die absolute Ablehnung der Verteidigung des imperialistischen ‚Vaterlands`; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen ... (Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit). Aus diesen Differenzen ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der ‚Neuen Sozialdemokratie` aufgehen zu lassen. Die Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt, und für die eine möglichst große Verbreitung angestrebt wird, ist das zentrale Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen."

Leitmotiv des AK solle es sein, "am massenhaften Bewußtsein (bzw. ‚Gefühl`) der aktuell existentiellen Gefahr und Verunsicherung anzusetzen, dieses Bewußtsein (bzw. ‚Gefühl`) mit Argumenten und Fakten zu versorgen, und es zuzuspitzen auf die Frage gesellschaftlicher Veränderungen und Alternativen. Die Zeitung sollte durch die Breite der behandelten Themen, durch ihre Konzentration auf aktuell relevante Vorgänge und Debatten, durch einen erheblichen Anteil von Dokumentationen und Fremdbeiträgen einen Leserkreis ansprechen, der erheblich über das ‚KB-Umfeld` im weitesten Sinn des Wortes hinausgeht. Sie muß für alle, die linke Politik machen wollen, zu einem wichtigen Informationsmittel und ‚Denkanstoß`-Geber werden. Sie soll aber zugleich Instrument der spezifischen Politik des KB sein. An diesem Punkt finden Überlegungen über einen breiteren Trägerkreis für die Zeitung vorerst ihre Schranken." (215, 12/82)

1982: Nachrüstung und Palästinakonflikt

Mit Beginn des Jahres 82 erschien der AK wieder nur noch alle vier Wochen. Die Leserschaft wurde in der Nummer 217 vom 25.1.1982 über die Ergebnise des KB-Kongresses informiert. Die bisherige Unterzeile "Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" wurde abgeändert in "Zeitung des Kommunistischen Bundes". Diese Änderung war verbunden mit der Überzeugung, daß "die revolutionäre Linke Abschied zu nehmen hat von überkommenen Vorstellungen der Arbeit im Proletariat, wie sie in den Anfängen auch in unserer Organisation vorgeherrscht haben. Sie hat, wenn sie sich von den damaligen Illusionen löst, keinen Grund, vom Proletariat Abschied zu nehmen; denn gescheitert sind die eigenen Vorstellungen von dem, was Arbeiterklasse sein soll." (217, 1/82).

Polen, Israel/Palästina und der Falkland-Krieg waren die großen außenpolitischen Themen des Jahres; innenpolitisch war es die Stationierung der Atomraketen und die weitere Entwicklung der linken Oppositionsbewegung, die die Titelseiten des AK beherrschten. Nach der Spaltung wurde auch die Frage diskutiert, die Zeitung umzubenennen. Der einzige Vorschlag, der aber aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der damit transportierten politischen Aussage abgelehnt wurde, war "5 vor 12". Im Nachhinein gesehen war die im Titel enthaltene Aussage dennoch für die Berichterstattung im AK richtungweisend.

Die Bombardierung der palästinensischen Lager im Libanon war mehrfach Thema der Titelseite: "Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser" (222, 6/82), "Beirut ... und die arabische Reaktion sieht ruhig zu" (223, 7/82), "Die PLO verläßt Beirut - aber kein Frieden im Nahen Osten" (224, 8/82) und: "Massaker und Vertreibung - Die Endlösung der Palästinenserfrage" (225, 9/82). Die Arbeiteraufstände in Polen und die damit verbundene Unsicherheit (eventueller Einmarsch der SU; Haltung der Nato hierzu etc.) wurden unter dem Titel "Am Beispiel Polen: Der Imperialismus als Herr der Welt" (216, 1/82) behandelt und in den darauffolgenden

Nummern differenziert auf jeweils mehreren Seiten dargestellt (bis 219). Der Falklandkrieg wurde unter der Schlagzeile: "Falkland-Inseln/Malvinen: Eine Weltkrise wird gemacht" (220, 4/82) und "Falkland-Inseln/Malvinen: Der 3. Weltkrieg wird geprobt" (221, 5/82) behandelt. Unter dem Titel "Die EG an der Seite Großbritanniens" (222, 6/82) wird der Falkland-Krieg als praktische Erprobung der "Out-of-area"-Einsätze der Nato interpretiert.

Über die drohende Stationierung der Mittelstreckenraketen und weitere militärische Aufrüstungspläne wurde mehrfach im AK berichtet: "Jetzt chemische Nachrüstung" (218, 2/82); "Reagan-Besuch wird zur Kraftprobe" (219, 3/82); "Alles bereit für Reagans Empfang" (220, 4/82); "Reagans ‚Radikalkur für den Frieden`" (221, 5/82); "‚Nachrüstung` - Bauarbeiten für die Stationierung beginnen jetzt" (225, 9/82); "Stationierung der Atomraketen, Wie, wann wo?" (226, 10/82); "Skandal um US-Hauptquartier: Die Ratten verlassen das Schiff" (228, 12/82).

In den "Demokratischen Sozialisten" wurde eine eventuelle Alternative zu den Grünen gesehen: "Links-SPD im Aufbau: Spät kommt Ihr, doch ihr kommt" (217, 1/82); "Demokratische Sozialisten haben mit der Bildung einer Partei begonnen" (219, 3/822). Bei Wahlen rief der AK aber auf, der jeweiligen grünen Alternative die Stimme zu geben: "Wählt Grün-Alternative Liste" (Hamburger Bürgerschaftswahl - 221, 5/82) und "KB-Aufruf zur Hessenwahl" (225, 9/82). Ein rot-grünes Bündnis wird vom AK skeptisch beurteilt: "SPD-Grüne - Nicht mehr als ein Bluff" (223, 7/82).

"Die SPD ist am Ende" (224, 8/82) - so wurde der Sturz des SPD-Kanzlers Schmidt angekündigt (224, 8/82), der Regierungswechsel kommentiert mit "Das ‚kleinere Übel` verabschiedet sich, jetzt kommt das größere" (225, 9/82), und unter der Überschrift "Die CDU/CSU verspricht ‚Blut, Schweiß und Tränen`" (226, 10/82) eine scharfe Rechtswendung der Politik unter Kohl prognostiziert. Speziell der Rassismus, der mit dem "Heidelberger Manifest" organisiert an die Öffentlichkeit trat ("Deutschland erwacht - Die rassistische Welle rollt!" (219, 3/82), wurde als wesentliches Element der neuen Regierung gesehen: "Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher: Massenaustreibung wird vorbereitet" (228, 12/82).

1983: Nachrüstung, Volkszählung, Bundestagswahl und 35-Stunden-Woche

"Ein grünes Kreuz für die weiße Taube" (229, 1/83) - so rief der AK gleich Anfang des Jahres zur Bundestagswahl auf. "Die Grünen in den Bundestag" (230, 2/83). Das Ergebnis allerdings, obwohl erfreulich für die Grünen, wurde insgesamt eher als Rechtswendung auf Massenebene interpretiert: "Klare Mehrheit für neue Atomraketen, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ausländerhetze" (231, 3/83).

Eindeutiger Schwerpunkt war auch in diesem Jahr der Antimilitarismus: Sowohl als Kampf gegen die Nachrüstung wie auch in der allgemeinen Propaganda zur Rolle der Nato: "1983: Jahr des Kampfes gegen Raketen-Stationierung" (229, 1/83); "Keine Chance für den Andropow-Plan" (Rüstungsbegrenzung auf Initiative der SU - 230, 2/83) und weitere Artikel nahmen das Thema des letzten Jahres erneut auf ("Blockaden und Ostermärsche 1983: Großer Auftakt im Raketenjahr" - 232, 4/83; "Volksentscheid gegen Nachrüstung", Kölner Konferenz - 233, 5/83; "Im Dezember kommen die ersten Raketen" - 235, 6/73). Kritisch kommentierte der AK die Debatte, die innerhalb der Friedensbewegung um Pazifismus und Gewaltfreiheit geführt wurde ("Gewaltfrei ... in den dritten Weltkrieg" - 236, 8/83). Auch der staatliche Versuch der Deeskalation ("Loccumer Gespräche") wurde vom AK kritisiert: "Von Itzehoe nach Loccum - Die Verstaatlichung der Friedensbewegung" (237, 9/83); Itzehoe war bei Brokdorf II im Februar 1977 der staatlich gewünschte und von nicht wenigen gewählte Demonstrationsort.

Die Volkszählung, die von der Linken und weit über sie hinaus boykottiert worden war ("Gezählt wird nicht! Die Volkszählung wird zum Fiasko!" - 231, 3/83), wurde schließlich in dieser Form von Bundesverfassungsgericht abgeschmettert ("Volkszählungsurteil: Wenn alle zufrieden sind ist einer der Angeschmierte" - 241, 12/83). Das Jahr endete mit einem neuen Thema: Die 35-Stunden-Woche ("Gewerkschaften vor dem Durchbruch?" - 241, 12/83).

Die Debatte über die Einschätzung des israelischen Vorgehens im Libanon gegen die PLO im Jahr zuvor führte zu einer umfangreichen Serie über die Geschichte des Antisemitismus (13 Folgen, beginnend mit 231, 3/83). Wie schon im Jahr zuvor, wurde auch im AK mehr Wert auf den Bereich der Kultur gelegt. Artikel zu Spinoza, zu Sartre, zur Musik, zur Exilliteratur erschlossen dem AK-Leser Bereiche, die der AK in seinem ersten Jahrzehnt vernachlässigt hatte. Die Auflage sank 1983 von 6.000 auf 5.000.

1984: Raus aus der NATO

"Warum nicht: Raus aus der Nato?" (245, 4/84) war eine der Fragen der Friedensbewegung. Die Perspektive, daß das Fulda Gap bei jedem entwickelten militärischen Szenario der Block-Konfrontation zum Zentrum der Vernichtung werden würde, wurde in mehreren AK-Artikeln erörtert ("Grüne Hessen gehn voran: Nachtflug-Verbot für Pershing II" - 242, 1/84; "Wieder im Gespräch: Deutsche Atomwaffen" - 243, 2/84); "BRD entwickelt eigene cruise missiles" - 244, 3/84; "Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt" - 245, 4/84; "Friedensbewegung beschließt: Störmanöver im Herbst" - 248, 7/84). In einer "Bilanz der Wende" wurde ausgeführt, daß die mit dem Amtsantritt Kohls verbundenen Horrorszenarien von Sozialabbau, Militarisierung, Repression etc. ausgeblieben seien (250, 9/84).

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche führte im AK dazu, daß wieder breiter über die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung berichtet wurde: "35-Stunden-Woche: Kommt es zum großen Knall?" und "Arbeitszeit-‚Flexibilisierung`: Strategie gegen die 35-Stunden-Woche" (244, 3/84), "Betriebsrätewahlen 1984" (245, 3/84); "35-Stunden-Woche: Aussperrung gegen Streikrecht und kampfstarke Gewerkschaften" (47, 6/84) und zum Schluß: "Nach 50 Tagen Streik: Weder Sieger noch Besiegte" (248, 7/84).

In AK 246, 5/84 begann die Veröffentlichung einer großangelegten Serie "Zwischen den Weltkriegen" mit insgesamt sieben Folgen. Ausgangspunkt der Serie waren die von verschiedenen Militärs vorgestellten Szenarien eines dritten Weltkriegs, die Diskussion um die Möglichkeit, angesichts der Atombombe überhaupt Kriege führen zu können. Die Serie wurde zu einer grundlegenden Untersuchung der Entwicklung vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der militärischen und bündnispolitischen Aspekte.

International gab es "Die große Hoffnung Nicaragua" (249, 8/84); das Thema kam noch mehrfach auf die Titelseite: "Das Wirken der SI gegen Nikaragua" (251, 10/84). Unter dem Titel "Vor neuer Kuba-Krise?" (252, 11/84) wurde vor gegen die Insel gerichteten Plänen der USA gewarnt.

"Ohne Schadenfreude: Abschied von der MOZ" - unter diesem Titel wird in 250, 9/84), das Ende der Zeitschrift "Moderne Zeiten" kommentiert. (Die MOZ war das Zeitungsprojekt derjenigen, die 1980 als Gruppe Z den KB verlassen und in der Orientierung auf die Grüne Partei als dort agierender sozialistischer, linker Flügel gewirkt hatten.) Die Auflage des AK sank 1984 um weitere 500 auf nun 4500.

1985: Ende der Faschisierungsthese? Reagan und Kohl in Bitburg

"Todesfabrik Auschwitz" und "8. Mai: Lauter Streit um leise Töne" (254, 1/85) - so eröffnete der AK das Jahr, in dem sich die Befreiung vom Faschismus zum 40. Mal jährte. Bundespräsident von Weizsäcker trat damals mit einer Rede hervor, die den einen als gemäßigt und akzeptabel erschien, den anderen aber als gefährlich, weil in ihr die Absichten des Imperialismus unter schönen Worten verborgen seien ("Richard von Weizsäcker: Das gute Gewissen gesamtdeutscher Aufträge" - 260, 7/85). Kurz zuvor hatte Reagan bei seinem Besuch in der BRD auch den Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch einige SS-Angehörige liegen, besucht: "Bitburg: Im Westen nichts Neues - Über allen Gräbern ist Ruh" (258, 5/85).

Die RAF-Prozesse gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt in Stuttgart-Stammheim (258, 5/85), die Versuche der Justiz, gegen die radikal vorzugehen, die Ansätze zur Abschaffung des Asylrechts, Gentechnologie etc. waren weitere Themen des Jahres.

International wurde Südafrika zum Zentrum der Berichterstattung: "Südafrika: Monolog der Waffen" (257, 4/85) und "Nelson Mandela: Wir wollen nicht nur Reformen, wir Schwarzen wollen die Macht" (261, 8/85).

In AK 256, 3/85 begann eine kritische Aufarbeitung der Faschisierungsthese, die über drei Ausgaben (bis 258) fortgesetzt wurde. Eine Diskussion im AK gab es mit Ausnahme eines kritischen Leserbriefs dazu nicht. Für den an der Geschichte des KB interessierten Leser stellen diese drei Artikel den einzigen veröffentlichten Abriß der für den KB zumindest in seiner "klassischen Zeit" so wichtigen Faschisiserungsthese dar, wenn auch aus der Sicht eines einzigen Genossen. Kein Thema für die Titelseite war übrigens die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU. Am Ende des Jahres war die Auflage um weitere 500 auf 4000 Exemplare gesunken.

1986: Rassismus, Terrorismus und innerlinke Debatte

1986 konnte der Rückgang der Auflage erst einmal gestoppt werden. Am Ende des Jahres waren es wieder 4.800 Exemplare geworden.

Das Jahr begann für den AK mit der großen Hamburger Demonstration gegen Rassismus: "Freundschaft statt Feindschaft - 15.000 in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" (266, 1/86); das Thema wurde im August wieder aufgegriffen ("Boatpeople made in Germany" (273, 8/86) und fortgesetzt: "Hygienischer Rassismus für anständige Deutsche" (274, 9/86). Die Dezember-Ausgabe thematisierte dann die Debatte um "Offene Grenzen": "Flucht 1933, Flucht 1986 - Politik der offenen Grenze als Pflicht gegenüber den NS-Opfern" (277, 12/86).

"Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe ..." (266, 1/86), "US-Überfall auf Libyen - der Vorwand" (270, 5/86) und "Syrien - das neue Zentrum des Terrorismus" (276, 11/86) markieren die Auseinandersetzung mit dem "Antiterrorismus" insbesondere der USA.

Im Bereich der Innenpolitik waren die Rezeption des Stammheim-Filmes von Richard Hauff und die RAF mehrfach Titelthema. Dem ersten Aufmacher "Meinhof: gut; Prinzing: ausreichend; Baader: ungenügend; War das Stammheim?" (267, 2/86) folgten: "Stammheim: Gespräche und Interviews mit Christiane Ensslin, Jürgen Flimm und Reinhard Hauff" (268, 3/86) und "Stammheim: ‚Ich zweifle, also bin ich`" (269, 4/86).

1986 war im KB aber auch ein Jahr der Debatte, die nur teilweise auf der Titelseite ausgetragen wurde. Ob der 27. Parteitag der KPDSU ("Parteitag der KPdSU: Abschied vom Sozialismus" - 268, 3/86) ursächlich hierzu beigetragen hat, ist unklar, jedenfalls wurde der Streit innerhalb der Linken in einer für den AK ungewohnt offenen Form geführt: "Hurra, wir denken noch! Eine Polemik wieder den Aktionismus" (273, 8/86) eröffnete die Debatte - die Gewaltfrage sei in einigen Sektoren der Linken zum "Ersatz für politische Inhalte" geworden. In AK 274 wurde diese Polemik weitergeführt, auf gut sechs Seiten - zusammen mit einer Diskussion der Faschisierungsthese - weitergeführt. Eine Verteidigung der Faschisierungsthese findet sich dann wenig später in AK 276, 11/86.

Neben Wackersdorf ("Das andere Bayern: 80.000 in Wackersdorf" - 269, 4/86) und Hunsrück ("Großdemonstration am 11. Oktober im Hunsrück - Frieden braucht Bewegung" - 274, 9/86), kritischen Artikeln zu den Grünen ("Dem Staate dienen; grüner Abschied von der APO" - 272, 6/86) und den Aktionen gegen die Atomfabriken in Hanau, soll auch die einzige frauenbezogene Titelschlagzeile des Jahres genannt werden: "Alice Schwarzer fordert Parteien: Verfassungsklage über §218" (275, 10/86).

1987: Glasnost und Perestroika - Gorbi Superstar

Das Jahr 1987 war das Jahr von Glasnost und Perestroika. Weit mehr als die Titelschlagzeilen vermuten lassen, beschäftigte sich der AK während des ganzen Jahres mit der Entwicklung in der UdSSR, dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution u.ä. Parallel zur AK-Arbeit begann im KB eine Gruppe, sich mit der Geschichte der SU auseinanderzusetzen. Ein erstes Seminar fand im Herbst 87 statt (Roter Oktober 1917), ein zweites (Von Lenin zu Stalin) folgte erst 1989.

Daneben waren die Volkszählung (2. Anlauf) Thema ("Thesen zur Volkszählung" - 280, 3/87) und der 10. Jahrestag von Stammheim ("10 Jahre Stammheim: Wunder des Journalismus" - 286, 9/87). Beachtung fanden die PLO und die zarten Ansätze einer politischen Lösung in Palästina ("Friedensdiplomatie der PLO und syrische Großmachtpolitik" - 280, 3/87; "Bewegung in Nahost" - 282, 4/87; "PLO wiedervereint - Weg zur Eigenständigkeit?" - 282, 5/87).

1988: Intifada - Perestroika - Vom AK zum ak

Sechs Jahre nach dem Beschluß, den Titel der Zeitung zu ändern, konnten sich die Herausgeber dazu durchringen, den Arbeiterkampf umzubenennen. Der neue Name war der, der längst schon im Gebrauch war ak. Vorerst blieb der Untertitel: Arbeiterkampf - Zeitung des Kommunistischen Bundes. In der Ankündigung zur Umbenennung (292, 3/88), hieß es dann: "Obwohl schon lange bekannt, nehmen wir damit auch Abschied vom Bild des Arbeiters aus Gerhard Hauptmanns ‚Weber`, des gebeugten, geknechteten Arbeiters. Aber wir nehmen nicht Abschied vom Proletariat, nicht Abschied von der Idee, daß allein die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen menschenwürdige und demokratische Zustände herbeiführen kann. Solange ein Mensch aufgrund des Besitzes von Produktionsmitteln über die Arbeitskraft anderer bestimmen kann, wird es keine demokratische Gesellschaft geben. ‚ak` wird insofern auch nur eine

Übergangslösung sein, weil das Alte nicht mehr stimmt, aber ein wirklich Neues noch nicht gefunden wurde." Das Alte, das nicht mehr stimmt, wurde an der Entwicklung in der Sowjetunion deutlich: "Wohin geht das ‚Neue Denken`" (294, 5/88); "Ende des Antiimperialismus? Umbau der sowjetischen Außenpolitik" (296, 6/88); "Das Jahr der weißen Taube" (Zum Gipfel in Reikjavik, 297, 8/88). Daneben war die Intifada in Palästina von herausragender Bedeutung: "Palästinas Jugend im Aufbruch" (290, 1/88); "Israel prügelt sich den Widerstand herbei" (291, 2/88); "Kein Friede mit Palästina" (295, 5/88); "Der weite Weg nach Palästina" (297, 8/88) und schließlich: "Palästina: Ein Volk gründet seinen Staat" (301, 12/88).

1989: "Denk ich an Deutschland in der Nacht"

Der 3. KB-Kongreß im Januar 1989 (303, 2/89) zeigte, daß in fast keiner Frage mehr eine einheitliche Position des KB erzielt werden konnte. Weder in der Frage der Kriegsgefahr noch in der Frage der Faschisierung konnte ein Ergebnis erreicht werden.

Die Intifada ("PLO: USA will Dialog! Wann folgt Israel?" - 302, 1/89; "Die Intifada ist eine Lebensweise" - 306, 5/89) und die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China ("Etwas Perestroika & Kulturrevolution" - 307, 5/89; "Ohne Demokratie kein Sozialismus. Erklärung zur militärischen Zerschlagung der Pekinger Rebellion", Sondernummer vom 12.6.89; "China: Die Diktatur der Deng-Clique" - 308, 6/89) waren die beherrschenden internationalen Themen außerhalb der rasanten Veränderungen im RGW.

Innenpolitisch beherrschte der Hungerstreik der RAF-Gefangenen die Titelseiten: "Jetzt lassen wir nicht mehr los - RAF-Gefangene im Hungerstreik" (303, 2/89); "Hungerstreik: Zeit zum Handeln" (304, 3/89); "Hungerstreik und Solidarität" (305, 4/89); "Zusammenlegung: Der Kampf muß weitergehen" (306, 5/89).

Erst im Oktober 89 (ak 311) war zu lesen: "Die Perestroika erreicht die DDR". Wie ein Vorbote kommender Ereignisse können im Nachhinein die Berichte über den Zerfall der DKP (ak 310, 9/89) oder die Ereignisse in Polen ("Wenn die Gewerkschaft die Regierung übernimmt. Polen: Erstes RGW-Land ohne KP-Regierung" - 310, 9/89) gewertet werden. Die beiden Leitartikel in ak 311, 10/89 ("Die Perestroika erreicht die DDR" und "Kein Bedarf an der ‚deutschen Frage`") erscheinen heute und nachträglich wie der Ausgangspunkt des Streits, der eineinhalb Jahre später zur Auflösung des KB führte. Den Artikeln "DDR im Wandel - BRD-Aktien steigen" und "Das Tor ist auf" (AK 312, 11/89) folgte in 313, 12/89 die Erklärung des LG: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht". Zum ersten Mal - so jedenfalls die Erinnerung des Chronisten - trat das LG nach außen nicht mehr einheitlich auf; die Erklärung wurde mit 18 Zustimmungen, drei ablehnenden Voten und zwei Enthaltungen verabschiedet.

1990: Deutschland vereint - KB kaputt

"Die Marktwirtschaft erobert Osteuropa" und "DDR-Wirtschaft: Eine Krise ist noch kein Boykott" (314, 1/90) - so begann das Jahr der Währungs- und schließlich der "Wiedervereinigung" für den ak. Mit einem Sonder-ak ("DDR muß bleiben", Januar 1990) wurde versucht, insbesondere in der DDR für die Zeitung zu werben. Andere Themen, wie z.B. Südafrika ("Die Zukunft Südafrikas ist schwarz" - 315, 2/90), der §218 ("Weg mit dem §218. Demonstration am 16. Juni in Bonn" - 319, 5/90), Palästina (‚Dialog` USA-PLO abgebrochen" - 320, 6/90) waren eher die Ausnahme auf der Titelseite. Neben den Artikeln zum Anschluß der DDR war der drohende Krieg um Kuwait häufiges Titelthema ("Nato auf Kriegskurs" - 320, 8/90; "Deutschland wieder im Krieg" - 322, 9/90; "Golf: Wo ist der Ausweg?" - 323, 10/90; "Krieg bis Januar verschoben" - 324, 11/90; "Fröhliche Weihnachten - Aktionen gegen den Golfkrieg"- 325, 10/90).Die Konflikte im KB verschärften sich: Auf der einen Seite die Vertreter einer Linie, die vielleicht mit "Nie wieder Deutschland" gekennzeichnet werden kann, auf der anderen Seite diejenigen, die in diesem Prozeß die Rolle der Linken politisch anders als in einer reinen Verweigerungshaltung definieren wollten, und die, nur partiell zutreffend, als PDS-Option bezeichnet wurde. Auf der Mitgliederversammlung im März 1990 (317, 4/90) waren aus den unterschiedlichen Linien Fraktionen (Mehrheit und Minderheit) geworden. Die Auseinandersetzung um diese beiden Positionen prägte den ak: "PDS - Sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung?" (318, 4/90), "BRD diktiert Anschlußbedingungen - Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages beginnt das Ende der DDR-Souveränität" (319, 5/90), "Kongreß der Radikalen Linken: ... ein neuer Anfang?" (320, 6/90). Zu nahezu allen Themen wurden im AK fast parallel gegensätzliche Positionen publiziert, so z.B: im Vorfeld der Bundestagswahl, wo sowohl die "Arbeitsgrundlage des LG zu DDR, PDS und Wahlen" der Mehrheit als auch das Gegenpapier der Minderheit: "Hoffnungsträger gesamtdeutsche Reichstagswahlen - Argumente gegen die PDS -Orientierung

der Mehrheit im KB-LG" (320, 6/90) veröffentlicht wurden. Konsequenterweise erschien ak 324, 11/90 dann mit zwei Aufrufen zur Bundestagswahl: Unter dem gemeinsamen Dach "Die Linke vor der Wahl" wurde sowohl zur Wahl "PDS/Linke Liste: Was sonst" als auch zum Boykott - "Reichtagswahlen: Ohne uns" - aufgerufen.

1991: KB aufgelöst - ak erscheint als gemeinsames Projekt von Mehrheit und Minderheit

Im April 1991 war es so weit: der KB löste sich auf seinem 4. Kongreß auf. Übrig blieben die sog. Mehrheit und Minderheit; die Frankfurter Ortsgruppe hatte zuvor ihren Austritt erklärt (u.a. wegen unterschiedlicher Ansichten zum Golfkrieg, speziell in der Frage der Raketenlieferungen an Israel). Damit war nach knapp 20 Jahren der Kommunistische Bund als Herausgeber der Zeitung nicht mehr existent. Kurz und knapp hieß der Beschluß: "Der Kommunistische Bund (KB) ist aufgelöst. Im 20. Jahr seines Bestehens ist der KB in zwei Strömungen zerfallen. Als ein nach außen handelndes Kollektiv auf gemeinsamer theoretischer und praktischer Grundlage besteht der KB nicht mehr". ak 330, 5/91 erschien schon ohne die bisherige Unterzeile (Zeitung des Kommunistischen Bundes); als Herausgeber firmierte aber immer noch die "Hamburger Satz- und Verlagskooperative". Dies änderte sich erst mit ak 331, 6/91, als im Impressum als Herausgeber die Nachfolgegruppen des KB (Mehrheit/Minderheit) benannt wurden. Das Frühjahr 1991 stand ganz im Zeichen des Golfkriegs: "Die neue Weltordnung", "Bündnisfall heißt Krieg" und "Bewilligung der Kriegsbomberentsendung: Auf die SPD ist Verlaß" so lauteten die Schlagzeilen eines ak-Extra vom Januar 92. Die Februarnummer (327, 2/91) setzte dies fort: "Deutschland als Kriegspartei", "Die Spaltung der arabischen Welt" und - für die Linke besonders brisant - "Israel, Golfkrieg und die deutsche Linke". Der Nahe Osten war bis zum Jahresende immer wieder Thema, zum Golfkrieg kamen hinzu die Konflikte um Kurdistan und Palästina.

Ab ak 334, 9/91 war dann auch wieder Deutschland auf der Titelseite, und zwar die im neuen Deutschland offen auftretenden rechten, rassistischen und revanchistischen Strömungen: "Triumph des völkischen Prinzips" (333, 9/91), "Deutschland im Zeichen rassistischen Terrors" (335, 10/91- zu "Hoyerswerda"), "Vom Staat und Rassisten verfolgt: Flüchtlinge organisieren Widerstand" (336, 11/91) und: "Flüchtlinge in Deutschland" (337, 12/91).

1992: Dach-ak gescheitert - Ex-Mehrheit gibt "ak - Neue Folge" heraus - Rostocker Pogrom

Nach einem Jahr war die Konstruktion des "Dach-ak" von Mehrheit und Minderheit gescheitert. In ak 343, 6/92 zog die Gruppe K (die ehemalige Minderheit) Bilanz des Dach-ak. Die Mehrheit hatte schon zum Erscheinen von ak 343 und in Kenntnis des "Bilanz-Artikels" die weitere Zusammenarbeit im Dach-ak aufgekündigt. In ak 344, 7/92 wurden die gegensätzlichen Positionen noch einmal veröffentlicht und die Trennung bekanntgegeben. ak 345, 8/92, erschien nach der Sommerpause als ak - Neue Folge - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis. Entgegen anderslautenden Drohungen aus der "Gruppe K", die Weiterverwendung des Namenskürzels ak zu verbieten, konnte das Projekt unter dem traditionellen Kürzel weitergeführt werden.

Das Jahr begann mit der Debatte um den Bürgerkrieg in Jugoslawien: "Jugoslawien: Die Linke und das Selbstbestimmungsrecht" (338, 1/82). Diese Debatte wurde in 340, 3/92 und unter dem Titel "Krieg um Sarajewo" in 342, 5/92 sowie in 343, 6/92 als "Kroatische Aggression und deutsche Interessen" auf der Titelseite fortgesetzt. Weitere Schwerpunkte des ersten Halbjahres waren die "Stasidiskussion: Jeder Ossi ein IM?" (338, 1/92) und "Stasidebatte: Die Geschichte wird verdreht" (341, 4/94), sowie eine Diskussion um den Antisemitismus (anläßlich der Ereignisse um die geplante Bebauung eines Hamburger jüdischen Friedhofs): "Die Verfolgung der Juden war kein Selbstzweck" (338, 1/92), "In der Kritik: Moishe Postone - Antisemitismus" (344, 7/92).

Zudem erschienen die Artikel "Frauen im Beruf" (339, 2/92), "Frauen auf der Flucht" (340, 3/92) und "Frauen in Nikaragua" (341, 4/92) als Titelthema.

Das beherrschende Thema der zweiten Jahreshälfte aber war die Abschaffung des Asylrechtes und der Rassismus der Straße. Begonnen hatte es schon im vorherigen Jahr. In ak 341, 2/92 wurde gefragt: "Asyl - kein Recht?"; ak 344, 7/92 berichtete über "Mannheim-Schönau: Rassistischer Mob und deutsche Polizei - Hand in Hand". Ab ak 345, 8/92; "Das nützliche Pogrom" (Rostock-Lichtenhagen) wurde nicht nur über Ausgaben hinweg jeder (vermutlich) rassistische Vorfall penibel registriert (in Zusammenarbeit mit dem Büro von Ulla Jelpke), sondern das Thema fand in verschiedensten Variationen den Weg in die Zeitung: "Die Saat

geht auf" und "Eberswalde, der Prozeß und die Normalität" (346, 9/92); "SPD-Parteitag beschließt: Weg frei für GG-Änderung!" und "Mit dem starken Staat gegen Rechts?" (348, 11/92); schließlich: "Bonn liquidiert Asylrecht" (349, 12/92).

1993: Rechtsextremismus und Rassismus -

Das "neue" Deutschland

Rassismus und Rechtsradikalismus, Jugoslawien, die Sowjetunion und die RAF waren eindeutig Schwerpunkte des Jahres. "Der große Knall von Weiterstadt" (353, 4/93), "Mord inbegriffen? Killfahndung nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern" (356, 7/93) und die "Briefe der RAF" (360, 11/93) - so fand sich die RAF auf der Titelseite. Der Jugoslawien-Konflikt wurde Mitte des Jahres wieder in den Vordergrund gerückt: "Muslime am Ende" (355, 6/93) und "Schwerpunktthema Jugoslawien" (356, 7/93). Die zerfallende Sowjetunion wurde mehrfach auf die Titelseite gebracht: "Schwerpunktthema: Ex-Sowjetunion" (353, 4/93), "Zentralasien: Umbruch einer Region" (354, 5/93), "Rußland nach dem Sturm - vor dem Sturm" (360, 11/93) und "Wahl in Rußland: Zeichen an der Wand" (361, 12/93).

Drei Artikel zur Situation von Frauen sind zu erwähnen: "Krieg gegen Frauen" (350, 1/93), "Massenvergewaltigungen als Kriegs- und Propagandawaffe"(352, 3/93) und "Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie" (353, 4/93).

Den meisten Raum nahm die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rassismus ein: "Mit diesem Staat gegen Rechts?" (350, 1/93), "Asylrecht - ohne uns" (351, 2/93), "Rechtswende ohne linke Alternative" (352, 3/93), "Der Neorassismus der Neuen Rechten" (354, 5/93), das Attentat von Solingen ("Der Attentäter: Seine Mutter, sein Freund, sein Trainer" - 355, 6/93), der "Anwalt des Normalbürgers" (358, 9/93 zur - mißglückten - Kandidatur Heitmanns als Bundespräsident), "Rechtsextremismus in Deutschland" (361, 12/93).

Neben der aktuellen Berichterstattung bekommen in diesem Jahr verstärkt Artikel Gewicht, die sich mit der Geschichte des Faschismus auseinandersetzen: "Ingrid Strobl: 50 Jahre Aufstand im Warschauer Ghetto" (353, 4/93), "Die Ordnung des Terrors im KZ" (354, 5/93) und "Deutsches Gedenken: Erinnern zum Zwecke des Vergessens" (360, 11/93).

1994: Das Superwahljahr

Es war ein europäisches Superwahljahr, das sich dementsprechend auch auf der Titelseite widerspiegelte: "Start ins Wahljahr" (364, 3/94), "Grüne und PDS treiben die SPD" (368, 7/94), "Kohl ablösen! Und was dann? Die ‚Linksfront` und die Diskussion in der PDS" (369, 8/94), "16. Oktober: Eine Entscheidungswahl?" (370, 9/94) "Kohl leicht abgespeckt"(371, 10/94) und: "Es gärt bei den Rechten" (372, 11/94) - das waren die inländischen Aufmacher zum Thema. Dazu kam die Europawahl: "Europa und Wahl" (367, 6/94) und "Europawahlen" (Ergebnisse, 368, 7/84). Italien mit Berlusconi: "Berlusconi Superstar" (365, 4/94) und - prophetisch- "Berlusconi stürzt im Januar"(373, 12/94), Österreich mit "Haider bald Kanzler" (371, 10/94).

Die diversen Selbstbloßstellungen der deutschen Justiz waren gleich mehrfach vertreten: "Geistige Brandstifter und deutsche Richter" (Prozeß gegen Deckert - 365, 4/94), "Antisemitismus im Namen des Volkes" (369, 8/94) und "Günther Deckert - brandgefährlich" (370, 9/94).

Als Teil der historischen Erinnerung wurde "Der Völkermord an Ungarns Juden" (365, 4/94; 366, 5/94) behandelt sowie über die "Gedenkstätte Auschwitz" (373, 12/94) berichtet.

Der Wahlsieg des ANC ("ANC vor neuen Aufgaben" - 366, 5/94) beendet das Apartheid-Regime in Südafrika, in Mexiko macht die Bewegung der Zapatisten auf sich aufmerksam ("Zapatistische Bilder" - 364, 3/94), das Massaker von Hebron lenkt die Aufmerksamkeit auf den widersprüchlichen Prozeß in Palästina: "Israel: Massaker und Friedensverhandlungen" (364, 3/94). In Kairo findet die Weltbevölkerungskonferenz statt ("Bevölkerungspolitik - Politik gegen Frauen" - 370, 11/94).

1995: 50 Jahre Befreiung vom Faschismus - Deutschland erneut Großmacht

Das ganze erste Halbjahr stand für den AK unter dem Thema "Kapitulation und Befreiung" mit einer Tag-für-Tag-Chronologie, Interviews mit Überlebenden etc.: "50 Jahre nach Auschwitz" (374, 1/95), "Jalta" (375, 2/95), "Eine Großmacht feiert Befreiung" (378, 5/95). Dieses Thema wurde fortgeführt unter den Titeln

"Sag Nein zum Kriegseinsatz" (379, 6/95), "Die Modernität des Revanchismus", "Gedenkjahr 95" und "Deutschland wieder auf dem ‚Feld der Ehre`" (380, 7/95), "Fünf Jahre Deutschland: Großmacht mit Ambitionen" (382, 9/95). Andere Themen waren "Der Umbau des Sozialstaats: Der Anfang vom Ende" (374, 1/95), "Tabubruch oder Denkanstoß? Die IG Metall begeht neue Wege" (384, 11/95), das Schengener Abkommen, "Grenzen dicht und abweisen" (383, 10/85), der Staatsterrorismus in Nigeria: "Ken Saro-Wiwa ermordet" (384, 11/95)..Die Artikel "Kaukasus in Flammen" (374, 1/95), "Mit Krieg und Terror gegen Kurdistan" (377, 4/95), "Balkankrieg ohne Ende" (381, 8/95) markieren die Kriegsherde des Jahres. "Ende des Bürgerkriegs in Jugoslawien? ‚Frieden` unter Nato-Waffen" - so beschloß ak das Jahr (385, 12/95) "Das Scheitern der Vereinten Nationen" in den diversen Einsätzen (u.a. Somalia) wird in ak 384, 11/85 konstatiert. Im Zusammenhang mit der Kampagne "Rettet das Leben von Abu Jamal!" (380, 7/95) stand der Artikel zur Todesstrafe in den USA ("Zu Tode strafen: In den USA sitzen dreitausend Gefangene in den Todeszellen" - 383, 10/95).

Die Themen "Die Ware Mensch: Frauen als Rohstoff - Lieferantinnen der Medizin" (375, 2/95) und "Frauenquoten, Quotenfrauen" (381, 8/95) erschienen ebenfalls auf der Titelseite.

1996: 25 Jahre AK/ak

Das laufende Jahr in eine Chronologie der letzten 25 Jahre mit einzubeziehen erscheint überflüssig. Aber sei's drum: "Warten auf den Führer. 1996 - Wendejahr für die deutschen Rechten?" (386, 1/96) so wurde 1996 eingeleitet und mit "Nach den Landtagswahlen; RECHTSKURS ohne Kompromisse" (389, 4/96) fortgesetzt. Der Angriff auf die Lebensbedingungen wurde mehrfach herausgestellt: "‚Bündnis für Arbeit` - ein Bündnis für Kohl" (387, 2/96), "Der heiße Sommer des DGB: Drohgebärden reichen nicht!" (391, 6/96).

International war - nach dem Attentat auf Rabin und dem Machtantritt Netanjahus - das Thema Israel/Palästina bedeutsam: "Palästinas erste Wahl" (387, 2/96); "Israels Stellvertreterkrieg im Libanon" (390, 5/96); "Kriegserklärung an Palästina?" (392, 7/96).

Unter der Überschrift: "Existenzsichernde Arbeitsplätze sind Mangelware. Die Armut ist weiblich" erschien im März 96 eine erste gemeinsame Beilage in ak und SoZ.

ES, Hamburg

46. Internationale Solidarität

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/soli.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:soli

Im Jahr 1976 war der Schwerpunkt der politischen Arbeit für KB und AK die internationale Solidarität, insbesondere mit Befreiungsbewegungen in Afrika. Neben Veranstaltungen des KB mit VertreterInnen dieser Bewegungen, ausführlicher Berichterstattung in AK und die internationale sowie mehreren Sonderbroschüren wurden Spendensammlungen durchgeführt. Das jeweils aktuelle Spendenergebnis wurde in jeder AK-Ausgabe veröffentlicht. Ende 1976 war etwa der folgende Stand erreicht (gerechnet ab Beginn der Sammlungen, also nicht allein im Jahr 1976):

, MIR Chile/Bewegung der revolutionären Linken, 284.472 DM,

, PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), 117.395 DM,

, Frente Polisario (Westsahara), 26.135 DM,

, SWAPO (Namibia), 4.689 DM,

, MES (Bewegung der linken Sozialisten,, Portugal), 76.658 DM,

, PAIGC (Capverden), 8.841 DM,

, EPLF (Eritreische Volksfront), 8.248 DM,

47. Quelldatei spende~1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak397/spende~1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:397:spende~1

Spendeneingang bis 9.12.1996

M.L., Hamburg 200,00

V.B., Hamburg 500,00

K.M., Hamburg 500,00

freie radikale, Frankfurt 200,00

F.L.K.-J., Wedemark 20,00

H.-H.B., Lübeck 20,00

P.H., Hamburg 100,00

U.M.H., Bad Liebenzell 100,00

W.R., Bonn 1.000,00

W.B., Berlin 20,00

S.B., Frankfurt/M. 300,00

S.K., Berlin 25,00

W.G.-HN 30,00

N.G.S., Nürnberg 50,00

O.K., Idar-Oberstein 150,00

D.+R.M., Frankfurt/m. 50,00

D.P., Wallerfangen 50,00

J.G.SCH., Tübingen 100,00

M.S., München 100,00

W.B., Berlin 200,00

W.L., Nienburg 20,00

K.F., Hamburg 20,00

I.H., Rheurdt 50,00

V.M., Rendswühren 100,00

S.G., Göttingen 100,00

C.SCH., Hattersheim 100,00

N.N., Lüneburg 200,00

M.N., xy 200,00

D.M., xy 20,00

Hatto, xy 85,00

B.K., Sprockhoevel 200,00

K.N., Hamburg 100,00

W.W., Berlin 200,00

Ch.St., Wuppertal 200,00

B.Sch., München 100,00

M.K., Berlin 100,00

R.K., Heidelberg 100,00

R.Sch., Quickborn 100,00

S.K., Sassendorf 20,00

W.D., Frankfurt/M. 100,00

Ch.W., Hamburg 2.000,00

U.Sch., Oldenburg 100,00

H.-J.V., Chemnitz 100,00

S.H., xy 250,00

J.H., Nürnberg 1.000,00

D.+H.H., xy 200,00

A.B., Mainz 50,00

G.M., Darmstadt 100,00

Summe 9.630,00